

Kreishaushalt 2013/2014

Haushaltssicherungskonzept

Oberbergischer Kreis

Haushaltssatzung und
Haushaltsplan
Ergebnis- und
Finanzplan 2013 - 2017



© Oberbergischer Kreis

Inhaltsverzeichnis Kreishaushalt 2013/2014 (Doppelhaushalt)

Inhaltsverzeichnis (gesamt) Seite

I Haushaltssatzung

II Haushaltsplan

Hinweise zu den ausgewiesenen Rechnungsergebnissen

Inhaltsverzeichnis / Produktgruppenübersicht (Zahlenwerk)

Gesamtergebnisplan 1

Gesamtfinanzplan 3

Teilergebnispläne / Teilfinanzpläne 8 - 488

III Anhang

Stellenplan 489

Übersichten 510

Übersicht über die Bürgschaften 511

Übersicht über den Stand von Sonderabgaben 512

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen 513

Übersicht über die Kreditverbindlichkeiten 514

Beteiligungen 516

Übersicht über die Beteiligungen 517

Erfolgspläne / Wirtschaftspläne gem. § 2 Abs. 2 Ziff. 8 GemHVO 520

Zuwendungen an die Kreistagsfraktionen gem. § 40 Abs. 3 KrO 524

Finanzstellen (PSP-I) 528

Kosten- und Leistungsrechnung 534

Produktübersicht 540

Hinweis:

Der Vorbericht zum Haushalt mit Erläuterung der Eckpunkte zum Haushalt und wesentlicher Haushaltspositionen ist als separater Begleitband beigefügt.

Haushaltssatzung



Haushaltssatzung

des Oberbergischen Kreises für die Haushaltsjahre 2013 / 2014

Aufgrund des § 53 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW, S. 646), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.09.2012 (GV. NRW, S. 436) und der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW, S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.09.2012 (GV. NRW, S. 436) hat der Kreistag des Oberbergischen Kreises am 14.03.2013 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2013/2014 (Doppelhaushalt), der die zur Erfüllung der Aufgaben des Oberbergischen Kreises voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird im Haushaltsjahr

2013

im Ergebnisplan mit	
Gesamtbetrag der Erträge auf	305.568.320 €
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	307.364.492 €
 im Finanzplan mit	
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	302.817.277 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	290.466.406 €
 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit auf	3.877.255 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit auf	23.646.262 €

und im Haushaltsjahr

2014

im Ergebnisplan mit

Gesamtbetrag der Erträge auf

313.400.386 €

Gesamtbetrag der Aufwendungen auf

313.400.234 €

im Finanzplan mit

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf

310.661.559 €

Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf

296.551.656 €

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit auf

2.083.441 €

Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit auf

11.350.828 €

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2013 für Investitionen erforderlich ist, wird auf **19.769.007 €** festgesetzt. Für das Jahr 2014 wird die Aufnahmesumme der Investitionskredite auf **9.267.387 €** festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der Kredite für Umschuldungen wird für beide Haushaltsjahre auf 0 € festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird für das Haushaltsjahr 2013 auf **8.909.000 €** und für das Haushaltsjahr 2014 auf **6.497.000 €** festgesetzt.

§ 4

Die Verringerung der Allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans wird für das Jahr 2013 auf **1.796.172 €** festgesetzt. Nach dem Haushaltssicherungskonzept ist der Haushaltsausgleich im Jahre 2014 wieder hergestellt. Die dafür im Haushaltssicherungskonzept enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen sind bei der Ausführung des Haushaltsplans umzusetzen.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2013 und 2014 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf je **60.000.000 €** festgesetzt.

§ 6

1. Zur Deckung des durch sonstige Erträge nicht gedeckten Finanzbedarfs wird von den Gemeinden gem. § 56 Abs. 1 und 2 Kreisordnung NW eine **Kreisumlage** erhoben.
Der Umlagesatz beträgt im Jahr 2013 einheitlich **44,3000 %**
und im Jahr 2014 einheitlich **42,8193 %**
der für die Gemeinden jeweils geltenden Umlagegrundlagen.

2. Zur Deckung der dem Kreis entstehenden Kosten für die Wahrnehmung der Aufgaben der Kreisvolkshochschule wird von den kreisangehörigen Gemeinden, die durch die **Kreisvolkshochschule** versorgt werden, gem. § 56 Abs. 4 Kreisordnung NW eine einheitliche Mehrbelastung für das Jahr 2013 in Höhe von **0,2647 %**
und für das Jahr 2014 in Höhe von **0,2585 %**
der für diese Gemeinden geltenden Umlagegrundlagen erhoben.

3. Zur Deckung der dem Kreis entstehenden Kosten für die Wahrnehmung der Aufgaben des Berufsschulwesens wird von den kreisangehörigen Gemeinden, die durch das **Berufsschulwesen** des Oberbergischen Kreises versorgt werden, gem. § 56 Abs. 4 Kreisordnung NW eine Mehrbelastung der für diese Gemeinden geltenden Umlagegrundlagen erhoben in Höhe von

	2013	2014
Bergneustadt	2,0042 %	1,9363 %
Engelskirchen	1,6768 %	1,6200 %
Gummersbach	1,8941 %	1,8300 %
Hückeswagen	1,0228 %	0,9881 %
Lindlar	1,9129 %	1,8481 %
Marienheide	2,0435 %	1,9743 %
Morsbach	1,5750 %	1,5217 %
Nümbrecht	1,9676 %	1,9009 %
Radevormwald	0,3466 %	0,3349 %
Reichshof	1,8382 %	1,7760 %
Waldbröl	1,8832 %	1,8195 %
Wiehl	1,6196 %	1,5647 %
Wipperfürth	1,9877 %	1,9204 %

4. Zur Deckung der dem Kreis entstehenden Kosten für die Wahrnehmung der Aufgaben des Kreisjugendamtes wird von den kreisangehörigen Gemeinden, die durch das **Jugendamt** des Oberbergischen Kreises versorgt werden, gem. § 56 Abs. 5 Kreisordnung NW eine einheitliche Mehrbelastung für das Jahr 2013 in Höhe von
und für das Jahr 2014 in Höhe von
der für diese Gemeinden geltenden Umlagegrundlagen erhoben.

25,9261 %
25,3683 %

5. Die im Jahr 2013 und 2014 kassenwirksamen Umlagen werden mit einem Zwölftel zum 05. eines jeden Monats fällig.

§ 7

Die **Wertgrenze** für die Einzelausweisung von Investitionsmaßnahmen im Teilfinanzplan gemäß § 26 Abs. 1 Buchstabe g KrO NRW in Verbindung mit § 4 Abs. 4 GemHVO NRW wird auf **50.000 €** festgesetzt.

Gummersbach, den 14.03.2013

gez.
Hagen Jobi
Landrat

gez.
Kreistagsmitglied

gez.
Britta Block
Schriftführerin

Haushaltsplan

A decorative border consisting of a solid black line at the top and bottom, and a hatched pattern on the right and left sides, framing the text.

Hinweis zu den ausgewiesenen Rechnungsergebnissen 2011:

Die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 ist vom Kreistag in der Sitzung vom 13.10.2011 festgestellt worden. Dies ist die Voraussetzung um nun die Jahresabschlüsse ab 2009 rückwirkend zu erstellen. Aufgrund des großen Umfangs konnten diese Arbeiten noch nicht abgeschlossen werden. Im HH-Entwurf sind daher in der Spalte **Ergebnis 2011 nur vorläufige Werte** ausgewiesen.

Veränderungen ergeben sich insbesondere noch in folgenden Bereichen:

- Bereinigung von unterjährigen Fehlbuchungen/Zuordnungsfehlern
- Verrechnung/Einbuchung der Abschreibungen aus der Anlagenbuchhaltung
- Auflösung von Sonderposten
- Umbuchungen und Verrechnungen aus der Kostenrechnung
- sonstige Jahresabschlussbuchungen (Rechnungsabgrenzung, Mittelübertragung, Auflösung/Zuführung Rückstellungen, etc.).

Inhaltsverzeichnis

Produktbereich	Produktgruppe	Bezeichnung	Seite
Gesamtergebnisplan			1
Gesamtfinanzplan			3
1.01	Innere Verwaltung		6
	1.01.01	Politische Gremien	10
	1.01.02	Verwaltungsführung	14
	1.01.03	Gleichstellung von Mann und Frau	18
	1.01.04	Beschäftigtenvertretung	22
	1.01.05	Rechnungsprüfung	26
	1.01.06	Zentrale Dienste	33
	1.01.07	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	48
	1.01.08	Personalmanagement	52
	1.01.09	Finanzmanagement u. Rechnungswesen	60
	1.01.10	Organisationsangelegenh. u. technikunterstützte Informationsverarbeitung	67
	1.01.11	Recht	74
	1.01.12	Grundstücks- und Gebäudemanagement	78
	1.01.13	Technisches Immobilienmanagement	85
	1.01.14	Kommunalaufsicht	89
	1.01.15	Kreispolizeibehörde	92

Produktbereich	Produktgruppe	Bezeichnung	Seite
1.02	Sicherheit und Ordnung		96
	1.02.01	Ordnungsbedürftige Tätigkeiten	100
	1.02.02	Verbraucherschutz	106
	1.02.03	Tiergesundheit	111
	1.02.04	Verkehrsangelegenheiten	116
	1.02.05	Fahr- und Beförderungserlaubnisse	126
	1.02.06	Kfz-Angelegenheiten	130
	1.02.07	Personenbezogene Aufenthalts- und Statusfragen	136
	1.02.08	Statistik	142
	1.02.09	Wahlen	146
	1.02.10	Bevölkerungsschutz	150
	1.02.11	Rettungsdienst	162
1.03	Schulträgeraufgaben		173
	1.03.01	Förderschulen	177
	1.03.02	Berufskollegs	182
	1.03.03	Schülerbeförderung	192
	1.03.04	Sonstige schulische Aufgaben	195
1.04	Kultur und Wissenschaft		204
	1.04.01	Kommunale Veranstaltungen / Kulturförderung	208
	1.04.02	Volkshochschule	213
	1.04.03	Museum	222
	1.04.04	Heimatbildstelle	230

Produktbereich	Produktgruppe	Bezeichnung	Seite
1.05	Soziale Leistungen		234
	1.05.01	Unterstützung von Senioren	237
	1.05.02	Hilfen z. Gesundheit, bei Behinderung, bei Pflegebedürftigkeit u. in anderen Lebenslagen	243
	1.05.03	Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen	253
	1.05.04	Betreuungsleistungen	263
1.06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe		269
	1.06.01	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	273
	1.06.02	Jugendarbeit und Familienförderung	281
	1.06.03	Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	292
	1.06.04	Leistungen nach dem Bundeselterngeldgesetz	322
1.07	Gesundheitsdienste		326
	1.07.01	Gesundheitsförderung	329
	1.07.02	Gutachten und Stellungnahmen	336
	1.07.03	Gesundheitshilfe	340
	1.07.04	Gesundheitsschutz	344
1.08	Sportförderung		350
	1.08.01	Sportförderung	352
1.09	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen		356
	1.09.01	Räumliche Planung	359
	1.09.02	Vermessung, Erhebung und Führung von Geobasisdaten	367
	1.09.03	Geoinformationsdienste, Geodatenmanagement	378
	1.09.04	Grundstückswertermittlung	385

Produktbereich	Produktgruppe	Bezeichnung	Seite
1.10	Bauen und Wohnen		389
	1.10.01	Maßnahmen der Bauaufsicht	392
	1.10.02	Denkmalschutz u. Denkmalpflege	398
	1.10.03	Wohnungsbauförderung	401
	1.10.04	Wohnraumsicherung und -versorgung	405
	1.10.05	Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht	409
1.12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV		413
	1.12.01	Öffentliche Verkehrsflächen	417
	1.12.02	ÖPNV	433
1.13	Natur- und Landschaftspflege		436
	1.13.01	Natur und Landschaft	440
	1.13.02	Wald, Forst- und Landwirtschaft	449
1.14	Umweltschutz		453
	1.14.01	Bodenschutz, Altlasten, Abfall, Immissionen und Wasser	456
1.15	Wirtschaft und Tourismus		465
	1.15.01	Wirtschaftsförderung	468
	1.15.02	Tourismus	472
1.16	Allgemeine Finanzwirtschaft		476
	1.16.01	Steuern, allg. Zuweisungen und Umlagen	479
	1.16.02	Sonstige allg. Finanzwirtschaft	482

Haushaltsplan 2013/2014



Gesamtergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-2.916.487	-2.886.740	-2.305.000	-2.305.000	-2.305.000	-2.305.000	-2.305.000
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-215.777.527	-230.037.929	-236.784.935	-242.289.039	-245.813.405	-249.773.933	-253.826.884
3	+ Sonstige Transfererträge	-3.571.022	-3.912.850	-4.495.750	-4.495.750	-4.495.750	-4.495.750	-4.495.750
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-18.449.283	-22.524.564	-24.720.403	-25.890.529	-26.160.177	-26.476.156	-26.807.809
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.713.955	-1.230.116	-1.231.520	-1.233.120	-1.183.120	-1.183.120	-1.183.120
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-29.154.945	-27.724.197	-29.982.898	-31.222.583	-31.125.208	-31.230.208	-31.570.958
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-5.181.373	-4.053.939	-4.243.877	-4.190.428	-4.097.157	-3.891.241	-3.782.961
10	= Ordentliche Erträge	-276.764.592	-292.370.335	-303.764.383	-311.626.449	-315.179.817	-319.355.408	-323.972.482
11	- Personalaufwendungen	51.146.290	58.745.585	63.712.176	65.551.293	64.295.325	65.537.339	66.713.607
12	- Versorgungsaufwendungen	5.497.279		5.010.000	5.164.000	5.320.000	5.480.000	5.600.000
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	37.423.633	32.970.667	30.180.490	30.480.433	30.848.376	30.763.904	31.250.068
14	- Bilanzielle Abschreibungen	82.040	9.056.850	8.184.901	8.717.946	8.992.946	9.221.754	9.412.301
15	- Transferaufwendungen	136.857.069	147.917.249	152.153.101	155.342.002	159.448.892	162.276.612	164.940.913
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	42.752.200	45.620.527	44.691.850	44.462.013	44.294.664	43.971.436	43.858.263
17	= Ordentliche Aufwendungen	273.758.512	294.310.878	303.932.518	309.717.687	313.200.203	317.251.045	321.775.152
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-3.006.081	1.940.543	168.135	-1.908.762	-1.979.614	-2.104.363	-2.197.330
19	+ Finanzerträge	-2.796.416	-1.611.000	-1.803.937	-1.773.937	-1.783.937	-1.723.937	-1.653.937
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	3.183.429	3.499.353	3.431.974	3.682.547	3.763.483	3.828.445	3.851.096

Haushaltsplan 2013/2014



Gesamtergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)	387.013	1.888.353	1.628.037	1.908.610	1.979.546	2.104.508	2.197.159
22	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 18 und 21)	-2.619.068	3.828.896	1.796.172	-152	-68	145	-171
26	= Jahresergebnis (= Zeilen 22 und 25)	-2.619.068	3.828.896	1.796.172	-152	-68	145	-171

Haushaltsplan 2013/2014



Gesamtfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-2.913.335	-2.886.740	-2.305.000	-2.305.000	-2.305.000	-2.305.000	-2.305.000
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-213.321.978	-228.335.636	-235.168.704	-240.629.675	-244.097.639	-248.012.572	-252.004.343
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-3.717.197	-3.912.850	-4.495.750	-4.495.750	-4.495.750	-4.495.750	-4.495.750
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-18.834.612	-22.524.564	-24.720.403	-25.890.529	-26.160.177	-26.476.156	-26.807.809
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.530.814	-1.230.116	-1.231.520	-1.233.120	-1.183.120	-1.183.120	-1.183.120
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-26.762.558	-27.724.197	-29.982.898	-31.222.583	-31.125.208	-31.230.208	-31.570.958
7	+ Sonstige Einzahlungen	-7.544.507	-2.924.810	-3.109.065	-3.110.965	-3.111.365	-3.111.765	-3.112.165
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-2.904.762	-1.611.000	-1.803.937	-1.773.937	-1.783.937	-1.723.937	-1.653.937
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-277.529.764	-291.149.913	-302.817.277	-310.661.559	-314.262.196	-318.538.508	-323.133.082
10	- Personalauszahlungen	42.066.176	55.260.593	57.376.082	59.714.718	60.862.809	62.014.526	63.190.794
11	- Versorgungsauszahlungen	4.684.204		5.010.000	5.164.000	5.320.000	5.480.000	5.600.000
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	35.683.913	32.970.667	30.180.490	30.480.433	30.848.376	30.763.904	31.250.068
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	3.194.215	3.499.353	2.977.974	3.228.547	3.309.483	3.374.445	3.397.096
14	- Transferauszahlungen	137.538.227	147.917.249	152.153.101	155.342.002	159.448.892	162.276.612	164.940.913
15	- sonstige Auszahlungen	45.015.593	44.053.655	42.768.759	42.621.956	42.552.967	42.449.201	42.510.644
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	268.182.329	283.701.517	290.466.406	296.551.656	302.342.527	306.358.688	310.889.515
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (9 J. 16)	-9.347.435	-7.448.396	-12.350.871	-14.109.903	-11.919.669	-12.179.820	-12.243.567
18	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-7.289.189	-2.677.100	-3.874.755	-2.080.941	-1.564.216	-1.722.088	-2.772.088

Haushaltsplan 2013/2014



Gesamtfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-54.892	-2.500	-2.500	-2.500	-2.500	-2.500	-2.500
22	+ sonstige Investitionseinzahlungen	-109						
23	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	-7.344.190	-2.679.600	-3.877.255	-2.083.441	-1.566.716	-1.724.588	-2.774.588
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden	331.532	243.000	393.000	186.000	204.000	200.000	123.000
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	8.695.619	7.376.000	6.444.215	2.306.000	2.000.000	1.350.000	2.810.000
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	1.783.390	3.616.992	3.555.653	2.758.953	1.793.627	1.777.477	2.083.377
27	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	4.130.000		6.336.094	5.836.575	3.432.516	3.522.813	3.522.813
28	- Auszahlungen für Erwerb von aktivierbaren Zuwendungen	3.766.849	4.482.000	6.609.200				
29	- Sonstige Investitionsauszahlungen	78.600	420.534	308.100	263.300	263.500	264.700	264.900
30	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	18.785.990	16.138.526	23.646.262	11.350.828	7.693.643	7.114.990	8.804.090
31	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 23 und 30)	11.441.800	13.458.926	19.769.007	9.267.387	6.126.927	5.390.402	6.029.502
32	= Finanzmittelüberschuß / -fehlbetrag (17 und 31)	2.094.366	6.010.530	7.418.136	-4.842.516	-5.792.742	-6.789.418	-6.214.065
33	+ Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	-6.479.240	-13.458.926	-19.769.007	-9.267.387	-6.126.927	-5.390.402	-6.029.502
34	- Tilgung und Gewährung von Darlehen	4.579.103	3.482.238	3.677.108	4.024.861	4.101.351	4.254.504	4.247.541
35	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-1.900.137	-9.976.688	-16.091.899	-5.242.526	-2.025.576	-1.135.898	-1.781.961

Gesamtfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
36	= Änderung des Bestands an eigenen Finanzmitteln (= Zeilen 32 und 35)	194.229	-3.966.158	-8.673.763	-10.085.042	-7.818.318	-7.925.316	-7.996.026
38	= Liquide Mittel (= Zeilen 36 und 37)	194.229	-3.966.158	-8.673.763	-10.085.042	-7.818.318	-7.925.316	-7.996.026

Haushaltsplan 2013/2014

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

KD, Dez. I, II, III, IV



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen		-674.068	-604.568	-604.568	-604.568	-604.568	-604.568
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-235.899	-210.050	-285.000	-290.000	-290.000	-290.000	-290.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-636.357	-327.370	-356.570	-356.570	-356.570	-356.570	-356.570
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-4.219.317	-258.200	-234.236	-234.236	-279.736	-279.736	-279.736
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-2.527.554	-316.575	-297.575	-297.575	-297.575	-297.575	-297.575
10	= Ordentliche Erträge	-7.619.128	-1.786.263	-1.777.949	-1.782.949	-1.828.449	-1.828.449	-1.828.449
11	- Personalaufwendungen	14.732.426	11.326.958	11.568.876	11.629.361	11.119.593	11.337.916	11.533.670
12	- Versorgungsaufwendungen	5.497.279		1.468.512	1.510.139	1.555.759	1.602.550	1.637.643
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	7.967.265	7.756.131	6.313.871	6.252.597	6.693.636	6.597.716	6.633.648
14	- Bilanzielle Abschreibungen	23.560	3.680.828	3.342.656	3.419.928	3.459.223	3.508.841	3.532.444
15	- Transferaufwendungen	-224.924	88.000	90.500	93.000	90.500	93.000	90.500
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.243.014	3.454.201	3.429.543	3.399.579	3.378.005	3.323.178	3.334.331
17	= Ordentliche Aufwendungen	31.238.620	26.306.117	26.213.958	26.304.604	26.296.715	26.463.201	26.762.236
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	23.619.492	24.519.854	24.436.008	24.521.655	24.468.266	24.634.752	24.933.787
19	+ Finanzerträge	-1.745.142	-1.157.000	-975.000	-975.000	-975.000	-975.000	-975.000
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1.217						
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	-1.743.925	-1.157.000	-975.000	-975.000	-975.000	-975.000	-975.000
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	21.875.567	23.362.854	23.461.008	23.546.655	23.493.266	23.659.752	23.958.787

Haushaltsplan 2013/2014

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

KD, Dez. I, II, III, IV



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	21.875.567	23.362.854	23.461.008	23.546.655	23.493.266	23.659.752	23.958.787
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-8.168.833	-10.572.733	-8.199.437	-8.232.303	-8.256.446	-8.318.694	-8.373.640
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	6.305	10.842	8.854	8.849	9.107	9.253	9.394
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	13.713.039	12.800.963	15.270.426	15.323.202	15.245.927	15.350.311	15.594.540

Haushaltsplan 2013/2014

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

KD, Dez. I, II, III, IV



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-226.732	-210.050	-285.000	-290.000		-290.000	-290.000	-290.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-434.018	-327.370	-356.570	-356.570		-356.570	-356.570	-356.570
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-2.302.357	-265.808	-230.608	-230.608		-276.108	-276.108	-276.108
7	+ Sonstige Einzahlungen	-326.291	-315.100	-296.100	-296.100		-296.100	-296.100	-296.100
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-1.745.142	-1.157.000	-975.000	-975.000		-975.000	-975.000	-975.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-5.034.539	-2.275.328	-2.143.278	-2.148.278		-2.193.778	-2.193.778	-2.193.778
10	- Personalauszahlungen	10.093.972	21.060.197	18.247.470	18.868.167		19.227.805	19.576.813	19.932.802
11	- Versorgungsauszahlungen	4.684.204		5.010.000	5.164.000		5.320.000	5.480.000	5.600.000
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	7.519.659	8.110.418	6.691.559	6.609.787		7.054.576	6.961.653	7.000.582
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	5.333							
14	- Transferauszahlungen	84.826	97.000	98.800	101.300		98.800	101.300	98.800
15	- sonstige Auszahlungen	6.102.422	6.797.482	6.544.971	6.545.928		6.524.364	6.467.538	6.496.436
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	28.490.417	36.065.097	36.592.800	37.289.182		38.225.545	38.587.304	39.128.620
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	23.455.877	33.789.769	34.449.522	35.140.904		36.031.767	36.393.526	36.934.842
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden			215.000					
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen		41.000	200.000					
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	236.901	715.300	357.350	370.750		371.650	361.500	362.400
29	- sonstige Investitionsauszahlungen	14.786	416.534	284.100	259.300		259.500	259.700	259.900

Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
30	= Summe: (investive Auszahlungen)	251.687	1.172.834	1.056.450	630.050		631.150	621.200	622.300
31	= Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- /J. Auszahlung)	251.687	1.172.834	1.056.450	630.050		631.150	621.200	622.300

Beschreibung

- Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Sitzungen politischer Gremien
- Unterstützung und Beratung von Fraktionen, Gruppen und Mitgliedern der Gremien
- Koordination der Ausschussarbeit

Auftragsgrundlage

Kreisordnung, Gemeindeordnung, Hauptsatzung für den Oberbergischen Kreis, Geschäftsordnung für den Kreistag des Oberbergischen Kreises, Entschädigungsverordnung, Mitteilungsverordnung

Ziele

fristgerechte Planung und Durchführung von Sitzungen
zeitnahe Nachbereitung von Sitzungen

Zielgruppen

Kreistagsmitglieder, sachkundige Bürger, Parteien, Fraktionen und Gruppen

Haushaltsplan 2013/2014

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.01 Politische Gremien

Kreisdirektor



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
11	- Personalaufwendungen	57.695	66.581	64.247	64.331	60.133	61.306	62.301
12	- Versorgungsaufwendungen			10.824	11.162	11.499	11.846	12.104
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	18						
15	- Transferaufwendungen	429	3.000	500	3.000	500	3.000	500
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	641.772	634.792	636.012	636.888	626.367	624.358	628.648
17	= Ordentliche Aufwendungen	699.914	704.373	711.584	715.380	698.499	700.509	703.553
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	699.914	704.373	711.584	715.380	698.499	700.509	703.553
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	699.914	704.373	711.584	715.380	698.499	700.509	703.553
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	699.914	704.373	711.584	715.380	698.499	700.509	703.553
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	89.475	111.301	94.269	95.696	97.850	99.376	100.896
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	789.389	815.673	805.853	811.076	796.349	799.885	804.450

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Politische Gremien

Über die Produktgruppe *Politische Gremien* werden die Kosten von Kreistag, Ausschüssen, Fraktionen und sonstigen Sitzungen abgewickelt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

In der Kontengruppe *Transferaufwendungen* sind die Kosten des Förderpreises und des Vorlesewettbewerbs (Kst. 1410 und 1412) abgebildet.

Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* beinhaltet die Aufwandsentschädigungen für stellvertretende Landräte und Fraktionsvorsitzende (vgl. KrO i. V. m. Entschädigungsverordnung), die Entschädigungen der Kreistagsmitglieder und die der sachkundigen Bürger sowie die Zuwendungen an Kreistagsfraktionen. Die Höhe der Mittelanmeldungen können sich durch Neuordnung nach einer Kreistagswahl und einer Reduzierung bzw. Erhöhung der Kreistagsmitglieder sowie durch eine abweichende Zahl der Fraktionen verändern oder durch einen entsprechenden Kreistagsbeschluss. Des weiteren werden in dieser Kontengruppe Kosten wie Ehrungen, Jubiläen, Empfänge, Gästebewirtung und sonstige Kosten im Zusammenhang mit Kreistags- und Ausschusssitzungen und die Kosten der Erstellung des Sozialberichts (Kostenart 542900) verausgabt.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.01 Innere Verwaltung

1.01.01 Politische Gremien



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
10	- Personalauszahlungen	43.857	42.500	44.090	45.139		46.042	46.963	47.902
14	- Transferauszahlungen	1.790							
15	- sonstige Auszahlungen	576.036	611.283	613.335	613.674		602.663	600.163	603.963
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	621.683	653.783	657.425	658.813		648.705	647.126	651.865
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	621.683	653.783	657.425	658.813		648.705	647.126	651.865

Beschreibung

- Entwurf und Vorgabe von Richtlinien zur Führung der Verwaltung
- strategische Planung und Koordination der Verwaltungsziele
- Erstellung von Vorgaben zur Erreichung operativer Ziele
- Aufstellung und Anpassung einer Verwaltungsstruktur
- Durchführung eines Zielcontrollings
- am Bürger orientiertes Ausrichten des Verwaltungshandelns

Auftragsgrundlage

Dienstanweisungen, Organisationsverfügungen

Ziele

Zielgruppen

Bedienstete, Organisationseinheiten der Kreisverwaltung

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.01 Innere Verwaltung

1.01.02 Verwaltungsführung



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-4.965	-13.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-115.006		-15.000	-15.000	-15.000	-15.000	-15.000
10	= Ordentliche Erträge	-119.971	-13.000	-25.000	-25.000	-25.000	-25.000	-25.000
11	- Personalaufwendungen	1.103.592	1.259.755	1.260.509	1.265.568	1.194.101	1.217.462	1.237.779
12	- Versorgungsaufwendungen			190.872	196.894	202.842	208.942	213.518
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	131.152	101.330	97.414	97.080	70.080	70.080	70.080
14	- Bilanzielle Abschreibungen		1.345	1.291	1.559	1.824	2.091	2.222
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	44.137	59.138	53.219	53.140	53.137	53.205	53.271
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.278.881	1.421.568	1.603.304	1.614.241	1.521.985	1.551.779	1.576.870
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.158.910	1.408.568	1.578.304	1.589.241	1.496.985	1.526.779	1.551.870
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	120						
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	120						
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.159.030	1.408.568	1.578.304	1.589.241	1.496.985	1.526.779	1.551.870
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.159.030	1.408.568	1.578.304	1.589.241	1.496.985	1.526.779	1.551.870
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-987.776	-1.126.691	-1.283.872	-1.293.625	-1.240.967	-1.267.175	-1.289.373
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	46.579	42.229	39.960	42.139	42.439	42.773	42.941

Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	217.834	324.105	334.392	337.755	298.456	302.377	305.439

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Verwaltungsführung

Über die Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* wird die Abführung von Einnahmen aus Nebentätigkeiten und die Erstattung für Kfz-Nutzung abgewickelt.

In der Kontengruppe *Kostenerstattung und Kostenumlage* werden Zuschüsse zu den Projekten werden/wurden Zuschüsse zu den Projekten Gewaltprävention an Schulen dargestellt. Für "Weitblick" wurden bis 2011 Zuschüsse veranschlagt (in den Folgejahren nur noch Aufwand, kein Ertrag).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Unter *Sonstige Sach- und Dienstleistungen* werden die Kosten des Projektes Gewaltprävention an Schulen sowie das Projekt Weitblick dargestellt. Die Bewirtschaftung erfolgt hier im Vorfeld über eine Kostenstelle. Daneben sind hier Aufwendungen für Kreismarketing mit enthalten. In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind die Verfügungsmittel des Landrates mit 10.000 € veranschlagt und fortgeschrieben (Ansatz 2012: 14.000 €; vgl. Kostenart 549100). Die Aufwandsentschädigungen des Landrates und seines allgemeinen Vertreters als besondere Zulage für einen allgemein mit der Stelle zusammenhängenden Aufwand (vgl. §§ 5 u. 6 Eingruppierungsverordnung) sind Bestandteil der Personalaufwendungen. Des weiteren sind hier u. a. die Geschäftskosten des Integrationsbeauftragten (Dez. II) zwecks Förderung von Integrationsmaßnahmen (Kostenart 543905) sowie die Geschäftsaufwendungen des Bündnisses für Familien ausgewiesen. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.01 Innere Verwaltung

1.01.02 Verwaltungsführung



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-4.965	-13.000	-10.000	-10.000		-10.000	-10.000	-10.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-100.878							
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-105.843	-13.000	-10.000	-10.000		-10.000	-10.000	-10.000
10	- Personalauszahlungen	846.447	815.351	877.388	898.640		916.613	934.945	953.644
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	133.622	77.000	52.000	52.000		25.000	25.000	25.000
15	- sonstige Auszahlungen	34.042	46.600	42.900	42.900		42.900	42.900	42.900
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.014.112	938.951	972.288	993.540		984.513	1.002.845	1.021.544
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	908.269	925.951	962.288	983.540		974.513	992.845	1.011.544

Beschreibung

- Gleichstellung in der Verwaltung
- Beratung und Unterstützung von Verwaltungsführung, Ämtern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern
 - Beteiligung an sozialen, organisatorischen und personellen Maßnahmen
 - o Umsetzung und Fortschreibung des Frauenförderplans
 - o Bewerbungsverfahren
 - o Mitwirkung an der Entwicklung von Konzepten, Richtlinien u.ä. im Personalbereich
 - Teilnahme an internen Besprechungen und Sitzungen politischer Gremien
 - Arbeitsgruppe Telearbeit
- Förderung der Gleichstellung der Bürgerinnen und Bürger
- o Beratung der externen Zielgruppen
 - o Öffentlichkeitsarbeit
 - o Kooperation und Vernetzung auf Kreis- und Landesebene

Auftragsgrundlage

Zusammenarbeit mit Interessenvertretern und Interessenvertreterinnen auf Kreis- und Landesebene
Grundgesetz, Landesgleichstellungsgesetz (LGG NW), Kreisordnung NW, Hauptsatzung des Oberbergischen Kreises, Dienstanweisungen und -vereinbarungen

Ziele

- Verbesserung der beruflichen Situation der, in der Verwaltung beschäftigten Frauen
 - Statistik zum Frauenförderplan
- Optimierung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie
 - Anzahl innovativer Vorschläge, Maßnahmen oder ähnliches
- Erhalt der Standards in den Bereichen Betriebliche Kinderbetreuung, Familientag, Frauenspezifische Fortbildung
 - Zahl der Teilnehmenden
- Erhalt der Standards in den Bereichen Veranstaltungen, Beratung und Information.
 - Zahl der Veranstaltungen, Veröffentlichungen, Beratungen

Zielgruppen

Mitarbeiterinnen und mitarbeiter der Kreisverwaltung, externe Bewerberinnen und Bewerber, Verwaltungsführung, Dezernate, Ämter, politische Gremien, Bürgerinnen und Bürger, Verbände, Gleichstellungsstellen, Beratungsstellen

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.01 Innere Verwaltung

1.01.03 Gleichstellung von Frau und Mann



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-3		-3	-3	-3	-3	-3
10	= Ordentliche Erträge	-3		-3	-3	-3	-3	-3
11	- Personalaufwendungen	59.498	69.818	63.876	63.440	57.940	59.063	59.962
12	- Versorgungsaufwendungen			13.383	13.769	14.184	14.611	14.931
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.899	2.063	2.105	2.063	2.063	2.063	2.063
14	- Bilanzielle Abschreibungen		168	161	195	228	261	278
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.820	3.463	3.346	3.370	3.331	3.337	3.343
17	= Ordentliche Aufwendungen	64.217	75.512	82.872	82.836	77.747	79.336	80.576
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	64.214	75.512	82.868	82.832	77.743	79.332	80.573
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	7						
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	7						
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	64.221	75.512	82.868	82.832	77.743	79.332	80.573
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	64.221	75.512	82.868	82.832	77.743	79.332	80.573
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	4.843	7.232	6.018	6.035	6.035	6.102	6.167
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	69.064	82.745	88.886	88.868	83.778	85.434	86.740

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Gleichstellung von Frau und Mann

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* werden alle Sachkosten (Kostenart 529100) im Rahmen der Gleichstellung von Frau und Mann verausgabt. Veranstaltungen und Veröffentlichungen werden äußerst restriktiv geplant, auf alle nicht zwingend erforderlichen Aktivitäten wird verzichtet.

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.01 Innere Verwaltung

1.01.03 Gleichstellung von Frau und Mann


 OBERBERGISCHER KREIS
 DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
10	- Personalauszahlungen	41.534	42.435	42.329	43.219		44.083	44.965	45.864
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.029	2.050	2.050	2.050		2.050	2.050	2.050
15	- sonstige Auszahlungen	101	690	690	690		690	690	690
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	43.664	45.175	45.069	45.959		46.823	47.705	48.604
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	43.664	45.175	45.069	45.959		46.823	47.705	48.604

Beschreibung

Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Personalvertretungsrecht
Mitbestimmung, Mitwirkung und Beteiligung in Personalangelegenheiten

Auftragsgrundlage

Landespersonalvertretungsgesetz NRW (LPVG NRW)

Ziele

- Sicherstellung der umfassenden Beratung und konkreten Hilfestellung der Beschäftigten in arbeits-, beamten- bzw. sozialrechtlichen Fragen.
- Sicherstellung der Arbeitsplätze der Beschäftigten unter humanen Arbeitsbedingungen unter Erhalt des jeweiligen Einkommens.
- Vertrauensvolle Zusammenarbeit der Dienststelle und der Personalvertretung zur Erfüllung der dienstlichen Aufgaben zum Wohle der Beschäftigten im Rahmen der bestehenden Gesetze und Tarifverträge.

Zielgruppen

Beschäftigte des Oberbergischen Kreises

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Amt 10

1.01 Innere Verwaltung

1.01.04 Beschäftigtenvertretung

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-12		-15	-15	-15	-15	-15
10	= Ordentliche Erträge	-12		-15	-15	-15	-15	-15
11	- Personalaufwendungen	168.208	170.169	230.116	232.663	223.868	228.274	232.279
12	- Versorgungsaufwendungen			26.428	27.360	28.186	29.034	29.670
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.322	1.845	1.983	1.860	1.863	1.865	1.868
14	- Bilanzielle Abschreibungen		504	484	585	684	784	833
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	7.514	9.737	9.166	9.146	9.156	9.180	9.205
17	= Ordentliche Aufwendungen	177.044	182.255	268.177	271.614	263.757	269.137	273.855
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	177.032	182.255	268.162	271.599	263.742	269.122	273.840
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	20						
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	20						
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	177.052	182.255	268.162	271.599	263.742	269.122	273.840
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	177.052	182.255	268.162	271.599	263.742	269.122	273.840
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	20.762	37.774	30.104	30.513	30.733	31.334	31.881
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	197.813	220.029	298.266	302.113	294.475	300.456	305.721

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Beschäftigtenvertretung

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* wird die Aufwandsdeckung für den Personalrat nach den Vorgaben der entsprechenden Rechtsverordnung für Personalvertretungen sichergestellt (Kostenart 524900). Darüber hinaus sind an dieser Stelle Gerichts- und Anwaltskosten veranschlagt (Kostenart 528903).

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Amt 10

1.01 Innere Verwaltung

1.01.04 Beschäftigtenvertretung



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
10	- Personalauszahlungen	150.638	120.317	165.012	169.349		172.736	176.191	179.715
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.074	1.802	1.814	1.817		1.820	1.822	1.825
15	- sonstige Auszahlungen	1.396	2.760	2.760	2.760		2.760	2.760	2.760
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	153.108	124.879	169.586	173.926		177.316	180.773	184.300
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	153.108	124.879	169.586	173.926		177.316	180.773	184.300

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

- 1.01.05.01 Rechnungsprüfung und Beratung
- 1.01.05.02 Prüfungen für Dritte

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.01.05.01

Rechnungsprüfung und Beratung

Beschreibung

a.) Durchführung folgender Pflichtprüfungen für den Kreis:

- Eröffnungsbilanz
- Jahresabschlüsse
- Gesamtabchlüsse
- Vorgänge in der Finanzbuchhaltung
- dauernde Überwachung der Zahlungsabwicklung
- Programmprüfung im Bereich der Finanzbuchhaltung vor Einsatz
- Finanzvorfälle für den Landesrechnungshof
- Vergaben

b.) Durchführung der vom Kreistag übertragenen sonstigen Prüfaufgaben:

- Jahresrechnungen/Jahresabschlüsse
 - o Zweckverband Naturpark Bergisches Land
 - o Oberbergisches Kreisorchester e.V.
 - o Biologische Station Oberberg e.V.
 - o Touristikverband Oberbergisches Land e.V.
 - o Rheinisches Studieninstitut Köln
 - o Gründer- und TechnologieCentrum Gummersbach (GTC)
 - o Bergische Agentur für Kulturlandschaft (BAK gGmbH)
 - o Programmprüfung für Gemeinsame kommunale Datenzentrale Rhein-Sieg/Oberberg

c.) Sonderprüfungen nach Auftrag des Landrates

Auftragsgrundlage

GO NRW, Landeshaushaltsordnung, Handelsgesetzbuch, Rechnungsprüfungsordnung

Ziele

- a.) Unterstützung des Kreistages und der Verwaltungsleitung durch Bereitstellung steuerungsrelevanter Informationen zur Sicherstellung der Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit des Verwaltungshandelns sowie zur Verbesserung der Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit.
 - Jährliche Prüfung der Zahlungsabwicklung
 - Laufende Prüfung der Vergaben entsprechend der Vergabedienstanweisung
 - Jährliche Prüfung von 10 % der Produkte
 - Prüfung der Jahresabschlüsse, nach rechtzeitiger Vorlage, bis 15.11. einschl. Berichterstattung
- b.) Jährliche Prüfung der Jahresrechnungen/Jahresabschlüsse einschl. Berichterstattung innerhalb der jeweiligen Vorlagetermine

Kurzfristige Durchführung von Sonderprüfungen

Zielgruppen

- a.) alle Ämter der Kreisverwaltung
- b.) Gesellschafter, Aufsichtsrat, Vorstände, Mitglieder
- c.) alle Ämter der Kreisverwaltung

1.01.05.02

Prüfungen für Dritte

Beschreibung

Wahrnehmung von Prüfungs-, Beratungs- und sonstigen Dienstleistungen für kreisangehörige Kommunen aufgrund öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen gegen Kostenerstattung:

Bergneustadt, Engelskirchen, Morsbach, Reichshof, Waldbröl, Wipperfürth

Auftragsgrundlage

GO NRW, Landeshaushaltsordnung, Handelsgesetzbuch, Rechnungsprüfungsordnung

Ziele

Abwicklung der jeweils vereinbarten Beratungs-, Prüfungs- und sonstigen Leistungen zur Unterstützung des Rates und des Verwaltungsvorstandes zur Stärkung der Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns.

Zielgruppen

Verwaltungsvorstand und alle Ämter der jeweiligen Kommune

Haushaltsplan 2013/2014

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.05 Rechnungsprüfung

Dezernat II



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-62.850	-70.000	-72.000	-77.000	-77.000	-77.000	-77.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-252	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-21		-25	-25	-25	-25	-25
10	= Ordentliche Erträge	-63.123	-72.000	-74.025	-79.025	-79.025	-79.025	-79.025
11	- Personalaufwendungen	432.290	520.831	458.986	458.895	428.646	436.928	443.948
12	- Versorgungsaufwendungen			77.806	80.049	82.468	84.948	86.808
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	287	252	587	302	302	302	302
14	- Bilanzielle Abschreibungen		1.345	1.291	1.559	1.824	2.091	2.222
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	24.715	30.216	28.939	30.186	30.410	30.463	30.516
17	= Ordentliche Aufwendungen	457.292	552.644	567.608	570.992	543.651	554.732	563.797
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	394.169	480.644	493.582	491.967	464.626	475.707	484.772
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	46						
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	46						
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	394.215	480.644	493.582	491.967	464.626	475.707	484.772
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	394.215	480.644	493.582	491.967	464.626	475.707	484.772
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-23.216	-12.706	-16.817	-17.158	-17.321	-17.443	-17.520

Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	153.551	71.463	73.320	73.359	72.994	73.468	73.846
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	524.549	539.400	550.086	548.168	520.299	531.731	541.098

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Rechnungsprüfung

Über die Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) nach der Gebührensatzung (Produkt Prüfung, Beratung, etc. für Dritte) abgewickelt. Das Rechnungsprüfungsamt prüft aufgrund öffentl.-rechtlicher Vereinbarungen für diverse Kommunen im Oberbergischen Kreis Teile der örtlichen Jahresrechnung. In der Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* werden die Einnahmen/Erträge aus dem Verkauf (Kostenart 441100) von Ausschreibungsunterlagen erfasst. Die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* beinhaltet die Erstattung von Personalkosten (Kostenart 442400) für ADV-Prüfer. Das Rechnungsprüfungsamt prüft ADV-Programme des Zweckverbandes für kommunale Informationsverarbeitung OBK/RSK/Solingen (Civitec).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* enthält die Kosten für die Bekanntmachung (Kostenart 543600) von Ausschreibungen sowie sonstige Geschäftsaufwendungen (Kostenart 543900; z.B. Druckkosten, Sachkosten etc. für Prüfberichte u. a.). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat II

1.01 Innere Verwaltung

1.01.05 Rechnungsprüfung



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-68.932	-70.000	-72.000	-77.000		-77.000	-77.000	-77.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-252	-2.000	-2.000	-2.000		-2.000	-2.000	-2.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-69.184	-72.000	-74.000	-79.000		-79.000	-79.000	-79.000
10	- Personalauszahlungen	330.399	333.139	315.576	322.658		329.031	335.532	342.163
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	121	150	150	200		200	200	200
15	- sonstige Auszahlungen	4.713	7.250	7.550	8.650		8.650	8.650	8.650
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	335.233	340.539	323.276	331.508		337.881	344.382	351.013
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	266.049	268.539	249.276	252.508		258.881	265.382	272.013

Beschreibung

Diese Produktgruppe setzt sich aus folgenden Produkten und Teilprodukten zusammen:

- 1.01.06.01 Druckerei
- 1.01.06.02 Poststelle
- 1.01.06.03 Bürgerservice
- 1.01.06.04 Fuhrpark
- 1.01.06.05 Sonstige zentrale Dienste

- 1.01.06.06 Zentrale Bußgeldstelle
 - 1.01.06.06.01 Bußgelder Abfallwirtschaft
 - 1.01.06.06.02 Bußgelder Bauordnung
 - 1.01.06.06.03 Bußgelder Gewässerschutz
 - 1.01.06.06.04 Bußgelder Ordnungsamt
 - 1.01.06.06.05 Bußgelder sonstige Ordnungswidrigkeiten
 - 1.01.06.06.06 Bußgelder Veterinäraufsicht
 - 1.01.06.06.07 Bußgelder verkehrsrechtliche Genehmigungen

- 1.01.06.07 Submission, Datenschutz, AGG, sonst.

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.01.06.01

Druckerei

Beschreibung

Erstellen von Druckerzeugnissen unterschiedlichster Art für die Verwaltung und politische Arbeit.

Auftragsgrundlage

Organisationsentscheidung des Landrats

Ziele

Geringe Fehlerquote bei der Erstellung der Drucke

Zielgruppen

Organisationseinheiten der Kreisverwaltung

1.01.06.02

Poststelle

Beschreibung

Verteilen der Eingangspost
Versand der Postausgänge der Kreisverwaltung
Interne Postverteilung

Auftragsgrundlage

Organisationsentscheidung des Landrats

Ziele

Verteilung der Ein- und Ausgangspost innerhalb eines Arbeitstages

Zielgruppen

Organisationseinheiten der Kreisverwaltung

1.01.06.03

Bürgerservice

Beschreibung

- Besucherinformation
- Telefonauskunft und Weitervermittlung von Telefongesprächen
- Verwaltung von Dienstkraftfahrzeugen
- Kontaktstelle für Rückfragen Schrankenanlage (Zu- und Ausfahrt Kreisparkplatz)

Auftragsgrundlage

Organisationsentscheidung des Landrates

Ziele

- Zeitnahe Besucherinformation
- Unmittelbare Weitervermittlung von Telefongesprächen

Zielgruppen

Auskunftssuchende (Besucher, Anrufer), Organisationseinheiten der Kreisverwaltung

1.01.06.04

Fuhrpark

Beschreibung

- Einkauf von Dienstfahrzeugen
- Veranlassen von Wartungen und Reparaturen
- Bereitstellung der Fahrzeuge

Auftragsgrundlage

Organisationsentscheidung des Landrats

Ziele

- Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl an Dienstfahrzeugen
- Umweltschutz durch geringen CO₂ - Ausstoß

Zielgruppen

Organisationseinheiten der Kreisverwaltung

1.01.06.05

Sonstige zentrale Dienste

Beschreibung

- Beschaffung von Verbrauchsmaterial, Büchern, Einrichtungsgegenständen und Dienstleistungen
- Registraturarbeiten im Zwischenarchiv (Aktentransport und Aussonderung nach Vorgabe durch die Fachämter)

Auftragsgrundlage

Organisationsentscheidung des Landrats

Ziele

Zeitnahe, vollständige und wirtschaftliche Abwicklung der Beschaffung

Zielgruppen

Organisationseinheiten der Kreisverwaltung

1.01.06.06

Zentrale Bußgeldstelle

Beschreibung

- Prüfung und Ahndung der von den Fachämtern des Hauses und des Bundesversicherungsamtes vorgelegten Ordnungswidrigkeitenverfahren (z.B. Verstöße gegen baurechtliche Bestimmungen, lebensmittel- und veterinärrechtliche Bestimmungen, abfallrechtliche Bestimmungen, waffenrechtliche Bestimmungen, Verstöße gegen die Handwerksordnung oder das Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, Verstöße gegen das Pflichtversicherungsgesetz u.a.)
- Beratung der Fachämter – Koordination der Ermittlungen- und Beratung der kreisangehörigen Kommunen
- Vertretung des Kreises vor den zuständigen Amtsgerichten

Auftragsgrundlage

Bauordnung NRW, Kreislaufwirtschaft- und Abfallgesetz, Handwerksordnung, Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, Tierschutzgesetz, Personenbeförderungsgesetz, Viehverkehrsordnung, Trinkwasserverordnung, Arzneimittelgesetz, Bundesseuchengesetz, Fahrlehrergesetz, Schulpflichtgesetz, Lebensmittel- und Futtermittelgesetz, Lebensmittelhygieneverordnung, Waffengesetz, Gewerbeordnung, Makler- und Bauträgerverordnung, Landesjagdgesetz, Katastrophenschutzgesetz, Betäubungsmittelgesetz, Bundesausbildungsförderungsgesetz, Güterkraftverkehrsgesetz, Landschaftsgesetz u.a.

Ziele

Einhaltung von Rechtsvorschriften durch den Bürger und damit u.a. Verhinderung von Schwarzbauten, Verhinderung von wirtschaftsschädlicher Schwarzarbeit, Verhinderung von Umweltbelastungen, Verhinderung von Seuchen u.a. durch Ahndung der Verstöße innerhalb der gesetzlich geregelten Verjährungsfrist

Zielgruppen

Ordnungswidrig handelnde natürliche und juristische Personen

1.01.06.07

Submission, Datenschutz, AGG, sonst.

Beschreibung

- a.) Allgemeine Korruptionsprävention durch:
 - Umsetzung der in den Leitlinien festgelegten Maßnahmen (Prävention, Schulung, Beratung, Aufbau "Internes Kontrollsystem", Sensibilisierung, Öffentlichkeitsarbeit)
 - Anwendung und Einhaltung der Dienstanweisungen (VDA, Annahme von Belohnungen und Geschenken, Sponsoring)
 - Aufgabe des Korruptionsbeauftragten
- b.) Zentrale Submission, zentrale Vergabe:
 - Aufbau und Pflege der zentralen Bieterdatei
 - Geschäftsführung der zentralen Submissionsstelle
 - Planung und Durchführung der Submissionstermine
 - Kontrolle der Einhaltung von VOB, VOL, VOF, HOAI
- c.) Behördlicher Datenschutz
 - stellvertretender behördlicher Datenschutzbeauftragter
 - Sicherstellung des Datenschutzes, Beratungs- und Überwachungsfunktion
 - Führung Verfahrensverzeichnis
 - Durchführung der Vorabkontrollen
 - Beteiligung an Datenschutz- und IT- Sicherheitskonzept
- d.) Informationsfreiheit
 - Koordination und Antragsbearbeitung, Statistik
- e.) Allg. Gleichbehandlungsgesetz
 - Beschwerdestelle
 - Beratung und Beseitigung von Benachteiligungen aus Gründen der Rasse, ethnischer Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, der Behinderung, des Alters und der sexuellen Identität insbesondere in den Anwendungsbereichen Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen, Auswahl- und Einstellungskriterien, Gesundheitsschutz, Bildung und soziale Vergünstigungen einschließlich öffentliche Güter und Dienstleistungen

Auftragsgrundlage

Zu a.):

- Korruptionsbekämpfungsgesetz, Runderlass Innenministerium vom 26.04.2005
- Leitlinien des Kreises für ein transparentes und integriertes Verwaltungshandeln vom 22.09.2005
- DA Sponsoring, DA Annahme Geschenke/Belohnungen, VDA

Zu b.): Vergabedienststanweisung, VOB, VOL, VOF, HOAI

Zu c.): DSGVO.NRW und DA gbDSB vom 23.05.2002

Zu d.): IFG.NRW und Verfügung LR- Nr. 03.2002 vom 17.01.2002

Zu e.): AGG und Organisationsverfügung des LR vom 19.09.2007

Ziele

Zu a.):

- Sensibilisierung der Verwaltung und Politik,
- Flächendeckende Einführung des IKS in allen Dezernaten/Ämtern,
- Jährliche Schulung aller neuen Auszubildenden,
- Beratung, Beurteilungshilfe durch Korruptionsbeauftragten innerhalb von 7 Tagen
- Dokumentation und Jahresbericht aller Maßnahmen bis 15.11.

Zu b.):

- Sicherstellung eines fairen, transparenten und ordnungsgemäßen Wettbewerbes
- Vermeidung von Diskriminierung
- Einhaltung von Produktneutralität
- Gleichbehandlung aller Bieter

Zu c.):

Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und der Aufgaben nach dem Landesdatenschutzgesetz (DSG. NRW)

Zu d.):

Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und der Aufgaben nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG. NRW); insbesondere Einhaltung der Monatsfrist zur Antragsentscheidung

Zu e.):

Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und der Aufgaben nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG)

Zielgruppen

- a.) Gesamte Verwaltung und politische Vertreter in Kreistag etc.
- b.) alle Ämter der Kreisverwaltung
- c.) alle Ämter und Bedienstete der Kreisverwaltung, Bürger
- d.) Bürger
- e.) Beschäftigte und BewerberInnen

Haushaltsplan 2013/2014

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.06 Zentrale Dienste

KD, Dez. II



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-15.276	-20.050	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-878	-870	-870	-870	-870	-870	-870
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-11.315	-12.650	-5.790	-5.790	-5.790	-5.790	-5.790
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-236.089	-160.000	-160.000	-160.000	-160.000	-160.000	-160.000
10	= Ordentliche Erträge	-263.557	-193.570	-186.660	-186.660	-186.660	-186.660	-186.660
11	- Personalaufwendungen	1.107.219	1.145.632	1.280.229	1.307.374	1.297.586	1.323.343	1.348.311
12	- Versorgungsaufwendungen			70.833	73.114	75.323	77.588	79.287
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	186.908	191.351	222.819	221.851	225.251	223.051	207.451
14	- Bilanzielle Abschreibungen	2.708	257.699	157.563	152.116	149.605	162.614	165.897
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	378.685	424.619	367.812	366.561	366.437	367.352	368.774
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.675.521	2.019.301	2.099.255	2.121.016	2.114.201	2.153.947	2.169.719
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.411.963	1.825.731	1.912.595	1.934.356	1.927.541	1.967.287	1.983.059
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	131						
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	131						
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.412.094	1.825.731	1.912.595	1.934.356	1.927.541	1.967.287	1.983.059
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.412.094	1.825.731	1.912.595	1.934.356	1.927.541	1.967.287	1.983.059

Haushaltsplan 2013/2014**1.01 Innere Verwaltung**

verantwortlich:

1.01.06 Zentrale Dienste

KD, Dez. II



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-387.726	-659.730	-547.592	-538.857	-533.620	-548.244	-540.388
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	306.754	418.134	372.681	374.401	377.321	380.672	382.524
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.331.122	1.584.135	1.737.684	1.769.900	1.771.242	1.799.715	1.825.195

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Zentrale Dienste

Zur Produktgruppe 1.01.06 Zentrale Dienste:

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören neben den Ausgaben für Dienst- u. Schutzkleidung im Zuge des Aufbaus einer Corporate Identity (Kostenart 541600) auch anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Zu den Produkten 1.01.06.01 bis 1.01.06.05 (Amt 10):

Zur Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung* zählen Entgelte für Kraftwagennutzung (Kostenart 442900, Produkt Fuhrpark) und Erstattungen von Geschäftsausgaben der OAG (Kostenart 442600, Produkt Sonstige Zentrale Dienste). Zu den *Sonstigen ordentlichen Erträgen* gehören u. a. die Erlöse aus dem Verkauf von geringwertigen beweglichen Sachen und sonstige vermischte Einnahmen (Kostenart 451500 u. 459100, Produkt Sonstige Zentrale Dienste). In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* sind u. a. Kosten für Kurierdienste (Kostenart 529909, Produkt Poststelle) veranschlagt, sowie Kosten der Betriebsorganisation und die Kosten des Archivberaters (Kostenart 524900 u. 528905, Produkt Sonstige Zentrale Dienste). In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind u. a. Miete- und Wartungskosten von Verfielfältigungsautomaten (Kostenart 542910, Produkt Sonstige Zentrale Dienst) sowie die GEZ - Gebühren (Kostenart 542300, Produkt Sonstige Zentrale Dienste) geplant. Ferner sind hier die Unterhaltungskosten der Fahrzeuge (Kst. 40100, Kostenart

523400 u.a.) ausgewiesen, die von Amt 10 bewirtschaftet werden; die Verrechnung der Kfz-Kosten erfolgt über die Leistungsverrechnung (Zeile 27-28 im Ergebnisplan).

Zum Produkt: 1.01.06.06 Zentrale Bußgeldstelle (Amt 30):

Über die Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden die Verwaltungsgebühren für Aktenversendungen (Kostenart 431100) abgewickelt. In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* sind diverse Bußgelder (Kostenart 452110) erfasst, z. B. aus den Bereichen Veterinär, Bauordnung, Gewässerschutz, Abfall und sonstige Bereiche. Die Bußgelder im Zusammenhang mit der Geschwindigkeitsüberwachung sind dagegen im Produkt 1.02.04.02 (Überwachung des fließenden Verkehrs) abgebildet, die Bußgelder aus dem Bereich 32/1 im Produkt 1.02.01.02 (Gewerbe und Handwerk). In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* werden die Erstattung von Kosten der Rechtsverteidigung (Kostenart 528902 Kostenerstattungen an Anwälte u. a.) sowie Erstattungen von Auslagen für Zeugen und Sachverständige (Kostenart 528900) erfasst. Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind die Kosten der optischen Archivierung sowie Erstattungen von Bußgeldern aus Vorjahren (Kostenart 549800) veranschlagt.

Haushaltsplan 2013/2014**1.01 Innere Verwaltung**

verantwortlich:

1.01.06 Zentrale Dienste

KD, Dez. II



Nachrichtlich: Hilfs- oder Gemeinkosten wie Porto, Telefon, Drucksachen, Bekanntmachungen, Aktenvernichtung, Kosten für Datenleitungen, ADV-Kosten (GKD), Unterhaltung von Fahrzeugen (Fahrzeugpool Amt 10) usw. sind auf sog. *Kostenstellen* veranschlagt. Die Verteilung dieser Kosten erfolgt verursachungsgerecht auf Organisationseinheiten bzw. direkt auf Produkte.

Auszug aus der Kst.-Struktur:

Kst.	Bezeichnung	Kst.	Bezeichnung
1104	Telefonanlage	1124	Serv. Sitzungsdienst
1108	Bürobedarf	1126	Behördenselbstschutz
1114	Portogebühren	1128	Kurierdienst Medienzentrum
1116	Fernmeldegebühren	1130	Corporate Identity
1118	Bekanntmachungen	1134	Kopierkosten Druckerkonzept
1120	Aktenvernichtung	1140	Juris
1122	Opt. Archivierung		

Kst.	Beschreibung	Amt	Kst.	Beschreibung	Amt
100100	Hauptamt 10	Amt 10	100400	Amt für Schule und Bildung (Schulfachlicher Bereich)	Amt 40
100000	Verw.führung	Amt 11	103400	Amt für Schule und Bildung 40	Amt 40
100110	Personalverwaltung 11	Amt 11	101410	Kultur- und Museumsamt 41	Amt 41
102140	Rechnungsprüfungsamt 14	Amt 14	101430	Kreisvolkshochschule 43	Amt 43
100190	Gleichstellung 19	Amt 19	103500	Amt für Soziale Angelegenheiten 50	Amt 50
101200	Amt f. Finanzwirt. u. Kommunalaufsicht 20	Amt 20	103510	Jugendamt / Sportamt / PBS 51	Amt 51
104230	Liegenschaftsamt 23	Amt 23	103530	Gesundheitsamt 53	Amt 53
102300	Rechtsamt 30	Amt 30	104610	Kreis- und Regionalentwicklung 61	Amt 61
100310	Kreispolizeiverwaltung 31	Amt 31	104620	Geoinformation u. Liegenschaftskat. 62	Amt 62
101321	Bürobetrieb 32/1 + 2	Amt 32	104650	Bauamt 65	Amt 65
101322	Leitstellenbetrieb	Amt 38	104660	Tiefbauabtl. 61/3	Amt 61/3
101323	Bürobetrieb 38	Amt 38	102670	Umweltamt 67	Amt 67
102360	Straßenverkehrsamt 36	Amt 36	100800	Wirtschaftsförderung 80	Amt 80
102390	Veterinär- und Lebensmittelüberw.amt 39	Amt 39	109000	Personalrat	Personalrat

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

KD, Dez. II

1.01 Innere Verwaltung

1.01.06 Zentrale Dienste



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-16.212	-20.050	-20.000	-20.000		-20.000	-20.000	-20.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-878	-870	-870	-870		-870	-870	-870
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-15.971	-12.650	-12.650	-12.650		-12.650	-12.650	-12.650
7	+ Sonstige Einzahlungen	-187.161	-160.000	-160.000	-160.000		-160.000	-160.000	-160.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-220.222	-193.570	-193.520	-193.520		-193.520	-193.520	-193.520
10	- Personalauszahlungen	999.013	844.346	961.818	989.393		1.009.182	1.029.365	1.049.951
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	159.696	173.400	202.400	201.600		204.400	201.600	185.400
15	- sonstige Auszahlungen	1.056.029	1.071.482	1.134.017	1.135.870		1.131.727	1.131.850	1.132.470
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.214.737	2.089.228	2.298.235	2.326.863		2.345.309	2.362.815	2.367.821
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.994.515	1.895.658	2.104.715	2.133.343		2.151.789	2.169.295	2.174.301
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	110.865	126.000	127.500	123.000		123.000	123.000	123.000
30	= Summe: (investive Auszahlungen)	110.865	126.000	127.500	123.000		123.000	123.000	123.000
31	= Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- /J. Auszahlung)	110.865	126.000	127.500	123.000		123.000	123.000	123.000

Planerläuterung Teilfinanzplan

Erläuterung zu Zeile 26:

Allgemeine Erläuterungen zu GwG und BGA:

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante Investitionen/Ersatzbeschaffung von **geringwertigen Wirtschaftsgütern** (kurz **GWG**) und von **Betriebs- und Geschäftsausstattung** (kurz **BGA**). Betriebs- und Geschäftsausstattung ist ein Begriff der kaufmännischen Buchführung. Darunter fallen Gegenstände (über 410 Euro netto), die der langfristigen Betriebsbereitschaft eines Unternehmens dienen. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird im ersten Teil des Inventars als Vermögensposten geführt. In der Bilanz wird sie den Sachanlagen zugeordnet und ist damit ein Teil des Anlagevermögens. BGAs werden über den Zeitraum ihrer Nutzungsdauer abgeschrieben, über Kostenstellen werden die Beschaffungen verursachungsgerecht den Ämtern/Produkten zugeordnet. Geringwertige Wirtschaftsgüter können, im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, im Jahr der Anschaffung oder Herstellung voll als Betriebsausgabe abgesetzt werden. Voraussetzungen für ein geringwertiges Wirtschaftsgut: es muss eigenständig nutzbar sein, es muss beweglich sein, es muss länger als ein Jahr dem Betrieb dienen und die Anschaffungs- oder Herstellungskosten liegen zwischen 60,- und 410,- Euro (netto).

Zentrale Dienste:

Typische Investitionen bzw. Ersatzbeschaffungen sind Mobiliar (Bürotische, Bürostühle, Rollcontainer, Regale, etc.), Büromaschinen oder Werkstatteinrichtungen. Da das Zentralamt für die Beschaffung grundsätzlich zuständig ist, werden die Kosten in der Produktgruppe 1.01.06 Zentrale Dienste veranschlagt (die Beschaffung von Hard- und Software wird über die Produktgruppe 1.01.10 abgewickelt). Die Kosten für Büromaterial (Papier, Toner, Schreibwaren, etc.) sind hier nicht veranschlagt. Im betriebswirtschaftlichen Rechnungswesen bezeichnet man mit Büromaterial alle Verbrauchsgüter im Büroalltag. In der Finanzbuchhaltung werden Ausgaben für Büromaterial als Sofort-Aufwand (und damit nicht als Investition) gebucht. Die Mittel für Büromaterial sind auf den Organisationskostenstellen veranschlagt.

Die o. g. Investitionen werden über die Finanzstelle 5.101010 (GWG, Anlagevermögen < 410 Euro netto)

bzw. über die Finanzstelle 5.101020 (BGA, Anlagevermögen > 410 Euro netto)

bzw. über die Finanzstelle 5.101003 (Einrichtung Telearbeitsplätze) abgewickelt.

Beschreibung

- Informationsverarbeitung und –weitergabe an die Medien und interessierte Öffentlichkeit
- Darstellung der Aufgaben der Kreisverwaltung
- Gestaltung und Pflege des Internetauftritts

Auftragsgrundlage

Ziele

- umfassende und zeitnahe Informationsweitergabe an Medien und Öffentlichkeit
- Optimierung des Informationsflusses
- Steigerung der Zugriffszahlen auf die Internetseite des Oberbergischen Kreises

Zielgruppen

Medien, Öffentlichkeit

Haushaltsplan 2013/2014

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.07 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Kreisdirektor



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
11	- Personalaufwendungen	171.616	164.153	139.031	142.195	143.571	146.433	149.300
12	- Versorgungsaufwendungen			4.896	2.988	3.078	3.170	3.240
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	167	900	900	900	900	900	900
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	5.134	13.140	13.070	13.070	13.070	13.070	13.070
17	= Ordentliche Aufwendungen	176.916	178.193	157.898	159.152	160.619	163.574	166.510
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	176.916	178.193	157.898	159.152	160.619	163.574	166.510
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	176.916	178.193	157.898	159.152	160.619	163.574	166.510
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	176.916	178.193	157.898	159.152	160.619	163.574	166.510
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	22.403	29.933	26.494	26.498	26.537	26.802	26.905
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	199.319	208.126	184.392	185.651	187.156	190.376	193.415

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Unter der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* werden die Kosten im Bereich der Koordination von Europaangelegenheiten (Kostenart 529100) ausgewiesen. Bei den *sonstigen ordentlichen Aufwendungen* handelt es sich u. a. um Aufwendungen für Gästebewirtung und Repräsentation im Rahmen

der Öffentlichkeitsarbeit (Kostenart 543700). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.01 Innere Verwaltung

1.01.07 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
10	- Personalauszahlungen	142.839	114.904	106.059	109.937		112.136	114.378	116.665
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	167	900	900	900		900	900	900
15	- sonstige Auszahlungen	7.334	13.140	13.070	13.070		13.070	13.070	13.070
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	150.340	128.944	120.029	123.907		126.106	128.348	130.635
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	150.340	128.944	120.029	123.907		126.106	128.348	130.635

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

- 1.01.08.01 Personalsteuerung und –entwicklung
- 1.01.08.02 Personalausbildung und –qualifizierung
- 1.01.08.03 Personalbetreuung
- 1.01.08.04 Arbeitssicherheit / Gesundheitsschutz

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.01.08.01

Personalsteuerung und -entwicklung

Beschreibung

- Grundsatzfragen der Personalwirtschaft (Personaleinsatz, Personalauswahl, Personalbedarfsplanung, Fortbildung, Prüfberichte, Haushaltsangelegenheiten, etc.)
- Personalangelegenheiten von besonderer Bedeutung (Entlassungen, Beschwerden, Nebentätigkeiten, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)
- Aufstellung des Stellenplans

Auftragsgrundlage

Beamten- und Tarifrecht, sonstige arbeitsrechtliche Bestimmungen, Stellenplan sowie Beschlüsse der politischen Gremien

Ziele

Zielgruppen

Bedienstete des Kreises

1.01.08.02

Personalausbildung und -qualifizierung

Beschreibung

- Bewerbungsverfahren
 - o Werbung für Nachwuchskräfte, Beratung von Bewerbern
 - o Durchführung des Auswahl- und Einstellungsverfahrens
- Ausbildung
 - o Überwachung der Ausbildung; Einsatzplanung der Azubis; Beratung der Auszubildenden
 - o Führung der Ausbildungsakten; Schriftverkehr mit Fachhochschule, Studieninstitut, Berufsschule, Agentur für Arbeit, IHK
- Fortbildung
 - o Prüfung und Auswertung von Fortbildungsangeboten; Organisation eigener Fortbildungsmaßnahmen
 - o Anmeldung und Abrechnung von Fortbildungsmaßnahmen

Auftragsgrundlage

Beamten- und Tarifrecht, diverse Ausbildungs- und Prüfungsverordnungen

Ziele

Erfolgreiche Durchführung der Ausbildung von Nachwuchskräften und sonstiger Weiterbildungsmaßnahmen (Angestelltenlehrgänge I und II, Prüfungserleichterter Aufstieg) in 90 % aller Fälle

Zielgruppen

Potentielle Nachwuchskräfte, Auszubildende und Anwärter, Bedienstete des Kreises

1.01.08.03

Personalbetreuung

Beschreibung

- Bearbeitung sämtlicher Personalangelegenheiten der Beamten, Ehrenbeamten und Beschäftigten einschließlich
 - o Versorgungsangelegenheiten der Beamten und Ruhestandsbeamten
 - o steuer-, sozialversicherungs- und zusatzversorgungsrechtlicher Angelegenheiten der Beschäftigten
 - o Kindergeld
 - Durchführung des ADV-Änderungsdienstes; Zusammenarbeit mit ADV zur Bestandpflege der Programme
 - Zahlbarmachung von Entgelt für die Bediensteten des DRK, Kreisverband Oberbergischer Kreis, sowie der OAG
 - Bearbeitung von Dienstaufsichtsbeschwerden
 - Beihilfen für Kreisbedienstete, Pensionäre, Lehrer und Bedienstete der Kreispolizeibehörde
 - Bearbeitung sonstiger nebendienstrechtlichen Sachgebiete (Reisekosten, Nebentätigkeiten, Jobticket, etc.)
- Beamten- und Tarifrecht, sonstige arbeitsrechtliche Bestimmungen

Auftragsgrundlage

Ziele

- Korrekte Zahlbarmachung von Besoldung/Entgelt und der darauf zu leistenden Abgaben
- Einhaltung der Zahlungstermine von Besoldung/Entgelt und der darauf zu leistenden Abgaben
- Rechtsfehlerfreie Bearbeitung der Beihilfeanträge einschließlich Auszahlung der Beihilfe innerhalb von 20 Arbeitstagen nach Eingang

Zielgruppen

Bedienstete und Versorgungsempfänger (*bei Beihilfen außerdem*: Polizisten der Kreispolizeibehörde, Lehrer an Grund-, Haupt- und Förderschulen im Kreis; *bei Zahlbarmachung außerdem*: Bediensteten des DRK und der OAG)

1.01.08.04

Arbeitssicherheit / Gesundheitsschutz

Beschreibung

- Feststellung arbeitssicherheitstechnischer Mängel
- Vorbeugung gesundheitlicher Gefahren
- Bereitstellung von Schutzkleidung
- Aufgaben der Fachkraft für Arbeitssicherheit
- Aufgabenwahrnehmung des Personalarztes:
 - o Beratung im Rahmen der betriebsmedizinischen Sprechstunde
 - o Betriebsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen
 - o Arbeitsplatzbegehungen
 - o Gripeschutzimpfungen

Auftragsgrundlage

Arbeitsschutzgesetz, Bildschirmarbeitsplatzverordnung, Arbeitsstättenverordnung

Ziele

- Verhütung von Unfällen
- Erhaltung der Arbeitsfähigkeit
- Früherkennung von Krankheiten

Zielgruppen

Bedienstete der Kreisverwaltung

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.01 Innere Verwaltung

1.01.08 Personalmanagement

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-633.649	-168.550	-164.050	-164.050	-171.050	-171.050	-171.050
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-2.133.993						
10	= Ordentliche Erträge	-2.767.642	-168.550	-164.050	-164.050	-171.050	-171.050	-171.050
11	- Personalaufwendungen	6.708.466	2.344.962	2.273.306	2.252.485	2.141.365	2.183.353	2.220.515
12	- Versorgungsaufwendungen	5.497.279		313.148	317.721	327.318	337.163	344.546
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.791	8.038	5.038	5.289	5.539	5.539	5.542
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	224.064	254.056	326.484	335.292	338.749	341.451	344.074
17	= Ordentliche Aufwendungen	12.434.601	2.607.057	2.917.975	2.910.787	2.812.972	2.867.505	2.914.678
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	9.666.958	2.438.507	2.753.925	2.746.737	2.641.922	2.696.455	2.743.628
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	9.666.958	2.438.507	2.753.925	2.746.737	2.641.922	2.696.455	2.743.628
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	9.666.958	2.438.507	2.753.925	2.746.737	2.641.922	2.696.455	2.743.628
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	209.912	265.022	237.432	238.934	237.936	240.836	243.118
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	9.876.871	2.703.529	2.991.358	2.985.672	2.879.858	2.937.291	2.986.746

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Personalmanagement

Die Kostengruppe *Kostenerstattung* beinhaltet Erstattungen vom Zweckverband Civitec (Kostenart 442400), der Rheinischen Versorgungskasse (Kostenart 442500), Kostenerstattungen durch die OAG (Kostenart 442600) und durch das DRK (Kostenart 442900), Einnahmen aus dem Verkauf von Job-Tickets (Kostenart 444901) sowie die Rückzahlungen von Personalausgaben (Kostenart 443900)

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Dazu gehören weiter die Kosten im Rahmen der Ausbildung von Nachwuchskräften, die gesamten Personalkosten im Rahmen von Alternteilzeitregelungen sowie die Leistungsentgelte aus Vorjahren gemäß TVÖD (Kostenart 501210).

Bei den *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* handelt es sich um die anteiligen Kosten der Unterhaltung von Datenverarbeitungseinrichtungen für die Auszubildenden bei Amt 62 (Bewirtschaftung über Kostenstelle 104620, Kostenart 523610). Über die Kostenart *Sonstige ordentliche Aufwendungen* werden u. a. Dienstatfallbedingte Aufwendungen (Kostenart 541904), Ausgaben für Dienst- u. Schutzkleidung (Kostenart 541600) sowie arbeitsmedizinische Untersuchungen und Arbeitsschutz (Kostenart 543906) und Kosten für Job-Tickets (Kostenart 541903) verausgabt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Auszug aus der Kst.-Struktur:

Kst.	Bezeichnung	Kst.	Bezeichnung	Kst.	Bezeichnung
1002	Beitr. VersKa Beamte	1016	Dienstreisen	1025	Personalgestellung Kreiskantine GKD
1004	Beihilfen, Unterst.	1017	Ausbildung	1027	Archivberater
1006	Zuführ. PensionsRSt	1018	Fortbildung	1028	Schulsozialarbeit
1008	Beitr. VersKa Besch.	1019	Supervision	1029	Fahrzeugführerermittlungen
1010	Beitr.Soz.vers.Besch	1020	Kosten FÖJ	1030	Kameradschaftskasse
1012	Pers.nebenausgaben	1023	Regionalagentur Köln	1031	Cent-Spende an die Welthungerhilfe
1014	Zuführung sonst. RSt	1024	Kosten Jobticket		

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.01 Innere Verwaltung

1.01.08 Personalmanagement



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-89.514	-176.158	-171.658	-171.658		-178.658	-178.658	-178.658
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-89.514	-176.158	-171.658	-171.658		-178.658	-178.658	-178.658
10	- Personalauszahlungen	3.488.331	15.018.581	11.631.391	12.084.201		12.308.237	12.518.932	12.733.843
11	- Versorgungsauszahlungen	4.684.204		5.010.000	5.164.000		5.320.000	5.480.000	5.600.000
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	251.001	259.696	272.350	276.600		281.550	285.500	289.450
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	5.333							
15	- sonstige Auszahlungen	688.460	789.360	874.930	893.430		906.930	909.430	911.930
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	9.117.331	16.067.637	17.788.671	18.418.231		18.816.717	19.193.862	19.535.223
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	9.027.816	15.891.479	17.617.013	18.246.573		18.638.059	19.015.204	19.356.565

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.01.09.01 Haushaltssteuerung
1.01.09.01.01 Beteiligungen

1.01.09.02 Kasse und Vollstreckung
1.01.09.02.01 Zahlungsabwicklung
1.01.09.02.02 Vollstreckung

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.01.09.01

Haushaltssteuerung

Beschreibung

1. Aufstellung, Bewirtschaftung und Rechnungslegung des produktorientierten Haushaltes (Ergebnis- und Finanzrechnung, Bilanz)
2. Vermögens- und Schuldenverwaltung
3. Anlagenbuchhaltung
4. Beteiligungsverwaltung
5. Versicherungsangelegenheiten des Kreises
6. Steuer- und Gebührenverwaltung

Auftragsgrundlage

Kreisordnung (KrO), Gemeindeordnung (GO), Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO), jährliche Haushaltssatzung

Ziele

Zu 2:

Darstellung des Vermögens, der Schulden und des Ressourcenverbrauchs des Oberbergischen Kreises

Zielgruppen

Kreistag, Ämter der Kreisverwaltung, Mitarbeiter der Kreisverwaltung, Beteiligungsgesellschaften

1.01.09.02

Kasse und Vollstreckung

Beschreibung

Im Bereich Zahlungsabwicklung :

- Abwicklung des unbaren und baren Zahlungsverkehrs
- Bewirtschaftung der Kassenmittel mit Liquiditätsplanung
- zahlungswirksame Buchführung einschließlich Belegaufbewahrung
- Bebuchung u. Aufstellung der Finanzrechnung
- Verwahrung von Wertgegenständen
- Fertigung von Tages-, Zwischen- und Jahresabschlüssen

Im Bereich Vollstreckung:

- Mahnungen
- Beitreibung eigener Forderungen durch den eigenen Vollziehungsbeamten oder mittels Amtshilfeersuchen durch andere Vollstreckungsbehörden
- Durchführung von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen gem. VwVG
- Wahrnehmung von Interessen im Insolvenzverfahren
- Feststellung der Uneinbringlichkeit von Forderungen zur Vorbereitung der Entscheidung über Stundung, Niederschlagung und Erlass

Auftragsgrundlage

Kreisordnung (KrO), Gemeindeordnung (GO), Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) und zugehörige Verwaltungsvorschriften, Verwaltungsvollstreckungsgesetz (VwVG), Dienstanweisungen

Ziele

- Sichere und wirtschaftliche Anlage von Kassenmitteln
- Zeitnahe und möglichst vollständige Beitreibung von Forderungen
- Zeitnahe Verbuchung angewiesener Ein- und Auszahlungen

Zielgruppen

Bürger des Oberbergischen Kreises, alle Organisationseinheiten des Kreises sowie Mitarbeiter, Zahlungsempfänger und Zahlungspflichtige

Haushaltsplan 2013/2014

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.09 Finanzmanagement und Rechnungswesen

Dezernat I



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-856	-500	-758	-758	-758	-758	-758
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-149.470	-155.100	-136.100	-136.100	-136.100	-136.100	-136.100
10	= Ordentliche Erträge	-150.325	-155.600	-136.858	-136.858	-136.858	-136.858	-136.858
11	- Personalaufwendungen	1.324.764	1.537.236	1.691.596	1.694.381	1.583.403	1.614.293	1.640.544
12	- Versorgungsaufwendungen			285.563	294.724	303.628	312.760	319.609
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	126.234	19.796	21.454	40.096	160.096	20.055	20.055
14	- Bilanzielle Abschreibungen	20.095	6.724	6.453	7.796	9.122	10.453	11.109
15	- Transferaufwendungen	73.769	85.000	90.000	90.000	90.000	90.000	90.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	680.678	706.429	583.664	546.418	546.206	540.248	540.791
17	= Ordentliche Aufwendungen	2.225.540	2.355.185	2.678.731	2.673.415	2.692.455	2.587.809	2.622.109
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	2.075.215	2.199.585	2.541.873	2.536.558	2.555.597	2.450.951	2.485.251
19	+ Finanzerträge	-1.745.142	-1.157.000	-975.000	-975.000	-975.000	-975.000	-975.000
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	242						
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	-1.744.900	-1.157.000	-975.000	-975.000	-975.000	-975.000	-975.000
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	330.314	1.042.585	1.566.873	1.561.558	1.580.597	1.475.951	1.510.251
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	330.314	1.042.585	1.566.873	1.561.558	1.580.597	1.475.951	1.510.251
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-8.903	-16.442	-15.290	-15.758	-14.308	-14.730	-14.986

Haushaltsplan 2013/2014**1.01 Innere Verwaltung**

verantwortlich:

1.01.09 Finanzmanagement und Rechnungswesen

Dezernat I



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	100.883	151.809	149.097	149.746	134.112	135.982	137.566
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	422.294	1.177.952	1.700.680	1.695.545	1.700.401	1.597.202	1.632.831

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Finanzmanagement und Rechnungswesen

Die Kostengruppe *Kostenerstattung* beinhaltet Erstattungen von Vollstreckungskosten (Kostenart 442900). Zu den sonstigen Ordentlichen Erträgen zählen Vollstreckungsgebühren, Säumniszuschläge, Mahngebühren und Stundungszinsen (Kostenart 452200 - 452230), Einnahmen aus der Vollstreckung niedergeschlagener Forderungen und Quoteneinnahmen aus Insolvenzverfahren (Kostenart 459800) sowie Einnahmen aus Versicherungsansprüchen (Kostenart 452700).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Zu den Aufwendungen für *Sach- und Dienstleistungen* gehören die Kosten der überörtlichen Prüfung (Kostenart 529921, GPA NRW) sowie Sachkosten im Rahmen der Einführung von NKF (Kostenart 529922). Innerhalb der Kontengruppe *Transferaufwendungen* ist die Gesellschaftsumlage/Kostenbeitrag zum Rheinischen Studieninstitut (Kostenart 531600) veranschlagt.

Über die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* werden u. a. Gebühren für Giro- und Postscheckkonten (Kostenart 542310), Kosten der Vollstreckung (Kostenart 543900), Kosten der optischen Archivierung und die Körperschaftssteuer (im Rahmen der Beteiligung bei Radio Berg, Kostenart 548200) verausgabt. Darüber hinaus werden an dieser Stelle u.a. die Beiträge für nachfolgend aufgeführte Vereine und Verbände (Kostenart 544300) veranschlagt: Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter, Touristik-Verband Oberbergisches Land e.V., Deutscher Verein, Förderverein NRW-Stiftung, Verein zur Förderung der Abteilung Gummersbach der Fachhochschule Köln, Deutscher Museumsbund, Verband rheinischer Museen, Bergischer Geschichtsverein, Landkreistag NRW, Kommunaler Arbeitgeberverband, Kommunale Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land, Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V. (DIJuF), Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung.

Weiter entstehen ADV-Kosten (Kst. 1204) im Rahmen der Einführung von NKF (Schulungskosten, Kosten für Entwicklung und Beratung, Lizenzkosten, RZ-Betrieb und Betreuung). Zu den *Sonstigen ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungen die Produktgruppe belasten.

In der Kontengruppe *Finanzerträge* sind die Gewinnanteile aus der Beteiligung am BAV und der Gewinnanteil von Radio Berg (Kostenart 469100) vereinnahmt. Der Reingewinn der Kreissparkasse (Kostenart 469900) ist hier ebenso veranschlagt wie die teilweise Weiterleitung an die Gemeinden als sonstiger ordentlicher Aufwand (Kostenart 549900)

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Die Kosten für *Versicherungen* werden i. d. R. bei Amt 20 abgewickelt, nachfolgend sind die entsprechenden Kostenstellen abgebildet. Die Gebäudeversicherungen werden unmittelbar auf den Gebäudekostenstellen gebucht. Gleiches gilt für die Kostenstellen:

Kst.	Beschreibung	Kst.	Beschreibung
1304	Kfz-Versicherung (Verwaltung)	1318	Vermögenseigenschadens-Versicherung
1308	Gesetzl. Schüler-Unfallversicherung BK	1320	Versicherung Maschinen
1309	Gesetzl. Schüler-Unfallversicherung FS	1322	Sammelwaldbrandversicherung
1310	Gesetzl. Allg. Unfallvers. Beschäftigte	1326	Rechtsschutzversicherung
1311	Gesetzl. Allg. Unfallversicherung KTM	1330	Allgemeine Haftpflichtversicherung
1312	Elektronikversicherung	1332	Strafrechtsschutzversicherungen
1314	Schlüsselverlustversicherung	1334	Vermögensschadenversicherung
1316	Ausstellungsversicherung		

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat I

1.01 Innere Verwaltung

1.01.09 Finanzmanagement und Rechnungswesen



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-610	-500	-500	-500		-500	-500	-500
7	+ Sonstige Einzahlungen	-111.526	-155.100	-136.100	-136.100		-136.100	-136.100	-136.100
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-1.745.142	-1.157.000	-975.000	-975.000		-975.000	-975.000	-975.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.857.278	-1.312.600	-1.111.600	-1.111.600		-1.111.600	-1.111.600	-1.111.600
10	- Personalauszahlungen	1.021.453	980.361	1.160.546	1.188.541		1.212.312	1.236.559	1.261.291
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	282.702	176.250	183.550	203.550		323.550	183.500	183.500
14	- Transferauszahlungen	83.036	97.000	98.800	101.300		98.800	101.300	98.800
15	- sonstige Auszahlungen	840.088	869.800	786.730	792.470		798.200	776.750	782.450
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.227.279	2.123.411	2.229.626	2.285.861		2.432.862	2.298.109	2.326.041
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	370.001	810.811	1.118.026	1.174.261		1.321.262	1.186.509	1.214.441

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

- 1.01.10.01 Informationstechnische Infrastruktur
 - 1.01.10.01.01 Amt 10
 - 1.01.10.01.02 Amt 40
 - 1.01.10.01.03 Amt 62
- 1.01.10.02 Organisationsangelegenheiten

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.01.10.01

Informationstechnische Infrastruktur

Beschreibung

- A)
- IT-Organisation
 - System- und Netzwerkbetreuung
 - Hard- und Software-Beschaffung und Installation
 - Kommunikationstechnologie
 - Nachrichten- und Sicherheitstechnik
 - Grundschulung und Anwendungsbetreuung
- B)
- IT-Organisation Berufskollegs und Förderschulen des Oberbergischen Kreises
 - System- und Netzwerkbetreuung
 - Hard- und Softwarebeschaffung, Installation

Auftragsgrundlage

Zu A): Organisationsentscheidung des Landrates

Zu B): Schulgesetz NRW (SchulG)

Ziele

Zu A):

- Bereitstellung einer funktionierenden, angemessenen und ausreichenden IT-Infrastruktur einschließlich Software(-Anwendungen) an den Arbeitsplätzen der Kreisverwaltung
- Gewährleistung einer hohen Datenverfügbarkeit und Datensicherheit
- Umsetzung von Datenschutzmaßnahmen

Zu B):

- Bereitstellung und Funktionsgewährleistung einer bedarfsgerechten und zeitgemäßen IT-Infrastruktur zur schulischen und beruflichen Ausbildung
- Gewährleistung einer hohen Betriebssicherheit und Datensicherheit

Zielgruppen

Zu A): Organisationseinheiten der Kreisverwaltung

Zu B): Schüler/innen, Lehrkräfte

1.01.10.02

Organisationsangelegenheiten

Beschreibung

- Erstellen und Pflege von Organisationsplänen
- Stellenbewertungen
- Organisationsberatungen
- Organisationsüberprüfungen
- Stellenbedarfsberechnungen

Auftragsgrundlage

Organisationsentscheidung des Landrats

Ziele

Rechtssichere Bewertung der Stellen

Zielgruppen

Organisationseinheiten der Kreisverwaltung

Haushaltsplan 2013/2014

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.10 Organisationsangelegenheiten und Tul

KD, Dez. III, Dez. IV



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-7.934	-7.500	-7.913	-7.913	-7.913	-7.913	-7.913
10	= Ordentliche Erträge	-7.934	-7.500	-7.913	-7.913	-7.913	-7.913	-7.913
11	- Personalaufwendungen	1.133.699	1.254.728	1.261.830	1.278.261	1.228.281	1.252.441	1.274.341
12	- Versorgungsaufwendungen			148.511	153.695	158.338	163.100	166.671
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	25.556	16.046	63.884	17.046	17.046	17.046	17.046
14	- Bilanzielle Abschreibungen		195.784	186.714	222.292	259.439	296.749	315.130
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	198.313	246.323	262.714	263.327	247.481	247.838	248.193
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.357.568	1.712.880	1.923.652	1.934.621	1.910.585	1.977.173	2.021.380
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.349.633	1.705.380	1.915.739	1.926.708	1.902.672	1.969.259	2.013.467
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	281						
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	281						
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.349.914	1.705.380	1.915.739	1.926.708	1.902.672	1.969.259	2.013.467
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.349.914	1.705.380	1.915.739	1.926.708	1.902.672	1.969.259	2.013.467
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-220.530	-314.336	-277.679	-277.990	-281.065	-283.385	-283.880
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	199.345	313.202	261.668	263.530	265.781	268.091	268.303
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.328.729	1.704.247	1.899.728	1.912.247	1.887.387	1.953.965	1.997.890

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Organisationsangelegenheiten und TUI

Bei der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattungen/ -umlage* sind Erträge aus dem Ersatz von Fernsprechgöbühren bei privater Telefonnutzung der Bediensteten veranschlagt (Kostenart 443903).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Bei den *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* handelt es sich um die Kosten des behördlichen Vorschlagswesens. Im Rahmen einer Dienstanzweisung können Verbesserungsvorschläge von Beschäftigten der Verwaltung prämiert werden (Kostenart 524900). Darüber hinaus erscheinen an dieser Stelle die anteilig verrechneten Aufwendungen der Kostenstelle 1214 für Materialverbrauch im Bereich von Hard- und Software (Kostenart 526800).

Die *Bilanziellen Abschreibungen* dienen der Darstellung von AfA für beschaffte Hard- und Software über und unter 410,- €. Sofern die Beschaffungen im laufenden Haushaltsjahr bestimmten Organisationseinheiten zugeordnet werden können, werden auch die bilanziellen Abschreibungen auf den entsprechenden Ämterkostenstellen verbucht.

Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* erscheint der Aufwand für die Systembetreuung des Arbeitszeiterfassungsmoduls LOGA (Kostenart 542909). Darüber hinaus werden hier Kosten erfasst, die bei der Ersteinweisung neuer Software entstehen. Zu weiteren Aufwendungen führen die Beratungskosten im Rahmen der Einführung von E – Government (Kostenart 542700). Der Oberbergische Kreis muss in diesem Zusammenhang auf externe Anbieter zurückgreifen, weil eine entsprechende Schulung des eigenen Personals zu kosten- und zeitintensiv wäre. Ferner beinhaltet diese Kontengruppe Aufwendungen für die Einführung von Telearbeitsplätzen (Kostenart 541901) und vermischten Ausgaben (Kostenart 543900). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet. Nachrichtlich: Der überwiegende Teil der ADV-Kosten (GKD-Umlage, NKF-Kosten, ADV-Leasing, Datenleitungen, Bauelemente, etc.) wird über Kostenstellen abgewickelt und nach IT-Arbeitsplätzen bzw. Kosten der Verfahren verrechnet und belastet damit direkt die entsprechenden Produktgruppen.

Auszug aus der Kst.-Struktur:

Kst.	Bezeichnung
1202	ADV-K. ZV GKD
1204	NKF-Kosten
1206	Leasingkosten
1208	Datenleitungen
1210	Aktive Bauelemente
1212	Ersteinweis.Software

Auszug Finanzstellen-Struktur (PSP-I)

Finanzstelle	Bezeichnung
5.103010	GWG Hard-/Software
5.103020	BuG Hard-/Software

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

KD, Dez. III, Dez. IV

1.01 Innere Verwaltung

1.01.10 Organisationsangelegenheiten und Tul



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-597	-7.500	-7.500	-7.500		-7.500	-7.500	-7.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-597	-7.500	-7.500	-7.500		-7.500	-7.500	-7.500
10	- Personalauszahlungen	948.179	851.982	902.768	928.827		947.404	966.352	985.678
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	39.450	22.420	98.420	23.420		23.420	23.420	23.420
15	- sonstige Auszahlungen	1.993.659	2.446.787	2.049.529	2.026.629		1.999.729	2.014.729	2.029.729
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.981.288	3.321.189	3.050.717	2.978.876		2.970.553	3.004.501	3.038.827
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	2.980.691	3.313.689	3.043.217	2.971.376		2.963.053	2.997.001	3.031.327
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	113.147	69.300	218.850	236.750		237.650	238.500	239.400
29	- sonstige Investitionsauszahlungen	14.786	416.534	284.100	259.300		259.500	259.700	259.900
30	= Summe: (investive Auszahlungen)	127.934	485.834	502.950	496.050		497.150	498.200	499.300
31	= Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung)	127.934	485.834	502.950	496.050		497.150	498.200	499.300

Beschreibung

- Führen von Rechtsstreitverfahren des Kreises in allen verwaltungsgerichtlichen Verfahren, allen sozialgerichtlichen Verfahren, in zivilgerichtlichen Verfahren vor den Amtsgerichten, in arbeitsgerichtlichen Verfahren
- Fachliche Begleitung von Rechtsstreitigkeiten in zivilgerichtlichen und arbeitsgerichtlichen Verfahren bei anwaltlicher Vertretung
- Fertigen von Strafanzeigen
- Beratung und Unterstützung der Verwaltungsführung und der Fachämter in juristischen Fragen
- Vorbereitung der Wahlen von ehrenamtlichen Richtern
- Ausbildung von Rechtsreferendaren im Rahmen der Verwaltungsstation

Auftragsgrundlage

Prozessordnungen der jeweiligen Gerichte, Sämtliche Fachgesetze, Allgemeine Dienst- und Geschäftsanweisung, Einschlägige Satzungen, Aufträge der Verwaltungsführung und anderer Produktverantwortlicher

Ziele

- Rechtlich qualifizierte Prozessführung zur erfolgreichen Beendigung von Gerichtsverfahren; Erwidierungen innerhalb der von den Gerichten gesetzten Fristen
- Zeitnahe, umfassende und rechtlich qualifizierte Beratung zur rechtlichen Absicherung der Verwaltungstätigkeit; Beantwortung innerhalb der gesetzten Fristen, spätestens aber innerhalb von drei Wochen

Zielgruppen

Verwaltungsführung und alle Ämter der Kreisverwaltung

Haushaltsplan 2013/2014

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.11 Recht

Dezernat II



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-6.992	-3.000	-5.297	-5.297	-5.297	-5.297	-5.297
10	= Ordentliche Erträge	-6.992	-3.000	-5.297	-5.297	-5.297	-5.297	-5.297
11	- Personalaufwendungen	332.029	437.086	426.934	430.171	395.588	403.267	409.534
12	- Versorgungsaufwendungen			84.267	87.862	90.517	93.239	95.281
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	45.572	69.272	60.597	60.402	60.402	60.402	60.402
14	- Bilanzielle Abschreibungen	145	4.707	4.517	5.457	6.386	7.317	7.777
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	37.988	38.268	45.363	45.525	45.465	45.585	45.705
17	= Ordentliche Aufwendungen	415.734	549.334	621.678	629.418	598.357	609.811	618.698
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	408.741	546.334	616.380	624.121	593.060	604.513	613.401
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	163						
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	163						
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	408.905	546.334	616.380	624.121	593.060	604.513	613.401
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	408.905	546.334	616.380	624.121	593.060	604.513	613.401
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-26.796	-52.623	-41.002	-42.409	-44.079	-45.383	-46.204
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	43.395	69.812	57.631	58.337	58.839	59.737	60.477
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	425.503	563.523	633.009	640.049	607.820	618.867	627.674

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Recht

Unter der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattungen/ -umlage* sind die Erstattungen von Prozesskosten (Kostenart 442900) ausgewiesen.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* umfasst alle Gerichts-, Anwalts- und Prozesskosten (Kostenart 528903) sowie die Kosten von Vorverfahren (und ähnliche Kosten). Soweit sich diese Kosten einer Fachabteilung/Produkt zuordnen lassen, können im Wege der internen Leistungsverrechnung die jeweiligen Produkte mit Einzelbeträgen belastet werden.

Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind anteilige Kosten des Informationssystems Juris abgebildet (Kostenart 542900, Bewirtschaftung über Kostenstelle 1140). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.11 Recht

Dezernat II



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-4.987	-3.000	-3.000	-3.000		-3.000	-3.000	-3.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-4.987	-3.000	-3.000	-3.000		-3.000	-3.000	-3.000
10	- Personalauszahlungen	236.358	269.743	285.896	295.637		301.550	307.581	313.733
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	52.162	68.970	60.100	60.100		60.100	60.100	60.100
15	- sonstige Auszahlungen	9.905	15.814	22.850	22.850		22.850	22.850	22.850
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	298.425	354.527	368.846	378.587		384.500	390.531	396.683
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	293.438	351.527	365.846	375.587		381.500	387.531	393.683

<u>Beschreibung</u>	Bewirtschaftung vorhandener Verwaltungs- und Schulgebäude sowie Sonderimmobilien des Kreises, kaufmännische Leistungen und Dienstleistungen im Bereich des Gebäudebetriebes, Flächenmanagement, Bereitstellung und Pflege der Infrastruktur.
<u>Auftragsgrundlage</u>	Aufträge durch Politik und Verwaltungsleitung sowie Nutzer der Gebäude und Einrichtungen des Kreises
<u>Ziele</u>	<ul style="list-style-type: none">- Umweltschonendes und wirtschaftliches Betreiben der Gebäude des Kreises durch Senkung des Energieverbrauches- Ausreichende Bereitstellung von Flächen für Schulen und Verwaltung
<u>Zielgruppen</u>	Nutzer der Verwaltungsgebäude, Schulen, Sonderimmobilien des Kreises, Mieter und Vermieter, Auftragnehmer (Versorger, Industrie und Handwerk, Dienstleister)

Haushaltsplan 2013/2014

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.12 Grundstücks- und Gebäudemanagement

Dezernat IV



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen		-674.068	-604.568	-604.568	-604.568	-604.568	-604.568
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-628.777	-310.000	-342.200	-342.200	-342.200	-342.200	-342.200
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-3.404.979	-27.500	-35.324	-35.324	-35.324	-35.324	-35.324
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-8.003	-1.475	-1.475	-1.475	-1.475	-1.475	-1.475
10	= Ordentliche Erträge	-4.041.759	-1.013.043	-983.567	-983.567	-983.567	-983.567	-983.567
11	- Personalaufwendungen	664.338	673.746	731.214	725.631	719.658	733.941	747.766
12	- Versorgungsaufwendungen			40.361	41.679	42.938	44.229	45.198
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	7.442.605	7.344.648	5.835.444	5.805.082	6.149.467	6.195.791	6.247.316
14	- Bilanzielle Abschreibungen		3.210.197	2.981.924	3.025.640	3.026.917	3.022.823	3.023.089
15	- Transferaufwendungen	-299.121						
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	924.338	953.463	990.053	986.637	988.168	939.033	940.410
17	= Ordentliche Aufwendungen	8.732.160	12.182.054	10.578.996	10.584.669	10.927.148	10.935.818	11.003.778
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	4.690.401	11.169.011	9.595.429	9.601.102	9.943.581	9.952.251	10.020.211
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	124						
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	124						
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	4.690.525	11.169.011	9.595.429	9.601.102	9.943.581	9.952.251	10.020.211
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	4.690.525	11.169.011	9.595.429	9.601.102	9.943.581	9.952.251	10.020.211

Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-7.842.293	-10.076.797	-7.523.645	-7.564.227	-7.636.356	-7.669.013	-7.719.151
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	33.131	38.399	40.158	39.886	39.208	39.907	40.350
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-3.118.637	1.130.614	2.111.942	2.076.762	2.346.433	2.323.145	2.341.411

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Grundstücks- und Gebäudemanagement

Bei der Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* handelt es sich um die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten durch Zuwendungen des Landes für Investitionen (Kostenart 416210). Die Auflösung solcher Sonderposten erfolgt über die erwartete Nutzungsdauer des Investitionsgutes (vgl. Bilanzuelle Abschreibungen). Die Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* beinhaltet Erlöse aus dem Verkauf (Kostenart 441100) von Ausschreibungsunterlagen, Mieteinnahmen (Kostenart 441200) sowie Erlöse aus Mietnebenkosten (Kostenart 441210). Die Mieteinnahmen beziehen sich auf Dienstwohnungen, Pachteinnahmen Tiefgarage, Vermietung von Parkplätzen, Verpachtung der Kantine und sonstige Mieten (StVA, Garagen, Mobilfunksender, Wohnungs- und Geschäftsgrundstücke). Über die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* werden insbesondere die Zuschüsse im Rahmen des Konjunkturpakets II dargestellt. Es entstehen Ausgaben in gleicher Höhe. Darüber hinaus werden dort Erstattungen von Bewirtschaftungskosten (z. B. Jugendzeltplatz, Kostenart 442800) und der Anteil der OAG zu Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten (Kostenart 444904) vereinnahmt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* beinhalten die Kosten der kreiseigenen Gebäude (mit Ausnahme der Rettungswachen) für Energie, Abwasser, Wasser sowie Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten. Die Kosten je Gebäude werden auf separaten Objekt-Kostenstellen (Kst. 10000-15000) erfasst, anschließend werden die einzelnen Produkte mit diesen Kosten über Verrechnungsschlüssel belastet, gleichzeitig erfolgt über die Interne Leistungsbeziehung eine Entlastung des vorliegenden Produktes.

Bei den Transferaufwendungen handelt es sich um einen Investitionskostenzuschuss für die Sanierung des Walter-Leo-Schmitz-Bades an die Stadt Wipperfürth. Der Zuschuss wird aufgrund vertraglicher Leistungen im Rahmen des Schulsports geleistet (Kostenstelle 15200; Kostenart 531300).

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* zählen die Kosten zur Überprüfung von Elektroanlagen bzw. Beseitigung von Elektromängeln (Kostenart 542916), Ausgaben zur Erstellung eines ADV-Gebäudekatasters (Kostenart 543910), Maßnahmen zur Arbeitssicherheit (Kostenart 543911) und andere sonstige Geschäftsaufwendungen (z.B. Umzugskosten, Kostenart 543900). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Nachrichtlich: Die Erstattungen im Rahmen der Nutzung von Schulräumen durch Dritte oder Wohnungsmieten für Hausmeister an Schulen werden auf den betroffenen Produkten vereinnahmt, die Erstattung der Nebenkosten durch den LVR (Bewirtschaftung der Helen-Keller-Schule) werden beispielsweise in der Produktgruppe Förderschulen vereinnahmt. Die Gebäudekosten (Strom, Gas, Fernwärme, Heizöl, Wasser, Unterhaltung, Sanierung, Mieten, Bewirtschaftung, Abfallentsorgung, Reinigung, Grundsteuer, Gebäudeversicherungen) sind auf Kostenstellen geplant worden. Die Verteilung dieser Kosten (nach m²-Schlüssel) erfolgt verursachungsgerecht auf die Ämter bzw. auf die Produkte.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat IV

1.01 Innere Verwaltung**1.01.12 Grundstücks- und Gebäudemanagement**

Auszug aus der Kst.-Struktur:

Kst.	Bezeichnung	Kst.	Bezeichnung	Kst.	Bezeichnung	Kst.	Bezeichnung
10000	Verw.geb. Allg.	10220	KVHS,Mühlenbergweg3a	12000	Berufskollegs Allg.	15150	Wildannahmestellen
10010	Kreishaus Hochhaus	10510	NSt.KatasterA.,WB	12010	BK Dieringhausen	15200	Walter-Leo-Schmitz-Bad Wipperfürth
10020	Kreishaus "Kantine"	10520	W'ip.,Hindenburgstr.	12020	Berufskolleg GM	19000	Abwickl. Konjunkturpaket II Maßnahmen
10030	Hohenzollernbad	10530	La-Roche-Sur-Yon 3	12025	BK GM, Waldbröl	19001	Amokpräev. a.d. Helen-Keller-Schule
10040	Moltkestr. 34 (OAG)	10550	Tiefgar. Bismarckpl.	12030	BK Wipperfürth	19002	Amokprävention Anne-Frank-Schule
10050	Moltkestr. 38	10560	Am Wiedenhof 21	13000	Förderschulen Allg.	19003	Amokprävention FöS Sprache Wiehl
10060	Moltkestr. 40	10570	Jugendzeltplatz	13010	Helen-Keller-Schule	19004	Amokprävention Anna-Freud-Schule
10080	Am Wiedenhof 1-3	10580	Villa-Kohlgrüber	13020	Anne-Frank Schule	19005	Amokprävention E-Schule
10090	Am Wiedenhof 5	11010	Nebest.STVA H'wagen	13050	FS Emot.u.soz. Entw.	19006	Amokpräev. BK GM u. Waldbröl
10100	Am Wiedenhof 7	11020	Polizeiverw., GM	14000	FW / RD Allg.	19007	Amokpräev. BK GM-Dieringh.
10110	Am Wiedenhof 9	11030	Klassen BK GM,W'bröl	14010	Kreisgeb. Lockenfeld	19008	Amokpräev. BK Wipperfürth
10120	Am Wiedenhof 11	11040	Förderschule Sprache	15010	Schloss-Museumsgeb.	19010	Kreishausfassade
10130	Am Wiedenhof 13	11050	Schule für Kranke	15020	Schloss-Verw.geb.		
10140	Am Wiedenhof 15	11060	Mertenpark,Kl. BK D.	15060	Haus Dahl		
10150	Am Wiedenhof 17	11070	Cont.ARGE Berg.stadt	15070	FSH Bergneustadt		
10160	Am Wiedenhof 19	11080	Zentraldepot	15080	FSH Oberengelskirch.		
10170	La-Roche-Sur-Yon 5	11090	Werkst.,Hardtwiesen	15090	FSH Ösinghausen		
10180	Sport-/Turnhalle	11120	WerkstattKl. BK Wip.	15110	Ruine Eibach		
10190	Verw.geb. "PBS"	11130	Mat.cont.BK W'fürth	15120	Ruine Biberstein		
10200	STVA GM	11140	Lagerfl. Mertenpark	15130	Munitionsdepot		
10210	KVHS,Mühlenbergweg 3	11150	Moltkestr. 20-22	15140	Fischteiche Kaltenbach		

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat IV

1.01 Innere Verwaltung

1.01.12 Grundstücks- und Gebäudemanagement



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-426.490	-310.000	-342.200	-342.200		-342.200	-342.200	-342.200
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-2.051.299	-27.500	-35.300	-35.300		-35.300	-35.300	-35.300
7	+ Sonstige Einzahlungen	-27.604							
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.505.393	-337.500	-377.500	-377.500		-377.500	-377.500	-377.500
10	- Personalauszahlungen	623.238	496.316	549.406	548.627		559.600	570.792	582.208
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	6.597.473	7.327.530	5.817.575	5.787.300		6.131.336	6.177.311	6.228.487
15	- sonstige Auszahlungen	881.908	913.595	952.139	948.464		949.724	899.736	901.014
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	8.102.619	8.737.441	7.319.120	7.284.391		7.640.660	7.647.839	7.711.709
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	5.597.226	8.399.941	6.941.620	6.906.891		7.263.160	7.270.339	7.334.209
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden			215.000					
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen		41.000	200.000					
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	12.889	520.000	11.000	11.000		11.000		
30	= Summe: (investive Auszahlungen)	12.889	561.000	426.000	11.000		11.000		
31	= Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./. Auszahlung)	12.889	561.000	426.000	11.000		11.000		

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat IV

1.01 Innere Verwaltung

1.01.12 Grundstücks- und Gebäudemanagement



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5230003 Blockheizkraftwerk Kreishaus											
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen		484.500							484.500	484.500
13	= Summe Auszahlungen		484.500							484.500	484.500
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		484.500							484.500	484.500
Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5230010 Parkplatz Lochwiese											
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden			215.000							215.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			200.000							200.000
13	= Summe Auszahlungen			415.000							415.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			415.000							415.000

Beschreibung

Bauliche Unterhaltung (Substanzerhalt) der Liegenschaften des Oberbergischen Kreises, Planung, Realisierung, Projektsteuerung und Bauherrenbetreuung von Neubau-, Umbau- und Erweiterungsbaumaßnahmen.

Auftragsgrundlage

Aufträge durch Politik und Verwaltungsleitung sowie Nutzer der Gebäude und Einrichtungen des Kreises.

Ziele

- Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit sowie Substanzerhaltung der Gebäude des Oberbergischen Kreises im Verhältnis von 1,2% des Gebäudewertes als Instandhaltungsmittel (KGST), um bilanziellen Investitionsstau zu vermeiden,
- Wirtschaftliche Erledigung von Baumaßnahmen durch Einhaltung des vorgegebenen Kostenrahmens.

Zielgruppen

Nutzer der Verwaltungsgebäude, Schulen, Sonderimmobilien des Kreises, Mieter und Vermieter, Auftragnehmer

Haushaltsplan 2013/2014

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.13 Technisches Immobilienmanagement

Dezernat IV



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.485	-1.500	-1.500	-1.500	-1.500	-1.500	-1.500
10	= Ordentliche Erträge	-1.485	-1.500	-1.500	-1.500	-1.500	-1.500	-1.500
11	- Personalaufwendungen	603.343	645.713	682.362	701.885	693.394	707.141	720.346
12	- Versorgungsaufwendungen			44.011	45.836	47.220	48.640	49.706
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	131	63	330	99	100	101	102
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	21.622	23.596	22.586	22.735	22.880	22.177	22.230
17	= Ordentliche Aufwendungen	625.095	669.372	749.290	770.555	763.594	778.059	792.383
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	623.610	667.872	747.790	769.055	762.094	776.559	790.883
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	623.610	667.872	747.790	769.055	762.094	776.559	790.883
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	623.610	667.872	747.790	769.055	762.094	776.559	790.883
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	46.884	67.657	55.102	55.845	61.200	60.402	61.070
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	670.494	735.529	802.892	824.900	823.294	836.961	851.954

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Technisches Immobilienmanagement

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat IV

1.01 Innere Verwaltung

1.01.13 Technisches Immobilienmanagement

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.433	-1.500	-1.500	-1.500		-1.500	-1.500	-1.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.433	-1.500	-1.500	-1.500		-1.500	-1.500	-1.500
10	- Personalauszahlungen	547.968	465.880	509.053	528.086		538.648	549.421	560.410
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	547.968	465.880	509.053	528.086		538.648	549.421	560.410
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	546.535	464.380	507.553	526.586		537.148	547.921	558.910

Beschreibung

Der Landrat nimmt für das Land NRW im eigenen Namen Aufsichtstätigkeiten wahr. Die Kommunalaufsicht hat den Status einer Landesbehörde auf der unteren Ebene der Landesverwaltung („untere staatliche Verwaltungsbehörde“) und ist somit den Weisungen der Bezirksregierung bzw. des Innenministeriums NRW unterworfen.

Die Aufsichtsfunktion der Kommunalaufsicht umfasst folgende Tätigkeiten:

- Allgemeine Aufsicht (Rechtsaufsicht und finanzwirtschaftliche Aufsicht) über die 13 kreisangehörigen Städte und Gemeinden sowie entsprechende Zweckverbände (ASTO, BTV, Zweckverband der Förderschulen, Sparkassen-Zweckverbände)
- Entscheidungen über Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmen der Kommunen sowie über Vereinbarungen zur Interkommunalen Zusammenarbeit
- Bearbeitung von Beschwerden (Petitionen, Eingaben, Vergabebeschwerden, Dienstaufsichtsbeschwerden)
- Disziplinarangelegenheiten der Bürgermeister oder in Einzelfällen der Beamten der Kommunen

Auftragsgrundlage

Gemeindeordnung (GO), Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG), Kreisordnung (KrO), Landesbeamtengesetz (LBG), Landesdisziplinargesetz, Kommunalwahlgesetz

Ziele

Über die Aufsichtsfunktion hinaus:

Beratung der kreisangehörigen Kommunen und Zweckverbände

Zielgruppen

Kreisangehörige Städte und Gemeinden sowie deren Zweckverbände mit Sitz im Oberbergischen Kreis
Bürger, Unternehmen

Haushaltsplan 2013/2014

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.14 Kommunalaufsicht

Dezernat I



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
11	- Personalaufwendungen	238.373	279.229	276.298	275.950	253.025	257.933	261.908
12	- Versorgungsaufwendungen			55.986	57.868	59.617	61.410	62.755
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	114	83	286	83	83	76	76
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	15.747	18.231	16.565	16.678	16.646	15.754	15.836
17	= Ordentliche Aufwendungen	254.234	297.542	349.136	350.579	329.371	335.174	340.574
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	254.234	297.542	349.136	350.579	329.371	335.174	340.574
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	254.234	297.542	349.136	350.579	329.371	335.174	340.574
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	254.234	297.542	349.136	350.579	329.371	335.174	340.574
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	12.692	18.826	18.231	18.442	16.918	17.329	17.613
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	266.926	316.368	367.367	369.021	346.289	352.503	358.187

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Kommunalaufsicht

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat I

1.01 Innere Verwaltung

1.01.14 Kommunalaufsicht



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
10	- Personalauszahlungen	169.620	171.197	184.189	188.942		192.721	196.576	200.508
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	169.620	171.197	184.189	188.942		192.721	196.576	200.508
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	169.620	171.197	184.189	188.942		192.721	196.576	200.508

Beschreibung

Leistungen (Querschnittsaufgaben):

1. Personal- und Organisationsplanung
2. Bearbeitung von Rechtsangelegenheiten
3. Haushaltsplanung und –ausführung

Auftragsgrundlage

zur Sicherstellung eines effizienten Polizeikräfte- und Mitteleinsatzes durch Abdecken eines administrativen Bereiches. Beamten- und Tarifrecht, Waffenrecht, Ordnungswidrigkeiten- und Strafrecht, Vereinswesen- und Versammlungsrecht, Landeshaushaltsordnung, VOL, BGB

Ziele

Im Oberbergischen Kreis sind 5.928 Waffenbesitzkarteninhaber registriert, die insgesamt 24.740 Kurz- und Langwaffen besitzen. Die Aufbewahrung der Waffen ist bisher nach Inkrafttreten des neuen Waffengesetzes zu 10 % überprüft worden. In den kommenden Jahren wird die Kreispolizeibehörde Oberbergischer Kreis alle übrigen Waffenbesitzer überprüfen. Ab 2008 werden kontinuierlich bis 2015 jährlich rund 750 Waffenbesitzer überprüft.

- Beschränkung der Anzahl von Waffen in Privathand.

Zielgruppen

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Organisationseinheiten der Kreispolizeibehörde, übergeordnete Behörden, Bürger, Vereine, Speditionen

Haushaltsplan 2013/2014

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.15 Kreispolizeibehörde

Kreisdirektor



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-157.773	-120.000	-193.000	-193.000	-193.000	-193.000	-193.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-38.549	-38.500	-61	-61	-38.561	-38.561	-38.561
10	= Ordentliche Erträge	-196.322	-158.500	-193.061	-193.061	-231.561	-231.561	-231.561
11	- Personalaufwendungen	627.295	757.319	728.342	736.130	699.035	712.739	724.836
12	- Versorgungsaufwendungen			101.623	105.419	108.604	111.870	114.320
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	508	444	1.029	444	444	444	444
14	- Bilanzielle Abschreibungen	611	2.354	2.259	2.729	3.193	3.658	3.888
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	35.488	38.730	70.551	70.605	70.501	70.128	70.266
17	= Ordentliche Aufwendungen	663.903	798.846	903.804	915.328	881.777	898.840	913.755
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	467.580	640.346	710.743	722.267	650.216	667.279	682.194
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	85						
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	85						
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	467.665	640.346	710.743	722.267	650.216	667.279	682.194
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	467.665	640.346	710.743	722.267	650.216	667.279	682.194
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	44.104	54.640	53.149	53.209	52.474	53.123	53.597
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	511.769	694.987	763.891	775.476	702.691	720.402	735.791

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Kreispolizeibehörde

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für polizeiliche Erlaubnisse (insb. waffenrechtliche Erlaubnisse), für polizeiliche Begleitung von Schwertransporten, für Falschalarme (Fehlalarme von Überfall- und Einbruchmeldeanlagen) und sonstige Verwaltungsgebühren (gemäß § 7a der Kostenordnung zu § 77 Verwaltungsvollstreckungsgesetz, insb. polizeiliche Ersatzvornahmen) veranschlagt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Bei der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* handelt es sich um auf Kostenstellen bewirtschaftete und verrechnete Aufwendungen beispielsweise für die Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung (Kostenstelle 100310, Kostenart 523600) sowie für sonstigen Materialverbrauch (Kostenstelle 1214, Kostenart 526800).

In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind Geschäftsaufwendungen (Kostenart 543900) für soziale Belange der Polizei sowie der Beitrag (Kostenart 544300) zum IBZ Schloss Gimborn e.V. ausgewiesen. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.01 Innere Verwaltung

1.01.15 Kreispolizeibehörde



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-141.588	-120.000	-193.000	-193.000		-193.000	-193.000	-193.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-38.500	-38.500				-38.500	-38.500	-38.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-180.088	-158.500	-193.000	-193.000		-231.500	-231.500	-231.500
10	- Personalauszahlungen	504.097	493.145	511.949	526.971		537.510	548.261	559.227
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	161	250	250	250		250	250	250
15	- sonstige Auszahlungen	8.752	8.921	44.471	44.471		44.471	43.960	43.960
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	513.010	502.316	556.670	571.692		582.231	592.471	603.437
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	332.922	343.816	363.670	378.692		350.731	360.971	371.937

Haushaltsplan 2013/2014

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

KD, Dez. I, II, IV



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen		-71.853	-61.616	-63.024	-69.755	-74.056	-79.040
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-12.350.969	-16.870.214	-19.259.703	-20.121.079	-20.386.227	-20.698.706	-21.026.859
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.852	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-625.066	-621.181	-586.664	-558.349	-315.874	-320.874	-575.324
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-2.064.092	-2.550.360	-2.749.660	-2.749.960	-2.750.260	-2.750.560	-2.750.860
10	= Ordentliche Erträge	-15.041.979	-20.114.608	-22.658.643	-23.493.412	-23.523.116	-23.845.196	-24.433.083
11	- Personalaufwendungen	7.503.263	13.802.655	17.053.616	17.924.404	17.820.180	18.171.428	18.513.006
12	- Versorgungsaufwendungen			905.556	935.911	964.184	993.182	1.014.930
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	9.652.803	5.742.917	4.463.992	4.619.714	4.433.714	4.414.314	4.561.514
14	- Bilanzielle Abschreibungen	74.251	959.524	429.584	669.622	816.357	904.143	1.040.242
15	- Transferaufwendungen	38.860	40.000	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.375.925	3.661.947	3.732.880	3.610.338	3.570.494	3.524.080	3.561.639
17	= Ordentliche Aufwendungen	20.645.103	24.207.044	26.620.628	27.794.990	27.639.929	28.042.148	28.726.331
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	5.603.124	4.092.436	3.961.985	4.301.578	4.116.813	4.196.951	4.293.248
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	875						
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	875						
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	5.603.999	4.092.436	3.961.985	4.301.578	4.116.813	4.196.951	4.293.248

Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	5.603.999	4.092.436	3.961.985	4.301.578	4.116.813	4.196.951	4.293.248
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	735.677	933.940	812.978	814.431	761.081	769.450	769.568
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	6.339.676	5.026.376	4.774.962	5.116.009	4.877.894	4.966.401	5.062.816

Haushaltsplan 2013/2014

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

KD, Dez. I, II, IV



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen		-3.750		-3.750		-3.750	-3.750	-3.750
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-12.722.263	-16.870.214	-19.259.703	-20.121.079		-20.386.227	-20.698.706	-21.026.859
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.890	-1.000	-1.000	-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-529.341	-621.181	-585.190	-556.875		-314.400	-319.400	-573.850
7	+ Sonstige Einzahlungen	-1.972.841	-2.550.360	-2.749.660	-2.749.960		-2.750.260	-2.750.560	-2.750.860
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-15.226.334	-20.046.505	-22.595.553	-23.432.664		-23.455.637	-23.773.416	-24.356.319
10	- Personalauszahlungen	6.543.676	10.026.721	12.862.702	13.624.712		13.894.530	14.169.746	14.450.464
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	9.429.112	5.738.555	4.453.452	4.615.352		4.429.352	4.409.952	4.557.152
14	- Transferauszahlungen	38.860	40.000	35.000	35.000		35.000	35.000	35.000
15	- sonstige Auszahlungen	2.182.405	2.249.200	2.428.785	2.291.675		2.255.040	2.200.950	2.230.835
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	18.194.053	18.054.476	19.779.939	20.566.739		20.613.922	20.815.648	21.273.451
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	2.967.719	-1.992.029	-2.815.614	-2.865.925		-2.841.715	-2.957.768	-3.082.868
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-517.869	-41.500	-41.500	-41.500		-41.500	-41.500	-41.500
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-33.607							
23	= Summe: (investive Einzahlungen)	-551.476	-41.500	-41.500	-41.500		-41.500	-41.500	-41.500
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	64.646							
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	869.700	1.500.000	580.000	200.000	1.000.000	800.000		
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	992.708	2.159.031	1.994.300	1.418.800		653.800	696.800	1.001.800

Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
29	- sonstige Investitionsauszahlungen			20.000					
30	= Summe: (investive Auszahlungen)	1.927.054	3.659.031	2.594.300	1.618.800	1.000.000	1.453.800	696.800	1.001.800
31	= Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- /J. Auszahlung)	1.375.578	3.617.531	2.552.800	1.577.300	1.000.000	1.412.300	655.300	960.300

Beschreibung

Diese Produktgruppe besteht aus folgenden Produkten und Teilprodukten:

1.02.01.01 Allgemeine Gefahrenabwehr

1.02.01.01.01 Jagd und Fischerei

1.02.01.02 Gewerbe und Handwerk

1.02.01.02.01 Schornsteinfegeraufsicht

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.02.01.01

Allgemeine Gefahrenabwehr

Beschreibung

- Überwachen der Zuverlässigkeit von Personen, die mit Jagdwaffen, Sprengstoff und anderen gefährlichen Stoffen umgehen
- Abnahme von Jäger- und Fischerprüfungen, Erteilen von Jagdscheinen
- Ordnungsbehördliche Einzelaufgaben z.B. zum Schutz der Sonn- und Feiertage oder im Friedhofs- und Bestattungswesen
- Beraten kreisangehöriger Kommunen in ordnungsrechtlichen Angelegenheiten
- Aufsicht über Recht- und Zweckmäßigkeit kommunaler ordnungsrechtlicher Entscheidungen, soweit nicht anders zugeordnet

Auftragsgrundlage

Jagdgesetze Bund u. Land sowie Fischereigesetz NRW mit allen Verordnungen, Sprengstoffgesetz, Gefahrstoffverordnung, Chemikalienverbotsverordnung, Sonn- und Feiertagsgesetz NRW, Bestattungsgesetz NRW, Gräbergesetz, Ordnungswidrigkeitengesetz, Ordnungsbehördengesetz NRW

Ziele

Global:

- Erhalt der inneren Sicherheit im Kreisgebiet
- Schutz von Wild- und Fischbeständen durch eine geordnete Bewirtschaftung

Strategisch:

- Kompetentes Verwaltungshandeln in der bisherigen Verfahrensqualität unter Berücksichtigung kommunaler Interessen
- Sicherstellen der Rechtmäßigkeit staatlicher Eingriffe in die Handlungsfreiheit Einzelner

Zielgruppen

Jägerschaft und Eigentümer von Wald- und Wiesenflächen, Fischerei-Interessierte und Eigentümer von Gewässern; Sportschützen, Einzelhandelsbetriebe; allgemeine Bevölkerung, Ordnungsbehörden kreisangehöriger Kommunen

1.02.01.02

Gewerbe und Handwerk

Beschreibung

- Überwachen der Zuverlässigkeit von Gewerbetreibenden insbesondere durch Untersagung des Gewerbes bei nachgewiesener Unzuverlässigkeit sowie Erteilen von Genehmigungen für Finanz- und Immobilienmakler, Ahnden von Verstößen gegen Gewerbe- und Handwerksordnung, Unterstützen der Zollbehörden bei Verdacht auf Schwarzarbeit, Untersagung des Handwerks bei nachgewiesener Unzuverlässigkeit.
- Schornstiefegeraufsicht:
Überwachen und Unterstützen bei der Erledigung ihrer öffentlichen Aufgaben.
- Beraten kreisangehöriger Kommunen in gewerberechtlichen Angelegenheiten; Aufsicht über Recht- und Zweckmäßigkeit kommunaler gewerberechtlicher Entscheidungen

Auftragsgrundlage

Gewerbeordnung, Handwerksordnung, Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung, Schornstiefegergesetz, Ordnungswidrigkeitengesetz, Ordnungsbehördengesetz NRW

Ziele

Global:

- Erhalt der inneren Sicherheit im Kreisgebiet
- Schutz legal arbeitender Gewerbe- und Handwerksbetriebe vor illegaler Konkurrenz

Strategisch:

- Kompetentes Verwaltungshandeln in der bisherigen Verfahrensqualität unter Berücksichtigung wirtschaftlicher und kommunaler Interessen,
- Sicherstellen der Rechtmäßigkeit staatlicher Eingriffe in die Gewerbefreiheit von Privatpersonen

Zielgruppen

Gewerbetreibende aller Art, Finanz- und Immobilienmakler, Handwerksbetriebe; Schornstiefeger; alle kreisangehörigen kommunalen Gewerbebehörden; alle Personen, die gegen Vorschriften der Gewerbe/Handwerksordnung verstoßen

Haushaltsplan 2013/2014

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.01 Ordnungsbedürftige Tätigkeiten

Dezernat I



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-111.118	-97.300	-96.000	-95.000	-98.000	-98.000	-98.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-128		-165	-165	-165	-165	-165
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-53.521	-25.300	-25.300	-25.300	-25.300	-25.300	-25.300
10	= Ordentliche Erträge	-164.767	-122.600	-121.465	-120.465	-123.465	-123.465	-123.465
11	- Personalaufwendungen	322.529	387.995	350.402	349.110	324.834	331.162	336.482
12	- Versorgungsaufwendungen			61.997	63.593	65.514	67.485	68.962
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.725	5.941	4.782	4.441	4.441	4.441	4.441
14	- Bilanzielle Abschreibungen	1.565	5.857	5.626	6.768	7.895	9.025	9.515
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	46.969	51.499	48.435	48.864	48.711	48.939	49.215
17	= Ordentliche Aufwendungen	372.789	451.292	471.241	472.775	451.394	461.051	468.615
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	208.022	328.692	349.776	352.310	327.929	337.586	345.150
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	157						
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	157						
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	208.179	328.692	349.776	352.310	327.929	337.586	345.150
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	208.179	328.692	349.776	352.310	327.929	337.586	345.150
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-49.349	-82.646	-67.927	-69.536	-71.562	-73.024	-73.950

Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	70.339	110.398	90.775	91.558	92.622	93.575	94.369
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	229.169	356.444	372.624	374.333	348.989	358.137	365.568

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Ordnungsbedürftige Tätigkeiten

Erträge der Produktgruppe ‚*Ordnungsbedürftige Tätigkeiten*‘ bestehen einerseits aus *Buß- Zwangs- und Verwarnungsgeldern*, die bei der Ahndung von Gesetzesverstößen z.B. gegen die Vorschriften der Handwerks- oder Gewerbeordnung festgesetzt werden (Kostenart 452110-452130). Andererseits werden als Leistungsentgelt Verwaltungsgebühren eingenommen, z.B. für das Erteilen einer Sprengstofflaubnis oder eines Jagdscheins. Die Gebühreneinnahmen können immer nur Teilbereiche der Produktgruppe finanzieren. Sachaufwendungen entstehen insbesondere für die Durchführung von Jäger- und Fischerprüfungen. Aufwandsentschädigungen für ehrenamtlich tätige Personen (z.B. im Kreisjagdbeirat oder als Fischereiberater) werden unter sonstige ordentliche Aufwendungen erfasst.

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für Gebühren nach dem Sprenggesetz, Jagdscheingebühren, Gebühren für Jägerprüfungen u.a., Gebühren für Fischerprüfungen u. a., Verwaltungsgebühren für Gewerbesachen und Verwaltungsgebühren Schornsteinfeger gesammelt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* umfasst die Kosten der Durchführung der Jäger- und der Fischereiprüfungen (Kostenart 524900). Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind die Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Beschäftigte (Kreisjagdbeirat, Fischereiberater, Kostenart 542800) erfasst. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.01 Ordnungsbedürftige Tätigkeiten



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-111.528	-97.300	-96.000	-95.000		-98.000	-98.000	-98.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-26.889	-25.300	-25.300	-25.300		-25.300	-25.300	-25.300
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-138.418	-122.600	-121.300	-120.300		-123.300	-123.300	-123.300
10	- Personalauszahlungen	251.039	246.609	238.764	243.542		248.413	253.381	258.448
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.269	11.600	10.100	10.100		10.100	10.100	10.100
15	- sonstige Auszahlungen	15.247	12.730	15.100	15.100		15.100	14.900	14.900
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	268.555	270.939	263.964	268.742		273.613	278.381	283.448
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	130.138	148.339	142.664	148.442		150.313	155.081	160.148

Beschreibung

- Kontrollen und Probeentnahmen in Betrieben, in denen Lebensmittel, Bedarfsgegenstände, Kosmetika und Tabakerzeugnisse hergestellt, behandelt und in Verkehr gebracht werden
- Schlachtier- und Fleischuntersuchung
- Überwachung des Verkehrs mit Tierarzneimitteln und Futtermitteln

Auftragsgrundlage

Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch, Tierschutzgesetz, Fleischbeschausatzung des Oberbergischen Kreises, Fleischhygienegesetz, Arzneimittelgesetz, Verordnung (EG) 178/2002, Verordnung (EG) 852/2004, Verordnung (EG) 853/2004

Ziele

- Durchführung von Betriebskontrollen (100 %)
- Durchführung der Probenentnahmen (100 %)

Zielgruppen

Gewerbetreibende auf allen Stufen der Herstellung, Behandlung und Verarbeitung von Lebensmitteln und Futtermitteln; Landwirte, Tierärzte, Tierheilpraktiker, Verbraucher, Inhaber von Schlachtbetrieben, Jäger, amtl. Kontrollpersonal

Haushaltsplan 2013/2014

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.02 Verbraucherschutz

Dezernat II



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-155.107	-155.000	-159.725	-159.725	-159.725	-159.725	-159.725
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-1.269	-3.300	-2.555	-2.555	-2.555	-2.555	-2.555
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-6.225	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000
10	= Ordentliche Erträge	-162.601	-163.300	-167.280	-167.280	-167.280	-167.280	-167.280
11	- Personalaufwendungen	595.236	665.965	700.704	712.671	703.661	715.658	727.121
12	- Versorgungsaufwendungen			41.714	43.334	44.643	45.986	46.993
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	393.502	430.521	467.513	501.552	540.052	570.552	571.052
14	- Bilanzielle Abschreibungen	393	4.803	4.777	5.839	6.592	7.051	7.470
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	67.666	76.966	80.151	77.105	77.552	77.633	77.714
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.056.797	1.178.255	1.294.858	1.340.501	1.372.501	1.416.880	1.430.350
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	894.196	1.014.955	1.127.578	1.173.221	1.205.221	1.249.601	1.263.070
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	118						
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	118						
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	894.314	1.014.955	1.127.578	1.173.221	1.205.221	1.249.601	1.263.070
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	894.314	1.014.955	1.127.578	1.173.221	1.205.221	1.249.601	1.263.070
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-14.367	-25.591	-24.867	-25.607	-26.327	-26.755	-26.324

Haushaltsplan 2013/2014

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.02 Verbraucherschutz

Dezernat II



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	49.327	72.901	72.840	73.227	74.199	74.020	71.114
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	929.274	1.062.266	1.175.551	1.220.842	1.253.093	1.296.866	1.307.861

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Verbraucherschutz

Über die Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100, z.B. Fleischschau) sowie für zusätzliche amtliche Kontrollen abgebildet. Die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/ -umlage* stellt die Erstattungen (Kostenart 442900) von Kosten im Bereich der Lebensmitteluntersuchungen dar. In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* werden Verwarnungsgelder (Kostenart 452130) vereinnahmt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* wird der Ankauf und insbesondere die Untersuchungen (Kostenart 529908) von Lebensmitteln und Bedarfgegenständen abgedeckt. Darüber hinaus werden hier die Kosten für den laufenden Laborbedarf, für Verbraucherschutz und regionale Vermarktung (Kostenart 524905) sowie für den Kurierdienst (Kostenart 529909) veranschlagt.

Bei der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* handelt es sich in erster Linie um Gebührenaussgaben (Kostenart 542300) für bakteriologische Fleischuntersuchungen und BSE-Pflichttests, aber auch um die Kosten der Vergütung für externe Sachverständige (Kostenart 542907) sowie der Materialbeschaffung (Kostenart 543110) im Rahmen der Fleischschauung und Kosten im Rahmen der Untersuchung von Futtermittelproben (543900). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung sowie anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.02 Verbraucherschutz



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-148.195	-155.000	-159.725	-159.725		-159.725	-159.725	-159.725
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-1.151	-3.300	-2.400	-2.400		-2.400	-2.400	-2.400
7	+ Sonstige Einzahlungen	-6.680	-5.000	-5.000	-5.000		-5.000	-5.000	-5.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-156.026	-163.300	-167.125	-167.125		-167.125	-167.125	-167.125
10	- Personalauszahlungen	575.091	502.880	546.016	558.992		568.209	577.611	587.201
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	300.016	430.380	467.630	502.130		540.630	571.130	571.630
15	- sonstige Auszahlungen	29.380	35.080	38.380	34.770		34.770	34.770	34.770
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	904.487	968.340	1.052.026	1.095.892		1.143.609	1.183.511	1.193.601
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	748.462	805.040	884.901	928.767		976.484	1.016.386	1.026.476
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		1.800	7.900	1.800		1.800	1.800	1.800
30	= Summe: (investive Auszahlungen)		1.800	7.900	1.800		1.800	1.800	1.800
31	= Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)		1.800	7.900	1.800		1.800	1.800	1.800

Beschreibung

- Überwachung von Tierhaltungen und Tierhandel gemäß tierseuchenrechtlicher Bestimmungen
- Maßnahmen gegen die allgemeine und die besondere Seuchengefahr
- Überwachung von Tierhaltungen, -zuchten, -handel und -transporten gemäß Tierschutzgesetz
- Vorbeugende und akute Maßnahmen zum Schutz der Tiere
- Überwachung, Entsorgung und ggf. Verwertung von Tierkörpern, Tierkörperteilen und tierischen Erzeugnissen
- Zuchtberatung, Förderung und Vermarktung von Zuchttieren, Ausrichtung von Tierschauen

Auftragsgrundlage

Tierseuchengesetz, Tierschutzgesetz, Landeshundegesetz, Tierzuchtgesetz, Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz, VO (EG) 1774/2002

Ziele

Zielgruppen

Tierhalter, Tierhändler, Tiertransporteure, Tierärzte, Verbraucher, Jäger, Schädlingsbekämpfer, Landwirte, Inhaber von Schlachtbetrieben, amtl. Kontrollpersonal, Gastronomiebetriebe, Tierzüchter

Haushaltsplan 2013/2014

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.03 Tiergesundheit

Dezernat II



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-28.689	-28.000	-33.250	-33.250	-33.250	-33.250	-33.250
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-5.589	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-1.715	-6.000	-6.000	-6.000	-6.000	-6.000	-6.000
10	= Ordentliche Erträge	-35.994	-42.000	-47.250	-47.250	-47.250	-47.250	-47.250
11	- Personalaufwendungen	559.054	527.800	605.413	625.031	621.954	634.309	646.345
12	- Versorgungsaufwendungen			30.459	31.692	32.649	33.631	34.367
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	470.411	471.526	506.850	524.575	478.175	487.175	501.675
14	- Bilanzielle Abschreibungen	5	500	13.896	13.896	13.896	13.896	13.896
15	- Transferaufwendungen	22.310	23.000	23.000	23.000	23.000	23.000	23.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	52.551	55.164	49.035	49.494	65.359	49.925	49.991
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.104.331	1.077.991	1.228.653	1.267.687	1.235.033	1.241.935	1.269.274
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.068.337	1.035.991	1.181.403	1.220.437	1.187.783	1.194.685	1.222.024
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.068.337	1.035.991	1.181.403	1.220.437	1.187.783	1.194.685	1.222.024
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.068.337	1.035.991	1.181.403	1.220.437	1.187.783	1.194.685	1.222.024
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	36.983	40.814	42.365	43.058	42.863	43.618	43.457
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.105.320	1.076.805	1.223.768	1.263.495	1.230.646	1.238.303	1.265.481

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Tiergesundheit

Über die Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für Bescheinigungen nach dem Tierseuchengesetz sowie Gebühren nach dem Tierschutzgesetz, Landeshundesgesetz u. a. abgewickelt. Die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattungen/umlage* erfasst die Erstattung von Kosten zur Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Kostenart 442900) sowie die Fahrtkostenerstattung durch Zuchtvereine. In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* werden Verwarnungsgelder und Zwangsgelder (Kostenart 452130 und 452120) vereinnahmt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* werden die Kosten für die Unterhaltung (Kostenart 523600) der Medizinischen Geräte und sonstige Gebrauchsgegenstände erfasst, aber auch die Kosten der Unterhaltung und Reinigung der Wildsammelstellen (bis 2012; Kostenart 523300 u. 523720) sowie die Sachkosten des Kreistierzuchtberaters (Kostenart 526800), die Kosten der Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Kostenart 524902), die Beschaffung von Mitteln u. Verbrauchsmaterialien zur Tierseuchenbekämpfung (Kostenart 524903) und sonstige Aufwendungen im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung (z. B. TSE-Monitoring), die Kosten der Kurierdienste (Kostenart 529909) und insbesondere die Kosten der Tierkörperbeseitigung nach dem TierNebG (Kostenart 529910). Der Oberbergische Kreis hat hier einen Vertrag über die Entsorgungskosten mit der Fa. Secanim geschlossen. Ferner werden hier die über die Kostenstelle 1415 bewirtschafteten Aufwendungen der Restabwicklung TBA Bergisch-Born (bis 2012) dargestellt (Kostenart 528901).

In der Kontengruppe *Transferaufwendungen* sind die Mittel für die Förderung der Viehzucht und für sonstige landwirtschaftliche Belange sowie Zuschüsse zu Körungen und Prämien veranschlagt (Kostenart 531900). Durch gezielte Maßnahmen sollen die Kreisfördermittel zum Zweck der Sicherstellung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der tierhaltenden Betriebe verwendet werden.

Über die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die Leistungen/Vergütungen von externen Sachverständigen (Kostenart 542907, z. B. im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung oder Bekämpfung der Blauzungenkrankheit) verausgabt, diese Personen werden je nach Bedarf im Auftrag des Amtstierarztes zur Erfüllung der gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahmen tätig. Des Weiteren sind hier Geschäftsaufwendungen für Aufgaben nach dem Tierschutzgesetz (Kostenart 543900) sowie für Dienst- und Schutzkleidung (Kostenart 541600) angesetzt. Im Übrigen sind die Kosten der Tierschau (Kostenart 549900) im Jahr 2011 veranschlagt, welche i. d. R. alle vier Jahre durchgeführt wird. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten,

Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.03 Tiergesundheit



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-30.222	-28.000	-33.250	-33.250		-33.250	-33.250	-33.250
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-10.520	-8.000	-8.000	-8.000		-8.000	-8.000	-8.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-1.960	-6.000	-6.000	-6.000		-6.000	-6.000	-6.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-42.702	-42.000	-47.250	-47.250		-47.250	-47.250	-47.250
10	- Personalauszahlungen	509.463	393.185	456.584	474.539		484.030	493.710	503.584
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	454.430	471.330	505.560	523.660		477.260	486.260	500.760
14	- Transferauszahlungen	22.310	23.000	23.000	23.000		23.000	23.000	23.000
15	- sonstige Auszahlungen	15.622	13.680	9.030	9.030		24.530	9.030	9.030
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.001.825	901.195	994.174	1.030.229		1.008.820	1.012.000	1.036.374
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	959.123	859.195	946.924	982.979		961.570	964.750	989.124

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.02.04.01 Verkehrsregelung und -lenkung

1.02.04.02 Überwachung des fließendes Verkehrs

1.02.04.02.01 Polizeiliche Geschwindigkeitsanzeigen

1.02.04.02.02 Geschwindigkeitsüberwachung

1.02.04.03 Verkehrsrechtliche Genehmigungen

1.02.04.04 Verkehrserziehung und -aufklärung

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.02.04.01

Verkehrsregelung und -lenkung

Beschreibung

- Entscheidung über Verkehrszeichen und –einrichtungen
- Geschäftsführung in der Unfallkommission zur Beseitigung von Unfallhäufungspunkten
- Verkehrslenkungsmaßnahmen im Baustellen- und Veranstaltungsbereich

Auftragsgrundlage

Straßenverkehrs-Ordnung (StVO), Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO), verschiedene Richtlinien, Zuständigkeitsregelung des Landes NRW

Ziele

- Verkehrsregelungs- und -lenkungsmaßnahmen zur Erhaltung der Verkehrssicherheit im Straßenverkehr
- Zeitnahe sach- und fachgerechte Reaktion gegenüber Kommunen und Unternehmen
- Erhalt und ständige Optimierung des bekannt guten Bürgerservices im Straßenverkehrsamt
 - o Freundlichkeit, Fachkompetenz und Hilfsbereitschaft sowie
 - o akzeptable Warte- und Öffnungszeiten

Zielgruppen

Allgemeinheit, Interessengruppen, Einzelpersonen, Bauunternehmer, kreisangehörige Städte und Gemeinden

1.02.04.02

Überwachung des fließenden Verkehrs

Beschreibung

- Prüfung der Anträge von u.a. Bürgern und Behörden zur Durchführung von Geschwindigkeitskontrollen sowie Festlegung diese Messstellen im Benehmen mit der Polizei
- Feststellung und Ahndung von Geschwindigkeitsüberschreitungen an Unfallhäufungspunkten, unfallkritischen Strecken, gefährdeten und besonders schutzwürdigen Bereichen (z. B. an Spielplätzen, Schulen, Schulwegen, Kindergärten, Altenheimen)
- Ahndung der von der Polizei und anderen Behörden vorgelegten Ordnungswidrigkeitenverfahren (z. B. Verkehrsunfälle, Alkohol- und Betäubungsmittelverstöße, Überschreitung von Lenkzeiten, Verstöße gegen die Beförderung gefährlicher Güter)
- Vertretung des Kreises vor den Amtsgerichten

Auftragsgrundlage

Straßenverkehrsgesetz, Straßenverkehrsordnung, Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung, Fahrpersonalgesetz, Ordnungsbehördengesetz, Gefahrgutgesetz, Ordnungswidrigkeitengesetz

Ziele

Senkung des Geschwindigkeitsniveaus und Erhöhung der Verkehrssicherheit durch Rückgang der Verkehrsunfallzahlen

Zielgruppen

Antragsteller sowie mittelbar oder unmittelbar betroffene Verkehrsteilnehmer

1.02.04.03

Verkehrsrechtliche Genehmigungen

Beschreibung

- Erteilung / Entziehung von Erlaubnissen für den gewerblichen Güterkraftverkehr, von EG-Lizenzen und von Genehmigungen für den gewerblichen Taxen- und Mietwagenverkehr
- Erteilung von Erlaubnissen und Ausnahmegenehmigungen für Großraum- und Schwertransporte
- Erteilung von Ausnahmegenehmigungen von straßenverkehrsrechtlichen Vorgaben

Auftragsgrundlage

Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG), Personenbeförderungsgesetz (PBefG), Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BOKraft), Straßenverkehrsordnung (StVO), Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO)

Ziele

- Gewährleistung des gewerblichen Kraft- und Personenbeförderungsverkehrs durch zuverlässige und wirtschaftlich leistungsfähige Unternehmen; zudem Vorgaben bei den Transportgeschäften zur Vermeidung von Verkehrsbehinderungen
- Hilfestellung für Personen im Straßenverkehr mit besonderen Ausrichtungen
- Zeitnahe sach- und fachgerechte Reaktion gegenüber Unternehmen und Fachbehörden
- Erhalt und ständige Optimierung des bekannt guten Bürgerservices im Straßenverkehrsamt
 - o Freundlichkeit, Fachkompetenz und Hilfsbereitschaft sowie
 - o akzeptable Warte- und Öffnungszeiten

Zielgruppen

Gewerbliche Unternehmer des Personenbeförderungsverkehrs und des Güterkraftverkehrs, Allgemeinheit, Interessengruppen, Einzelpersonen, Handwerker, Menschen mit Behinderung, Fahrzeughalter

1.02.04.04

Verkehrserziehung und -aufklärung

Beschreibung

- Durchführung von Verkehrssicherheitsaktionen, Öffentlichkeitsarbeit
- Unterstützung der Verkehrssicherheitsarbeit der Kreispolizei und der Kreisverkehrswacht

Auftragsgrundlage

Gemeinsamer Runderlass des IM NRW und des MSV NRW

Ziele

- Verbesserung des Kenntnisstandes der Bevölkerung aller Altersgruppen bezogen auf medizinische, wissenschaftliche, unfallrelevante Neuerungen in der Verkehrssicherheitsarbeit; unter besonderer Sensibilisierung der Autofahrer gegenüber den schwächeren Verkehrsteilnehmern
- Intensivierung der Seniorenarbeit im Straßenverkehr ab 2008 ff
- Erhöhung der Zahl der entsprechenden Veranstaltungen

Zielgruppen

Alle am öffentlichen Straßenverkehr Beteiligten

Haushaltsplan 2013/2014

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.04 Verkehrsangelegenheiten

Dezernat II



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen		-3.750		-3.750	-3.750	-3.750	-3.750
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-198.806	-183.000	-228.000	-228.000	-228.000	-228.000	-228.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-743		-1.011	-1.011	-1.011	-1.011	-1.011
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-1.989.842	-2.500.500	-2.700.500	-2.700.500	-2.700.500	-2.700.500	-2.700.500
10	= Ordentliche Erträge	-2.189.391	-2.687.250	-2.929.511	-2.933.261	-2.933.261	-2.933.261	-2.933.261
11	- Personalaufwendungen	1.111.547	1.197.798	1.265.741	1.280.414	1.232.713	1.256.973	1.279.057
12	- Versorgungsaufwendungen			144.397	149.144	153.649	158.270	161.736
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	73.562	125.468	119.474	125.665	118.165	124.865	117.365
14	- Bilanzielle Abschreibungen	15.810	13.667	11.254	13.076	15.223	17.378	18.504
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	365.059	400.512	374.568	377.485	376.560	378.218	379.879
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.565.977	1.737.446	1.915.435	1.945.784	1.896.310	1.935.703	1.956.541
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-623.414	-949.804	-1.014.076	-987.476	-1.036.951	-997.557	-976.719
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	366						
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	366						
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-623.049	-949.804	-1.014.076	-987.476	-1.036.951	-997.557	-976.719
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-623.049	-949.804	-1.014.076	-987.476	-1.036.951	-997.557	-976.719

Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-131.596	-304.187	-217.628	-220.955	-184.895	-188.082	-187.230
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	193.952	408.405	301.983	304.442	256.010	259.421	258.203
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-560.693	-845.587	-929.721	-903.990	-965.835	-926.218	-905.746

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Verkehrsangelegenheiten

Die Produktgruppe „1.02.04 Verkehrsangelegenheiten“ umfasst Aufgabenbereiche vom Amt 30 (Rechtsamt) und Amt 36 (Straßenverkehrsamt).

Die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* weist Zuweisungen vom Land im Rahmen der Verkehrserziehung, z.B. für den Verkehrssicherheitstag aus (Kostenart 414200). In der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* [Produkt: 1.02.04.03 Verkehrsrechtliche Genehmigungen] sind die Gebühren (Kostenart 431100) für den gewerblichen Personen- und Güterverkehr, Großraum- und Schwerverkehr, Veranstaltungen sowie Baustellen (Anordnungsbefugnis Amt 36) veranschlagt, sowie Gebühren für Aktenversendungen (Amt 30). Bei den *Erträgen aus Kostenerstattung/-umlage* handelt es sich um Personalkostenerstattungen von Gemeinden für vom Oberbergischen Kreis übertragene Aufgaben im Bereich der verkehrsrechtlichen Genehmigungen [Produkt: 1.02.04.03].

Unter der Kontengruppe *sonstige ordentliche Erträge* [Produkt: 1.02.04.02 Überwachung des fließenden Verkehrs] sind folgende Einnahmen/Erträge (Kostenart 452110 u. 452130, Anordnungsbefugnis Amt 30) ausgewiesen:

- | | |
|--|-------------|
| 1. Bußgelder wegen Verkehrsordnungswidrigkeiten | 850.000 € |
| 2. Bußgelder aus mobiler und stationärer Geschwindigkeitsüberwachung | 565.000 € |
| 3. Verwarngelder aus mobiler und stationärer Geschwindigkeitsüberwachung | 1.285.000 € |

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Bei den *Transferaufwendungen* handelt es sich um einen Zuschuss zur Unterstützung der Kreispolizei und der Kreisverkehrswacht, welcher alle 2 Jahre zur Auszahlung kommt (Kostenart 531900).

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* umfasst die Kosten für Entgelte an Dritte für Filmentwicklung (Kostenart 529913) sowie die Unterhaltungskosten (Kostenart 523300) der Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen (Amt 30). Des weiteren sind hier die Betriebskosten (Kostenart 523400) des Verkehrsinformationsbusses, die Kosten im Rahmen der Verkehrssicherung und -lenkung (Kostenart 529100), insbesondere der Durchführung des Verkehrssicherheitstages (Kostenart 524900) sowie die Kosten im Rahmen der Verkehrserziehung (Kostenart 529100) zur Unterstützung der Kreispolizeibehörde und der Verkehrswacht Oberbergischer Kreis veranschlagt (Amt 36).

Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind die Leasingkosten (Kostenart 542200) des Geschwindigkeitsmesssystems sowie das Material (Kostenart 543110) für die Geschwindigkeitsüberwachung und die Kosten im Zusammenhang mit der Entschädigung für die Durchführung von Fahrzeugführerermittlungen bzw. Zwangsstilllegungen erfasst (Kostenart 541905, Amt 30). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.04 Verkehrsangelegenheiten



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen		-3.750		-3.750		-3.750	-3.750	-3.750
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-198.354	-183.000	-228.000	-228.000		-228.000	-228.000	-228.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-1.924.522	-2.500.500	-2.700.500	-2.700.500		-2.700.500	-2.700.500	-2.700.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.122.875	-2.687.250	-2.928.500	-2.932.250		-2.932.250	-2.932.250	-2.932.250
10	- Personalauszahlungen	944.150	816.201	908.195	932.646		951.298	970.324	989.730
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	79.029	129.570	121.870	129.370		121.870	128.570	121.070
15	- sonstige Auszahlungen	44.138	52.690	36.630	36.655		36.680	36.705	36.735
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.067.316	998.461	1.066.695	1.098.671		1.109.848	1.135.599	1.147.535
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-1.055.559	-1.688.789	-1.861.805	-1.833.579		-1.822.402	-1.796.651	-1.784.715
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	98.548	43.000	29.000	29.000		29.000	2.000	2.000
30	= Summe: (investive Auszahlungen)	98.548	43.000	29.000	29.000		29.000	2.000	2.000
31	= Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	98.548	43.000	29.000	29.000		29.000	2.000	2.000

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.04 Verkehrsangelegenheiten



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5300010 Digitaltechnik											
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	98.354	42.000							140.354	140.354
13	= Summe Auszahlungen	98.354	42.000							140.354	140.354
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	98.354	42.000							140.354	140.354

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante **Investitionen / Ersatzbeschaffungen** im Rahmen der Geschwindigkeitsüberwachung. Die Nassfilmtechnik wird bei 3 mobilen und 2 stationären Überwachungskameras durch Digitaltechnik ersetzt.

Die Kosten *Digitaltechnik* belasten (i.d.R. über AfA) das Produkt 1.02.04.02 "Überwachung des fließenden Verkehrs" zu 100%.

Die o. g. Investitionen wird über die *Finanzstelle 5.300010* abgewickelt.

Beschreibung

- Erteilung, Verlängerung, Entziehung und Versagung von Fahrerlaubnissen
- Maßnahmen zur Fahrerlaubniserteilung auf Probe und im Punktesystem
- Maßnahmen zur Überprüfung der Kraftfahreignung
- Umtausch in den EU-Kartenführerschein
- Ausgabe von Fahrerkarten
- Erteilung von Fahrlehr- und Fahrschulerlaubnissen sowie Überwachung der Fahrschulen

Auftragsgrundlage

Straßenverkehrsgesetz (StVG), Fahrerlaubnisverordnung (FeV), Verordnung zur Durchführung des Fahrpersonalgesetzes, EU-Führerscheinrichtlinien, Verordnung über den internationalen Kraftverkehr, Fahrlehrergesetz inkl. Durchführungsverordnungen

Ziele

- Gewährleistung der ordnungsgemäßen Ausbildung und Prüfung von Fahrerlaubnisbewerbern einschließlich ihrer Ausbilder zur konfliktfreien Mitwirkung am öffentlichen Straßenverkehr; des weiteren Entscheidungen über die Eignung von Kraftfahrzeugführern im Straßenverkehr; Schutz der Allgemeinheit vor ausgehenden Gefahren von ungeeigneten Verkehrsteilnehmern
- Erhalt und ständige Optimierung des bekannt guten Bürgerservices im Straßenverkehrsamt
 - o Freundlichkeit, Fachkompetenz und Hilfsbereitschaft sowie
 - o akzeptable Warte- und Öffnungszeiten

Zielgruppen

Fahrerlaubnisbewerber bzw. -inhaber, Bewerber bzw. Inhaber von Fahrgastbeförderungsscheinen, Personen mit Eignungsmängeln, Fahrlehrer und Fahrschulinhaber

Haushaltsplan 2013/2014

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.05 Fahr- und Beförderungserlaubnisse

Dezernat II



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-490.763	-450.000	-500.000	-500.000	-500.000	-500.000	-500.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-1.527	-23.000	-23.000	-23.000	-23.000	-23.000	-23.000
10	= Ordentliche Erträge	-492.290	-473.000	-523.000	-523.000	-523.000	-523.000	-523.000
11	- Personalaufwendungen	488.675	531.465	476.265	487.364	484.909	494.542	503.926
12	- Versorgungsaufwendungen			24.132	24.826	25.576	26.345	26.922
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	14.901	20.160	20.624	20.047	20.047	20.047	20.047
14	- Bilanzielle Abschreibungen	2.041						
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	225.132	271.984	231.816	234.284	233.503	234.769	236.036
17	= Ordentliche Aufwendungen	730.750	823.610	752.838	766.520	764.035	775.704	786.931
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	238.459	350.610	229.838	243.520	241.035	252.704	263.931
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	238.459	350.610	229.838	243.520	241.035	252.704	263.931
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	238.459	350.610	229.838	243.520	241.035	252.704	263.931
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	50.444	101.115	75.102	75.901	64.905	66.068	66.036
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	288.904	451.725	304.939	319.421	305.940	318.773	329.967

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Fahr- und Beförderungserlaubnisse

In der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Gebühren (Kostenart 431100) für den Bereich Führerschein- und Fahrlehrerwesen abgebildet.

Bei den *Kostenerstattungen und Kostenumlagen* handelt es sich ausschließlich um die Erstattung der Kosten der Fahrschulüberprüfungen inkl. Verwaltungsgebühren durch die Fahrschulinhaber (neu ab 2011). Den Einnahmen stehen durch die Vergabe der Fahrschulüberprüfungen an externe Dritte *Aufwendungen* für andere sonst. *Sach- und Dienstleistungen* (Kostenart 529900) gegenüber.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind andere sonstige Geschäftsaufwendungen (Kostenart 543900) wie Kosten für den Druck der Karten, Führerscheine, Fahrerkarten etc. veranschlagt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.05 Fahr- und Beförderungserlaubnisse



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-482.188	-450.000	-500.000	-500.000		-500.000	-500.000	-500.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-1.527	-23.000	-23.000	-23.000		-23.000	-23.000	-23.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-483.715	-473.000	-523.000	-523.000		-523.000	-523.000	-523.000
10	- Personalauszahlungen	428.030	383.869	359.087	369.965		377.365	384.913	392.612
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	12.704	18.100	18.100	18.100		18.100	18.100	18.100
15	- sonstige Auszahlungen	57.845	80.000	60.000	60.000		60.000	60.000	60.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	498.579	481.969	437.187	448.065		455.465	463.013	470.712
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	14.863	8.969	-85.813	-74.935		-67.535	-59.987	-52.288

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

1.02.06.01 Zulassung

1.02.06.02 Überwachung der Halterhaftung

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.02.06.01

Zulassung

Beschreibung

Zulassung und Abmeldung von Fahrzeugen einschließlich

- Ausnahmegenehmigungen für Sonderfahrzeuge
- Internationale Zulassungen
- Änderung der Fahrzeugpapiere
- Sonderkennzeichen

Auftragsgrundlage

Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO), Kraftfahrzeugsteuergesetz (KraftStG), Ministerielle Richtlinien, EG-Richtlinien, Fahrzeugzulassungsverordnung (FZV)

Ziele

- Kennzeichnung von Fahrzeugen zur Unterbindung von Schädigungen, Gefährdungen und Belästigungen durch Fahrzeuge gegenüber der Allgemeinheit
- Erhaltung eines aktuellen Datenbestandes
- Erhalt und ständige Optimierung des bekannt guten Bürgerservices im Straßenverkehrsamt
 - o Freundlichkeit, Fachkompetenz und Hilfsbereitschaft sowie
 - o akzeptable Warte- und Öffnungszeiten

Zielgruppen

Fahrzeughalter, Kfz-Händler, Kennzeicheninhaber

1.02.06.02

Überwachung der Halterhaftung

Beschreibung

Vorbeugende Maßnahmen bis hin zur Zwangstilllegung in den Bereichen

- fehlender Versicherungsschutz
- Kfz-Steuerrückstand
- Nichtbeseitigung von Fahrzeugmängeln
- nicht vorgenommener Umschreibung des Fahrzeuges

Auftragsgrundlage

Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO), Kraftfahrzeugsteuergesetz (KraftStG), Pflichtversicherungsgesetz (PflversG), Fahrzeugzulassungsverordnung (FZV)

Ziele

- Sicherstellung, dass nur die Fahrzeuge sich im Straßenverkehr bewegen, die den geltenden Bestimmungen (wie Versicherung etc.) entsprechen
- Erhalt und ständige Optimierung des bekannt guten Bürgerservices im Straßenverkehrsamt
 - o Freundlichkeit, Fachkompetenz und Hilfsbereitschaft sowie
 - o akzeptable Warte- und Öffnungszeiten

Zielgruppen

Fahrzeughalter, Kennzeicheninhaber

Haushaltsplan 2013/2014

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.06 Kfz-Angelegenheiten

Dezernat II



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.394.221	-2.586.000	-2.639.000	-2.639.000	-2.639.000	-2.639.000	-2.639.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.842	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-25.252	-150	-150	-150	-150	-150	-150
10	= Ordentliche Erträge	-2.421.314	-2.587.150	-2.640.150	-2.640.150	-2.640.150	-2.640.150	-2.640.150
11	- Personalaufwendungen	1.067.739	1.100.993	1.144.370	1.175.289	1.179.137	1.202.615	1.225.849
12	- Versorgungsaufwendungen			38.586	39.992	41.201	42.440	43.369
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	36.898	40.448	22.062	20.614	20.614	20.614	20.614
14	- Bilanzielle Abschreibungen	22.976						
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	552.076	660.074	587.402	593.587	591.630	594.805	597.980
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.679.689	1.801.516	1.792.419	1.829.483	1.832.583	1.860.474	1.887.812
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-741.625	-785.634	-847.731	-810.667	-807.567	-779.676	-752.338
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-741.625	-785.634	-847.731	-810.667	-807.567	-779.676	-752.338
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-741.625	-785.634	-847.731	-810.667	-807.567	-779.676	-752.338
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	123.168	248.759	187.318	189.370	161.853	164.752	164.656
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-618.458	-536.875	-660.412	-621.298	-645.714	-614.924	-587.682

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Kfz-Angelegenheiten

In der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Gebühren (Kostenart 431100) für den Bereich Kfz-Zulassung bzw. Kfz-Abmeldungen, Verwaltungsgebühren für fehlenden Versicherungsschutz sowie sonstige Gebühren für Aufgabenerledigungen im Mängel-, Halterwechsel- und Sicherungsübereignungsbereich veranschlagt.

Über die Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* werden die Verkaufserlöse (Kostenart 441100) Kfz-Kennzeichen abgewickelt. In der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung* sind hauptsächlich Erstattungen vom Land (Kostenart 442200, Verwaltungskostenbeteiligung zur Durchführung der VMZbV) ausgewiesen. Des weiteren sind in der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* Einnahmen durch Werbung (Kostenart 459100) im Straßenverkehrsamt veranschlagt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* umfasst die Kosten für Mikroverfilmung (Kostenart 529100) sowie die Kostenerstattungen an Gemeinden (Kostenart 525300) im Rahmen der Amtshilfe. Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind insbesondere Kosten für Zulassungsbescheinigungen (vormals Plaketten, Kfz-Briefe), Karten-Führerscheine, Fahrerkarten, usw. abgebildet (Kostenart 543900). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.06 Kfz-Angelegenheiten



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.365.799	-2.586.000	-2.639.000	-2.639.000		-2.639.000	-2.639.000	-2.639.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.880	-1.000	-1.000	-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-25.142	-150	-150	-150		-150	-150	-150
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.392.821	-2.587.150	-2.640.150	-2.640.150		-2.640.150	-2.640.150	-2.640.150
10	- Personalauszahlungen	1.019.752	836.174	873.961	901.496		919.526	937.917	956.676
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	30.057	35.150	15.600	15.600		15.600	15.600	15.600
15	- sonstige Auszahlungen	122.168	150.000	130.000	130.000		130.000	130.000	130.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.171.977	1.021.324	1.019.561	1.047.096		1.065.126	1.083.517	1.102.276
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-1.220.844	-1.565.826	-1.620.589	-1.593.054		-1.575.024	-1.556.633	-1.537.874
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	25.996							
30	= Summe: (investive Auszahlungen)	25.996							
31	= Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	25.996							

Beschreibung

In der Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.02.07.01 Einwohnerangelegenheiten

1.02.07.01.01 Einbürgerungen

1.02.07.02 Regelung des Aufenthalts von Ausländern

1.02.07.02.01 Humanitäre Aufenthalte

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.02.07.01

Einwohnerangelegenheiten

Beschreibung

1. Bearbeiten aller Fragen zur deutschen Staatsangehörigkeit und Namensänderungen, insbesondere
 - Vornahme/Ablehnen von Einbürgerungen
 - Feststellen der deutschen Staatsangehörigkeit
 - Ausstellen von Urkunden über die deutsche Staatsangehörigkeit
 - Durchführen von Namensänderungen öffentlich-rechtlicher Art
2. Standesamtsaufsicht:
Unterstützen und Überwachen der Tätigkeit aller Standesämter im Kreisgebiet
3. Beraten kreisangehöriger Kommunen in melde-, ausweis- und passrechtlichen Angelegenheiten;
Aufsicht über Recht- und Zweckmäßigkeit kommunaler melde-, ausweis- und passrechtlicher Entscheidungen

Auftragsgrundlage

Staatsangehörigkeitsgesetz, Namensänderungsgesetz; Personenstandsgesetz; Meldegesetze Bund und Land, Personalausweis- und Passgesetz, jeweils mit allen Verordnungen; Ordnungsbehördengesetz NRW, Ordnungswidrigkeitengesetz

Ziele

Global:

- Erhalt der inneren Sicherheit im Kreisgebiet
- Erleichtern der eindeutigen Identifizierung Einzelner durch die Einhaltung klarer Vorgaben zu Namen, Staatsangehörigkeit, Ausweisen und Anschriften

Strategisch:

- Kompetentes Verwaltungshandeln in der bisherigen Verfahrensqualität unter Berücksichtigung kommunaler Interessen
- Sicherstellen der einheitlichen Arbeitsweise aller Standesämter, Melde-, Ausweis- und Passbehörden der kreisangehörigen Kommunen

Zielgruppen

Einbürgerungswillige ausländische Personen sowie alle deutschen Einwohner und Einwohnerinnen des Kreisgebietes, die Standesämter, Melde-, Ausweis- und Passbehörden aller kreisangehöriger Kommunen

1.02.07.02

Regelung des Aufenthalts von Ausländern

Beschreibung

Vollzug aller aufenthaltsrechtlichen Regelungen des Bundes im Kreisgebiet, insbesondere Erteilen/Ablehnen von Aufenthaltsgenehmigungen zu unterschiedlichen Aufenthaltswegen (Familienzusammenführung, Erwerbstätigkeit, Studium usw), Verpflichten zur Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen, Entgegennahme von Unterhaltsverpflichtungserklärungen, Durchführen aufenthaltsbeendender Maßnahmen soweit erforderlich

Auftragsgrundlage

Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet - mit allen Verordnungen und internationalen Abkommen; Freizügigkeitsgesetz für Bürger und Bürgerinnen der Europäischen Union; Asylverfahrensgesetz; Ordnungsbehördengesetz NRW, Ordnungswidrigkeitengesetz

Ziele

Global:

- Erhalt der inneren Sicherheit im Kreisgebiet
- Steuern und Begrenzen des Zuzugs von Ausländern in die Bundesrepublik; Gestalten der Zuwanderung u.a. durch Fördern integrativer Maßnahmen und Erfüllen humanitärer Verpflichtungen

Strategisch:

- Kompetentes Verwaltungshandeln in der bisherigen Verfahrensqualität unter Berücksichtigung kommunaler und wirtschaftlicher Interessen
- bedarfsorientierte Entscheidungen, die unter Beachtung aller gesetzlichen und gerichtlichen Vorgaben durchgesetzt werden

Zielgruppen

Alle im Kreisgebiet lebenden ausländischen Personen

Haushaltsplan 2013/2014

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.07 Personenbez. Aufenthalts-/Statusfragen

Dezernat I



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-197.895	-198.000	-255.000	-245.000	-245.000	-245.000	-245.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-16.384	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-910	-500	-500	-500	-500	-500	-500
10	= Ordentliche Erträge	-215.189	-206.500	-263.500	-253.500	-253.500	-253.500	-253.500
11	- Personalaufwendungen	938.948	1.105.013	1.089.085	1.093.128	1.030.457	1.050.610	1.068.100
12	- Versorgungsaufwendungen			166.868	171.981	177.177	182.505	186.502
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	664	6.145	7.725	6.645	6.645	6.645	6.645
14	- Bilanzielle Abschreibungen	3.905						
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	182.389	374.969	345.261	346.617	346.133	346.855	347.729
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.125.906	1.486.127	1.608.939	1.618.372	1.560.411	1.586.616	1.608.976
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	910.717	1.279.627	1.345.439	1.364.872	1.306.911	1.333.116	1.355.476
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	910.717	1.279.627	1.345.439	1.364.872	1.306.911	1.333.116	1.355.476
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	910.717	1.279.627	1.345.439	1.364.872	1.306.911	1.333.116	1.355.476
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	77.738	115.354	99.170	100.324	100.875	102.890	104.278
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	988.455	1.394.981	1.444.609	1.465.195	1.407.786	1.436.006	1.459.754

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Personenbezogene Aufenthalts- und Statusfragen

Erträge der Produktgruppe ‚Personenbezogene Aufenthalts- und Statusfragen‘ bestehen weit überwiegend aus Verwaltungsgebühren, die als Leistungsentgelt für eine Einbürgerung oder das Erteilen einer Aufenthaltserlaubnis erhoben werden. Gelegentlich werden Kosten erstattet, die anlässlich einer Amtshilfe für andere Behörden entstehen, oder bei Verstößen gegen das Aufenthaltsrecht Buß- und Verwarnungsgelder festgesetzt. Die Gebühreneinnahmen können immer nur Teilbereiche der Produktgruppe finanzieren. Sachaufwendungen entstehen insbesondere durch ärztliche Begutachtungen, die in Einzelfällen zur Überprüfung eines Aufenthaltsrechtes eingeholt werden müssen.

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für Gebühren nach dem Aufenthaltsgesetz sowie die Gebühren für Staatsangehörigkeitswesen (z.B. Einbürgerungen) erfasst. Die Kontengruppe *Kostenerstattungen* umfasst Einnahmen im Zusammenhang mit dem Ersatz von Abschiebekosten und Sicherheitsleistungen (Kostenart 442900). Bei den *Sonstigen ordentlichen Erträgen* handelt es sich um Verwarnungsgelder (Kostenart 452130).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Bei den *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* handelt es sich um die anteiligen Kosten für die Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung (Bewirtschaftung über Kostenstelle 101321, Kostenart 523600).

Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind die Kosten für Ausländerangelegenheiten (Kostenart 542900, z.B. Humanitäre Hilfen, Dolmetscher, ärztliche Gutachten, etc.), für die Erstattungen von Einbürgerungsgebühren (Kostenart 549900) sowie für die Vordrucke der Bundesdruckerei (Kostenart 543913) dargestellt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, Kfz-Kosten, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.07 Personenbez. Aufenthalts-/Statusfragen



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-193.827	-198.000	-255.000	-245.000		-245.000	-245.000	-245.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-14.735	-8.000	-8.000	-8.000		-8.000	-8.000	-8.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-910	-500	-500	-500		-500	-500	-500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-209.473	-206.500	-263.500	-253.500		-253.500	-253.500	-253.500
10	- Personalauszahlungen	741.384	720.688	756.944	775.298		790.804	806.619	822.751
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			500	500		500	500	500
15	- sonstige Auszahlungen	44.818	227.500	215.000	215.000		215.000	215.000	215.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	786.201	948.188	972.444	990.798		1.006.304	1.022.119	1.038.251
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	576.729	741.688	708.944	737.298		752.804	768.619	784.751

Beschreibung

- Bereitstellung und Aufbereitung statistischer Daten für eigene Zwecke
Zuarbeit im Rahmen der jeweils aktuellen Aufgaben in Kreis- und Regionalentwicklung. Beitrag zur
Öffentlichkeitsarbeit, regelmäßige Veröffentlichung des Beitrages „Der Oberbergische Kreis in Zahlen“, Schulstatistik
u.a.
- Bereitstellung und Aufbereitung statistischer Daten auf Anfrage von Unternehmen, Verwaltungen, Institutionen,
Gutachtern, Privaten u.a. aus den Bereichen:
- Demographie / Verwaltung / Wahlen, Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Flächennutzung / Land- und Forstwirtschaft,
Touristik, Bildungswesen
- Mitwirkung bei der Vorbereitung und Durchführung amtlicher Zählungen
Zensusgesetze bzw. -verordnungen

Auftragsgrundlage

Ziele

- Erarbeitung nachvollziehbarer und im regionalen und überregionalen Zusammenhang vergleichbarer Grundlagen
(Zahlenwerke und Grafik) zur Beurteilung von Fragen, die die Entwicklung des Oberbergischen Kreises berühren
- Informationen interessierter Dritter über Struktur und Entwicklung des Oberbergischen Kreises
- Vorbereitung von Entscheidungen / Vorgaben für Politik, Verwaltung und Wirtschaft; Basiserhebung für
Standortmarketing der Region

Zielgruppen

Politik, Behörden, Wirtschaft, Gesellschaft

Haushaltsplan 2013/2014

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.08 Statistik

Dezernat IV



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-495.338	-317.481					
10	= Ordentliche Erträge	-495.338	-317.481					
11	- Personalaufwendungen	243.423	278.906	60.993	61.561	58.545	59.686	60.696
12	- Versorgungsaufwendungen			8.308	8.625	8.886	9.153	9.353
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	71	1.035	122	35	35	35	35
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	327.830	162.020	6.980	6.987	6.981	6.995	7.009
17	= Ordentliche Aufwendungen	571.324	441.961	76.404	77.208	74.446	75.868	77.093
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	75.985	124.480	76.404	77.208	74.446	75.868	77.093
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	75.985	124.480	76.404	77.208	74.446	75.868	77.093
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	75.985	124.480	76.404	77.208	74.446	75.868	77.093
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	55.539	13.470	6.522	6.643	6.715	6.876	6.940
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	131.524	137.951	82.927	83.851	81.161	82.744	84.033

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Statistik

Unter dem Produkt 1.02.08 war neben dem regulären Produkt "Statistik" für die Jahre 2011 und 2012 das Projekt Zensus 2011, welches in diesen Jahren ein Gros der Aufwendungen in diesem Produkt darstellte, eingeplant.

Unter der Kontengruppe *Kostenerstattungen und Kostenumlagen* sind die Personal- und Sachkostenerstattungen des Landes für das Projekt Zensus 2011 erfasst.

Die *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* entstehen für die Erstellung von Statistiken. 2011 war hier das Projekt Zensus 2011 erfasst.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* werden Geschäftsaufwendungen (Kostenart 543900) wie Beschaffung von Material (Statistikdaten vom LDS, etc.) und die Herausgabe von Schriften veranschlagt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat IV

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.08 Statistik



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-476.524	-317.481						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-476.524	-317.481						
10	- Personalauszahlungen	191.574	185.200	42.704	43.875		44.752	45.647	46.560
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	3	1.000						
15	- sonstige Auszahlungen	322.699	156.350	1.700	1.700		1.700	1.700	1.700
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	514.275	342.550	44.404	45.575		46.452	47.347	48.260
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	37.751	25.069	44.404	45.575		46.452	47.347	48.260

<u>Beschreibung</u>	Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Wahlen und Abstimmungen
<u>Auftragsgrundlage</u>	Europawahlgesetz und Europawahlordnung, Bundeswahlgesetz und Bundeswahlordnung, Landeswahlgesetz und Landeswahlordnung, Kommunalwahlgesetz und Kommunalwahlordnung, Gemeindeordnung, Kreisordnung, Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden
<u>Ziele</u>	<ul style="list-style-type: none">- ordnungsgemäße Vorbereitung der Wahl bzw. Abstimmung- fehlerfreie Ergebnisermittlung
<u>Zielgruppen</u>	Wahlberechtigte der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, Träger von Wahlvorschlägen, Wahlbewerberinnen und -bewerber

Haushaltsplan 2013/2014

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.09 Wahlen

Kreisdirektor



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-189.400	-270.790	-242.475			-254.450
10	= Ordentliche Erträge		-189.400	-270.790	-242.475			-254.450
11	- Personalaufwendungen	26.636	30.951	29.689	29.685	27.604	28.143	28.593
12	- Versorgungsaufwendungen			5.279	5.443	5.607	5.776	5.902
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		151.500	215.000	273.800	75.700		172.500
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	5.638	44.720	57.290	87.650	54.290	26.660	55.290
17	= Ordentliche Aufwendungen	32.275	227.171	307.257	396.578	163.201	60.579	262.285
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	32.275	37.771	36.467	154.103	163.201	60.579	7.835
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	32.275	37.771	36.467	154.103	163.201	60.579	7.835
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	32.275	37.771	36.467	154.103	163.201	60.579	7.835
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	3.335	6.135	5.508	5.500	5.513	5.567	5.587
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	35.610	43.907	41.975	159.603	168.714	66.146	13.423

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Wahlen

Folgende Wahlen sind in den folgenden Jahren geplant:

- Haushaltsjahr 2013 Bundestagswahlen
- Haushaltsjahr 2014 Kommunalwahlen und Europawahlen
- Haushaltsjahr 2015 Bürgermeister- und Landratswahl
- Haushaltsjahr 2016 keine Wahlen
- Haushaltsjahr 2017 Landtagswahl

Unter der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung* sind die Erstattungen der Kosten für Wahlen von Bund bzw. Land (Kostenart 442100 u. 442200) ausgewiesen.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* sind die Erstattungen von Wahlkosten (nach Abzug der Kosten des Kreiswahlleiters) an die Städte und Gemeinden für die Durchführung von Wahlen veranschlagt (Kostenart 525300).

Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind die Aufwandsentschädigungen (Kostenart 542800) für die Beisitzer des Kreiswahlausschusses sowie die Geschäftsausgaben (Kostenart 543900, Beschaffung von Vordrucken, Bekanntmachungen, etc.) und die ADV-Kosten (Kostenart 542901, Bereitstellung des Programms Wahlinfo durch die GKD) die anlässlich der Vorbereitung und Durchführung von Wahlen anfallen, veranschlagt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsausgaben (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.09 Wahlen

Kreisdirektor



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen		-189.400	-270.790	-242.475				-254.450
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit		-189.400	-270.790	-242.475				-254.450
10	- Personalauszahlungen	19.896	19.538	20.215	20.692		21.106	21.529	21.959
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	147.823	151.500	215.000	273.800		75.700		172.500
15	- sonstige Auszahlungen	5.638	44.720	57.290	87.650		54.290	26.660	55.290
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	173.357	215.758	292.505	382.142		151.096	48.189	249.749
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	173.357	26.358	21.715	139.667		151.096	48.189	-4.701

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

- 1.02.10.01 Brandschutz
 - 1.02.10.01.01 Werkstatt für Feuerwehrausrüstung
 - 1.02.10.01.02 Vorbeugender Brandschutz
 - 1.02.10.01.03 Brandschau Kommunen
 - 1.02.10.01.04 Kreisausbildung Freiwillige Feuerwehren
- 1.02.10.02 Katastrophenschutz
 - 1.02.10.02.01 Sachausstattung Einsatzkräfte
 - 1.02.10.02.02 Zuschüsse Einsatzorganisationen

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.02.10.01**Brandschutz****Beschreibung**

- Gefahrenabwehr für den Brandfall, insbesondere durch Betrieb einer Leitstelle für Feuerschutz (Notruf 112), Überörtliche Aus- und Fortbildung kommunaler Feuerwehkräfte, Betrieb einer Werkstatt für Atemschutzgeräte und Schlauchpflege, zentrale Beschaffungsmaßnahmen für kommunale Feuerwehren
- Gestellung von Brandschutztechnikern an die kreisangehörigen Kommunen
- Vorbeugender Brandschutz in Genehmigungsverfahren
- Beraten kreisangehöriger Kommunen insbesondere zu Brandschutzbedarfsplänen
- Aufsicht über Recht- und Zweckmäßigkeit kommunaler Entscheidungen im Feuerschutz

Auftragsgrundlage

Feuerschutz- und Hilfeleistungsgesetz NRW, Ordnungsbehördengesetz NRW, Zivilschutzgesetz, Wehrpflichtgesetz, Bundesfreiwilligendienstgesetz, Sicherstellungsgesetze, jeweils mit allen Verordnungen und Erlassen

Ziele**Global:**

Schutz von Leib und Leben aller Personen im Kreisgebiet, Ausbau des Bevölkerungsschutzes beim Kreis in Umsetzung der bundesweiten „Neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland“

Strategisch:

Stärkung der überörtlichen Zusammenarbeit aller Einsatzkräfte der Feuerwehren, Hilfsorganisationen und THW unter Berücksichtigung kommunaler Interessen durch Ausbau des zentralen kreiseigenen Brandschutzzentrums zu einem Rettungszentrum

Zielgruppen

Kreisangehörige Kommunen mit ihren Feuerwehren; Werksfeuerwehren; Hilfsorganisationen (DRK, Malteser, Johanniter, DLRG) u. Technisches Hilfswerk; Verpflichtete, die Wehersatzdienst bei einer Einsatzorganisation leisten; Gesamtbevölkerung des Kreisgebietes.

1.02.10.02

Katastrophenschutz

Beschreibung

Hilfeleisten in überörtlichen Großschadenslagen, die zivile oder militärische Ursachen haben können, insbesondere durch

- Betrieb einer Leitstelle für Bevölkerungsschutz (Notruf 112),
- Koordinieren der Einsatzkräfte und Hilfeleistungen in einer Großschadenslage,
- Erstellen vorbereitender Gefahrenabwehr- und Einsatzpläne,
- Planen und Durchführen von Übungen,
- Überwachen von Wehrersatzdienst-Verpflichtungen,

ergänzende Sachausstattung der Einsatzkräfte von Hilfsorganisationen und Feuerwehren.

Auftragsgrundlage

Feuerschutz- und Hilfeleistungsgesetz NRW, Ordnungsbehördengesetz NRW, Zivilschutzgesetz, Wehrpflichtgesetz, Zivildienstgesetz, Sicherstellungsgesetze, jeweils mit allen Verordnungen und Erlassen.

Ziele

Global:

Schutz von Leib und Leben aller Personen im Kreisgebiet,
Ausbau des Bevölkerungsschutzes beim Kreis in Umsetzung der bundesweiten "neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland"

Strategisch:

Stärkung der überörtlichen Zusammenarbeit aller Einsatzkräfte der Feuerwehren, Hilfsorganisationen und THW unter Berücksichtigung kommunaler Interessen durch Ausbau des zentralen kreiseigenen Brandschutzzentrums zu einem Rettungszentrum

Zielgruppen

Kreisangehörige Kommunen mit ihren Feuerwehren; Werksfeuerwehren; Hilfsorganisationen (DRK, Malteser, Johanniter, DLRG) u. Technisches Hilfswerk; Verpflichtete, die Wehrersatzdienst bei einer Einsatzorganisation leisten;
Gesamtbevölkerung des Kreisgebietes

Haushaltsplan 2013/2014

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.10 Bevölkerungsschutz

Dezernat I



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen		-39.333	-32.846	-30.504	-37.235	-41.536	-46.520
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-60	-180	-180	-180	-180	-180	-180
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-10.142	-6.850	-180.850	-180.850	-180.850	-180.850	-180.850
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-11.880	-12.060	-12.360	-12.660	-12.960	-13.260	-13.560
10	= Ordentliche Erträge	-22.082	-58.423	-226.236	-224.194	-231.225	-235.826	-241.110
11	- Personalaufwendungen	1.100.579	1.200.006	1.220.609	1.227.328	1.164.673	1.187.498	1.207.614
12	- Versorgungsaufwendungen			342.695	354.669	365.384	376.373	384.614
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	137.376	231.820	249.200	259.200	258.700	253.100	251.300
14	- Bilanzielle Abschreibungen		325.575	109.235	159.738	176.584	175.395	176.834
15	- Transferaufwendungen	16.550	17.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	97.687	112.200	86.225	84.265	84.305	83.845	83.885
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.352.192	1.886.601	2.019.964	2.097.201	2.061.646	2.088.211	2.116.247
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.330.110	1.828.178	1.793.728	1.873.007	1.830.421	1.852.385	1.875.137
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.330.110	1.828.178	1.793.728	1.873.007	1.830.421	1.852.385	1.875.137
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.330.110	1.828.178	1.793.728	1.873.007	1.830.421	1.852.385	1.875.137
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-49.691	-170.943	-314.643	-355.264	-373.567	-379.531	-383.969
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	257.427	220.315	226.518	223.714	223.160	224.615	225.888

Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.537.846	1.877.549	1.705.603	1.741.456	1.680.014	1.697.469	1.717.057

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Bevölkerungsschutz

Erträge der Produktgruppe *Bevölkerungsschutz* bestehen einerseits aus Kostenerstattungen der kreisangehörigen Kommunen für die Inanspruchnahme bestimmter Leistungen des Kreises im Brandschutz, andererseits aus dem Entgelt für die Aufschaltung von Brandmeldeanlagen auf die Kreisleitstelle. Sachaufwendungen dienen insbesondere der Anschaffung und Unterhaltung von Maschinen und technischen Anlagen im Brandschutzzentrum sowie der notwendigen Dienstfahrzeuge. Die Einsatzorganisationen im Kreisgebiet werden begrenzt finanziell unterstützt.

Die Kontengruppe *Kostenerstattungen* umfasst die Einnahmen/Erstattungen (Kostenart 442200 u. 442600) im Zusammenhang mit den Betriebskosten der Relaisfunkstation Unnenberg sowie die Erstattungen der Gemeinden (Kostenart 442300) für Verbrauchsgüter der Atemschutzwerkstatt. Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* sind Konzessionsabgaben (Kostenart 452600, Kostenpauschale für die Brandmelde-Übertragungs-Anlage) ausgewiesen. Bei den *Zuwendungen und allgemeinen Umlagen* handelt es sich um Erträge aus der Auflösung von Zuwendungen für Investitionen (Kostenart 416210).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Hier fließen auf die Personalkosten für die Durchführung der Brandschau mit ein.

Die *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* umfasst die Unterhaltung (Kostenart 523300 u. 523610) von Geräten bzw. technischen Anlagen und Datenverarbeitungseinrichtungen im Brandschutzzentrum (Maschinen/Geräte etc. im Rahmen für Großschadensereignisse), aber auch die Kosten der Kreisausbildung der Freiwilligen Feuerwehren (Kostenart 524900). Darüber hinaus werden hier die Ersatzteile der Atemschutzwerkstatt (Kostenart 526802) sowie der Materialverbrauch Brandschutzzentrum (Kostenart 526803) veranschlagt. Die *Transferaufwendungen* beinhalten Zuschüsse an den Kreisfeuerwehrverband bzw. Zuschüsse an die Jugendfeuerwehr (Kostenart 531900).

In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind u. a. die Leasingraten für die Schlauchpflegeanlage (Kostenart 542200) und Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung (Kostenart 541600) hinterlegt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen

(Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.10 Bevölkerungsschutz



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-60	-180	-180	-180		-180	-180	-180
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	2.502	-6.850	-180.850	-180.850		-180.850	-180.850	-180.850
7	+ Sonstige Einzahlungen	-11.880	-12.060	-12.360	-12.660		-12.960	-13.260	-13.560
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-9.438	-19.090	-193.390	-193.690		-193.990	-194.290	-194.590
10	- Personalauszahlungen	1.599.028	1.313.544	1.408.653	1.444.245		1.473.129	1.502.591	1.532.642
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	136.824	231.820	249.200	259.200		258.700	253.100	251.300
14	- Transferauszahlungen	16.550	17.000	12.000	12.000		12.000	12.000	12.000
15	- sonstige Auszahlungen	91.090	112.200	86.225	84.265		84.305	83.845	83.885
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.843.492	1.674.564	1.756.078	1.799.710		1.828.134	1.851.536	1.879.827
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.834.054	1.655.474	1.562.688	1.606.020		1.634.144	1.657.246	1.685.237
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-517.869	-41.500	-41.500	-41.500		-41.500	-41.500	-41.500
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-13.208							
23	= Summe: (investive Einzahlungen)	-531.077	-41.500	-41.500	-41.500		-41.500	-41.500	-41.500
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	808.915							
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	134.793	741.731	228.400	283.000		33.000	33.000	33.000
30	= Summe: (investive Auszahlungen)	943.708	741.731	228.400	283.000		33.000	33.000	33.000
31	= Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	412.630	700.231	186.900	241.500		-8.500	-8.500	-8.500

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung
1.02.10 Bevölkerungsschutz


Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5231300 Baumaßnahmen Notfallzentrum											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-487.869								-1.238.054	-1.238.054
6	= Summe Einzahlungen	-487.869								-1.238.054	-1.238.054
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	808.915								796.713	796.713
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen		170.000							170.000	170.000
13	= Summe Auszahlungen	808.915	170.000							966.713	966.713
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	321.046	170.000							-271.341	-271.341

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine geplante **Bauinvestition** im Bereich des **Brandschutzzentrums Kotthausen** (Ausbau als Rettungszentrum des Kreises). Die Abwicklung der Baumaßnahme wird vom Zentralen Immobilienmanagement betreut.

Die o. g. Investition wird über die *Finanzstelle 5.231300* abgewickelt.

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5323005 Atemschutzreserve Freiwillige Feuerwehr											
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	109.335	11.581							222.598	222.598
13	= Summe Auszahlungen	109.335	11.581							222.598	222.598
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	109.335	11.581							222.598	222.598

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine geplante **Investition / Ersatzbeschaffung** im Bereich Brandschutz und Katastrophenschutz.

Hier ist im Jahr 2010 ein sog. **Wechselader** angeschafft worden. In 2011 wurde ein **Abrollbehälter für den Atemschutz** angeschafft. Der Erwerb der Anlagengüter wird von Amt 38 geleitet.

Die Kosten für den Abrollbehälter belasten (i.d.R. über AfA) mit 70 % das Produkt Brandschutz und mit 30 % das Produkt Katastrophenschutz.

Die Kosten für den Wechselader belasten (i.d.R. über AfA) mit 50 % das Produkt Brandschutz und mit 50 % das Produkt Katastrophenschutz.

Die o. g. Investition wird über die *Finanzstelle* 5.323005 abgewickelt.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung
1.02.10 Bevölkerungsschutz


Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5323006 Ausstattung (Katastrophenschutz)											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-30.000	-30.000	-30.000	-30.000		-30.000	-30.000	-30.000	-120.000	-270.000
6	= Summe Einzahlungen	-30.000	-30.000	-30.000	-30.000		-30.000	-30.000	-30.000	-120.000	-270.000
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	1.902	74.000	30.000	30.000		30.000	30.000	30.000	86.214	236.214
13	= Summe Auszahlungen	1.902	74.000	30.000	30.000		30.000	30.000	30.000	86.214	236.214
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-28.098	44.000							-33.786	-33.786

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine geplante **Investition / Ersatzbeschaffung** im Bereich Brandschutz und Katastrophenschutz.

Die o. g. Investition wird über die *Finanzstelle 5.323006* abgewickelt.

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzah- lung en / - auszah- lung en
5323020 Digitalfunk BOS											
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	6.064	180.000	95.000	250.000					404.255	749.255
13	= Summe Auszahlungen	6.064	180.000	95.000	250.000					404.255	749.255
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	6.064	180.000	95.000	250.000					404.255	749.255

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante **Investitionen / Ersatzbeschaffungen** im Rahmen der Einführung des **Digitalfunks** (Ausstattung der KFZ aus Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz mit Digitalfunk BOS).

Die Kosten *Digitalfunk Leitstelle* belasten (i.d.R. über AfA) zu 25 % das Produkt Brandschutz, zu 5 % den Katastrophenschutz und zu 70 % den Rettungsdienst.

Die Kosten *Digitalfunk Kfz* belasten (i.d.R. über AfA) zu 10 % das Produkt Brandschutz, zu 2 % den Katastrophenschutz und zu 88 % den Rettungsdienst.

Die o. g. Investitionen wird über die *Finanzstelle 5.323020* abgewickelt.

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlu ng / - auszahlu ng en
5323022 Gerätewagen Messtechnik											
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen		270.000	50.000						270.000	320.000
13	= Summe Auszahlungen		270.000	50.000						270.000	320.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		270.000	50.000						270.000	320.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante **Investition / Ersatzbeschaffungen** im Bereich des **Katastrophenschutzes**, hier werden **Fahrzeuge / Gerätewagen Messtechnik** erworben. Die Kosten belasten (i.d.R. über AfA) zu 100 % das Produkt Katastrophenschutz.

Die o. g. Investitionen wird über die *Finanzstelle 5.323022* abgewickelt.

Beschreibung

Sicherstellen der Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der

- Notfallrettung einschließlich des notärztlichen Dienstes und des
- Krankentransportes, der mit medizinischer Betreuung durchgeführt werden muss (sogen. qualifizierte Transporte),

insbesondere durch

- Erstellen eines rettungsdienstlichen Bedarfsplans,
- Betrieb einer Leitstelle für den Rettungsdienst (Notruf 112),
- Trägerschaft für zehn Rettungswachen im Kreisgebiet,
- Berechnen und Festlegen der Gebühren für rettungsdienstliche Leistungen,
- Einzug der Benutzungsgebühren bei den Betroffenen und ihren Krankenkassen,
- Aufsicht über kreisangehörige Kommunen, die Träger einer Rettungswache sind.

Auftragsgrundlage

Rettungsgesetz NRW mit allen Verordnungen, Rettungsdienstlicher Bedarfsplan (Kreistagsbeschluss); Kommunalabgabengesetz NRW, (Kreis-) Gebührensatzung für den Rettungsdienst

Ziele

Global:

Schutz von Leib und Leben aller Betroffenen im Kreisgebiet

Strategisch:

Bedarfsgerechte und flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung und des Krankentransportes nach Maßgabe des Rettungsbedarfsplanes

Zielgruppen

Alle Personen, die im Kreisgebiet krank oder verletzt transportiert werden müssen; Krankenhäuser und Hilfsorganisationen, die rettungsdienstliche Leistungen erbringen; Krankenkassen, die die Kosten übernehmen

Haushaltsplan 2013/2014

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.11 Rettungsdienst

Dezernat I



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen		-28.770	-28.770	-28.770	-28.770	-28.770	-28.770
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-8.774.310	-13.172.734	-15.348.548	-16.220.924	-16.483.072	-16.795.551	-17.123.704
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-10						
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-68.693	-65.000	-92.144	-92.144	-92.144	-97.144	-97.144
7	+ Sonstige ordentliche Erträge		-1.000					
10	= Ordentliche Erträge	-8.843.013	-13.267.504	-15.469.462	-16.341.838	-16.603.986	-16.921.465	-17.249.618
11	- Personalaufwendungen	1.048.897	6.775.762	10.110.346	10.882.824	10.991.693	11.210.233	11.429.222
12	- Versorgungsaufwendungen			41.121	42.612	43.899	45.219	46.210
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	8.523.693	4.258.352	2.850.640	2.883.139	2.911.139	2.926.839	2.895.839
14	- Bilanzielle Abschreibungen	27.556	609.122	284.796	470.305	596.167	681.398	814.024
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.452.929	1.451.837	1.865.717	1.704.002	1.685.471	1.675.436	1.676.910
17	= Ordentliche Aufwendungen	11.053.075	13.095.073	15.152.620	15.982.882	16.228.369	16.539.126	16.862.205
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	2.210.062	-172.431	-316.841	-358.956	-375.617	-382.339	-387.412
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	235						
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	235						
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	2.210.297	-172.431	-316.841	-358.956	-375.617	-382.339	-387.412

Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	2.210.297	-172.431	-316.841	-358.956	-375.617	-382.339	-387.412
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-38.790	-52.671	-51.924	-50.705	-51.281	-51.847	-52.156
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	101.217	232.311	381.865	422.761	439.997	447.285	452.669
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	2.272.725	7.209	13.100	13.100	13.100	13.100	13.100

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Rettungsdienst

Erträge der Produktgruppe *Rettungsdienst* bestehen aus den Benutzungsgebühren, die für die Inanspruchnahme rettungsdienstlicher Leistungen erhoben werden. Nimmt eine Kommune als Träger einer eigenen Rettungswache die Kreisleitstelle in Anspruch, erstattet sie dem Kreis die anfallenden Kosten. Die Benutzungsgebühren sind grundsätzlich kostendeckend kalkuliert, nur ausnahmsweise sind Kosten rettungsdienstlicher Maßnahmen bei der Kalkulation nicht zu berücksichtigen. Sachaufwendungen dienen der Finanzierung des für den Rettungsdienst notwendigen Personals, der Rettungsmittel (Fahrzeuge) und der Rettungswachen. Der Bedarf wird regelmäßig in einem Bedarfsplan festgelegt, der mit den Krankenkassen abgestimmt und vom Kreistag beschlossen wird.

Unter der Kontengruppe *Leistungsentgelte* sind die Gebühren (432100) für den Rettungsdienst ausgewiesen. Die Position *Kostenerstattungen* umfasst die Erstattungen von Gemeinden (Kostenart 442300) für die anteiligen Kosten der Leitstelle. Sonstige Ordentliche Erträge fallen an im Rahmen von Kostenerstattungen durch Versicherungen und Dritte (Kostenart 452710).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* beinhaltet insbesondere die Kosten des Medizinischen Bedarfs (Kostenart 529907), für Fahrzeuge im Rettungsdienst (Kst. 40323 ff., Kostenart 523400 u.a.) sowie die Unterhaltungskosten (Strom, Energie, Wasser, Sanierung, Reinigung, etc.) der Rettungswachen

im Kreisgebiet (Kst. 14015 ff.), welche von Amt 38 (Hinweis: Für kreiseigenen Gebäude ist das Zentrale Immobilienmanagement verantwortlich) bewirtschaftet werden.

Die *Sonstige ordentliche Aufwendungen* umfassen die Kosten für Aus-, Fortbildung und Umschulung im notärztlichen Bereich (Kostenart 541200), die Kosten des Luftrettungsdienstes (Kostenart 542900) sowie Kostenerstattungen für Einsätze der Hilfsorganisationen. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.11 Rettungsdienst

Dezernat I



Hinweis: Die Kostenerstattung für notärztliche Dienst bzw. Rettungswachen öffentlich wirtschaftliche Unternehmen, die Kostenerstattung ärztlicher Leiter im Rettungsdienst sowie die Kosten der Rettungswachen (z.B. Gebäudekosten) oder die Kosten für KFZ sind auf Kostenstellen erfasst und werden im Wege der Verrechnung auf Produkte verteilt.

Auszug aus der Kst.-Struktur:

Rettungswachen-Kst.		Fahrzeuge-Kst.		Fahrzeuge-Kst.		Organisations-Kst.	
14015	Rettungsdienst	40334	2. RTW Gummersbach	40354	NEF Ärztlicher Leit.	101322	Leistellenbetrieb
14020	RW Bergneustadt	40335	RTW Hückeswagen	40355	NEF Gummersbach	101323	Bürobetrieb 38
14030	RW Engelskirchen	40336	RTW Lindlar	40356	NEF Engelskirchen	200321	Personalkosten NÄ
14040	RW Gummersbach	40337	RTW Marienheide	40357	NEF Waldbröl	200322	Personalkosten RW
14050	RW Hückeswagen	40338	RTW Lichtenberg	40358	NEF Wipperfürth	200323	Personalkosten Qs
14060	RW Lindlar	40339	RTW Elsenroth	40359	NEF Reserve 1		
14070	RW Marienheide	40340	RTW Waldbröl	40360	Fahrzeug ORGL RD		
14080	RW Lichtenberg	40341	RTW Wipperfürth	40400	Kfz Brandschutz (Allg.)		
14090	RW Elsenroth	40342	RTW Reserve 1	40401	Kdw KBM GM-KV-6697		
14100	RW Radevormwald	40343	RTW Reserve 2	40402	LKW Werkstatt GM-KV 6698		
14110	RW NN	40344	1. KTW Engelskirchen	40403	ELW GM-2650		
14120	RW Waldbröl	40345	2. KTW Engelskirchen	40404	Wechselader GM-KV 6695		
14130	RW Wiehl	40346	1. KTW Gummersbach	40406	Materialcontainer		
14140	RW Wipperfürth	40347	2. KTW Gummersbach	40407	Dekonaminationscontainer		
14150	RW gesamt	40348	KTW Marienheide	40408	Gerätewagen Messtechnik GM		
	Fahrzeuge-Kst.	40349	NEF Marienheide	40409	Gerätewagen Messtechnik Wiehl		
40323	Kfz Rettungsdienst (Allg.)	40350	KTW Waldbröl	40411	KFZ Brandschau 01		
40331	RTW Bergneustadt	40351	KTW Wiehl	40412	KFZ Brandschau 02		
40332	RTW Engelskirchen	40352	KTW Wipperfürth	40413	KFZ Brandschau 03		
40333	1. RTW Gummersbach	40353	KTW Reserve 1	40414	KFZ Brandschau 04		

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.11 Rettungsdienst



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-9.192.090	-13.172.734	-15.348.548	-16.220.924		-16.483.072	-16.795.551	-17.123.704
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-10							
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-2.243	-65.000	-92.000	-92.000		-92.000	-97.000	-97.000
7	+ Sonstige Einzahlungen		-1.000						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-9.194.342	-13.238.734	-15.440.548	-16.312.924		-16.575.072	-16.892.551	-17.220.704
10	- Personalauszahlungen	264.269	4.608.833	7.251.579	7.859.422		8.015.898	8.175.504	8.338.301
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	8.265.958	4.258.105	2.849.892	2.882.892		2.910.892	2.926.592	2.895.592
15	- sonstige Auszahlungen	1.433.762	1.364.250	1.779.430	1.617.505		1.598.665	1.588.340	1.589.525
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	9.963.988	10.231.188	11.880.901	12.359.819		12.525.455	12.690.436	12.823.418
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	769.646	-3.007.546	-3.559.647	-3.953.105		-4.049.617	-4.202.115	-4.397.286
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-20.399							
23	= Summe: (investive Einzahlungen)	-20.399							
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	64.646							
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	60.785	1.500.000	580.000	200.000	1.000.000	800.000		
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	733.371	1.372.500	1.729.000	1.105.000		590.000	660.000	965.000
29	- sonstige Investitionsauszahlungen			20.000					
30	= Summe: (investive Auszahlungen)	858.802	2.872.500	2.329.000	1.305.000	1.000.000	1.390.000	660.000	965.000
31	= Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	838.403	2.872.500	2.329.000	1.305.000	1.000.000	1.390.000	660.000	965.000

Haushaltsplan 2013/2014
1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.11 Rettungsdienst

Dezernat I



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5323030 Baumaßnahmen Rettungswachen											
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden	32.927								32.927	32.927
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	59.888	1.500.000	580.000	200.000	1.000.000	800.000			1.638.795	3.218.795
13	= Summe Auszahlungen	92.815	1.500.000	580.000	200.000	1.000.000	800.000			1.671.722	3.251.722
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	92.815	1.500.000	580.000	200.000	1.000.000	800.000			1.671.722	3.251.722

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine geplante **Investition** im Bereich des **Rettungsdienstes**, hier: **Baumaßnahme Notfallzentrum Kotthausen**. Die Kosten (i.d.R. über AfA) belasten zu 100 % den Rettungsdienst.

Die o. g. Investition wird über die *Finanzstelle* 5.323030 abgewickelt.

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzah- lung en / - auszah- lung en
5323035 Beschaffung Kfz f.d. RD											
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	547.773	771.500	880.000	670.000		305.000	375.000	680.000	1.855.449	4.765.449
13	= Summe Auszahlungen	547.773	771.500	880.000	670.000		305.000	375.000	680.000	1.855.449	4.765.449
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	547.773	771.500	880.000	670.000		305.000	375.000	680.000	1.855.449	4.765.449

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante **Investition / Ersatzbeschaffungen** im Bereich des **Rettungsdienstes**, hier werden regelmäßig **Fahrzeuge** für den Einsatz erworben. Die Kosten (i.d.R. über AfA) belasten zu 100 % den Rettungsdienst.

Die o. g. Investitionen wird über die *Finanzstelle 5.323035* abgewickelt.

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlu ng / - auszahlu ng en
5323040 Ausstattung / medizinische Geräte RD											
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	153.518	250.000	225.000	200.000		200.000	200.000	200.000	546.630	1.571.630
13	= Summe Auszahlungen	153.518	250.000	225.000	200.000		200.000	200.000	200.000	546.630	1.571.630
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	153.518	250.000	225.000	200.000		200.000	200.000	200.000	546.630	1.571.630

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante **Investition / Ersatzbeschaffungen** im Bereich des **Rettungsdienstes**. Hier werden regelmäßig Medizinische Geräte erworben. Die Kosten (i.d.R. über AfA) belasten zu 100 % den Rettungsdienst.

Die o. g. Investitionen wird über die *Finanzstelle 5.323040* abgewickelt.



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahl en / - auszahl en
5380010 Digitalfunk KFZ Rettungsdienst											
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen			75.000							75.000
13	= Summe Auszahlungen			75.000							75.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			75.000							75.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine geplante **Investition** im Bereich des **Rettungsdienstes**, hier: **Digitalfunk für KFZ-Rettungsdienst**. Die Kosten (i.d.R. über AfA) belasten zu 100 % den Rettungsdienst.

Die o. g. Investition wird über die *Finanzstelle 5.380010* abgewickelt.

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlung en / - auszahlung en
1	+ Summe der investiven Einzahlungen	-20.399								-47.489	-47.489
2	- Summe der investiven Auszahlungen	32.080	351.000	569.000	235.000		85.000	85.000	85.000	804.752	1.863.752
3	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	11.681	351.000	569.000	235.000		85.000	85.000	85.000	757.263	1.816.263

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine Reihe von **Investition** im Bereich des **Brandschutzzentrums Kotthausen (Rettungsdienst)**. Bei der Summe der investiven Einzahlungen sind Investitionskostenzuschüsse (1600.3680) und Veräußerungserlöse (1600.3450) veranschlagt. Über die Auszahlungen werden Geräte und Inventargegenstände (sowohl GWG als auch BGA) zur Ausstattung der Kreisleitstelle (1600.9352) sowie investive Beschaffungen zwecks Ausstattung der Rettungswachen mit Fahrzeugen und Geräten (1600.9350) verausgabt. Die Abwicklung der Investitionen wird von Amt 38 geleitet.

Die o. g. Zuschüsse bzw. Investition werden über folgende *Finanzstellen (PSP-I)* abgewickelt:

- 5.323004 Ausstattung Kreisleitstelle
- 5.323014 GWG - Ausstattung Kreisleitstelle
- 5.323008 Investitionskostenzuschuss
- 5.323008 Veräußerungserlöse
- 5.323008 Ausstattung der Rettungswachen
- 5.323018 GWG - Ausstattung Rettungswachen

Haushaltsplan 2013/2014

1.03 Schulträgeraufgaben



verantwortlich:

Dezernat III

Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.929.614	-2.083.889	-2.117.637	-2.255.820	-2.270.768	-2.334.365	-2.334.365
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.087	-1.300	-1.300	-1.300	-1.300	-1.300	-1.300
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-545		-750	-750	-750	-750	-750
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-124.615	-410.000	-461.021	-461.021	-461.021	-461.021	-461.021
10	= Ordentliche Erträge	-2.055.861	-2.495.189	-2.580.708	-2.718.891	-2.733.839	-2.797.436	-2.797.436
11	- Personalaufwendungen	2.324.339	2.389.322	2.858.794	2.901.984	2.887.845	2.941.565	2.993.874
12	- Versorgungsaufwendungen			134.195	139.385	143.596	147.914	151.153
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.435.265	3.952.003	3.545.985	3.671.507	3.687.707	3.751.207	3.840.207
14	- Bilanzielle Abschreibungen	270	409.566	333.803	364.628	389.239	439.187	490.687
15	- Transferaufwendungen	356.611	121.000	130.000	100.000	91.000	91.000	91.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	616.265	487.501	488.383	491.926	494.779	494.854	498.219
17	= Ordentliche Aufwendungen	6.732.751	7.359.391	7.491.161	7.669.430	7.694.166	7.865.728	8.065.139
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	4.676.890	4.864.202	4.910.453	4.950.539	4.960.327	5.068.292	5.267.704
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	529						
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	529						
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	4.677.419	4.864.202	4.910.453	4.950.539	4.960.327	5.068.292	5.267.704

Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	4.677.419	4.864.202	4.910.453	4.950.539	4.960.327	5.068.292	5.267.704
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-1.344	-2.826	-1.801	-1.917	-2.030	-2.142	-2.193
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	4.272.997	6.393.827	4.727.481	4.805.829	5.034.732	5.056.610	5.085.042
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	8.949.071	11.255.203	9.636.133	9.754.451	9.993.028	10.122.760	10.350.553

Haushaltsplan 2013/2014

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

Dezernat III



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.929.614	-2.083.889	-2.117.637	-2.255.820		-2.270.768	-2.334.365	-2.334.365
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-916	-1.300	-1.300	-1.300		-1.300	-1.300	-1.300
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-545		-750	-750		-750	-750	-750
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-132.954	-410.000	-460.920	-460.920		-460.920	-460.920	-460.920
7	+ Sonstige Einzahlungen	-22							
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.064.051	-2.495.189	-2.580.607	-2.718.790		-2.733.738	-2.797.335	-2.797.335
10	- Personalauszahlungen	2.161.739	1.819.294	2.262.942	2.309.882		2.352.413	2.395.793	2.440.040
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	3.298.384	3.771.520	3.352.820	3.476.620		3.489.820	3.550.320	3.636.320
14	- Transferauszahlungen	57.330	121.000	130.000	100.000		91.000	91.000	91.000
15	- sonstige Auszahlungen	302.881	132.350	117.450	117.450		117.750	117.450	117.450
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	5.820.335	5.844.164	5.863.212	6.003.952		6.050.983	6.154.563	6.284.810
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	3.756.284	3.348.975	3.282.605	3.285.162		3.317.245	3.357.228	3.487.475
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-259.721		-180.000					
23	= Summe: (investive Einzahlungen)	-259.721		-180.000					
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.709.731	3.335.000	1.500.000					
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	481.279	614.200	791.000	636.000		636.000	636.000	636.000
29	- sonstige Investitionsauszahlungen	41.279							
30	= Summe: (investive Auszahlungen)	2.232.288	3.949.200	2.291.000	636.000		636.000	636.000	636.000

Teilfinanzplan		Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Verpflichtungsermächtigungen	Planung	Planung	Planung
		2011	2012	2013	2014		2015	2016	2017
31	= Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- /J. Auszahlung)	1.972.567	3.949.200	2.111.000	636.000		636.000	636.000	636.000

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.03.01.01 Förderschule Geistige Entwicklung (Helen-Keller-Schule)

1.03.01.01.01 Schulpauschale (anteilig)

1.03.01.02 Förderschule Geistige Entwicklung (Anne-Frank-Schule)

1.03.01.02.01 Schulpauschale (anteilig)

1.03.01.03 Förderschule Sprache (Wiehl)

1.03.01.03.01 Schulpauschale (anteilig)

1.03.01.04 Schule für Kranke (Anna-Freud-Schule)

1.03.01.04.01 Schulpauschale (anteilig)

1.03.01.05 Förderschule emotionale und soziale Entwicklung (Gummersbach)

1.03.01.05.01 Schulpauschale (anteilig)

- Bereitstellung bedarfsorientierter Schulausstattung
- Einsatz von Freiwilligen (BFD) und Teilnehmer/-innen am Freiwilligen Sozialen Jahr zur pflegerischen Betreuung
- Haushaltsplanung und -abwicklung
- Sicherstellung der Schülerverpflegung
- verwaltungsmäßige und finanzielle Abwicklung von Fördermaßnahmen
- Bearbeitung von Verwaltungsverfahren auf Schulträgererebene

Auftragsgrundlage

Landesverfassung, Schulgesetz NRW – SchulG, Beschluss des Kreistages

Ziele

Bereitstellung einer am Förderbedarf orientierten sachgerechten und zeitgemäßen Ausstattung bei maximaler Einsatzmitteleffizienz

Zielgruppen

Förderschulen sowie die Schule für Kranke in Trägerschaft des OBK, Schüler/-innen, Schulleitungen, Lehrkräfte

Haushaltsplan 2013/2014

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.03.01 Förderschulen

Dezernat III



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-187.535	-186.152	-185.710	-191.207	-196.100	-201.208	-201.208
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-595	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-81.916	-397.500	-447.420	-447.420	-447.420	-447.420	-447.420
10	= Ordentliche Erträge	-270.045	-584.652	-634.130	-639.627	-644.520	-649.628	-649.628
11	- Personalaufwendungen	839.249	858.645	903.597	939.818	946.019	961.390	976.739
12	- Versorgungsaufwendungen			17.833	18.506	19.065	19.639	20.069
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	295.725	306.632	302.989	303.932	305.432	306.932	308.432
14	- Bilanzielle Abschreibungen		69.215	61.963	63.979	65.606	70.239	73.311
15	- Transferaufwendungen	303.147	4.150	4.150	4.150	4.150	4.150	4.150
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	109.194	113.632	124.808	125.413	125.888	123.109	123.620
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.547.315	1.352.275	1.415.341	1.455.798	1.466.161	1.485.459	1.506.321
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.277.270	767.623	781.211	816.171	821.641	835.831	856.693
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.277.270	767.623	781.211	816.171	821.641	835.831	856.693
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.277.270	767.623	781.211	816.171	821.641	835.831	856.693
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.587.916	1.722.198	1.413.886	1.424.457	1.435.536	1.445.107	1.455.492
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	2.865.186	2.489.821	2.195.096	2.240.628	2.257.177	2.280.938	2.312.184

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Förderschulen

Die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* beinhaltet den Landeszuschuss zu Fördermaßnahmen der Förderschule Sprache in Oberwiehl sowie den Landeszuschuss zu Fördermaßnahmen der Förderschule mit dem Schwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung in Gummersbach-Vollmerhausen. Außerdem wird hier die Schulpauschale für die Förderschulen anteilig im Verhältnis der Schülerzahlen vereinnahmt. (Kostenart 414200).

Bei den *Öffentlich-Rechtlichen Leistungsentgelten* handelt es sich um Einnahmen aus der Schulraumbenutzung durch Dritte. Die *Privatrechtlichen Leistungsentgelte* setzen sich zusammen aus den Mieteinnahmen und den Nebenkosten für die Dienstwohnung des Hausmeisters an der Helen-Keller-Schule (nur bis 2009).

In der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* sind die Kostenerstattung durch den Landschaftsverband Rheinland für die Helen-Keller-Schule Wiehl (Kostenart 442300) enthalten. Darüber hinaus beinhaltet diese Summe die Kostenbeteiligung der Eltern an der Schülerverpflegung an den beiden Schulen für geistig behinderte Kinder sowie die Elternbeiträge für die offene Ganztagschule der Förderschule Sprache (Kostenart 444900).

Die Kontengruppe *Personalaufwendungen* erfasst die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten, dazu gehören weiterhin die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Daneben werden hier alle Kosten für die an den Förderschulen eingesetzten Freiwilligen (BFDG) und Teilnehmer/innen am freiwilligen sozialen Jahr veranschlagt (Kostenart 501900).

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* werden Lehr-/Lernmittel und Unterrichtsbedarf (Kostenart 524300), die Kosten des Turn- und Schwimmunterrichts der Anne-Frank-Schule (Benutzung des Walter-Leo-Schmitz Bades in Wipperfürth, Kostenart 525300), die Durchführung von Fördermaßnahmen sowie die Schülerverpflegung abgebildet (Kostenart 529937 und 529938).

Die Kontengruppe *Transferaufwendungen* beinhaltet Zuschüsse an die Fördervereine der kreiseigenen Förderschulen (Kostenart 531300).

In der Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die Geschäftsausgaben sowie die vermischten Ausgaben der Förderschulen erfasst (Kostenart 543900).

Zu den *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsausgaben (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Auszug aus der Kst.-Struktur:

Kst.	Beschreibung	Kst.	Beschreibung
2230	Leasing, Miete, EDV Berufskollegs	103400	Amt für Schule und Bildung 40
2240	Leasing, Miete, EDV Förderschulen		

Haushaltsplan 2013/2014

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.03.01 Förderschulen

Dezernat III



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-187.535	-186.152	-185.710	-191.207		-196.100	-201.208	-201.208
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-517	-1.000	-1.000	-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-80.053	-397.500	-447.420	-447.420		-447.420	-447.420	-447.420
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-268.104	-584.652	-634.130	-639.627		-644.520	-649.628	-649.628
10	- Personalauszahlungen	771.629	664.751	701.741	727.461		738.511	749.781	761.276
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	230.800	306.420	302.220	303.720		305.220	306.720	308.220
15	- sonstige Auszahlungen	39.849	28.700	28.500	28.500		28.800	28.500	28.500
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.042.279	999.871	1.032.461	1.059.681		1.072.531	1.085.001	1.097.996
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	774.174	415.219	398.331	420.054		428.011	435.373	448.368
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	54.859	85.900	86.100	86.100		86.100	86.100	86.100
30	= Summe: (investive Auszahlungen)	54.859	85.900	86.100	86.100		86.100	86.100	86.100
31	= Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung)	54.859	85.900	86.100	86.100		86.100	86.100	86.100

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.03.02.01 Berufskolleg Kaufmännische Schulen Gummersbach und Waldbröl

1.03.02.01.01 Schulpauschale (anteilig)

1.03.02.02 Berufskolleg Ernährung-Sozialwesen-Technik Gummersbach-Dieringhausen

1.03.02.02.01 Schulpauschale (anteilig)

1.03.02.03 Berufskolleg Wipperfürth

1.03.02.03.01 Schulpauschale (anteilig)

- Bereitstellung bedarfsorientierter und berufsfeldbezogener Schulausstattung
- Haushaltsplanung und –Abwicklung
- Verwaltungsmäßige und finanzielle Abwicklung von Fördermaßnahmen
- Entwicklung und Umsetzung von IT-Strategien
- Bearbeitung von Verwaltungsverfahren auf Schulträgererebene

Auftragsgrundlage

Landesverfassung NRW, Schulgesetz NRW – SchulG, Beschluss des Kreistages

Ziele

Bereitstellung einer bedarfs- und zukunftsorientierten, sachgerechten und technisch zeitgemäßen Ausstattung bei maximaler Einsatzmitteleffizienz

Zielgruppen

Berufskollegs in der Trägerschaft des Oberbergischen Kreises, Schüler/innen, Auszubildende, Schulleitungen, Lehrkräfte, Ausbildungsbetriebe

Haushaltsplan 2013/2014

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.03.02 Berufskollegs

Dezernat III



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.698.612	-1.693.337	-1.686.277	-1.773.963	-1.852.018	-1.933.507	-1.933.507
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-492	-300	-300	-300	-300	-300	-300
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-545		-750	-750	-750	-750	-750
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-42.699	-12.500	-13.601	-13.601	-13.601	-13.601	-13.601
10	= Ordentliche Erträge	-1.742.348	-1.706.137	-1.700.928	-1.788.614	-1.866.669	-1.948.158	-1.948.158
11	- Personalaufwendungen	812.370	786.186	936.102	960.040	964.060	983.092	1.001.961
12	- Versorgungsaufwendungen			29.487	30.542	31.464	32.411	33.121
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	483.312	580.878	538.258	540.782	543.782	546.782	549.782
14	- Bilanzielle Abschreibungen	270	339.684	271.235	299.982	322.904	368.229	416.595
15	- Transferaufwendungen	64.844	66.850	75.850	75.850	66.850	66.850	66.850
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	475.267	319.813	322.207	325.001	327.427	330.166	332.905
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.836.063	2.093.410	2.173.139	2.232.196	2.256.486	2.327.530	2.401.214
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	93.715	387.273	472.211	443.583	389.817	379.372	453.056
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	529						
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	529						
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	94.244	387.273	472.211	443.583	389.817	379.372	453.056

Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	94.244	387.273	472.211	443.583	389.817	379.372	453.056
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-19.333	-41.476	-26.426	-28.134	-29.797	-31.442	-32.178
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.580.739	4.580.495	3.241.052	3.310.571	3.530.079	3.542.770	3.560.655
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	2.655.650	4.926.293	3.686.837	3.726.020	3.890.099	3.890.700	3.981.533

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Berufskollegs

Bei der Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* handelt es sich um die anteilig im Verhältnis der Schülerzahlen veranschlagte Schulpauschale. Die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* beinhaltet die Erstattung des Bundesfreiwilligendienstes(BFD) (Kostenart 442100) sowie den Schülerbeitrag zum Fach Nahrungszubereitung (Kostenart 444900).

Über die *Öffentlich-Rechtlichen Leistungsentgelte* werden Einnahmen aus der Schulraumbenutzung durch Dritte veranschlagt. Bei den *Privatrechtlichen Leistungsentgelten* handelt es sich um die Mieterträge und Nebenkosten der Hausmeisterwohnungen (Kostenarten 441200 und 441210) sowie um die Einnahmen aus der Nebentätigkeit der Hausmeister (Warenverkauf in den Pausen; Kostenart 441903).

Die Kontengruppe *Personalaufwendungen* erfasst die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* bildet die Kosten für Lehrmittel nach dem Lernmittelfreiheitsgesetz (Kostenart 524200), für Lehr-/Lernmittel und Unterrichtsbedarf (Kostenart 524300), sowie den Sachaufwand Schulmitwirkung für die 3 Berufskollegs des Oberbergischen Kreises ab (Kostenart 524900). Des Weiteren werden an dieser Stelle die Erstattungen für die Schulsozialarbeit an das DRK verbucht (Kostenart 528906).

Über die Kontengruppe *Transferaufwendungen* wird die Beteiligung an der Vorklasse zum Berufsgrundschuljahr am Berufskolleg Dieringhausen (Kostenart 531800) sowie Zuschüsse an die Fördervereine der kreiseigenen Berufskollegs (Kostenart 531900) abgewickelt.

Die Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* enthält die Geschäftsausgaben und die vermischten Ausgaben (Kostenart 543900). Zu den *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsausgaben (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Auf der Ebene der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Auszug aus der Kst.-Struktur:

Kst.	Beschreibung	Kst.	Beschreibung
2230	Leasing, Miete, EDV Berufskollegs	103400	Amt für Schule und Bildung 40
2240	Leasing, Miete, EDV Förderschulen		

Haushaltsplan 2013/2014

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.03.02 Berufskollegs

Dezernat III



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.698.612	-1.693.337	-1.686.277	-1.773.963		-1.852.018	-1.933.507	-1.933.507
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-399	-300	-300	-300		-300	-300	-300
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-545		-750	-750		-750	-750	-750
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-52.902	-12.500	-13.500	-13.500		-13.500	-13.500	-13.500
7	+ Sonstige Einzahlungen	-22							
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.752.479	-1.706.137	-1.700.827	-1.788.513		-1.866.568	-1.948.057	-1.948.057
10	- Personalauszahlungen	824.756	641.348	769.763	797.458		813.239	829.336	845.755
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	320.463	400.700	346.200	346.200		346.200	346.200	346.200
14	- Transferauszahlungen	68.870	71.000	80.000	80.000		71.000	71.000	71.000
15	- sonstige Auszahlungen	252.957	76.300	72.600	72.600		72.600	72.600	72.600
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.467.046	1.189.348	1.268.563	1.296.258		1.303.039	1.319.136	1.335.555
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-285.433	-516.789	-432.264	-492.255		-563.529	-628.921	-612.502
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-259.721		-180.000					
23	= Summe: (investive Einzahlungen)	-259.721		-180.000					
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.709.731	3.335.000	1.500.000					
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	425.957	527.300	703.900	548.900		548.900	548.900	548.900
29	- sonstige Investitionsauszahlungen	41.279							
30	= Summe: (investive Auszahlungen)	2.176.966	3.862.300	2.203.900	548.900		548.900	548.900	548.900

Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
31	= Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- /J. Auszahlung)	1.917.244	3.862.300	2.023.900	548.900		548.900	548.900	548.900

Planerläuterung Teilfinanzplan

Erläuterung zu Zeile 26: Hierbei handelt es sich um GWG und BGA der Berufskollegs. Der Ansatz ist für vermögenswirksame Anschaffung von Inventar (Mobiliar, spez. Lehr-/Lernmittel, Ausstattung Fachräume etc.) bestimmt und berücksichtigt die speziellen Aufgabenstellungen und die örtliche Situation an den Schulen. Die Ansätze werden nach bestimmten Kopfbeträgen pro Schüler ermittelt. Die Abwicklung wird vom Amt für Schule und Bildung begleitet.

Die Investitionen werden über folgende Finanzstellen (PSP-I) abgewickelt:

- 5.400010.710 BGA - BK Dieringhausen
- 5.400020.720 GwG - BK Dieringhausen
- 5.400030.710 BGA - BK Gummersbach
- 5.400040.720 GwG - BK Gummersbach
- 5.400050.710 BGA - BK Wipperfürth
- 5.400060.720 GwG - BK Wipperfürth
- 5.232400.710 Ersatzbeschaffung, Geräte (ZIM-BK)

Haushaltsplan 2013/2014

1.03 Schulträgeraufgaben



verantwortlich:

1.03.02 Berufskollegs

Dezernat III

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5232410 Erweiterung/Sanierung BK-Dieringhausen											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-259.721								-259.721	-259.721
6	= Summe Einzahlungen	-259.721								-259.721	-259.721
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.538.097	3.335.000	1.500.000						5.273.696	6.773.696
13	= Summe Auszahlungen	1.538.097	3.335.000	1.500.000						5.273.696	6.773.696
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	1.278.376	3.335.000	1.500.000						5.013.974	6.513.974

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine **Bauinvestitionen** im Bereich der **Berufsschule Dieringhausen**. Der Gebäudekomplex wird seit 2010 durch einen Anbau erweitert, gleichzeitig wird eine vermögenswirksame Fassadensanierung durchgeführt. Die Planungs- und Baukosten belaufen sich insg. auf rd. 9,0 Mio. Euro, davon entfallen rd. 5,0 Mio. Euro auf die Fassadensanierung (2013: rd. 1,2 Mio. €) und rd. 4,0 Mio. Euro auf den Erweiterungsbau. Die Maßnahme wird vom Zentralen Immobilienmanagement (Amt 23) koordiniert. In den Vorjahren sind bereits 2,2 Mio. Euro abgerechnet worden. Die Investitionspauschale wurde der Investition für die Jahre 2012 bis 2014 zugeordnet, ein Ausweis erfolgt jedoch nur im Rechnungsergebnis.

Die o. g. Investition wird über die *Finanzstelle 5.232410 Erweiterung/Sanierung BK-Dieringhausen* abgewickelt.

Haushaltsplan 2013/2014

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.03.02 Berufskollegs

Dezernat III



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5232414 Erweiterung BK-Wipperfürth											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen									-706.405	-706.405
6	= Summe Einzahlungen									-706.405	-706.405
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	78.059								6.166.798	6.166.798
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen									22.022	22.022
13	= Summe Auszahlungen	78.059								6.188.820	6.188.820
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	78.059								5.482.416	5.482.416

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Die Investitionsmaßnahme im Bereich der **Berufsschule Wipperfürth** ist im Jahr 2011 fertig gestellt und abgewickelt worden (*Finanzstelle 5.232414*).

Haushaltsplan 2013/2014

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.03.02 Berufskollegs

Dezernat III



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5232415 Fahrradparkplatz BKO Wipperfürth											
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	52.145								52.145	52.145
13	= Summe Auszahlungen	52.145								52.145	52.145
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	52.145								52.145	52.145

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5232450 Erweiterung BK Waldbröl											
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	41.429								1.009.061	1.009.061
13	= Summe Auszahlungen	41.429								1.009.061	1.009.061
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	41.429								1.009.061	1.009.061

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Die **Bauinvestitionen** im Bereich der **Berufsschule Gummersbach/Waldbröl** ist im Jahr 2010 fertig gestellt über die *Finanzstelle* 5.232412 abgewickelt worden.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben

1.03.02 Berufskollegs



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlung en / - auszahlung en
5400011 Einrichtung Schülerlabor											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen			-180.000							-180.000
6	= Summe Einzahlungen			-180.000							-180.000
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen			200.000							200.000
13	= Summe Auszahlungen			200.000							200.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			20.000							20.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine geplante **Investition** im Bereich des **Berufskollegs Dieringhausen**, hier: **Einrichtung eines Schülerlabors**.

Die o. g. Investition wird über die *Finanzstelle 5.400011* abgewickelt.

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

1.03.03.01 Schülerbeförderung Förderschulen

1.03.03.02 Schülerbeförderung Berufskollegs

Gewährleistung der Schülerbeförderung

- bei den Berufskollegs in Form von Schülertickets
- bei den Förderschulen durch Schülerspezialverkehr
- Sonstige Maßnahmen nach Schülerfahrkostenverordnung

Auftragsgrundlage

Schulgesetz NRW (SchulG), Schülerfahrkostenverordnung NRW

Ziele

Schülerbeförderung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten unter Berücksichtigung spezifischer Anforderungen

Zielgruppen

Anspruchsberechtigte Schüler/innen der Berufskollegs, Förderschulen, Schule für Kranke des Oberbergischen Kreises

Haushaltsplan 2013/2014

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.03.03 Schülerbeförderung

Dezernat III



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
11	- Personalaufwendungen	18.076	18.858	17.701	17.602	16.084	16.395	16.645
12	- Versorgungsaufwendungen			3.697	3.804	3.919	4.037	4.125
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.551.363	2.651.501	2.581.003	2.658.301	2.738.001	2.820.001	2.904.501
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	129	276	259	260	260	261	262
17	= Ordentliche Aufwendungen	2.569.568	2.670.635	2.602.660	2.679.968	2.758.264	2.840.694	2.925.533
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	2.569.568	2.670.635	2.602.660	2.679.968	2.758.264	2.840.694	2.925.533
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	2.569.568	2.670.635	2.602.660	2.679.968	2.758.264	2.840.694	2.925.533
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	2.569.568	2.670.635	2.602.660	2.679.968	2.758.264	2.840.694	2.925.533
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	537	552	504	501	483	496	505
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	2.570.105	2.671.186	2.603.164	2.680.469	2.758.746	2.841.190	2.926.038

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Schülerbeförderung

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* beinhaltet die Kosten der Schülerbeförderung (Kostenart 524100) für alle kreiseigenen Schulen, die Erfassung der Kosten erfolgt differenziert für Förderschulen und Berufskollegs.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben

1.03.03 Schülerbeförderung



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
10	- Personalauszahlungen	11.973	11.331	11.584	11.828		12.064	12.305	12.551
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.644.638	2.651.500	2.581.000	2.658.300		2.738.000	2.820.000	2.904.500
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.656.610	2.662.831	2.592.584	2.670.128		2.750.064	2.832.305	2.917.051
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	2.656.610	2.662.831	2.592.584	2.670.128		2.750.064	2.832.305	2.917.051

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

- 1.03.04.01 Schulpsychologie
- 1.03.04.02 Medienzentrum
- 1.03.04.03 Schulaufsicht
- 1.03.04.04 Bildungsnetzwerk Oberberg
- 1.03.04.05 Übergangmanagement Schule-Beruf

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.03.04.01

Schulpsychologie

Beschreibung

Beratung und Hilfe bei Schulschwierigkeiten

- Einzelfallhilfe
- Beratung des Systems Schule

Auftragsgrundlage

Beschluss des Kreistages, Erlass des Ministeriums für Schule und Weiterbildung

Ziele

- Gewährleistung einer kurzen durchschnittlichen Zeit zwischen erster Kontaktaufnahme und Beratungsgespräch (zeitnahe Beratung und Hilfe)
- Effiziente Beratung des Systems Schule (Multiplikatorenfunktion)

Zielgruppen

Schüler/innen, Erziehungsberechtigte, Lehrkräfte im Oberbergischen Kreis

1.03.04.02

Medienzentrum

Beschreibung

Bereitstellung von zeitgemäßen Bildmedien zu Unterrichts- und Bildungszwecken

Auftragsgrundlage

Schulgesetz NRW (SchulG), Kreistagsbeschluss

Ziele

- Angebot von bedarfsorientierten und zeitgemäßen Medien für Bildung
- Umstellung von herkömmlichen Medien auf Online-Medien

Zielgruppen

Lehrkräfte, Schüler/innen, Vereine im Oberbergischen Kreis

1.03.04.03

Schulaufsicht

Beschreibung

- Stellenplanmäßige Bewirtschaftung der Grundschulen im Oberbergischen Kreis
- Verwaltungsfachliche Beratung der Schulräte und der Schulleitungen der Grund-, Haupt- und Förderschulen im Oberbergischen Kreis
- Entscheidung verwaltungsfachlicher Verfahren, soweit die Zuständigkeit der unteren Schulaufsichtsbehörde gegeben ist
- Bereitstellung der Sachausstattung für den örtlichen Lehrpersonalrat Grundschulen

Auftragsgrundlage

Schulgesetz NRW (SchulG), sonstige schulrechtliche Vorschriften des Landes NRW, LPVG

Ziele

- Sicherstellung einer bedarfsgerechten und gleichmäßigen Lehrerversorgung an den Grundschulen im Oberbergischen Kreis
- Sicherstellung eines im Rahmen der rechtlichen Vorgaben störungsfrei stattfindenden Schullebens

Zielgruppen

Schulministerium, Bezirksregierung Köln, Schulaufsichtsbeamte, Schulleiter, Lehrer, Schüler/innen und deren Erziehungsberechtigte

1.03.04.04

Bildungsnetzwerk Oberberg

Beschreibung

In dem Bildungsnetzwerk sollen alle regionalen Akteure schulischer und außerschulischer Bildung, Betreuung, Beratung und Erziehung zusammenarbeiten. Die Regionale Geschäftsstelle des Netzwerkes fungiert in dem beim Amt für Schule und Bildung eingerichteten Bildungsbüro.

Auftragsgrundlage

Kooperationsvertrag mit dem Land NRW vom 22.06.2009; Kreistagsbeschluss

Ziele

- Sicherstellung einer optimalen und individuellen Förderung von Kindern und Jugendlichen
- Profilierung und Stärkung des Bildungs- und Wirtschaftsstandortes Oberberg

Zielgruppen

Schulministerium, Bezirksregierung Köln, Schulaufsichtsbeamte, Schulleitungen, Lehrer/innen, Schüler/innen und deren Erziehungsberechtigte, außerschulische Akteure

1.03.04.05

Übergangsmanagement Schule-Beruf

Beschreibung

Regional abgestimmte Koordination des Übergangs Schule und Beruf

Auftragsgrundlage

Landesverfassung, Schulgesetz NRW, Beschluss des Kreistages

Ziele

Erhöhung der Ausbildungsreife der Schülerinnen und Schüler
Förderung und Unterstützung von Schüler/innen beim Übergang von Schule in Beruf
Übergang ohne Brüche

Zielgruppen

Schulen im OBK, Schüler/innen, Auszubildende, Schulleitungen, Lehrkräfte, Eltern, Ausbildungsbetriebe

Haushaltsplan 2013/2014

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.03.04 Sonstige schulische Aufgaben

Dezernat III



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-43.467	-204.400	-245.650	-290.650	-222.650	-199.650	-199.650
10	= Ordentliche Erträge	-43.467	-204.400	-245.650	-290.650	-222.650	-199.650	-199.650
11	- Personalaufwendungen	654.645	725.632	1.001.394	984.524	961.683	980.688	998.529
12	- Versorgungsaufwendungen			83.178	86.533	89.147	91.828	93.839
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	104.865	412.992	123.734	168.492	100.492	77.492	77.492
14	- Bilanzielle Abschreibungen		667	605	667	729	719	781
15	- Transferaufwendungen	-11.380	50.000	50.000	20.000	20.000	20.000	20.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	31.675	53.779	41.110	41.251	41.205	41.318	41.431
17	= Ordentliche Aufwendungen	779.805	1.243.071	1.300.021	1.301.467	1.213.256	1.212.045	1.232.072
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	736.338	1.038.671	1.054.371	1.010.817	990.606	1.012.395	1.032.422
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	736.338	1.038.671	1.054.371	1.010.817	990.606	1.012.395	1.032.422
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	736.338	1.038.671	1.054.371	1.010.817	990.606	1.012.395	1.032.422
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	121.793	129.231	96.664	96.517	96.400	97.537	98.376
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	858.130	1.167.902	1.151.036	1.107.335	1.087.006	1.109.932	1.130.798

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Sonstige schulische Aufgaben

In den Haushaltsjahren 2011 und 2012 sind die Einnahmen und Ausgaben des Projekts "Eintopf" veranschlagt (vgl. Zeile 2 u. 13 im Ergebnisplan). Für das Produkt *1.03.04.05 Übergangsmangement Schule-Beruf* werden in der Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* die Zuweisungen des Landes und vom sonst. öffentlichen Bereich ausgewiesen.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* erfasst die Kosten für Medien (Kostenart 524400) für das Medienzentrum des Oberbergischen Kreises, für das Übergangsmangement Schule-Beruf (Kostenart 529937), sowie die anfallenden Kosten für den Kurierdienst (Kostenart 529909).

Über die Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die Fortbildungskosten, Verbrauchsmaterial und die Geschäftsausgaben im Bereich des Bildungsnetzwerks Oberberg und der Schulpsychologie sowie die Sachkosten der Geschäftsführung der Personalvertretung (staatl. Schulamt) abgebildet. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsausgaben (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben

1.03.04 Sonstige schulische Aufgaben



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-43.467	-204.400	-245.650	-290.650		-222.650	-199.650	-199.650
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-43.467	-204.400	-245.650	-290.650		-222.650	-199.650	-199.650
10	- Personalauszahlungen	553.382	501.864	779.854	773.135		788.599	804.371	820.458
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	102.483	412.900	123.400	168.400		100.400	77.400	77.400
14	- Transferauszahlungen	-11.540	50.000	50.000	20.000		20.000	20.000	20.000
15	- sonstige Auszahlungen	10.075	27.350	16.350	16.350		16.350	16.350	16.350
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	654.400	992.114	969.604	977.885		925.349	918.121	934.208
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	610.933	787.714	723.954	687.235		702.699	718.471	734.558
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	463	1.000	1.000	1.000		1.000	1.000	1.000
30	= Summe: (investive Auszahlungen)	463	1.000	1.000	1.000		1.000	1.000	1.000
31	= Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung)	463	1.000	1.000	1.000		1.000	1.000	1.000

Haushaltsplan 2013/2014

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

Dez. I, Dez. III



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-868.648	-1.045.680	-1.344.500	-1.020.000	-1.020.000	-1.020.000	-1.020.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-927.960	-1.107.600	-1.056.000	-1.349.750	-1.349.750	-1.349.750	-1.349.750
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-289.479	-383.846	-254.600	-311.200	-311.200	-311.200	-311.200
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-201.249	-218.746	-218.594	-218.594	-218.594	-218.594	-218.594
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-1.946	-3.500	-3.000	-4.500	-4.500	-4.500	-4.500
10	= Ordentliche Erträge	-2.289.281	-2.759.372	-2.876.694	-2.904.044	-2.904.044	-2.904.044	-2.904.044
11	- Personalaufwendungen	2.637.613	2.983.870	3.264.480	3.362.527	3.344.207	3.387.155	3.430.187
12	- Versorgungsaufwendungen			125.537	129.134	133.035	137.036	140.037
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	366.413	391.057	430.665	636.957	596.957	582.147	582.147
14	- Bilanzielle Abschreibungen		32.763	44.855	72.651	77.281	83.718	89.427
15	- Transferaufwendungen	20.761	18.250	18.367	14.867	14.867	17.367	14.867
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	243.487	399.448	491.459	510.209	512.137	486.659	487.030
17	= Ordentliche Aufwendungen	3.268.273	3.825.389	4.375.363	4.726.346	4.678.485	4.694.082	4.743.695
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	978.992	1.066.017	1.498.669	1.822.302	1.774.441	1.790.038	1.839.651
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	235						
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	235						
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	979.227	1.066.017	1.498.669	1.822.302	1.774.441	1.790.038	1.839.651

Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	979.227	1.066.017	1.498.669	1.822.302	1.774.441	1.790.038	1.839.651
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	524.953	860.718	622.744	564.754	430.054	429.477	433.072
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.504.180	1.926.735	2.121.413	2.387.056	2.204.495	2.219.515	2.272.723

Haushaltsplan 2013/2014

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

Dez. I, Dez. III



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-868.648	-1.045.680	-1.344.500	-1.020.000		-1.020.000	-1.020.000	-1.020.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-946.778	-1.107.600	-1.056.000	-1.349.750		-1.349.750	-1.349.750	-1.349.750
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-280.419	-383.846	-254.600	-311.200		-311.200	-311.200	-311.200
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-168.287	-218.746	-218.300	-218.300		-218.300	-218.300	-218.300
7	+ Sonstige Einzahlungen	-2.024	-3.500	-3.000	-4.500		-4.500	-4.500	-4.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.266.157	-2.759.372	-2.876.400	-2.903.750		-2.903.750	-2.903.750	-2.903.750
10	- Personalauszahlungen	2.458.652	2.464.449	2.716.145	2.810.877		2.844.998	2.878.303	2.913.803
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	214.318	233.430	264.517	472.330		432.330	417.520	417.520
14	- Transferauszahlungen	11.922	9.250	10.067	6.567		6.567	9.067	6.567
15	- sonstige Auszahlungen	155.475	292.550	391.355	410.180		411.930	401.780	401.780
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.840.368	2.999.679	3.382.084	3.699.954		3.695.825	3.706.670	3.739.670
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	574.211	240.307	505.684	796.204		792.075	802.920	835.920
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-2.283.061		-913.000					
23	= Summe: (investive Einzahlungen)	-2.283.061		-913.000					
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	21.800							
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	4.159.094	1.000.000	2.815.215	430.000	430.000			
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	54.709	83.301	369.643	289.843		70.417	70.417	70.417
29	- sonstige Investitionsauszahlungen	966							

Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
30	= Summe: (investive Auszahlungen)	4.236.569	1.083.301	3.184.858	719.843	430.000	70.417	70.417	70.417
31	= Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- /J. Auszahlung)	1.953.507	1.083.301	2.271.858	719.843	430.000	70.417	70.417	70.417

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

- 1.04.01.01 Veranstaltungen / Kulturförderung / Sonstige Kultureinrichtungen
- 1.04.01.01.01 Sonderausstellungen
- 1.04.01.01.02 Kreis- und Stadtbücherei

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.04.01.01

Veranstaltungen/ Kulturförderung/Sonstige Kultureinrichtungen

Beschreibung

- Konzeption, Organisation und Durchführung von **Veranstaltungen** in allen Kultursparten zur Attraktivitätssteigerung der kulturellen Einrichtungen und zur Erfüllung eines kulturellen Auftrages.
- **Kulturförderung**: Unterstützung und Förderung von Kulturschaffenden (z. B. durch den „Kulturförderpreis des Oberbergischen Kreises“).
- Konzeption, Organisation und Durchführung von **Sonderausstellungen**.
- Finanzielle Beteiligung an der **Kreis- und Stadtbücherei** und **Kreisorchester**.
- **Kreisarchiv**

Auftragsgrundlage

Kreistagsbeschlüsse, Archivgesetz NRW

Ziele

- Halten oder Steigerung der Besucherzahlen bei kulturellen Veranstaltungen
- hohe Besucherzufriedenheit
- nachhaltige Kundenbindung (durch Werbemaßnahmen etc.)
- Attraktivitätssteigerung durch vielfältiges Veranstaltungsprogramm
- Verbesserung der Wirtschaftlichkeit

Zielgruppen

Bevölkerung der Region und Gesamt-NRW

Haushaltsplan 2013/2014

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

1.04.01 Komm. Veranstaltungen/ Kulturförderung

Dezernat I



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-13.000	-15.000	-22.500	-65.000	-65.000	-65.000	-65.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-40	-2.600	-1.000	-49.900	-49.900	-49.900	-49.900
10	= Ordentliche Erträge	-13.040	-17.600	-23.500	-114.900	-114.900	-114.900	-114.900
11	- Personalaufwendungen	107.215	118.249	209.668	216.339	216.512	220.820	225.063
12	- Versorgungsaufwendungen			8.213	8.450	8.705	8.967	9.163
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	186.648	190.685	197.845	265.185	225.185	225.067	225.067
15	- Transferaufwendungen	20.761	18.250	18.367	14.867	14.867	17.367	14.867
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	31.824	45.832	114.223	133.441	133.319	115.713	115.750
17	= Ordentliche Aufwendungen	346.447	373.016	548.317	638.282	598.588	587.934	589.911
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	333.407	355.416	524.817	523.382	483.688	473.034	475.011
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	333.407	355.416	524.817	523.382	483.688	473.034	475.011
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	333.407	355.416	524.817	523.382	483.688	473.034	475.011
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	13.907	9.731	12.101	12.290	11.787	12.085	12.296
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	347.314	365.147	536.917	535.672	495.475	485.119	487.306

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Kommunale Veranstaltungen / Kulturförderung

Bei der Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* handelt es sich um Zuschüsse der Kulturstiftung Oberberg in Trägerschaft der Kreissparkasse Köln (Kostenart 414700). Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Gebühreneinnahmen (Kostenart 432100) für kulturelle Veranstaltungen veranschlagt. In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* umfassen die Aufwendungen für kulturelle Veranstaltungen (Kostenart 529100) im Kreishaushausfoyer, im Museum Schloss Homburg sowie für die kulturellen Veranstaltungen der KULTUR-ZEIT in Haus Dahl. Darüber hinaus sind die Aufwendungen für die Erstellung einer Homepage (Kostenart 529100) sowie Aufwendungen für die Betreuung der Kunstsammlung (Kostenart 524900) in dieser Kontengruppe veranschlagt. Entsprechend einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Gummersbach aus dem Jahr 1975 ist der Oberbergische Kreis verpflichtet, die Hälfte der Kosten der Kreis- und Stadtbücherei zu übernehmen. Diese Erstattung (Kostenart 525300) an die Stadt Gummersbach ist ebenfalls unter dieser Kontengruppe veranschlagt.

Bei der Kontengruppe *Transferaufwendungen* sind folgende Zuschüsse an Gemeinden und übrige Bereiche (Kostenart 531300 u. 531900) veranschlagt: Zuschuss zum Wettbewerb „Jugend musiziert“, Zuschuss zum Sinfonieorchester, Zuschuss zum Sängerkreis Oberbergisches Land, sonstige Förderung von Vereinen im Jugend-Kulturbereich, Förderung der Jugendarbeit in Chören und Musikvereinen. Für die seit 1955 bestehende Patenschaft mit dem Landkreis Lauenburg in Pommern wird jährlich eine finanzielle Unterstützung geleistet (bis 2013). Der Kulturförderpreis (Kostenart 531900) des Oberbergischen Kreises wird alle drei Jahre (2013 und 2016) vergeben. Zur Koordinierungsstelle „Regionale Kulturpolitik Bergisches Land“ leistet der Oberbergische Kreis neben weiteren Städten und Kreisen einen Finanzierungszuschuss.

Die Kontengruppe *Sonstige Ordentliche Aufwendungen* beinhaltet die Aufwendungen für Verbrauchsmaterial/Gästebewirtung (Kostenart 543700) für Veranstaltungen und Empfänge sowie Aufwendungen für Sonderausstellungen (549900). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat I

1.04 Kultur und Wissenschaft

1.04.01 Komm. Veranstaltungen/ Kulturförderung



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-13.000	-15.000	-22.500	-65.000		-65.000	-65.000	-65.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-40	-2.600	-1.000	-49.900		-49.900	-49.900	-49.900
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-13.040	-17.600	-23.500	-114.900		-114.900	-114.900	-114.900
10	- Personalauszahlungen	96.059	88.324	159.467	165.431		168.739	172.114	175.556
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	29.205	33.500	33.500	101.000		61.000	61.000	61.000
14	- Transferauszahlungen	11.922	9.250	10.067	6.567		6.567	9.067	6.567
15	- sonstige Auszahlungen	6.408	17.600	86.075	105.275		105.100	105.100	105.100
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	143.594	148.674	289.109	378.273		341.406	347.281	348.223
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	130.554	131.074	265.609	263.373		226.506	232.381	233.323

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.04.02.01 Volkshochschule

1.04.02.01.01 Abendgymnasium

1.04.02.02 Akademie für Gesundheitswirtschaft und Senioren (AGewiS)

1.04.02.02.01 Grundausbildung

1.04.02.02.02 Weiterbildung

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.04.02.01

Volkshochschule

Beschreibung

Die Volkshochschule des Oberbergischen Kreises ist eine Pflichtaufgabe nach dem Weiterbildungsgesetz NRW und bietet zweimal im Jahr ein Programm für 12 oberbergische Städte und Gemeinden (außer Gummersbach) an. Das Angebot berücksichtigt individuelle Bedürfnisse und orientiert sich am gesellschaftlichen Bedarf. Angeboten werden Veranstaltungen zur allgemeinen, beruflichen, politischen, gesundheitlichen und kulturellen Bildung und schließt den Erwerb von Schulabschlüssen und Zertifikaten ein.

Auftragsgrundlage

Weiterbildungsgesetz NRW, Beschlüsse des Kreistages, Satzung der VHS

Ziele

Bereitstellung und Durchführung eines bedarfsgerechten, qualifizierenden, flächendeckenden und ortsnahe Aus- und Weiterbildungsangebotes

Zielgruppen

Bürgerinnen und Bürger des Oberbergischen Kreises

1.04.02.02

Akademie für Gesundheitswirtschaft und Senioren (AGewiS)

Beschreibung

Die Akademie für Gesundheitswirtschaft und Senioren (AGewiS) des oberbergischen Kreises ist eine durch die Bezirksregierung anerkannte Einrichtung zur Aus- und Fortbildung in der Altenpflege. Es bietet die staatlich anerkannten Ausbildungen zum/zur Altenpflegehelfer/in und Altenpfleger/in sowie qualifizierte Fort- und Weiterbildungsangebote für Pflegepersonal an.

Auftragsgrundlage

Bundesaltenpflegegesetz mit entsprechender Ausbildungs- und Prüfungsverordnung, Beschlüsse des Kreistages

Ziele

Sicherstellung eines qualifizierten, bedarfsdeckenden Angebotes an Erstausbildungen und differenzierten Qualifizierungsmaßnahmen zur Fort- und Weiterbildung

Zielgruppen

Personen mit den jeweils entsprechenden Zugangsvoraussetzungen

Haushaltsplan 2013/2014

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

1.04.02 Weiterbildung und Studium

Dezernat I



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-855.648	-780.680	-940.000	-940.000	-940.000	-940.000	-940.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-926.860	-1.100.000	-1.050.000	-1.050.000	-1.050.000	-1.050.000	-1.050.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-289.073	-382.846	-250.200	-250.200	-250.200	-250.200	-250.200
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-199.163	-218.746	-218.482	-218.482	-218.482	-218.482	-218.482
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-1.946	-1.500	-2.500	-2.500	-2.500	-2.500	-2.500
10	= Ordentliche Erträge	-2.272.689	-2.483.772	-2.461.182	-2.461.182	-2.461.182	-2.461.182	-2.461.182
11	- Personalaufwendungen	2.276.439	2.577.231	2.665.850	2.698.848	2.676.569	2.708.495	2.739.065
12	- Versorgungsaufwendungen			108.683	111.786	115.163	118.627	121.224
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	140.617	171.451	169.962	168.001	168.001	168.001	168.001
14	- Bilanzielle Abschreibungen		29.410	17.829	20.505	22.044	24.593	26.631
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	173.636	228.891	228.449	228.241	230.173	229.345	229.517
17	= Ordentliche Aufwendungen	2.590.692	3.006.983	3.190.773	3.227.381	3.211.951	3.249.062	3.284.438
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	318.003	523.211	729.591	766.199	750.769	787.880	823.256
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	150						
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	150						
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	318.153	523.211	729.591	766.199	750.769	787.880	823.256

Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	318.153	523.211	729.591	766.199	750.769	787.880	823.256
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	202.067	239.478	215.135	216.161	216.083	217.969	220.536
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	520.220	762.689	944.726	982.360	966.852	1.005.849	1.043.792

Planerläuterung Teilergebnisplan Volkshochschule

In der Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* werden die Landeszuweisungen (Kostenart 414200) eingebucht (Produkte Volkshochschule und Grundausbildung). Das Produkt Modellprojekt Altenpflege wird durch das Land im "Modellprojekt Altenpflegehilfe" gefördert.

In der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden Höregebühren (Kostenart 432902) vereinnahmt (Produkt Volkshochschule). Teilnehmerbeiträge zu Fortbildungsveranstaltungen (Kostenart 441900) werden in der Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* abgebildet. *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* sind andere sonstige Kostenerstattungen, wie die Erstattung von Fernsprechgebühren und Fotokopien (Kostenart 443900), die Erstattung von Personalkosten, Honoraren etc.(Kostenart 443908) und die Erträge aus der Anzeigenwerbung (Kostenart 444902) im Programmheft (Produkt Volkshochschule). Im Bereich Abendgymnasium werden Erstattungen von Zweckverbänden (Kostenart 442400) vereinnahmt. Die Erträge beim Produkt Grundausbildung setzen sich aus den Erstattungen vom Bund (Kostenart 442100), hier im Besonderen die Kostenerstattung der Agentur für Arbeit, den Erstattungen von übrigen Bereichen, wie die Erstattung von Ausbildungsvergütungen und anderen sonstigen Kostenerstattungen (Kostenart 443900) zusammen. Untere *Sonstige ordentliche Erträge* fallen die Erträge aus der Vereinnahmung von Mahngebühren (Kostenart 452220) und andere sonstige ordentliche Erträge (Kostenart 459100), wie nicht näher benannte vermischte Einnahmen (Produkt Volkshochschule).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Zu den *Personalaufwendungen* zählen weiter die Honorare für Dozenten (Kostenart 501950) und die Abteilungsleitervergütungen (Kostenart 501900) (Produkt Volkshochschule). Honorare werden für

Fort- und Weiterbildungsseminare und anteilig als Personalkosten zum "Modellprojekt Altenpflegehilfe" verausgabt (Produkt Weiterbildung und Projekt Modellprojekt Altenpflegehilfe). Weitere Honoraraufwendungen sind bei den Produkten Grundausbildung und Abendgymnasium veranschlagt.

In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* werden die Kosten für die Unterhaltung und Anschaffung von Lehrmitteln (Kostenart 524300), die Kosten für die Unterbringung und Verpflegung bei Seminaren (Kostenart 524907), die Erstattung von Sachausgaben an Gemeinden (Kostenart 525300), die Entgelte für ADV-Eingaben bzw. für die ADV-Programmpflege (Kostenart 529923 und 529924), Arbeitspläne für die Hörer der Kreisvolkshochschule (Kostenart 529930) sowie die Kosten für eine Hilfskraft im pädagogischen Dienst (Vorbereitung von KVHS-Kursen, Kostenart 529931) verausgabt (Produkt Volkshochschule). Zu den *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* beim Produkt Grundausbildung gehört das Anschaffen von Lernmitteln. Lehrmittel für das Fort- u. Weiterbildungsseminar (Kostenart 524300) und Kosten für die Projektentwicklung (Kostenart 529929) werden beim Produkt Weiterbildung im Aufwand gebucht. Das Produkt Akademie für Gesundheitswirtschaft und Senioren (AGewiS) belastet den Haushalt durch sächliche Kosten bei Seminar und Studienfahrten (Kostenart 524907) und Erstattungen an verbundene Unternehmen (Kostenart 525600) und Beteiligungen in Form von Erstattung von Serviceleistungen.

Sonstige ordentliche Aufwendungen fallen bei der Aus- und Fortbildung, Umschulung durch die Fortbildung der Dozenten (Kostenart 541200) an. Weitere Aufwendungen für übernommene Reisekosten (Kostenart 541300) entstehen durch Reisekosten für Fortbildungsveranstaltungen des hauptamtlichen Personals und für Dienstreisen, durch die Erstattung von Sachausgaben an andere Träger (Mieten, Kostenart 542100), GEMA-Gebühren (Kostenart 542300), Prüfungsgebühren (Kostenart 542915), sonstige Geschäftsaufgaben und vermischte Ausgaben, Einführung eines Qualitätsmanagementsystems (Zertifizierung, Kostenart 543909) und dem Mitgliedsbeitrag (Kostenart 544300) zum Landesverband der Volkshochschule Nordrhein-Westfalen (Produkt Volkshochschule). Ebenfalls zur Kontengruppe der sonstigen ordentlichen Aufwendungen gehören die Aufwendungen für Werbemaßnahmen (Kostenart 543800), für sonstige Geschäftsausgaben und die Einführung des Qualitätsmanagementsystems (Produkt Fachseminar für Pflegeberufe, Kostenart 543909). Beim Produkt Weiterbildung werden Aufwendungen für Aus- und Fortbildung, Umschulung in Form von Kosten für die Unterbringung von Teilnehmern der Weiterbildungslehrgänge eingeplant. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat I

1.04 Kultur und Wissenschaft

1.04.02 Weiterbildung und Studium



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-855.648	-780.680	-940.000	-940.000		-940.000	-940.000	-940.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-946.228	-1.100.000	-1.050.000	-1.050.000		-1.050.000	-1.050.000	-1.050.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-280.489	-382.846	-250.200	-250.200		-250.200	-250.200	-250.200
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-167.712	-218.746	-218.300	-218.300		-218.300	-218.300	-218.300
7	+ Sonstige Einzahlungen	-1.739	-1.500	-2.500	-2.500		-2.500	-2.500	-2.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.251.816	-2.483.772	-2.461.000	-2.461.000		-2.461.000	-2.461.000	-2.461.000
10	- Personalauszahlungen	2.120.479	2.155.278	2.256.247	2.292.001		2.316.531	2.341.552	2.367.072
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	140.789	171.060	168.610	167.610		167.610	167.610	167.610
15	- sonstige Auszahlungen	140.108	180.950	184.770	184.770		186.770	185.770	185.770
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.401.376	2.507.288	2.609.627	2.644.381		2.670.911	2.694.932	2.720.452
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	149.560	23.516	148.627	183.381		209.911	233.932	259.452
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-2.160.061							
23	= Summe: (investive Einzahlungen)	-2.160.061							
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	21.800							
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	2.068.175							
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	48.099	60.400	34.300	34.300		28.800	28.800	28.800
29	- sonstige Investitionsauszahlungen	966							
30	= Summe: (investive Auszahlungen)	2.139.040	60.400	34.300	34.300		28.800	28.800	28.800

Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
31	= Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- /J. Auszahlung)	-21.022	60.400	34.300	34.300		28.800	28.800	28.800

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat I

1.04 Kultur und Wissenschaft

1.04.02 Weiterbildung und Studium


 OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlun gen / - auszahlun gen
5610040 Akademie für Gesundheitswirtschaft											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-2.160.061								-2.466.309	-2.466.309
6	= Summe Einzahlungen	-2.160.061								-2.466.309	-2.466.309
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden	21.800								295.695	295.695
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	2.068.175								2.208.112	2.208.112
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	3.678								3.678	3.678
13	= Summe Auszahlungen	2.093.652								2.507.485	2.507.485
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-66.409								41.176	41.176

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

- 1.04.03.01 Museum Schloss Homburg
- 1.04.03.01.01 Schloss Homburg
- 1.04.03.01.02 Haus Dahl

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.04.03.01

Museum Schloss Homburg

Beschreibung

Standorte:

- Museum Schloss Homburg in Nümbrecht (Kunst-, Kultur- und naturgeschichtliche Abteilungen)
- Museum Haus Dahl in Marienheide (Lebens- und Arbeitswelten der ländlichen Bevölkerung)

Aufgabe:

Sammeln, Bewahren, Erforschen, Ausstellen, Vermitteln des regionalen Kultur- und Naturgutes

Das Museum ist eine „gemeinnützige, ständige, der Öffentlichkeit zugängliche Einrichtung, im Dienste der Gesellschaft und ihrer Entwicklung, die zu Studien-, Bildungs- und Unterhaltungszwecken materielle Zeugnisse von Menschen und ihrer Umwelt beschafft, bewahrt, erforscht, bekannt macht und ausstellt“. (Definition gem. ICOM, ethische Richtlinien des Internationalen Museumsrates)

Auftragsgrundlage

Kreistagsbeschlüsse

Ziele

1. **Museum:** Präsentation kulturhistorischer Exponate für mind. 60.000 Besucher p.a.
(mögliche Einschränkungen der Öffnungszeiten während der Bauphase 2009 - 2013)
2. **Museumsshop:** Steigerung der Attraktivität und Aufwertung des Museumsbesuches im Museum Schloss Homburg und im Museum Haus Dahl;
Steigerung der Wirtschaftlichkeit durch möglichst hohen Einnahmeüberschuss bei der Verkaufsware
3. **Museumspädagogik:** Vermittlung der Museumsthemen an möglichst viele Einzel- und Gruppenbesucher

Zielgruppen

Bevölkerung der Region und Gesamt-NRW, Touristen

Haushaltsplan 2013/2014

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

1.04.03 Museum

Dezernat I



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen		-250.000	-382.000	-15.000	-15.000	-15.000	-15.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-250	-4.000	-4.000	-248.850	-248.850	-248.850	-248.850
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-406	-1.000	-4.400	-61.000	-61.000	-61.000	-61.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-2.086		-112	-112	-112	-112	-112
7	+ Sonstige ordentliche Erträge		-2.000	-500	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000
10	= Ordentliche Erträge	-2.742	-257.000	-391.012	-326.962	-326.962	-326.962	-326.962
11	- Personalaufwendungen	223.076	257.568	355.493	412.933	416.253	422.270	429.788
12	- Versorgungsaufwendungen			8.213	8.450	8.705	8.967	9.163
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	39.139	28.414	62.334	203.264	203.264	188.572	188.572
14	- Bilanzielle Abschreibungen		3.353	27.026	52.146	55.237	59.124	62.797
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	36.461	121.348	145.527	145.259	145.379	138.326	138.481
17	= Ordentliche Aufwendungen	298.676	410.684	598.593	822.051	828.837	817.259	828.800
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	295.934	153.684	207.581	495.089	501.875	490.297	501.838
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	85						
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	85						
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	296.019	153.684	207.581	495.089	501.875	490.297	501.838

Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	296.019	153.684	207.581	495.089	501.875	490.297	501.838
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-9.421	-6.424	-6.308	-6.524	-6.340	-6.524	-6.641
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	317.223	616.210	400.345	341.333	207.048	204.420	205.324
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	603.821	763.470	601.618	829.898	702.583	688.193	700.521

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Museum

In der Kontengruppe *Zuwendungen* werden allgemeine Finanzaufwendungen des Fördervereins Schloss Homburg ausgewiesen. Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Benutzungsgebühren (Kostenart 432100) für das Museum Schloss Homburg und Haus Dahl veranschlagt. Im Detail handelt es sich um die Eintrittsgelder zum Besuch der Museen, die Gebühren für museumspädagogische Führungen, Gebühren für die Nutzung des Audioguidesystems sowie Gebühren für standesamtliche Trauungen in den Räumlichkeiten des Museums. In der Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* sind die Einnahmen aus Verkäufen (Kostenart 441100) der Museumsshops sowie die Einnahmen der Brotverkäufe zusammengefasst. Die Spendeneinnahmen (452800) für die Museen werden unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* gebucht.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden neben den fest angestellten Mitarbeitern der Kreisverwaltung auch die Personalaufwendungen für sonstige Beschäftigte (Kostenart 501900, z. B. museumspädagogisches Führungspersonal, Bäcker) aufgeführt.

In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* sind die Kosten für die Unterhaltung und Anschaffung von Gebrauchsgegenständen (Kostenart 523600), Museumsgut und Archivalien und die Wartungskosten für das Audioguidesystem erfasst. Weiter fallen die Aufwendungen für den Wareneinkauf (Kostenart 526400) von Museumsshop-Artikeln und die Anschaffung von Zubehör für die Museumsshops in diese Kontengruppe. Weitere Sonstige Sach- und Dienstleistungen

fallen für die Inventarisierung von Museumsgut an. Die Verwendung der Spenden wird ebenfalls hier veranschlagt. Des Weiteren werden die Aufwendungen für museumspädagogische Maßnahmen, Restaurierungsbedarf sowie die Verbrauchsmittel für die Backaktionen unter dieser Kontengruppe verbucht. Auch die Kosten der Fachfirma für den Aufsichts- und Kassendienst (Kostenart 529912) unter Sach- und Dienstleistungen veranschlagt.

Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* umfasst insbesondere die Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit (Kostenart 543800). Darüber hinaus werden an dieser Stelle die Gebühren (Gebühren 542300) für bargeldlose Zahlverfahren an der Museumskasse von Schloss Homburg sowie Geschäftsausgaben für den musealen Bereich veranschlagt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsausgaben (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

1.04.03 Museum

Dezernat I



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen		-250.000	-382.000	-15.000		-15.000	-15.000	-15.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		-4.000	-4.000	-248.850		-248.850	-248.850	-248.850
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	69	-1.000	-4.400	-61.000		-61.000	-61.000	-61.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-575							
7	+ Sonstige Einzahlungen	-285	-2.000	-500	-2.000		-2.000	-2.000	-2.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-791	-257.000	-390.900	-326.850		-326.850	-326.850	-326.850
10	- Personalauszahlungen	212.455	197.912	275.504	327.880		333.652	338.040	344.046
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	44.324	28.370	61.907	203.220		203.220	188.410	188.410
15	- sonstige Auszahlungen	8.905	92.500	119.010	118.635		118.560	109.410	109.410
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	265.684	318.782	456.421	649.735		655.432	635.860	641.866
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	264.894	61.782	65.521	322.885		328.582	309.010	315.016
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-123.000		-913.000					
23	= Summe: (investive Einzahlungen)	-123.000		-913.000					
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	2.090.920	1.000.000	2.815.215	430.000	430.000			
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	6.609	22.901	335.343	255.543		41.617	41.617	41.617
30	= Summe: (investive Auszahlungen)	2.097.529	1.022.901	3.150.558	685.543	430.000	41.617	41.617	41.617
31	= Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	1.974.529	1.022.901	2.237.558	685.543	430.000	41.617	41.617	41.617

Haushaltsplan 2013/2014
1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

1.04.03 Museum

Dezernat I



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlung / -auszahlungen
5233211 Erweiterung Schloß Homburg											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-123.000		-913.000						-1.488.000	-2.401.000
6	= Summe Einzahlungen	-123.000		-913.000						-1.488.000	-2.401.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	2.090.920	1.000.000	2.815.215	430.000	430.000				4.212.575	7.457.790
13	= Summe Auszahlungen	2.090.920	1.000.000	2.815.215	430.000	430.000				4.212.575	7.457.790
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	1.967.920	1.000.000	1.902.215	430.000	430.000				2.724.575	5.056.790

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme Erweiterung Schloss Homburg

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine geplante **Bauinvestitionen** im Bereich des **Museums des Oberbergischen Landes auf Schloss Homburg**. Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 11.12.2008 die Erweiterung in einem Gesamtvolumen (Planungs- und Baukosten) von rd. 10,1 Mio. Euro beschlossen. Die Baumaßnahme wird mit öffentlich-rechtlichen und privat-rechtlichen Zuweisungen gefördert.

Die o. g. Investition wird über die *Finanzstelle 5.233211* abgewickelt.

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante Investitionen/Ersatzbeschaffung von **geringwertigen Wirtschaftsgütern** (kurz GWG) und von **Betriebs- und Geschäftsausstattung** (kurz BGA) aus dem Bereich **Kultur- und Museumsamt** sowie Neuanschaffungen von **Museumsgüter und Exponate** (Anlagenklasse Kunstgegenstände). Betriebs- und Geschäftsausstattung ist ein Begriff der kaufmännischen Buchführung. Darunter fallen Gegenstände (über 410 Euro netto), die der langfristigen Betriebsbereitschaft eines Unternehmens dienen. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird im ersten Teil des Inventars als Vermögensposten geführt. In der Bilanz wird sie den Sachanlagen zugeordnet und ist damit ein Teil des Anlagevermögens. BGAs werden über den Zeitraum ihrer Nutzungsdauer abgeschrieben, über Kostenstellen werden die Beschaffungen

verursachungsgerecht den Ämtern/Produkten zugeordnet. Geringwertige Wirtschaftsgüter können, im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, im Jahr der Anschaffung oder Herstellung voll als Betriebsausgabe abgesetzt werden. Voraussetzungen für ein geringwertiges Wirtschaftsgut: es muss eigenständig nutzbar sein, es muss beweglich sein, es muss länger als ein Jahr dem Betrieb dienen und die Anschaffungs- oder Herstellungskosten liegen zwischen 60,- und 410,- Euro (netto). Der Ansatz ist für die Anschaffung von Museumsgütern bzw. den Ankauf von herausragenden Exponaten (3211.9350), für die Anschaffung von speziellen Inventargegenständen (3210.5200 u. 3211.9351, z. B. Vitrinen, Stellwände, Beleuchtungssysteme, Beschallungsanlagen, etc.) sowie für anteilige Kosten zwecks Einrichtung der kulturgeschichtlichen Dauerausstellung (3211.9356) bestimmt. Die Restaurierung von Museumsgütern ist hier nicht veranschlagt. Die Maßnahmen werden vom Kultur- und Museumsamt (Amt 41) begleitet.

Die o. g. Investitionen werden über folgende *Finanzstelle (PSP-I)* abgewickelt:

5.410000	Museumsgut u. Exponate
5.410010	BGA - Inventar über 410 € (Museum)
5.410020	GwG - Inventar unter 410 € (Museum)
5.410030	BGA - Kulturgeschichtl. Dauerausstellung
5.410040	GWG - Kulturgeschichtl. Dauerausstellung

Beschreibung

- Digitale Sicherung / inhaltliche Erfassung historischer Fotobestand
- Zur Verfügung stellen von Fotos für gewerbliche, öffentliche und private Nutzung wie z.B. für Publikationen, Ausstellungen, Presseartikel, schulische Belange.
- Unterstützung von kreiseigenen Einrichtungen wie Pressestelle, Kreisarchiv und Kultur- und Museumsamt.
- Ergänzung des Bestandes durch Ankauf

Auftragsgrundlage

Ziele

- Durch Bereitstellung von historischem Fotobestand Unterstützung von regionaler Forschung, Präsentation Oberbergischer Gegebenheiten, Darstellung der Kreisverwaltung.
- Archivierung und Sicherung historischer Fotobestände für die Zukunft.

Zielgruppen

Wissenschaftlich-historisch Arbeitende, Journalisten, Verleger, Lehrer, Verwaltung

Haushaltsplan 2013/2014

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

1.04.04 Heimatbildarchiv

Dezernat III



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-810	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
10	= Ordentliche Erträge	-810	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
11	- Personalaufwendungen	30.883	30.822	33.470	34.407	34.874	35.570	36.272
12	- Versorgungsaufwendungen			427	448	462	476	486
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	10	507	524	507	507	507	507
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.567	3.378	3.259	3.269	3.266	3.274	3.282
17	= Ordentliche Aufwendungen	32.459	34.706	37.680	38.631	39.109	39.826	40.547
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	31.649	33.706	36.680	37.631	38.109	38.826	39.547
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	31.649	33.706	36.680	37.631	38.109	38.826	39.547
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	31.649	33.706	36.680	37.631	38.109	38.826	39.547
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.177	1.723	1.472	1.494	1.476	1.527	1.557
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	32.825	35.430	38.152	39.125	39.585	40.354	41.104

Planerläuterung Teilergebnisplan Heimatbildstelle

Die Kontengruppe *Öffentlich–Rechtliche Leistungsentgelte* beinhaltet die Einnahmen für Reproduktionen (Kostenart 431100 u. 432100) durch die Heimatbildstelle.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* werden der Kosten für Reproduktionen (Kostenart 529100) veranschlagt. Die Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* bildet die Kosten für die Anschaffung von Fotos und Fotorechten sowie die Geschäftsausgaben der Heimatbildstelle ab (Kostenart 543900). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat III

1.04 Kultur und Wissenschaft

1.04.04 Heimatbildarchiv



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-510	-1.000	-1.000	-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-510	-1.000	-1.000	-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
10	- Personalauszahlungen	29.659	22.935	24.927	25.565		26.076	26.597	27.129
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen		500	500	500		500	500	500
15	- sonstige Auszahlungen	55	1.500	1.500	1.500		1.500	1.500	1.500
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	29.714	24.935	26.927	27.565		28.076	28.597	29.129
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	29.204	23.935	25.927	26.565		27.076	27.597	28.129

Haushaltsplan 2013/2014

1.05 Soziale Leistungen

verantwortlich:

Dezernat III



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-2.778.190	-2.800.000	-2.305.000	-2.305.000	-2.305.000	-2.305.000	-2.305.000
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-814.906	-838.781	-887.400	-887.400	-887.400	-887.400	-887.400
3	+ Sonstige Transfererträge	-1.304.608	-1.284.000	-1.305.500	-1.305.500	-1.305.500	-1.305.500	-1.305.500
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-33.096	-24.150	-36.150	-36.150	-36.150	-36.150	-36.150
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-20.278.834	-24.228.840	-26.535.694	-28.126.294	-28.216.294	-28.312.294	-28.402.294
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-2.285	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
10	= Ordentliche Erträge	-25.211.919	-29.176.771	-31.070.744	-32.661.344	-32.751.344	-32.847.344	-32.937.344
11	- Personalaufwendungen	5.781.270	8.047.321	8.300.488	8.486.469	8.370.061	8.535.924	8.694.720
12	- Versorgungsaufwendungen			564.368	582.133	599.719	617.756	631.283
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	6.992.496	7.162.453	7.297.276	7.295.210	7.295.714	7.296.235	7.296.770
14	- Bilanzielle Abschreibungen	-5.945	9.414	9.034	10.915	12.771	14.634	15.553
15	- Transferaufwendungen	34.354.640	34.973.426	35.433.845	34.546.445	34.486.445	34.426.445	34.366.445
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	32.889.250	33.818.443	32.459.410	32.460.882	32.460.306	32.461.550	32.462.793
17	= Ordentliche Aufwendungen	80.011.712	84.011.058	84.064.421	83.382.053	83.225.016	83.352.543	83.467.564
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	54.799.793	54.834.287	52.993.677	50.720.709	50.473.672	50.505.199	50.530.220
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	313						
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	313						
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	54.800.107	54.834.287	52.993.677	50.720.709	50.473.672	50.505.199	50.530.220

Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	54.800.107	54.834.287	52.993.677	50.720.709	50.473.672	50.505.199	50.530.220
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-12.655	-21.737	-17.491	-17.897	-18.422	-18.786	-18.997
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	320.913	459.296	411.969	412.550	404.236	411.058	416.226
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	55.108.364	55.271.847	53.388.155	51.115.362	50.859.486	50.897.471	50.927.449

Haushaltsplan 2013/2014

1.05 Soziale Leistungen

verantwortlich:

Dezernat III



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-2.778.190	-2.800.000	-2.305.000	-2.305.000		-2.305.000	-2.305.000	-2.305.000
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-896.237	-838.781	-887.400	-887.400		-887.400	-887.400	-887.400
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-1.399.556	-1.284.000	-1.305.500	-1.305.500		-1.305.500	-1.305.500	-1.305.500
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-33.633	-24.150	-36.150	-36.150		-36.150	-36.150	-36.150
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-20.036.622	-24.228.840	-26.535.400	-28.126.000		-28.216.000	-28.312.000	-28.402.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-785	-1.000	-1.000	-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-25.145.022	-29.176.771	-31.070.450	-32.661.050		-32.751.050	-32.847.050	-32.937.050
10	- Personalauszahlungen	5.128.568	5.763.178	6.173.133	6.369.169		6.496.552	6.626.483	6.759.012
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	6.497.517	7.161.500	7.293.745	7.294.237		7.294.741	7.295.262	7.295.797
14	- Transferauszahlungen	34.522.519	34.973.426	35.433.845	34.546.445		34.486.445	34.426.445	34.366.445
15	- sonstige Auszahlungen	34.941.141	33.587.980	32.251.580	32.251.580		32.251.580	32.251.580	32.251.580
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	81.089.745	81.486.084	81.152.303	80.461.431		80.529.318	80.599.770	80.672.834
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	55.944.722	52.309.313	50.081.853	47.800.381		47.778.268	47.752.720	47.735.784

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

- 1.05.01.01 Seniorenarbeit
- 1.05.01.02 Heimaufsicht

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.05.01.01

Seniorenarbeit

Beschreibung

Beratung und Unterstützung älterer Menschen, um Schwierigkeiten, die durch das Alter entstehen

- zu verhüten
- zu überwinden
- zu mildern

um weiter am Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen.

Auftragsgrundlage

Sozialgesetzbuch XII – Sozialhilfe, Landespflegegesetz NRW, Beschlüsse des Kreistages

Ziele

- Eigenständige Lebensführung der Menschen so lange wie möglich erhalten
- Längstmöglicher Verbleib im häuslichen und sozialen Umfeld

Zielgruppen

Ältere Menschen im Oberbergischen Kreis

1.05.01.02

Heimaufsicht

Beschreibung

- Wiederkehrende und anlassbezogene Überprüfungen aller Pflege- und Behindertenheime
- Beratung von Heimträgern und Leitungskräften
- Beratung und Information von Heimbewohnern, Angehörigen, Betreuern
- Planungs- und Konzeptberatung in Heimangelegenheiten

Auftragsgrundlage

Wohn- und Teilhabegesetz (WTG) mit Verordnungen, Landespflegegesetz (PfG NRW) mit Verordnungen

Ziele

- Die Bedürfnisse und Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner in Heimen schützen
- Qualitätssicherung in Heimen

Zielgruppen

Volljährige Heimbewohnerinnen und Heimbewohner, Angehörige, Heimträger und deren Mitarbeiter

Haushaltsplan 2013/2014

1.05 Soziale Leistungen

verantwortlich:

1.05.01 Unterstützung von Senioren

Dezernat III



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-28.475	-20.000	-34.000	-34.000	-34.000	-34.000	-34.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-35						
10	= Ordentliche Erträge	-28.510	-20.000	-34.000	-34.000	-34.000	-34.000	-34.000
11	- Personalaufwendungen	246.364	345.978	346.444	350.275	323.648	329.941	335.137
12	- Versorgungsaufwendungen			66.099	68.424	70.492	72.612	74.202
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	936.757	940.067	1.060.237	1.060.067	1.060.067	1.060.067	1.060.067
15	- Transferaufwendungen	18.120	39.881	39.881	39.881	39.881	39.881	39.881
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	41.877	34.976	44.348	44.433	44.370	44.448	44.526
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.243.117	1.360.902	1.557.009	1.563.080	1.538.457	1.546.948	1.553.813
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.214.607	1.340.902	1.523.009	1.529.080	1.504.457	1.512.948	1.519.813
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.214.607	1.340.902	1.523.009	1.529.080	1.504.457	1.512.948	1.519.813
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.214.607	1.340.902	1.523.009	1.529.080	1.504.457	1.512.948	1.519.813
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	14.190	22.754	20.295	20.535	20.422	20.835	21.116
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.228.797	1.363.656	1.543.304	1.549.615	1.524.879	1.533.783	1.540.929

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Unterstützung von Senioren

Bei der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden die zu vereinnahmenden Gebühren im Heimrecht abgebildet (Kostenart 431100).

In der Kontengruppe Personalaufwendungen werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* werden alle Kostenerstattungen verausgabt, die nach dem Rahmenkonzept Senioren- und Pflegeberatung erfolgen (Kostenart 525300). Darüber hinaus werden hier die Kosten der Aktion „Hilfe für alte Menschen“ veranschlagt (Kostenart 525900). Bei der Kontengruppe *Transferaufwendungen* handelt es sich um die Kosten der Erholungsfürsorge für alte Menschen (Kostenart 531900).

Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* beinhaltet im Wesentlichen die Kosten der Heimaufsicht (Kostenart 542700). Daneben werden hier die Kosten für Fortbildungen der Mitarbeiter in den gemeindlichen Sozialämtern (Kostenart 541200) und die Sachkosten für die Demenzveranstaltung veranschlagt (Kostenart 543900). Ferner werden hier anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge usw.) abgebildet, welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der Internen Leistungsverrechnungen werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.01 Unterstützung von Senioren



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-28.431	-20.000	-34.000	-34.000		-34.000	-34.000	-34.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-35							
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-28.466	-20.000	-34.000	-34.000		-34.000	-34.000	-34.000
10	- Personalauszahlungen	184.542	215.393	233.307	242.190		247.034	251.975	257.014
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	939.272	940.000	1.060.000	1.060.000		1.060.000	1.060.000	1.060.000
14	- Transferauszahlungen	23.790	39.881	39.881	39.881		39.881	39.881	39.881
15	- sonstige Auszahlungen	28.463	18.500	29.500	29.500		29.500	29.500	29.500
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.176.066	1.213.774	1.362.688	1.371.571		1.376.415	1.381.356	1.386.395
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.147.600	1.193.774	1.328.688	1.337.571		1.342.415	1.347.356	1.352.395

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.05.02.01 Hilfen zur Gesundheit, bei Behinderung und in anderen Lebenslagen

1.05.02.01.01 Eingliederungshilfe für behinderte Menschen

1.05.02.01.02 Hilfen zur Gesundheit

1.05.02.01.03 Hilfen in anderen Lebenslagen

1.05.02.02 Hilfe zur Pflege

1.05.02.02.01 Hilfe zur Pflege ambulant und vollstationär

1.05.02.02.02 Hilfe zur Pflege teilstationär

1.05.02.03 Pflegewohngeld und Aufwendungszuschüsse

1.05.02.04 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege

1.05.02.05 Leistungen für Schwerbehinderte

1.05.02.06 Ausgleichsabgabe nach § 77 SGB IX

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.05.02.01

Hilfen zur Gesundheit, bei Behinderung und in anderen Lebenslagen

Beschreibung

- Gewährung von Hilfen für Menschen ohne Krankenversicherungsschutz nach dem 5. Kapitel SGB XII
 - Gewährung von Eingliederungshilfeleistungen nach dem 6. Kapitel SGB XII für Menschen mit einer wesentlichen Behinderung
 - Sonstige Hilfen nach dem 8. und 9. Kapitel des SGB XII
- Sozialgesetzbuch XII – Sozialhilfe – mit Verordnungen

Auftragsgrundlage

Ziele

- Menschen, die Sozialhilfeleistungen beziehen, erhalten bedarfsgerechte Leistungen

Zielgruppen

Menschen ohne Krankenversicherungsschutz, Menschen mit Behinderungen und deren Angehörige

1.05.02.02

1.05.02.03

Beschreibung

Hilfe zur Pflege

Pflegewohngeld und Aufwendungszuschüsse

- Gewährung von Hilfen für pflegebedürftige Menschen nach dem 7. Kapitel SGB XII außerhalb und innerhalb von Einrichtungen
- Gewährung von Pflegewohngeld und Aufwendungszuschüssen zu den Investitionsaufwendungen von Pflegediensten und Pflegeeinrichtungen
- Durchführung der trägerunabhängigen Pflegeberatung nach dem Rahmenkonzept zur integrierten Senioren- und Pflegeberatung
- Erstellen und Fortschreiben der kommunalen Pflegeplanung
- Weiterentwicklung von notwendigen Altenhilfe- und Pflegeangeboten

Auftragsgrundlage

Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) – Sozialhilfe –, Landespflegegesetz (PfG NRW) mit Verordnungen, Kreistagsbeschluss

Ziele

- Den pflegebedürftigen Menschen wird ein dauerhafter oder möglichst langer Aufenthalt in der eigenen häuslichen Umgebung ermöglicht
- Optimale individuelle Versorgung pflegebedürftiger Menschen
- Menschen, die Sozialhilfeleistungen beziehen, erhalten bedarfsgerechte Leistungen nach dem Grundsatz „ambulant vor stationär“

Zielgruppen

Pflegebedürftige Menschen und deren Angehörige, Pflegedienste und Heimträger und deren Mitarbeiter

1.05.02.04

Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege

Beschreibung

Unterstützung der Träger der freien Wohlfahrtspflege in ihrer Tätigkeit auf dem Gebiet der sozialen Arbeit

Auftragsgrundlage

Sozialgesetzbuch XII – Sozialhilfe – , Kreistagsbeschlüsse

Ziele

Schaffung und Aufrechterhaltung bedarfsgerechter Angebote

Zielgruppen

Menschen in prekären Lebenssituationen

1.05.02.05

Leistungen für Schwerbehinderte

1.05.02.06

Ausgleichsabgabe nach § 77 SGB IX

Beschreibung

- Unterstützung und Hilfen für schwerbehinderte Menschen
- Feststellung des Grades der Behinderung und zur Inanspruchnahme von Nachteilsausgleichen (Schwerbehindertenausweis)
- Kündigungsschutz für schwerbehinderte Menschen
- Leistungen für schwerbehinderte Menschen im Arbeitsleben

Auftragsgrundlage

Sozialgesetzbuch IX - Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen – mit Verordnungen -

Ziele

- Zeitnahe Bearbeitung der Anträge auf Feststellung des Grades der Behinderung“
- Möglichst hoher Anteil von gütlichen Einigungen in Kündigungsschutzverfahren
- Ausschöpfung der zugewiesenen Mittel aus der Ausgleichabgabe

Zielgruppen

Menschen mit Behinderungen und deren Angehörige, Arbeitgeber, die Menschen mit Behinderung beschäftigen

Haushaltsplan 2013/2014

1.05 Soziale Leistungen

verantwortlich:

1.05.02 Hilfen z.Gesundh.,b.Beh.,Pflegebed. u.s.

Dezernat III



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-814.906	-838.781	-887.400	-887.400	-887.400	-887.400	-887.400
3	+ Sonstige Transfererträge	-675.618	-651.500	-800.500	-800.500	-800.500	-800.500	-800.500
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-4.491	-4.000	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-578.451	-497.000	-466.794	-466.794	-471.794	-472.794	-472.794
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-1.750	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
10	= Ordentliche Erträge	-2.075.216	-1.992.281	-2.157.694	-2.157.694	-2.162.694	-2.163.694	-2.163.694
11	- Personalaufwendungen	1.746.362	1.923.941	1.878.063	1.887.589	1.773.641	1.808.299	1.838.144
12	- Versorgungsaufwendungen			299.069	308.624	317.947	327.509	334.681
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	694.010	614.612	550.169	548.612	548.612	548.612	548.612
14	- Bilanzielle Abschreibungen	-5.945	9.414	9.034	10.915	12.771	14.634	15.553
15	- Transferaufwendungen	19.704.800	19.371.945	20.346.064	20.286.064	20.226.064	20.166.064	20.106.064
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	130.009	152.781	137.886	138.664	138.086	138.799	139.513
17	= Ordentliche Aufwendungen	22.269.237	22.072.694	23.220.284	23.180.467	23.017.121	23.003.918	22.982.567
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	20.194.021	20.080.413	21.062.590	21.022.773	20.854.427	20.840.224	20.818.873
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	313						
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	313						
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	20.194.334	20.080.413	21.062.590	21.022.773	20.854.427	20.840.224	20.818.873

Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	20.194.334	20.080.413	21.062.590	21.022.773	20.854.427	20.840.224	20.818.873
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-38.282	-67.616	-54.411	-55.673	-57.305	-58.438	-59.094
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	158.801	238.987	200.845	202.025	202.471	204.909	206.708
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	20.314.854	20.251.783	21.209.024	21.169.125	20.999.593	20.986.695	20.966.487

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Hilfen zur Gesundheit, bei Behinderungen und in anderen Lebenslagen

Die Produktgruppe „1.05.02 Hilfen zur Gesundheit, bei Behinderung und Pflegebedürftigkeit“ umfasst folgende Produkte und Teilprodukte:

- 1.05.02.01 Hilfen zur Gesundheit, Behinderung u. anderen Lagen
- 1.05.02.01.01 Eingliederungshilfe für behinderte Menschen
- 1.05.02.01.02 Hilfen zur Gesundheit
- 1.05.02.01.03 Hilfe in anderen Lebenslagen
- 1.05.02.02 Hilfe zur Pflege
- 1.05.02.02.01 Hilfe zur Pflege – ambulant u. vollstationär
- 1.05.02.02.02 Hilfe zur Pflege – teilstationär
- 1.05.02.03 Pflegewohngeld und Aufwendungszuschüsse
- 1.05.02.04 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege
- 1.05.02.05 Leistungen für Schwerbehinderte
- 1.05.02.06 Ausgleichsabgabe nach § 77 SGB IX

Die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* erfasst die Zuweisungen des Landes zu Beweiserhebungskosten (Kostenart 414200) und die Zuweisungen des Landschaftsverbandes aus der Ausgleichsabgabe (Kostenart 414300).

Über die Kontengruppe *Sonstige Transfererträge* alle Kostenersätze von sozialen Leistungen außerhalb und innerhalb von Einrichtungen nachgewiesen. Hierzu zählen Kostenbeiträge (Kostenarten 421100 und 422100), übergeleitete Unterhalts- und andere Ansprüche (Kostenarten 421200 und 422200), Leistungen von vorrangigen Sozialleistungsträgern (Kostenarten 421300, 421400, 422300 und 422400), Rückzahlungen von sozialen Leistungen (Kostenarten 421500 und 422500) sowie sonstige Ersatzleistungen (Kostenarten 421900 und 422900).

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden sämtliche Verwaltungsgebühren vereinnahmt (Kostenart 431100). Über die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* werden die Erstattungen von Land und von Gemeinden abgewickelt (Kostenart 443906, 443907 und 442300). Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* beinhaltet die Einnahmen aus Zwangsgeldern (Kostenart 452120).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* werden Erstattungen an andere Sozialhilfeträger abgebildet (Kostenart 525300). Des weiteren werden hier die Kosten der Freizeitmaßnahmen sowie des Fahrdienstes für Behinderte veranschlagt (Kostenart 525900). Rund 2/3 der in dieser Kontengruppe erfassten Kosten fallen für die Beweiserhebung in Schwerbehindertenangelegenheiten an (Kostenart 529100).

Bei der Kontengruppe *Transferaufwendungen* handelt es sich im Wesentlichen um die folgenden Ausgabepositionen:

- Hilfe zur Pflege – ambulant, teil- und vollstationär (Kostenarten 533100 und 533200)
- Eingliederungshilfeleistungen und sonstige Leistungen außerhalb und innerhalb von Einrichtungen (Kostenarten 533100 und 533200)
- Hilfen zur Gesundheit außerhalb und innerhalb von Einrichtungen (Kostenarten 533100 und 533200)

- Pflegewohngeld und Aufwendungszuschüsse (Kostenart 533920)

Darüber hinaus werden hier Zuschüsse an Verbände der freien Wohlfahrtspflege, Zuschüsse an das Frauenhaus sowie für präventive Beratung nach dem Gewaltschutzgesetz und die Investitionspauschale für ambulante Pflegedienste verausgabt (Kostenart 531900). Außerdem werden hier die Leistungen zur Förderung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben aus der Ausgleichsabgabe ausgezahlt (Kostenart 533900) und zurück gezahlte darlehensweisen Hilfen an den Landschaftsverband weitergeleitet (Kostenart 539330).

Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* bildet die Kosten für anfallende Sachverständigengutachten (Kostenart 542700) und die Sachausgaben für Schwerbehinderte (Kostenart 543900; Bewirtschaftung durch Amt 10) ab. Daneben werden ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing der Geschäftsausstattung, ADV-Kosten, etc.) verbucht, welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungen die Produktgruppe belasten. Bei der *internen Leistungsverrechnung* werden anteilige Umlagen (Gebäudekosten inkl. AfA, KFZ-Kosten, etc.) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.02 Hilfen z.Gesundh.,b.Beh.,Pflegebed. u.s.



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-896.237	-838.781	-887.400	-887.400		-887.400	-887.400	-887.400
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-731.910	-651.500	-800.500	-800.500		-800.500	-800.500	-800.500
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-5.071	-4.000	-2.000	-2.000		-2.000	-2.000	-2.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-489.694	-497.000	-466.500	-466.500		-471.500	-472.500	-472.500
7	+ Sonstige Einzahlungen	-750	-1.000	-1.000	-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.123.663	-1.992.281	-2.157.400	-2.157.400		-2.162.400	-2.163.400	-2.163.400
10	- Personalauszahlungen	1.353.455	1.243.284	1.298.803	1.333.306		1.359.971	1.387.171	1.414.914
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	596.578	614.100	548.100	548.100		548.100	548.100	548.100
14	- Transferauszahlungen	19.584.325	19.371.945	20.346.064	20.286.064		20.226.064	20.166.064	20.106.064
15	- sonstige Auszahlungen	16.354	20.130	20.130	20.130		20.130	20.130	20.130
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	21.550.711	21.249.459	22.213.097	22.187.600		22.154.265	22.121.465	22.089.208
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	19.427.049	19.257.178	20.055.697	20.030.200		19.991.865	19.958.065	19.925.808

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.05.03.01 Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)

1.05.03.02 Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII)

1.05.03.02.01 Hilfe zum Lebensunterhalt

1.05.03.02.02 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

1.05.03.03 Leistungen nach BAföG

1.05.03.04 Lastenausgleich

1.05.03.05 Leistungen nach Bundeskindergeldgesetz

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.05.03.01

Beschreibung

Grundsicherung für Arbeitssuchende

Gewährung von Hilfen an erwerbsfähige Menschen und deren Angehörige, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenem Einkommen und Vermögen bestreiten können. Im SGB II gibt es eine zweigeteilte Trägerschaft – Kreis und Agentur für Arbeit. Der Kreis erbringt

- Leistungen für Unterkunft und Heizung
- einmalige Leistungen (Erstausstattung Wohnung und Bekleidung, mehrtägige Klassenfahrten)
- ergänzende Eingliederungsleistungen (Kinderbetreuung, Schuldnerberatung, Suchtberatung, psychosoziale Betreuung)
- Leistungen für Bildung und Teilhabe an Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis zum 25. Lebensjahr

Auftragsgrundlage

Sozialgesetzbuch II (SGB II) – Grundsicherung für Arbeitssuchende, Kreistagsbeschluss

Ziele

- Die Menschen erhalten bedarfsgerechte Leistungen
- Die Leistungsempfänger werden befähigt, wieder unabhängig von Leistungen ein selbstbestimmtes Leben zu führen

Zielgruppen

Erwerbsfähige Menschen und ihre Angehörigen in prekären Einkommenssituationen

1.05.03.02

Hilfe zum Lebensunterhalt , Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Beschreibung

Gewährung von Hilfen an Menschen, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenem Einkommen und Vermögen bestreiten können. Die Hilfen werden erbracht als

- Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kapitel SGB XII
- Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel SGB XII
- Leistungen für Bildung und Teilhabe an Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis zum 25. Lebensjahr
- Leistungen zur Sicherung des Unterhalts von Wehrdienstleistenden/BFD

Auftragsgrundlage

Sozialgesetzbuch II (SGB II) – Grundsicherung für Arbeitssuchende

Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) – Sozialhilfe

Unterhaltssicherungsgesetz (USG)

Ziele

- Die Menschen erhalten bedarfsgerechte Leistungen
- Die Leistungsempfänger werden befähigt, wieder unabhängig von Leistungen ein selbstbestimmtes Leben zu führen

Zielgruppen

Menschen in prekären Einkommenssituationen

1.05.03.03

Leistungen nach BAföG

Beschreibung

- Bewilligung von Ausbildungsförderung nach dem BAföG
- Prüfung und Entscheidung von Anträgen auf Ausbildungsförderung nach dem BAföG
- Beratung von Antragsteller/innen

Auftragsgrundlage

Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG), Sozialgesetzbuch (SGB) I und X, Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)

Ziele

Zeitnahe und rechtmäßige Entscheidung über Förderanträge von Schüler/innen und Auszubildenden

Zielgruppen

Schüler/innen und Auszubildende in vollzeitschulischen Bildungsgängen

1.05.03.05

Beschreibung

Leistungen nach Bundeskindergeldgesetz

Gewährung von Leistungen für Bildung und Teilhabe an Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis zum 25. Lebensjahr

Auftragsgrundlage

Bundeskindergeldgesetz (BKGG)

Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Bundeselterngeld- und Elternteilgesetz und nach dem Bundeskindergeldgesetz

Ziele

Die Menschen erhalten bedarfsgerechte Leistungen

Zielgruppen

Menschen in prekären Einkommenssituationen

Haushaltsplan 2013/2014

1.05 Soziale Leistungen

verantwortlich:

1.05.03 Hilfen b.Einkommensdefiz./Unterst.leist.

Dezernat III



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-2.778.190	-2.800.000	-2.305.000	-2.305.000	-2.305.000	-2.305.000	-2.305.000
3	+ Sonstige Transfererträge	-628.990	-632.500	-505.000	-505.000	-505.000	-505.000	-505.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-19.700.383	-23.731.840	-26.068.900	-27.659.500	-27.744.500	-27.839.500	-27.929.500
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-500						
10	= Ordentliche Erträge	-23.108.063	-27.164.340	-28.878.900	-30.469.500	-30.554.500	-30.649.500	-30.739.500
11	- Personalaufwendungen	3.326.008	5.245.569	5.636.168	5.808.651	5.864.021	5.980.973	6.098.060
12	- Versorgungsaufwendungen			120.342	123.703	127.440	131.273	134.147
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.361.403	5.607.558	5.686.206	5.686.295	5.686.799	5.687.320	5.687.855
15	- Transferaufwendungen	14.631.720	15.561.600	15.047.900	14.220.500	14.220.500	14.220.500	14.220.500
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	32.680.846	33.574.308	32.223.164	32.223.369	32.223.227	32.223.412	32.223.597
17	= Ordentliche Aufwendungen	55.999.977	59.989.035	58.713.781	58.062.518	58.121.986	58.243.477	58.364.160
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	32.891.914	32.824.695	29.834.881	27.593.018	27.567.486	27.593.977	27.624.660
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	32.891.914	32.824.695	29.834.881	27.593.018	27.567.486	27.593.977	27.624.660
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	32.891.914	32.824.695	29.834.881	27.593.018	27.567.486	27.593.977	27.624.660
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	137.369	198.431	192.644	192.223	184.624	188.554	191.689
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	33.029.283	33.023.125	30.027.525	27.785.241	27.752.110	27.782.531	27.816.349

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Hilfen bei Einkommensdefiziten

Die Produktgruppe „1.05.03 Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen“ umfasst folgende Produkte und Teilprodukte:

- 1.05.03.01 Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)
- 1.05.03.02 Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter; EM (SGB XII)
 - 1.05.03.02.01 Hilfe zum Lebensunterhalt
 - 1.05.03.02.02 Grundsicherung im Alter, bei Erwerbsminderung
- 1.05.03.03 Leistungen nach BaföG
- 1.05.03.04 Lastenausgleich
- 1.05.03.05 Leistungen nach Bundeskindergeldgesetz

Bei der Kontengruppe *Steuern und ähnliche Abgaben* handelt es sich ausschließlich um Zuweisungen des Landes aus der Wohngeldentlastung (Kostenart 405200).

Über die Kontengruppe *Sonstige Transfererträge* werden alle Kostenersätze von sozialen Leistungen außerhalb und innerhalb von Einrichtungen ausgewiesen. Hierzu zählen Kostenbeiträge (Kostenarten 421100 und 422100), übergeleitete Unterhalts- und andere Ansprüche (Kostenarten 421200 und 422200), Leistungen von vorrangigen Sozialleistungsträgern (Kostenarten 421300, 421400, 422300 und 422400), Rückzahlungen von sozialen Leistungen (Kostenarten 421500 und 422500) sowie sonstige Ersatzleistungen (Kostenarten 421900 und 422900).

Unter der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* wird in der Hauptsache die Beteiligung des Bundes an den Unterkunft- und Heizkosten (Kostenart 447100) sowie der Anteil der Bundesagentur (BA) an den Personalkosten für die kommunalen Mitarbeiter und an den Sachkosten für die 11 kommunalen Standorte des Jobcenters (Kostenart 442500) vereinnahmt. Darüber hinaus handelt es sich bei diesem Ansatz um den Anteil an der Bundeserstattung beim Vollzug des Grundsicherungsgesetzes (Kostenart 442100) sowie um Erstattungen von anderen Grundsicherungs- und Sozialhilfeträgern (Kostenart 442300). Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* beinhaltet Erstattungen von Gemeinden in Form von Schadenersatz (Kostenart 452700).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Bei der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* handelt es sich vor allem um Erstattungen an Gemeinden und Kreis für die Bereitstellung von personellen und sächlichen Ressourcen für das Jobcenter, sowie um Erstattungen an andere Sozialhilfeträger (Kostenart 525300), Weiterhin wird dort der Kreisanteil an den Personalkosten für die BA-Mitarbeiter und an den Sachkosten für die 2 BA-Standorte des Jobcenters ausgewiesen (Kostenart 525500). Zu dieser Kostenart gehören auch die Erstattungen (an RBK) im Rahmen der Lastenausgleichsverwaltung (1.05.03.04 Lastenausgleich). Einen geringfügigen Teil des Aufwands bilden Gerichtsvollzieherkosten, Aufwendungsersätze, ü.ä. (Kostenart 529100), sowie der Kurierdienst (Kostenart 529909).

In der Kontengruppe *Transferaufwendungen* werden

- die Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kapitel SGB XII
- die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel SGB XII (Kostenarten 533100 und 533200)
- Kommunale Eingliederungsleistungen an Arbeitssuchende nach § 16a SGB II (Kostenarten 533615, 533625, 531800) und
- die Bildungs- und Teilhabeleistungen nach dem SGB XII und dem Bundeskindergeldgesetz

Verausgabt.

Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* weist hauptsächlich die Kosten von Leistungen für Unterkunft und Heizung (Kostenart 546200), Wohnungsbeschaffungskosten/ Umzugskosten (Kostenart 546210), Mietschulden sowie einmalige Leistungen an Arbeitssuchende (Kostenart 546220) und die Bildungs- und Teilhabeleistungen nach dem SGB II aus. Anfallende Fortbildungskosten (Kostenart 541200) für Mitarbeiter in den gemeindlichen Sozialämtern werden ebenfalls auf dieser Kontengruppe geplant.

Zu den *sonstigen ordentlichen Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, etc.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungen die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z.B. Gebäudekosten inkl. AfA) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.03 Hilfen b.Einkommensdefiz./Unterst.leist.



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-2.778.190	-2.800.000	-2.305.000	-2.305.000		-2.305.000	-2.305.000	-2.305.000
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-667.645	-632.500	-505.000	-505.000		-505.000	-505.000	-505.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-19.546.928	-23.731.840	-26.068.900	-27.659.500		-27.744.500	-27.839.500	-27.929.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-22.992.763	-27.164.340	-28.878.900	-30.469.500		-30.554.500	-30.649.500	-30.739.500
10	- Personalauszahlungen	3.262.788	3.970.880	4.341.933	4.487.339		4.577.086	4.668.627	4.762.000
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	4.961.667	5.607.400	5.685.645	5.686.137		5.686.641	5.687.162	5.687.697
14	- Transferauszahlungen	14.914.404	15.561.600	15.047.900	14.220.500		14.220.500	14.220.500	14.220.500
15	- sonstige Auszahlungen	34.895.220	33.534.800	32.187.400	32.187.400		32.187.400	32.187.400	32.187.400
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	58.034.079	58.674.680	57.262.878	56.581.376		56.671.627	56.763.689	56.857.597
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	35.041.316	31.510.340	28.383.978	26.111.876		26.117.127	26.114.189	26.118.097

Beschreibung

Vormundschaftsgerichtshilfe; Führen von Betreuungen

Kann ein Volljähriger wegen Krankheit oder Behinderung seine Angelegenheiten ganz oder teilweise nicht besorgen, kann das Vormundschaftsgericht für ihn einen Betreuer bestellen. Vor der Bestellung eines Betreuers oder der Anordnung eines Einwilligungsvorbehalts kann das Gericht die zuständige Behörde zur Ermittlung des Sachverhalts beauftragen. Zu berichten ist insbesondere zu den sozialen Umständen die eine Betreuung erforderlich machen, dem notwendigen Umfang der Betreuung sowie zur Verfügbarkeit und Eignung einer Betreuungsperson.

Das Gericht kann den Betroffenen im Zuge der Sachverhaltsermittlung und während der laufenden Betreuung durch die zuständige Behörde vorführen bzw. unterbringen lassen.

Kann ein Volljähriger durch eine oder mehrere natürliche Personen oder durch einen Betreuungsverein nicht hinreichend betreut werden, so bestellt das Gericht die zuständige Behörde zum Betreuer.

Förderung des Ehrenamts

Betreuungen werden grundsätzlich ehrenamtlich geführt. Zum Betreuer bestellt das Vormundschaftsgericht vorrangig natürliche Personen nach Wunsch der Betroffenen. Meist handelt es sich um Angehörige, weniger häufig um Freunde oder Bekannte.. Für Betreute ohne geeignete persönliche Bezüge schlägt die Behörde nach Gerichtsauftrag andere geeignete Personen vor, die vorrangig ehrenamtlich als Betreuer tätig werden sollen.

Betreuungsvereine und -behörde sind dazu aufgefordert, geeignete Maßnahmen zur Gewinnung, Beratung und Unterstützung ehrenamtlicher Betreuer zu ergreifen.

Qualitätssicherung und Steuerung; Information zu Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen

Die Zahl rechtlich vertretungsbedürftiger Volljähriger nimmt stetig zu. Dem gegenüber steht eine nicht ausreichende Bereitschaft der Bürger, rechtliche Vertretung ehrenamtlich zu übernehmen. Rechtliche Betreuung hat sich vor diesem Hintergrund als freier Beruf in der Dienstleister-Szene etabliert. Das Gericht beauftragt die zuständige Behörde in Betreuungsverfahren zur Benennung geeigneter Betreuer. Die Behörde ist gehalten, geeignete Personen benennen zu können. Kann sie das nicht, muss sie die Betreuungen ggfs. selbst führen. Der Gesetzgeber hat den Handlungsrahmen rechtlicher Betreuung seit 1992 aus Kostengründen kontinuierlich eingeschränkt. Oft führen professionelle Betreuer zu viele Betreuungen und / oder diese in nachlassender Qualität, um ihr Einkommen zu sichern. Die Behörde ist daher zunehmend gefordert, qualitätssichernd (die „Eignung“ der Betreuer tatsächlich erhaltend) tätig zu sein. Durch verstärkte Information der Bevölkerung zu Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen können aufwändige Betreuungsverfahren und Betreuungen vermieden werden. Von dem gesetzlichen Auftrag an die zuständigen Behörden, zu den Themenfeldern zu berichten, profitiert im Erfolgsfall die Justiz. Ein vermindertes Aufkommen an Betreuungsverfahren wird aber auch die Betreuungsbehörde entlasten.

Auftragsgrundlage**Vormundschaftsgerichtshilfe; Führen von Betreuungen**

§§ 1896, 1897, 1900 Abs. 4 BGB, §§ 7, 8 Betreuungsbehördengesetz (BtBG), §§ 68 Abs. 3, 68a, 69g, 69i, 70d Abs. 1, 70g Abs. 4 u. 5, 70i Abs. 1 Freiwillige-Gerichtbarkeitsgesetz (FGG)

Förderung des Ehrenamts

§ 1897 BGB i. V. mit §§ 4, 5 und 6 BtBG

Qualitätssicherung und Steuerung; Information zu Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen

§ 1897 BGB, §§ 4, 5, 6, 8 BtBG

<p>Ziele</p>	<p><u>Vormundschaftsgerichtshilfe; Führen von Betreuungen</u></p> <ul style="list-style-type: none">- Fristgerechte, die Persönlichkeitsrechte Betroffener wahrende Berichterstattung an die Gerichte nach vorangegangener Sachverhaltsermittlung- Ausreichende Präsenz als zuständige Fachbehörde zur Unterstützung bei und nach Zwangsmaßnahmen- Wahrung der Rechte Betroffener im Betreuungsverfahren und bei Zwangsmaßnahmen <p><u>Förderung des Ehrenamts</u></p> <ul style="list-style-type: none">- Bereitstellen eines ausreichenden Angebots an ehrenamtlichen Betreuern- Ausreichende Qualifizierung ehrenamtlicher Betreuer und Bevollmächtigter zur eigenen Krisenprophylaxe in der rechtlichen Vertretung sowie zur effizienten Wahrung der Rechte Betreuer und von Vollmachtgebern- Ausreichende Vermittlung von Kenntnissen zur rechtlichen Vertretung Volljähriger- Stärkung des speziellen Ehrenamtes „rechtlicher Betreuer“ in der Öffentlichkeit <p><u>Qualitätssicherung und Steuerung; Information zu Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen</u></p> <ul style="list-style-type: none">- Schaffung eines kreisweit ausreichenden Angebots geeigneter übernahmebereiter Betreuer- Vermeidung der Übernahme von Betreuungen durch die Behörde- Vermeidung von Betreuungsmissbrauch- Ausreichender Schutz der Betreuten- Vermeidung von Betreuungsverfahren (und Betreuungen)
<p>Zielgruppen</p>	<p><u>Vormundschaftsgerichtshilfe; Führen von Betreuungen</u> Amtsgerichte, Betroffene i. S. § 1896 BGB, Angehörige Betroffener, Betreuer</p> <p><u>Förderung des Ehrenamts</u> Angehörige und nicht angehörige Betreuer, Vollmachtnehmer, Sozial engagierte Bürger</p> <p><u>Qualitätssicherung und Steuerung;</u> <u>Information zu Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen</u> Betroffene i. S. § 1896 BGB, Betreuer, Berufsbetreuer, Volljährige Bevölkerung</p>

Haushaltsplan 2013/2014

1.05 Soziale Leistungen

verantwortlich:

1.05.04 Betreuungsleistungen

Dezernat III



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-130	-150	-150	-150	-150	-150	-150
10	= Ordentliche Erträge	-130	-150	-150	-150	-150	-150	-150
11	- Personalaufwendungen	462.537	531.834	439.813	439.953	408.751	416.711	423.378
12	- Versorgungsaufwendungen			78.858	81.382	83.840	86.362	88.253
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	326	216	664	236	236	236	236
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	36.518	56.378	54.012	54.416	54.625	54.891	55.157
17	= Ordentliche Aufwendungen	499.381	588.428	573.347	575.988	547.452	558.199	567.024
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	499.251	588.278	573.197	575.838	547.302	558.049	566.874
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	499.251	588.278	573.197	575.838	547.302	558.049	566.874
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	499.251	588.278	573.197	575.838	547.302	558.049	566.874
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	36.179	45.004	35.105	35.543	35.601	36.412	36.811
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	535.430	633.282	608.302	611.380	582.903	594.461	603.685

Planerläuterung Teilergebnisplan Betreuungsleistungen

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) der Betreuungsstelle veranschlagt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Bei der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* handelt es sich um Kosten für die Wahrnehmung von Querschnittsaufgaben im Betreuungswesen (Kostenart 549900). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.04 Betreuungsleistungen



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-130	-150	-150	-150		-150	-150	-150
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-130	-150	-150	-150		-150	-150	-150
10	- Personalauszahlungen	327.783	333.621	299.090	306.334		312.461	318.710	325.084
15	- sonstige Auszahlungen	1.104	14.550	14.550	14.550		14.550	14.550	14.550
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	328.888	348.171	313.640	320.884		327.011	333.260	339.634
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	328.758	348.021	313.490	320.734		326.861	333.110	339.484

Haushaltsplan 2013/2014

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

KD, Dez. III



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-13.018.470	-13.229.000	-14.937.325	-15.759.909	-15.926.209	-16.326.209	-17.726.209
3	+ Sonstige Transfererträge	-2.266.414	-2.628.600	-3.190.000	-3.190.000	-3.190.000	-3.190.000	-3.190.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.884.736	-2.701.000	-2.301.000	-2.301.000	-2.301.000	-2.301.000	-2.301.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-22.690	-16.500	-16.500	-16.500	-16.500	-16.500	-16.500
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-856.090	-961.500	-975.735	-975.735	-977.735	-977.735	-977.735
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-200	-476.736	-562.912	-589.012	-577.833	-481.232	-454.772
10	= Ordentliche Erträge	-19.048.599	-20.013.336	-21.983.472	-22.832.156	-22.989.277	-23.292.676	-24.666.216
11	- Personalaufwendungen	4.975.608	5.780.117	6.263.695	6.616.265	6.431.944	6.558.827	6.676.754
12	- Versorgungsaufwendungen			624.354	644.122	663.581	683.537	698.506
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.195.455	3.189.484	3.489.977	3.672.122	3.777.122	3.897.122	4.017.122
14	- Bilanzielle Abschreibungen	286	18.678	127.885	241.639	245.194	248.763	250.577
15	- Transferaufwendungen	48.390.364	52.101.600	52.676.027	53.886.527	54.738.542	55.744.142	56.544.642
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	628.977	1.258.150	1.692.793	1.692.935	1.662.385	1.558.060	1.470.817
17	= Ordentliche Aufwendungen	57.190.690	62.348.029	64.874.730	66.753.609	67.518.767	68.690.450	69.658.418
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	38.142.090	42.334.693	42.891.258	43.921.453	44.529.490	45.397.774	44.992.202
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	535						
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	535						
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	38.142.626	42.334.693	42.891.258	43.921.453	44.529.490	45.397.774	44.992.202

Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	38.142.626	42.334.693	42.891.258	43.921.453	44.529.490	45.397.774	44.992.202
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-28.408	-37.184	-27.724	-28.440	-29.182	-29.869	-30.125
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	391.222	476.701	397.490	399.951	395.298	401.017	404.129
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	38.505.440	42.774.211	43.261.025	44.292.965	44.895.605	45.768.922	45.366.206

Haushaltsplan 2013/2014

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

KD, Dez. III



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-10.535.202	-13.229.000	-14.931.742	-15.748.742		-15.915.042	-16.315.042	-17.715.042
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-2.317.641	-2.628.600	-3.190.000	-3.190.000		-3.190.000	-3.190.000	-3.190.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.882.468	-2.701.000	-2.301.000	-2.301.000		-2.301.000	-2.301.000	-2.301.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-23.250	-16.500	-16.500	-16.500		-16.500	-16.500	-16.500
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-850.886	-961.500	-990.000	-990.000		-992.000	-992.000	-992.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-200	-3.000	-1.000	-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-16.609.648	-19.539.600	-21.430.242	-22.247.242		-22.415.542	-22.815.542	-24.215.542
10	- Personalauszahlungen	4.240.551	3.999.920	4.551.924	4.884.422		4.982.070	5.081.659	5.183.233
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.877.849	3.188.040	3.514.700	3.700.700		3.805.700	3.925.700	4.045.700
14	- Transferauszahlungen	48.885.529	52.101.600	52.676.027	53.886.527		54.738.542	55.744.142	56.544.642
15	- sonstige Auszahlungen	289.783	190.568	222.620	223.820		205.020	206.220	207.420
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	56.293.711	59.480.128	60.965.271	62.695.469		63.731.332	64.957.721	65.980.995
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	39.684.064	39.940.528	39.535.029	40.448.227		41.315.790	42.142.179	41.765.453
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-3.393.880	-1.323.000	-1.124.566	-450.000				
23	= Summe: (investive Einzahlungen)	-3.393.880	-1.323.000	-1.124.566	-450.000				
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	1.822	30.980	1.980	1.980		1.980	1.980	1.980
28	- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	3.766.849	4.482.000	6.609.200					
30	= Summe: (investive Auszahlungen)	3.768.671	4.512.980	6.611.180	1.980		1.980	1.980	1.980

verantwortlich:

KD, Dez. III

Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
31	= Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- /J. Auszahlung)	374.791	3.189.980	5.486.614	-448.020		1.980	1.980	1.980

Beschreibung

In Tageseinrichtungen sowie Einrichtungen der OGS werden Kinder von Fachkräften ganztags bzw. einen Teil des Tages in einer Gruppe gefördert. Kindertagespflege wird von einer geeigneten Person jeweils für ein bzw. bis zu acht Kindern geleistet.

Aufgabe von Kindertageseinrichtungen, Tagespflege wie Einrichtung der OGATA ist die Förderung von Kindern in den Bereichen Erziehung, Bildung und Betreuung. Die Förderung des Kindes soll möglichst früh, altersgerecht und seiner individuellen Lebenssituation entsprechend erfolgen.

Für Kinder vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt besteht ein Anspruch auf den Besuch einer Tageseinrichtung. Für Kinder unter drei Jahren und Schulkinder ist ein bedarfsgerechtes Angebot vorzuhalten. Für Kinder unter drei Jahren sind mindestens Plätze vorzuhalten, sofern die Erziehungsberechtigten sich in Ausbildung befinden bzw. einer Erwerbstätigkeit nachgehen oder ohne die Leistung die Förderung des Kindes nicht gewährleistet ist. Der Betrieb einer Tageseinrichtung sowie die Erbringung von Kindertagespflegeleistungen sind erlaubnispflichtig.

Auftragsgrundlage

§§ 22-26, 43, 45-48 und 80 SGB VIII; Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG); Kinderbildungsgesetz (KiBiz);
Beschlussfassungen des Jugendhilfeausschusses

Ziele

- Erstellung und Erhalt eines bedarfsgerechten, qualifizierten Förder- und Betreuungsangebotes für Kinder vom Säuglingsalter bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres (Spielgruppen, Kindertagesstätten, Tagespflegestellen und außerunterrichtliche Angebote in Offenen Ganztagschulen)
- Verbesserung der Bildungschancen sowie die soziale und gesellschaftliche Integration von Kindern durch individuelle, altersgerechte, frühe Förderung
- gemeinsame Förderung von Kindern mit und ohne Behinderung
- Sicherstellung der pädagogischen Qualität in Tageseinrichtungen
- Ausbau der Tagespflege als gleichwertiger Alternative zu Tageseinrichtungen und deren Aufwertung durch die Qualifizierung von Tagespflegepersonen
- Ausbau familienfreundlicher Strukturen im Oberbergischen Kreis
- Unterstützung von Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Stärkung von Eltern
- Vereinfachung der Abrechnungsverfahren (Kindpauschalen)
- Regelung der öffentlichen Förderung und Finanzierung der Einrichtungen
- Verbesserung der Kooperation zwischen Tageseinrichtungen und Schule
- Unterstützung des Aufbaus bzw. der Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren
- Umsetzung der durch KiBiz anstehenden Veränderungen im Dialog mit den freien Trägern

Zielgruppen

Eltern, Kinder vom Säuglingsalter bis zum 14. Lebensjahr, Tagespflegestellen, Träger von Tageseinrichtungen für Kinder, in Tageseinrichtungen tätige Fachkräfte

Haushaltsplan 2013/2014

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

1.06.01 Kinder in Tageseinricht./Tagespflege

Dezernat III



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-12.759.887	-13.018.000	-14.646.283	-15.468.867	-15.635.167	-16.035.167	-17.435.167
3	+ Sonstige Transfererträge	-83.996	-83.000	-120.000	-120.000	-120.000	-120.000	-120.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.884.736	-2.700.000	-2.300.000	-2.300.000	-2.300.000	-2.300.000	-2.300.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-15.690	-12.000	-12.000	-12.000	-12.000	-12.000	-12.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-68.218	-84.000	-94.000	-94.000	-96.000	-96.000	-96.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge		-473.736	-561.912	-588.012	-576.833	-480.232	-453.772
10	= Ordentliche Erträge	-15.812.526	-16.370.736	-17.734.195	-18.582.879	-18.740.000	-19.043.399	-20.416.939
11	- Personalaufwendungen	432.866	390.990	549.359	550.292	510.995	520.944	529.267
12	- Versorgungsaufwendungen			99.032	102.340	105.431	108.602	110.980
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.937.364	2.000.200	2.269.616	2.415.219	2.500.219	2.600.219	2.700.219
14	- Bilanzielle Abschreibungen	1.730		110.153	220.307	220.307	220.307	220.307
15	- Transferaufwendungen	27.711.303	29.546.750	29.874.700	30.988.700	31.737.000	32.537.000	33.137.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	158.454	907.341	1.359.745	1.356.621	1.324.393	1.217.918	1.128.526
17	= Ordentliche Aufwendungen	30.241.717	32.845.282	34.262.606	35.633.478	36.398.345	37.204.991	37.826.299
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	14.429.190	16.474.546	16.528.411	17.050.599	17.658.345	18.161.592	17.409.360
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	14.429.190	16.474.546	16.528.411	17.050.599	17.658.345	18.161.592	17.409.360
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	14.429.190	16.474.546	16.528.411	17.050.599	17.658.345	18.161.592	17.409.360

Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	33.656	39.354	36.038	36.405	36.269	37.088	37.514
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	14.462.847	16.513.899	16.564.449	17.087.004	17.694.613	18.198.680	17.446.874

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Kinder in Tageseinrichtungen/Tagespflege

Über die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* werden die folgenden Ertragsarten (Kostenart 414200) abgebildet:

- Landeszuschuss für Kinder in Tagespflege
- Landeszuschuss zu Sach- und Personalkosten der Tageseinrichtungen für Kinder (Hauptanteil an der Gesamtsumme)
- Landesmittel zur Sprachförderung in Tageseinrichtungen
- Landesmittel für Familienzentren

Bei der Kontengruppe *Sonstige Transfererträge* handelt es sich um Kostenbeiträge (Kostenart 421100) von alleinerziehenden Elternteilen für die Unterbringung in Tagespflege und Erstattungen aus Vorjahren (Kostenart 429800) von vorrangig verpflichteten Sozialleistungsträgern. Die Kontengruppe mit der Bezeichnung *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* dient der Vereinnahmung von Elternbeiträgen (Kostenart 432901) zu den Betriebskosten der Tageseinrichtungen. Auf den Konten der Gruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* werden die Teilnehmerbeiträge (Kostenart 441901) zu Qualifizierungsmaßnahmen verbucht. Über die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattungen* wird die Personalkostenerstattung des Tagesmütternetzwerkes (Kostenart 443908, AO Amt 10) vereinnahmt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* erfolgt die Erstattung (Kostenart 525900) vertraglicher Leistungen für freie Kindergartenträger. Die Kontengruppe *Transferaufwendungen* beinhaltet in erster Linie den Betriebskostenzuschuss (Kostenart 531900) an freie Träger von Tageseinrichtungen für Kinder. Darüber hinaus werden die folgenden Kostenarten hier veranschlagt:

- Weiterleitung von Landesmitteln zur Förderung von Familienzentren (TP 1.06.01.01.01, Kostenart 531900)

- Weiterleitung von Landesmitteln zur Sprachförderung (TP 1.06.01.01.01, Kostenart 531900)
- Förderung von Schülerbetreuungsmaßnahmen (PSP 1.06.01.01, Kostenart 531900)
- Förderung sonstiger Betreuungsmaßnahmen (PSP 1.06.01.01, Kostenart 531900)

sowie

- Kosten der Unterbringung in Tagespflege (PSP 1.06.01.01, Kostenart 533400)
- Erziehung in einer Tagesgruppe (PSP 1.06.01.01, Kostenart 533530)

Bei der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* handelt es sich einerseits um Kosten von Qualifizierungsmaßnahmen für Mitarbeiter (Kostenart 541200) in Tageseinrichtungen (Offene Ganztagschulen, Familienzentren), andererseits um den Betriebskostenzuschuss an das Tagesmütternetzwerk (PSP 1.06.01.01, Kostenart 542911). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.01 Kinder in Tageseinricht./Tagespflege



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-10.276.619	-13.018.000	-14.640.700	-15.457.700		-15.624.000	-16.024.000	-17.424.000
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-82.533	-83.000	-120.000	-120.000		-120.000	-120.000	-120.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.882.468	-2.700.000	-2.300.000	-2.300.000		-2.300.000	-2.300.000	-2.300.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-16.250	-12.000	-12.000	-12.000		-12.000	-12.000	-12.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-68.102	-84.000	-94.000	-94.000		-96.000	-96.000	-96.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-13.325.972	-15.897.000	-17.166.700	-17.983.700		-18.152.000	-18.552.000	-19.952.000
10	- Personalauszahlungen	323.130	245.806	373.280	382.905		390.563	398.374	406.341
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.933.461	2.000.000	2.269.000	2.415.000		2.500.000	2.600.000	2.700.000
14	- Transferauszahlungen	27.847.268	29.546.750	29.874.700	30.988.700		31.737.000	32.537.000	33.137.000
15	- sonstige Auszahlungen	125.921	145.000	170.000	170.000		150.000	150.000	150.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	30.229.780	31.937.556	32.686.980	33.956.605		34.777.563	35.685.374	36.393.341
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	16.903.808	16.040.556	15.520.280	15.972.905		16.625.563	17.133.374	16.441.341
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-3.393.880	-1.323.000	-1.124.566	-450.000				
23	= Summe: (investive Einzahlungen)	-3.393.880	-1.323.000	-1.124.566	-450.000				
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		29.000						
28	- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	3.766.849	4.482.000	6.609.200					
30	= Summe: (investive Auszahlungen)	3.766.849	4.511.000	6.609.200					

Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
31	= Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- /J. Auszahlung)	372.969	3.188.000	5.484.634	-450.000				

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.01 Kinder in Tageseinricht./Tagespflege



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5510030 Investitionsförderung KiTa											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-3.393.880	-1.323.000	-1.124.566	-450.000					-6.813.862	-8.388.428
6	= Summe Einzahlungen	-3.393.880	-1.323.000	-1.124.566	-450.000					-6.813.862	-8.388.428
11	- Auszahlung für aktivierbare Zuwendungen	3.766.849	4.482.000	6.609.200						10.635.615	17.244.815
13	= Summe Auszahlungen	3.766.849	4.482.000	6.609.200						10.635.615	17.244.815
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	372.969	3.159.000	5.484.634	-450.000					3.821.753	8.856.387

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem o. g. Ansatz für das Haushaltjahr 2010 ff. handelt es sich um Ein- und Auszahlungen im Rahmen der **Förderung von Baumaßnahmen und Ausstattungen an Träger von Kindertageseinrichtungen**. Die Abwicklung und Weiterleitung der Investitionsfördermittel wird von Amt 51 koordiniert. Der Fördersatz beträgt 90% der jeweiligen zuwendungsfähigen Höchstbeträge. Hinweis: Die Form der Veranschlagung ist von den Zweckbindungs- und Nebenbestimmungen der Landesförderung abhängig und kann sich noch ändern. Ggf. ist eine Verschiebung der Eigenanteile als Aufwand in den Ergebnisplan erforderlich.

Geleistete Zuwendungen zur Investitionstätigkeit sind später in der Bilanz unter dem Posten „Aktive Rechnungsabgrenzung“ zu aktivieren und durch eine periodengerechte Abgrenzung im Zeitablauf entsprechend der Erfüllung der Gegenleistungsverpflichtung zu mindern, wenn dem Zuwendungsempfänger eine Verpflichtung in sachlicher und zeitlicher Hinsicht (mehrjährige Gegenleistungsverpflichtung des Dritten) auferlegt wird, vgl. § 43 Absatz 2 GemHVO^{NKF}.

Die Einzahlung/Auszahlung der Investitionszuschüsse wird über die *Finanzstelle Investitionsförderung KiTa* abgewickelt:

2011 / PSP-I 5.510030.605.011 SK 681200 Landeszuschuss
 2011 / PSP-I 5.510030.700.311 SK 781900 Auszahlung / Weiterleitung LZ (einschließlich Eigenanteil)

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.06.02.01 Förderung von Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit

1.06.02.01.01 Landeszuschuss Förderung offene Kinder- und Jugendarbeit

1.06.02.02 Jugendsozialarbeit

1.06.02.03 Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie

1.06.02.04 Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.06.02.01

Förderung von Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit

Beschreibung

Kinder- und Jugendarbeit soll an den Interessen und Bedürfnissen junger Menschen anknüpfen. Sie ist geprägt von Selbstorganisations- und Selbstbildungsprozessen und damit kein fremdbestimmtes Feld. Kinder- und Jugendarbeit konzentriert sich auf den Aufbau und die Durchführung außerschulischer und freizeitorientierter Bildungsangebote. Hierunter fallen insbesondere, politische, (inter)kulturelle und soziale Angebote, sportlich und freizeitorientierte Jugendarbeit, medienbezogene Jugendarbeit, geschlechterdifferenzierte Mädchen- und Jungenarbeit, internationale Jugendarbeit sowie die Jugendverbandsarbeit und die Offene Jugendarbeit.

Im Fokus stehen junge Menschen, die, ausdrücklich gewollt, selbst aktiv werden sollen. Ihnen obliegt die selbständige Initiierung, Planung und Durchführung von Projekten. Inhalte und Umsetzung der Kinder- und Jugendarbeit sollen mitgestaltet und auch selbst organisiert werden.

Die Träger der Angebote sorgen dafür, dass diese Ziele umgesetzt werden.

Aufgrund der sich stetig verändernden Bedürfnislage junger Menschen erfordert die Arbeit ein hohes Maß an Flexibilität.

Die Teilnahme an Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit unterliegt dem Prinzip der Freiwilligkeit.

Kinder- und Jugendarbeit wird von einer breiten Palette freier Träger, Verbände und Vereine geleistet, die zum Teil stark unterschiedliche Positionen und Wertehaltungen haben.

Auftragsgrundlage

§§ 11, 12 und 80 SGB VIII; 3. Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes – Kinder- und Jugendfördergesetz (3. AG-KJHG – KJFöG)

Ziele	<ul style="list-style-type: none">- Umsetzung der im Kinder- und Jugendförderplan benannten Ziele- Umsetzung des gesetzlich benannten Bildungsauftrages, insbesondere die Vermittlung von sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Grundkompetenzen- sinnvolle Freizeitgestaltung- Aufbau bzw. Erhaltung eines bedarfsgerechten Angebotes in der verbandlichen und offenen Kinder- und Jugendarbeit- Umsetzung geschlechterdifferenzierter Mädchen- und Jungenarbeit (Gender Mainstreaming)- Förderung und Integration junger Menschen aus benachteiligten Lebenssituationen- Befähigung junger Menschen zur Selbstbestimmung, zur Übernahme von gesellschaftlicher Mitverantwortung bzw. zu sozialem Engagement durch aktive Partizipation- Unterstützung von Verbänden und Vereinen zur Vermittlung von Werten und demokratischem Denken- Erhaltung des breiten und vielfältigen Trägerspektrums- Unterstützung des Ehrenamtes- AG gem. § 78 SGB VIII- kontinuierliche Durchführung von Wirksamkeitsdialogen- im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit des Kreises wird die Förderung von Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit gewährleistet
Zielgruppen	<ul style="list-style-type: none">- Ehren-, neben- und hauptamtlich in der Kinder- und Jugendarbeit tätige Personen- Kinder ab dem 6ten Lebensjahr, Jugendliche und junge Menschen bis zum 27ten Lebensjahr- Träger der Jugendhilfe- Jugendverbände und Jugendgruppen

1.06.02.02

Jugendsozialarbeit

Beschreibung

Jugendsozialarbeit zielt darauf ab, junge Menschen auf dem Weg bei der Entwicklung ihrer Persönlichkeit zu unterstützen. Ausdrücklich benannt ist die Aufgabe, junge Menschen auf ihrem Weg in Schule und Beruf zu begleiten. Schulbezogene Angebote sollen im engen Zusammenwirken von Schule und Jugendsozialarbeit auf- und ausgebaut werden.

Der Schwerpunkt der jugendsozialarbeiterischen Unterstützung liegt in der Prävention. Ein schulisches und berufliches Scheitern soll möglichst gar nicht erst erfolgen.

Jugendsozialarbeit hat auch die Aufgabe, an der sozialen und beruflichen Integration von Schulabgängern bzw. jungen Erwachsenen mitzuwirken. Hier gilt es vor allem, langfristige Abhängigkeiten von Sozialhilfeleistungen zu verhindern. Insbesondere junge Menschen, die den gesellschaftlichen Ansprüchen nicht nachkommen können, sollen unterstützt und integriert werden. Hier sind niederschwellige Angebote vorzuhalten, die jugendhilfeorientiert ausgerichtet sind.

Kooperationspartner für Träger im Handlungsfeld Jugendsozialarbeit sind Schulen, freie Träger der Jugendberufshilfe und die ARGE.

Auftragsgrundlage

§§ 13 und 80 SGB VIII; 3.AG-KJHG – KJFöG; Beschlussfassungen des Jugendhilfeausschusses

Ziele

- Aufbau bzw. Erhaltung bedarfsgerechter und vielfältiger jugendsozialarbeiterischer Angebote
- Erweiterung des Angebotes als Alternative zu einzelfallbezogener Unterstützung
- zielgruppenorientierte gesellschaftliche Integration junger Menschen, z.B. junger Menschen mit Migrationshintergrund, abgebrochener Schul- bzw. Ausbildungslaufbahn, Sozialisationsdefiziten
- Gleichstellung von Jungen und Mädchen (Gender Mainstreaming)
- Abbau sozialer Benachteiligungen junger Menschen
- Verselbständigung junger Menschen
- Umsetzung konkreter Projekte mit zielgruppenbezogenen Inhalten
- Partizipation von jungen Menschen
- AG gem. § 78 SGB VIII
- kontinuierliche Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule
Weiterentwicklung bereits angelaufener Modelle
- Abstimmung mit Trägern von Leistungen nach § SGB II
- Erarbeitung von Konzepten zur Unterstützung und Integration schulisch wie beruflich förderungsbedürftiger Kinder und Jugendlicher

Zielgruppen

junge Menschen bis zur Vollendung des 27ten Lebensjahres, die aufgrund ihrer sozialen Benachteiligung oder individuellen Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Hilfe angewiesen sind

1.06.02.03**Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie****Beschreibung**

Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie ist vor allem auf den Erhalt bzw. die Verbesserung erzieherischer Handlungskompetenzen gerichtet. Erziehungsberechtigte sollen darin unterstützt werden, ihre Verantwortung in einer stetig komplexer werdenden Erziehungssituation besser wahrnehmen zu können. Ein Schwerpunkt liegt in der Vermittlung von gewaltfreien Konfliktlösungsstrategien. Das Recht junger Menschen auf Förderung ihrer Entwicklung und gewaltfreie Erziehung wird hierdurch unterstützt.

Angebote allgemeiner Förderung zielen darauf ab, Erziehungsberechtigte in schwierigen Lebenssituationen zu entlasten. Angebote werden in vielfältiger Form vorgehalten und sollen sich an den Interessen und Bedürfnissen der Adressaten orientieren.

Allgemeine Förderung als Grundstein für den Erhalt bzw. Aufbau erzieherisch handlungskompetenter Familien ist auch als Präventionsmaßnahme zu betrachten.

Auftragsgrundlage

§§ 1 und 16 bis 21 und 80 SGB VIII; Art. 6 Abs. 1 Satz 1 GG; § 1631 Abs. 2 BGB; Landesrechtliche Regelungen; Beschlussfassungen des Jugendhilfeausschusses

Ziele

- Auf- und Ausbau familienfreundlicher Bedingungen im Oberbergischen Kreis
- Aufbau und Begleitung sozialraumorientierter Angebote
- Förderung elterlicher Handlungskompetenzen
- Auf- und Ausbau der Ressourcen von Erziehungsberechtigten
- Sicherung des Kindeswohls
- Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes
- Beteiligung von jungen Menschen und Familien beim Auf- bzw. Ausbau familienfördernder Lebensbedingungen
- Steigerung der Inanspruchnahme bestehender Angebote
- Entlastung von Erziehungsberechtigten, die in belastenden sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen leben
- Auf-, Ausbau und Erhalt adäquater Angebote zur allgemeinen Förderung der Erziehung im Oberbergischen Kreis
- AG gem. § 78 SGB VIII

Zielgruppen

erziehungsberechtigte und andere mit der Erziehung betraute Personen, junge Menschen

1.06.02.04

Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz

Beschreibung

Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz ist als ein fachübergreifendes Handlungsfeld zu verstehen. Es handelt sich hierbei um eine Querschnittsaufgabe, die, neben jungen Menschen und Erziehungsberechtigten, auch auf Institutionen der Erziehung und Bildung gerichtet ist.

Erziehungsberechtigte, junge Menschen und Fachkräfte sollen befähigt werden, Gefährdungssituationen zu erkennen, zu vermeiden, bzw. zu bewältigen. Unter Beteiligung der Betroffenen und der mit dem Handlungsfeld in Berührung kommenden Fachkräfte soll auf die Erstellung des Kindeswohl nicht gefährdender Lebensbedingungen hingearbeitet werden.

Die Kernaufgabe erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes liegt im Bereich der Prävention und somit der Information und Aufklärung. Das Jugendamt hat diese Aufgabe wahrzunehmen bzw. dafür Sorge zu tragen, dass geeignete Maßnahmen vorgehalten werden.

Auftragsgrundlage

§§ 14 und 80 SGB VIII und 3. AG-KJHG – KJFöG i.V. mit Jugendschutzgesetz (JuSchG), Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften (GjS), Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG); Beschlussfassungen des Jugendhilfeausschusses

Ziele

- Schutz von Kindern und Jugendlichen vor gefährdenden Einflüssen
- Umsetzung der im Kinder- und Jugendförderplan festgehaltenen Ziele
- Vernetzung bzw. Intensivierung der Kooperation mit freien Trägern
- Initiierung gemeinsamer Aktionen von öffentlichem und freien Trägern
- Bildung einer AG gem. § 78 SGB VIII und damit Aufbau eines funktionierenden Netzwerkes und Abstimmung mit allen im Bereich des (erzieherischen) Kinder- und Jugendschutz tätigen Akteure
- Umsetzung konkreter Projekte unter aktiver Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Zielgruppen

junge Menschen, Erziehungsberechtigte, Träger der freien Jugendarbeit, Institutionen der Erziehung und Bildung

Haushaltsplan 2013/2014

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

1.06.02 Jugendarbeit und Familienförderung

Dezernat III



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-131.337	-109.000	-161.042	-161.042	-161.042	-161.042	-161.042
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-7.000	-4.500	-4.500	-4.500	-4.500	-4.500	-4.500
10	= Ordentliche Erträge	-138.337	-113.500	-165.542	-165.542	-165.542	-165.542	-165.542
11	- Personalaufwendungen	569.171	618.648	624.870	637.247	616.801	628.957	640.155
12	- Versorgungsaufwendungen			65.492	67.525	69.565	71.657	73.226
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	12.423	12.251	773	274	274	274	274
15	- Transferaufwendungen	727.584	1.415.800	1.581.627	1.618.127	1.661.842	1.707.442	1.747.942
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	41.624	48.649	45.897	46.368	46.610	46.919	47.229
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.350.802	2.095.349	2.318.659	2.369.541	2.395.092	2.455.250	2.508.827
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.212.465	1.981.849	2.153.117	2.203.999	2.229.550	2.289.708	2.343.285
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.212.465	1.981.849	2.153.117	2.203.999	2.229.550	2.289.708	2.343.285
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.212.465	1.981.849	2.153.117	2.203.999	2.229.550	2.289.708	2.343.285
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	43.278	53.745	44.601	45.208	45.063	46.082	46.609
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.255.743	2.035.593	2.197.718	2.249.208	2.274.613	2.335.790	2.389.894

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Jugendarbeit und Familienförderung

Die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* bildet den Landeszuschuss (Kostenart 414200) zur Förderung der offenen Kinder- und Jugendarbeit ab. Bei der Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* handelt es sich um Beiträge (Kostenart 441901) der Teilnehmer zu Veranstaltungen des Jugendamtes.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Hinter der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- /Dienstleistungen* verbergen sich die Kosten der Projektbegleitung „Neuausrichtung Jugendamt“ (Kostenart 524904). Die Ansätze der Kontengruppe *Transferaufwendungen* setzen sich im Wesentlichen aus den nachfolgend aufgeführten Kosten (Kostenart 531900) zusammen:

- Förderung der offenen Kinder und Jugendarbeit
- Zuschüsse zu Freizeitmaßnahmen
- Weiterleitung der Landesmittel offene Kinder und Jugendarbeit an freie Träger
- Zuschuss zu den Personal- und Sachkosten der Erziehungsberatungsstellen
- Betriebskostenzuschuss Jugendzeltplatz
- Personalkostenzuschüsse für die verbandliche Jugendarbeit
- Zuschüsse zu Materialien für die Jugendarbeit
- Grundförderung für Mitgliedsverbände des Kreisjugendrings
- Zuschuss zum Kreisjugendring
- Zuschuss zur Eingliederung Jugendlicher in das Berufsleben
- Bildungsveranstaltungen
- Betriebskostenzuschuss zu Familienbildungsstätten
- Gruppenveranstaltungen mit deutschen und ausländischen jungen Menschen
- Gruppenveranstaltungen mit behinderten Kindern

Darüber hinaus werden hier anfallende Projektkosten sowie Kosten für Veranstaltungen durch das Kreisjugendamt und im Rahmen des Jugendschutzes veranschlagt. Hinzu kommen Aufwendungen für jugendpflegerische Betreuung im Rahmen der Jugendsozialarbeit (PSP 1.06.02.02, Kostenart 533490) sowie für Maßnahmen der Elternbildung (PSP 1.06.02.03, Kostenart 533490). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.02 Jugendarbeit und Familienförderung



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-131.337	-109.000	-161.042	-161.042		-161.042	-161.042	-161.042
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-7.000	-4.500	-4.500	-4.500		-4.500	-4.500	-4.500
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-10.000		-15.000	-15.000		-15.000	-15.000	-15.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-148.337	-113.500	-180.542	-180.542		-180.542	-180.542	-180.542
10	- Personalauszahlungen	473.834	425.437	451.687	467.308		476.654	486.186	495.911
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	43.517	12.000	30.000	30.000		30.000	30.000	30.000
14	- Transferauszahlungen	722.160	1.415.800	1.581.627	1.618.127		1.661.842	1.707.442	1.747.942
15	- sonstige Auszahlungen	530							
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.240.041	1.853.237	2.063.314	2.115.435		2.168.496	2.223.628	2.273.853
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.091.704	1.739.737	1.882.772	1.934.893		1.987.954	2.043.086	2.093.311

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

- 1.06.03.01 Hilfen zur Erziehung und sonst. Hilfen
 - 1.06.03.01.01 Institutionelle Erziehungsberatung
 - 1.06.03.01.02 Soziale Gruppenarbeit
 - 1.06.03.01.03 Erziehungsbeistandschaft
 - 1.06.03.01.04 Sozialpädagogische Familienhilfe
 - 1.06.03.01.05 Erziehung in einer Tagesgruppe
 - 1.06.03.01.06 Vollzeitpflege
 - 1.06.03.01.07 Unterbringung in Heimen / sonstigen betreuten Wohnformen
 - 1.06.03.01.08 Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung
 - 1.06.03.01.09 Gemeinsame Wohnformen für (werdende) Mütter oder Väter und Kinder
 - 1.06.03.01.10 Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche
 - 1.06.03.01.11 Flexible erzieherische Hilfe
- 1.06.03.02 Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen
- 1.06.03.03 Beratungsangebote
- 1.06.03.04 Mitwirkung in gerichtlichen Verfahren
- 1.06.03.05 Unterhaltsvorschussleistungen, Amtspflegschaft und -vormundschaft

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.06.03.01

Hilfen zur Erziehung und sonstige Hilfen

Beschreibung

Hilfe in gemeinsamen Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder, Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfen für seelisch behinderte junge Menschen und Hilfen für junge Volljährige sind individuell ausgerichtete Leistungsangebote für junge Menschen und Personensorgeberechtigte zur Überwindung individueller Problemlagen. Es besteht ein Rechtsanspruch auf die Gewährung notwendiger und geeigneter Leistungen, sofern

- eine dem Wohl des jungen Menschen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist bzw.
- ohne besondere Förderung eine altersgerechte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben verhindert wird bzw.
- Einschränkungen in der Persönlichkeitsentwicklung und der Fähigkeit ein selbständiges Leben zu führen, die individuelle Situation eines jungen Volljährigen kennzeichnen bzw.
- Alleinerziehende während der Schwangerschaft bzw. mit einem unter 6jährigen Kind, aufgrund ihrer eigenen Persönlichkeitsentwicklung den durch die Elternverantwortung entstehenden Anforderungen nicht gerecht werden.

Die Inanspruchnahme der Hilfe erfolgt auf freiwilliger Basis und impliziert die durchgängige und partnerschaftliche Zusammenarbeit aller am Hilfeprozess Beteiligten (Hilfeplanung). Hilfen werden in familienunterstützender, familienergänzender bzw. familienersetzender Form durch ausgebildete Fachkräfte angeboten.

Konkrete Beschreibungen der einzelnen Hilfeformen sind den Teilprodukten zu entnehmen.

Auftragsgrundlage

SGB VIII, hier insbesondere §§ 19, 27, 28 bis 35, 35a und 41 i.V.m. § 36 sowie § 80

<p>Ziele</p>	<ul style="list-style-type: none">- Im Interesse einer fachlichen, wirtschaftlichen und bedarfsorientierten Leistungserbringung werden Hilfen rechtmäßig und rechtzeitig angeboten, geplant und durchgeführt.- Die Hilfen zielen auf die Überwindung der zur Gewährung der Leistung führenden Problemlagen ab. Die Zielgruppe erhält die individuell erforderliche Unterstützung und Entlastung. Kinder und Jugendliche erhalten den notwendigen Schutz bzw. die ihrem Wohl entsprechende Erziehung.- Alle Hilfen sind gekennzeichnet durch ihren ganzheitlichen, system-, lebenswelt- und alltagsorientierten Ansatz. Die Adressaten werden dabei unterstützt, ihr Leben eigen- und selbständig zu gestalten. Alle Hilfen orientieren sich an dem Grundsatz, die Selbsthilfekräfte, Ressourcen und Kompetenzen der Zielgruppe zu stabilisieren, stärken und aufzubauen und eine Veränderung der festgestellt unterstützungsbedürftigen Lebenssituation zu erreichen.- Sofern eine familienersetzende Hilfe einzuleiten ist, soll die Unterbringung in einer Vollzeitpflegestelle Vorrang vor der Unterbringung in einer Heimeinrichtung haben.- Die Anzahl der Vollzeitpflegestellen soll ausgebaut werden.- Pflegeeltern sollen durchgehend qualifiziert und fachlich begleitet werden.- Hilfen sollen so frühzeitig wie möglich geleistet werden. Auf die engmaschige Vernetzung der verschiedenen, mit Kindern und Jugendlichen tätigen Institutionen, Personen und Einrichtungen ist hinzuwirken. Der Aufbau und Ausbau funktionierender Präventionsstrukturen (Soziale Frühwarnsysteme) wird vorangetrieben.
<p>Zielgruppen</p>	<ul style="list-style-type: none">- Kinder und Jugendliche, für die im konkreten Einzelfall eine ihrem Wohl entsprechende Erziehung und Entwicklung ohne sozialpädagogische Hilfe nicht gewährleistet werden kann.- Schwangere, Eltern, Erziehungsberechtigte bzw. verantwortlich an der Erziehung beteiligte Personen, die eine dem Wohl des jungen Menschen entsprechende Erziehung ohne sozialpädagogische Hilfe nicht gewährleisten können.- Seelische behinderte oder von einer seelischen Behinderung bedrohte Kinder und Jugendliche, die ohne diese Hilfe nicht ihrem Alter entsprechend am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.- Junge Volljährige zwischen 18 bis unter 21 Jahren, in besonderen Ausnahmefällen auch älter, die, bezogen auf ihre Autonomiefähigkeit bzw. Persönlich- und Selbständigkeit einen zeitlich begrenzten Unterstützungsbedarf haben.

1.06.03.01.01

Institutionelle Erziehungsberatung

Beschreibung

- Erziehungsberatung ist als eigenständige ambulante Hilfeform in § 28 SGB VIII benannt. Jungen Menschen, Eltern und anderen Personensorgeberechtigten soll Unterstützung bei der Klärung und Bewältigung individueller und familienbezogener Probleme und der zugrundeliegenden Faktoren ebenso angeboten werden wie bei der Lösung von Erziehungsfragen sowie in belastenden Lebenssituationen oder besonderen Lebenskrisen (z. B. Trennung, Scheidung).
- Erziehungsberatung setzt das Zusammenwirken von Fachkräften verschiedener Disziplinen in einem Team voraus. Zu den wichtigsten Fachrichtungen zählen: Psychologie, Sozialarbeit/Sozialpädagogik, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie, Medizin, Pädagogik und Heilpädagogik. Die Fachkräfte müssen mit unterschiedlichen methodischen Ansätzen vertraut sein.
- Integrative psychologische Diagnostik, Beratung oder Therapie, symptom- und/oder problemzentriert bzw. lösungsorientiert mit individuell und aktuell bedarfsangepassten, variabel kombinierten, zeitlich flexibel eingesetzten diagnostischen, beraterischen, therapeutischen, unterstützenden Verfahren und Methoden in fachübergreifender Zusammenarbeit im Team und wechselseitiger Supervision. Einbeziehung des sozialen Umfelds und Kooperation mit psychosozialen, medizinischen und anderen Fachkräften. Übernahme der im Rahmen der Hilfeplanung zugeteilten Aufgaben.
- Die Inanspruchnahme von Erziehungsberatung ist freiwillig, kostenfrei und vertraulich. Erziehungsberatung ist für Ratsuchende unmittelbar zugänglich und kann von diesen auch direkt und ohne Antragstellung in Anspruch genommen werden. Diese gewollte Niederschwelligkeit unterscheidet die Erziehungsberatung von den anderen Hilfeformen.
- Erziehungsberatung kann allerdings auch im Rahmen eines Hilfeplanverfahrens vom Jugendamt als geeignete Hilfe vermittelt werden.
- Erziehungsberatung orientiert sich an der konkreten Lebenssituation der Rat Suchenden sowie deren Ressourcen und setzt damit ein gewisses Selbsthilfepotential der Familie voraus.

Auftragsgrundlage

Ziele

Ziele der Erziehungsberatung sind

- Stärkung bzw. Förderung der elterlichen Erziehungskompetenz und der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit unter Stärkung der Selbsthilferessourcen.
- Aufhebung bzw. Reduzierung von Lernschwierigkeiten, Verhaltensauffälligkeiten und Entwicklungsdefiziten oder -störungen sowie damit zusammenhängender psychosomatischer Beschwerden eines jungen Menschen
- Hilfen bei der Bewältigung von Übergangssituationen und -krisen in Familien
- frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten
- Sicherung des Kindeswohls

Zielgruppen

Erziehungsberatung ist ein Angebot

- für Eltern oder Elternteile, alleinerziehende Mütter oder Väter sowie sonstige Erziehungsberechtigte bzw. verantwortlich an der Erziehung beteiligte Personen und/oder Bezugspersonen mit Umgangsrecht, denen die elterliche Sorge nicht zusteht.
- Kinder, Jugendliche und junge Volljährige sowie deren Familien (einschließlich Pflegefamilien)
- MultiplikatorInnen in anderen psychosozialen Einrichtungen und Diensten

1.06.03.01.02**Soziale Gruppenarbeit****Beschreibung**

Soziale Gruppenarbeit ist als eigenständige ambulante Hilfeform in § 29 SGB VIII benannt und soll älteren Kindern und Jugendlichen bei der Überwindung von Entwicklungs- und Verhaltensproblemen helfen. Soziale Gruppenarbeit steht für eine zeitlich befristete oder auch fortlaufende Betreuung von Minderjährigen, die auf der Grundlage eines gruppenpädagogischen Konzepts die Entwicklung älterer Kinder und Jugendlicher durch soziales Lernen in der Gruppe fördert. Soziale Gruppenarbeit kann auch im Rahmen erlebnispädagogischer Projekte erfolgen, die i. d. R. für eine kurze Dauer (mehrtägig bis ein halbes Jahr), laufen. Die Gruppenarbeit kann durch Fahrten und Wochenendseminare ergänzt werden. Angebote begleitender Elternarbeit flankieren die Arbeit mit dem jungen Menschen.

Soziale Gruppenarbeit wird von Fachkräften durchgeführt, die über eine sozialpädagogische Qualifikation verfügen. Die Arbeit wird dokumentiert und ausgewertet.

Auftragsgrundlage**Ziele**

- Unterstützung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit
- Stärkung der Selbsthilferessourcen
- Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen
- Aufhebung bzw. Reduzierung von Verhaltensproblemen und Entwicklungsschwierigkeiten
- Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und –krisen
- frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten
- Sicherung des Kindeswohls

Zielgruppen

Soziale Gruppenarbeit ist ein Angebot für ältere Kinder (ca. 12-14 Jahre) und Jugendliche, die bereit sind, sich auf das Angebot einzulassen. Die jungen Menschen fallen im Wesentlichen durch ihr Verhalten in Gruppen auf. Die bestehenden Probleme basieren im Wesentlichen auf Mängeln in der individuellen und sozialen Handlungsfähigkeit. Das familiäre Beziehungsnetz ist ausreichend tragfähig um einen Verbleib des jungen Menschen in der Familie zu ermöglichen. Da Kinder und Jugendliche vielfach als Symptomträger fungieren, ist die Mitwirkung von Eltern gewünscht.

1.06.03.01.03**Erziehungsbeistandschaft****Beschreibung**

Die Erziehungsbeistandschaft ist als eigenständige ambulante Hilfeform in § 30 SGB VIII benannt und soll Kindern und Jugendlichen bei der Bewältigung von Entwicklungsproblemen möglichst unter Einbeziehung des sozialen Umfelds helfen sowie unter Erhaltung des Lebensbezugs der Familie ihre Verselbständigung fördern. Die Hilfe wird durch pädagogische Fachkräfte mit einem abgeschlossenen Studium geleistet. Die Arbeit verläuft zumeist im Kontakt mit den beteiligten Familienmitgliedern, den jungen Menschen bzw. im Kontakt mit den jungen Menschen und seinen Bezugspersonen (z.B. Schule, Arbeitsumfeld). Gruppenarbeitsformen sind ebenfalls denkbar.

Auftragsgrundlage**Ziele**

- Unterstützung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit
- Stärkung der Selbsthilferessourcen
- Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen und Bezüge des jungen Menschen
- Klärung der bzw. Entwicklung und Stabilisierung einer positiven Beziehung zwischen Eltern/-teilen und jungem Menschen
- Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und –krisen
- Klärung von schulischen Probleme des jungen Menschen
- frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten
- Sicherung des Kindeswohls
- Verselbständigung älterer Minderjähriger

Zielgruppen

Die Erziehungsbeistandschaft ist ein Angebot, dass vorrangig auf die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen zwischen 9 und 16 Jahren ausgerichtet ist. Das familiäre Leben dieser jungen Menschen ist durch tiefgreifende Probleme auf der Eltern-Kind-Ebene geprägt, Defizite im Sozialisationsverlauf und/oder soziale Auffälligkeiten, Anpassungsschwierigkeiten bzw. Anzeichen für Verwahrlosung sind erkennbar. Der familiäre Rahmen erscheint ausreichend tragfähig bzw. der junge Mensch ist zu einer eigenständigen Lebensführung fähig. Das soziale Umfeld lässt sich in die Hilfe einbeziehen.

1.06.03.01.04

Sozialpädagogische Familienhilfe

Beschreibung

Die Sozialpädagogische Familienhilfe ist als eigenständige ambulante Hilfeform in § 31 SGB VIII benannt und soll durch intensive Betreuung und Begleitung von Familien Eltern in ihren Erziehungsaufgaben, bei der Bewältigung von Alltagsproblemen, der Lösung von Konflikten und Krisen sowie im Kontakt mit Ämtern und Institutionen unterstützen und Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Sozialpädagogische Familienhilfe ist auf die Bearbeitung spezifischer Problemlagen ausgerichtet und bindet die Ressourcen der Familie/ einzelner Familienmitglieder bewusst ein. Die Betreuung und Begleitung der Hilfesuchenden findet überwiegend im privaten Lebensbereich der Familie statt, d. h. zumeist im Kontakt mit den beteiligten Familienmitgliedern, den jungen Menschen bzw. im Kontakt mit den jungen Menschen und seinen Bezugspersonen (Schule, Arbeitsumfeld, etc.). Gruppenarbeitsformen sind ebenfalls denkbar. Sozialpädagogische Familienhilfe erfolgt über beratende Gespräche, modellhaftes Handeln und praktische Hilfe. Aufgabenschwerpunkte ergeben sich etwa für die Bereiche Erziehungs-, Partner und/oder Einzelberatung, Anleitung bei der Haushaltsarbeit, Unterstützung bei der materiellen Lebenssicherung, (Freizeit)Aktivitäten mit Eltern und Kindern. Sozialpädagogische Familienhilfe wird durch Fachkräfte mit einer Berufsqualifikation in sozialen/sozialpädagogischen/sozialarbeiterischen Ausbildungsgängen, die sie für das Handeln in einem/mehreren Arbeitsbereichen der Jugendhilfe befähigt, durchgeführt.

Auftragsgrundlage

Ziele

- Sicherung des Kindeswohls
- Erhalt der Familie
- Aufbau der (neuerlichen) Fähigkeit der Familie zur Problemlösung und Alltagsbewältigung
- (Wieder)Herstellung der elterlichen Handlungs- und Erziehungskompetenzen
- Stärkung des Selbsthilfepotentials der Familie
- Lösen von Konflikten und Krisen
- Unterstützung bei der (Neu)Orientierung von Familien in Umbruchsituationen
- Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen und Bezüge der Familie bzw. einzelner Familienmitglieder
- frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten

Diese Ziele werden i.d.R. durch die Umsetzung von Teilzielen erreicht, wie etwa

- Strukturierung des Alltags
- Aufbau und Stärkung des Selbstvertrauens der Beteiligten
- Aufbau und Stärkung von Problemlösungskompetenzen
- Erlernen notwendiger Grenzsetzung (auf der Erwachsenen-, Geschwister- und/oder Eltern-Kind-Ebene)
- Veränderung des Kommunikations- und Interaktionsverhalten zwischen den Familienmitgliedern sowie im Rahmen der Außenbeziehungen
- Klärung finanzieller Notlagen
- Förderung des Gesundheitsbewusstseins

Zielgruppen

Die Sozialpädagogische Familienhilfe ist vorrangig ein Angebot für Familien, d.h. Lebensgemeinschaften mit einem Kind oder mehreren Kindern, deren Lebenssituation durch vielfältige familiäre Probleme, weniger durch Verhaltensauffälligkeiten junger Menschen selbst, geprägt ist. Aufgrund der belasteten Situation können Eltern das Wohl ihrer Kinder (Versorgung, Erziehung, Bildung) ohne Unterstützung nicht gewährleisten. Die Hilfeform eignet sich besonders für Familien in akuten Einzelkrisen, beim Tod eines Partners, bei Trennung, besonderen Schwierigkeiten mit Kindern und/oder bei Problemen alleinerziehender Elternteile. Die familiäre Situation ist häufig durch beengte Wohnverhältnisse, ein problematisches Umfeld, Langzeitarbeitslosigkeit, Verschuldung, etc. zusätzlich belastet. Oftmals empfinden sich Familien ausgegrenzt, leben isoliert. Junge Menschen zeigen oft verschiedene Auffälligkeiten, beispielsweise Schulverweigerung und Lernproblemen, Entweichungen, aggressives Verhalten, Isolationstendenzen, Delinquenz, Entwicklungsverzögerungen, etc.

1.06.03.01.05

Erziehung in einer Tagesgruppe

Beschreibung

Die Erziehung in einer Tagesgruppe ist als eigenständige teilstationäre Hilfeform in § 32 SGB VIII benannt. Die Entwicklung junger Menschen soll mit der Aufnahme in einer Tagesgruppe durch soziales Lernen in der Gruppe, Begleitung der schulischen Förderung und Elternarbeit unterstützt und der Verbleib des jungen Menschen in seiner Familie gesichert werden.

Erziehung in Tagesgruppen wird i.d.R. in alters- und geschlechtsgemischten Gruppen umgesetzt, in einem geschützten Rahmen können auch geschlechtsspezifische Angebote vorgehalten werden. Der Besuch einer Tagesgruppe erfolgt i.d.R. täglich und im Anschluss an den Schulbesuch. Die Tagesgruppenerziehung kann mit einem besonderen Schwerpunkt erfolgen (z.B. heilpädagogische Ausrichtung). Spezielle Freizeitunternehmungen werden ebenso angeboten wie Ferienfahrten. Die Arbeit mit dem jungen Menschen erfolgt in der Gruppe (sozialpädagogische Gruppenarbeit) und im Rahmen von Einzelförderung. Die Gruppengröße umfasst i.d.R. maximal 8 bis 10 Plätze. Der Betreuungsschlüssel liegt i.d.R. zwischen 1:3 und 1:5. Es erfolgt eine intensive Elternarbeit, die zumeist im Rahmen von Hausbesuchen, Elternnachmittagen bzw. Gesprächen mit einzelnen Elternpaaren wahrgenommen wird. Es besteht i.d.R. ein intensiver Austausch mit der vom jungen Menschen besuchten Schule.

Erziehung in einer Tagesgruppe wird durch Fachkräfte mit einer formal abgeschlossenen Berufsqualifikation in sozialen/sozialpädagogischen/sozialarbeiterischen Ausbildungsgängen, die sie für das Handeln in Arbeitsbereichen der Jugendhilfe befähigt, durchgeführt. Fortbildung und Supervision werden als notwendiger und verbindlicher Bestandteil der Arbeit gesehen.

Auftragsgrundlage

<p>Ziele</p>	<ul style="list-style-type: none">- Unterstützung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit- Stärkung der Selbsthilferessourcen von Klienten- Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen- Entwicklung und Stärkung schulischer Kompetenzen- Aufarbeitung bestehender Entwicklungsrückstände- Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und –krisen- Verbesserung und Stabilisierung der Beziehungen zwischen Eltern und Kindern- Entwicklung und Stärkung erzieherischer Kompetenzen auf der Elternebene- frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten- Sicherung des Kindeswohls
<p>Zielgruppen</p>	<p>Erziehung in einer Tagesgruppe ist ein Angebot für Kinder und Jugendliche (meist in schulpflichtigem Alter), die sich in belastenden Lebenssituationen befinden und deren Entwicklung gefährdet ist bzw. dauerhaft Schaden zu nehmen droht. Die jungen Menschen sind in ihrem Umfeld vielfach nicht ausreichend integriert, zeigen Verhaltensauffälligkeiten und haben schulische Probleme. Die Eltern sind bereit, sich in die Maßnahme einbeziehen zu lassen und aktiv mitzuwirken.</p>

1.06.03.01.06**Vollzeitpflege****Beschreibung**

Die Vollzeitpflege ist als eigenständige Hilfeform in § 33 SGB VIII benannt. Unter Vollzeitpflege wird die Unterbringung, Betreuung und Erziehung eines jungen Menschen über Tag und Nacht außerhalb des Elternhauses, also „in einer anderen Familie“ verstanden. Der Begriff „andere Familie“ ist flexibel zu definieren. Jugendhilfe orientiert sich bei der Auswahl von Pflegepersonen an den Bedürfnissen des jungen Menschen, d.h. der Familienbegriff wird nicht „traditionell“ definiert. Auch unverheiratete Paare, Einzelpersonen oder alternative Haushaltsgemeinschaften können als Pflegestelle Anerkennung finden, sofern die für den Einzelfall notwendige Erziehungsarbeit gewährleistet werden kann. Befinden sich mehr als fünf Kinder in einer Pflegestelle, ist i. d. R. nicht mehr von Vollzeitpflege, sondern der Betreuung in einer Einrichtung auszugehen. Über die Vollzeitpflege im Sinne des § 33 SGB VIII wird eine, wenn auch im Einzelfall nicht zwingend durchgängige, sozialpädagogische Betreuung angeboten. Das Jugendamt ist jederzeit und regelmäßig über den Erziehungsprozess informiert.

Vollzeitpflege lässt sich, je nach Dauer und Zielsetzung, in drei verschiedene Formen unterteilen:

- Unter *Kurzzeitpflege* sind solche Pflegeverhältnisse zu verstehen, in denen die Versorgung und Erziehung eines jungen Menschen, bei befristetem, maximal zwei Monate dauernden, Ausfall der Herkunftsfamilie, von einer Pflegefamilie übernommen wird. Grund der Aufnahme kann auch eine Krisen- und/oder Notsituation sein, die es erforderlich macht, den jungen Menschen aus seinem gewohnten Umfeld herauszunehmen und ihm für die Dauer der perspektivischen Abklärung Schutz und Versorgung zu sichern.
- Unter *Übergangspflege* sind Pflegeverhältnisse zu verstehen, die für einen unbestimmten, befristeten Zeitraums die Erziehung und Versorgung junger Menschen sicherstellen, deren Herkunftsfamilie hierzu nicht in der Lage ist, jedoch auch im weiteren die Verantwortung für den jungen Menschen wahrnehmen will und könnte. Hier ist die Kooperation zwischen Herkunfts- und Pflegefamilie zum Wohle des jungen Menschen unabdingbar. In der Regel erhält die Herkunftsfamilie zusätzliche Hilfe. Die Ablösung des jungen Menschen aus seinen bisherigen Bezügen heraus ist nicht beabsichtigt.
- Unter *Dauerpflege* sind konstante Pflegeverhältnisse zu verstehen. Eine Rückkehr des jungen Menschen zur Herkunftsfamilie ist, aus unterschiedlichen Gründen heraus, nicht in Betracht zu ziehen. Dem jungen Menschen wird mit dieser Form der Pflege quasi eine „Ersatzfamilie“ angeboten.

Die Grenzen zwischen den benannten Formen sind fließend, orientieren sich insbesondere am Verlauf der Entwicklung in der Herkunftsfamilie bzw. des jungen Menschen.

Pflegestellen werden, vor Aufnahme eines jungen Menschen, seitens des Jugendamtes auf ihre Eignung hin überprüft und während einer laufenden Vollzeitpflege kontinuierlich beraten und begleitet.

Vollzeitpflege wird auch in professionalisierten Formen (z.B. Erziehungsstellen) angeboten. Jungen Menschen wird in diesem Rahmen eine intensive pädagogische und/oder therapeutische Betreuung angeboten. Die Pflegepersonen weisen i.d.R. eine pädagogische Qualifikation auf.

Auftragsgrundlage

Ziele

- Unterstützung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit
- altersgerechte Förderung des jungen Menschen
- Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen
- Entwicklung und Stärkung schulischer Kompetenzen
- Aufhebung bzw. Reduzierung von Verhaltensproblemen und Entwicklungsschwierigkeiten
- Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und –krisen
- Verbesserung und Stabilisierung der Beziehungen zwischen Eltern und Kindern bzw. generelle Berücksichtigung persönlicher Bindungen des jungen Menschen
- bei beabsichtigter Rückführung, Entwicklung und Stärkung erzieherischer Kompetenzen in der Herkunftsfamilie
- im Rahmen der *Dauerpflege*, Integration in die Pflegefamilie sowie die Förderung von Bindungs- und Beziehungsfähigkeit
- frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten
- Sicherung des Kindeswohls

Zielgruppen

Vollzeitpflege ist ein Angebot

für Kinder und Jugendliche, die aus den unterschiedlichsten Gründen heraus, vorübergehend oder auf Dauer, nicht in ihrer Herkunftsfamilie leben können. Der Schwerpunkt der bestehenden Probleme kann sich in ungünstigen familiären Lebensbedingungen ebenso finden wie in familiärem Konfliktniveau und/oder Verhaltensauffälligkeiten des jungen Menschen. Es besteht ein erzieherischer Bedarf, der durch die leiblichen Eltern des jungen Menschen nicht erfüllt wird/werden kann.

AntragstellerInnen sind zur Kooperation mit dem Jugendamt bzw. der Pflegestelle bereit. Sofern eine Rückführung anvisiert ist, wird die elterliche Kooperationsbereitschaft vorausgesetzt.

1.06.03.01.07

Unterbringung in Heimen / sonstigen betreuten Wohnformen

Beschreibung

Die Heimerziehung bzw. Erziehung in einer sonstigen betreuten Wohnform ist als eigenständige stationäre Hilfeform in § 34 SGB VIII benannt. Der junge Mensch wird außerhalb der Familie untergebracht. Die Begriffe Heim bzw. sonstige betreute Wohnform stehen für eine Fülle verschiedener Lebensorte (z.B. größere Einrichtungen mit mehreren Gruppen, Kinderdörfer, familienähnliche Lebensformen, Wohngemeinschaften). Dahinter steht jeweils das Angebot einer intensiven, kontinuierlichen und belastbaren Form des Zusammenlebens in sozialpädagogischen Lebensgemeinschaften mit familiären und/oder gruppenpädagogischen Anteilen. Der Anbieter erstellt individuelle und auf den Einzelfall abgestimmte Förderkonzepte. Durch eine Verbindung von Alltagserleben mit pädagogischen und therapeutischen Angeboten sollen Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung gefördert werden. Besondere Unterstützungsangebote (z.B. heilpädagogische Förderung) werden vorgehalten.

Entsprechend dem Alter und Entwicklungsstand des jungen Menschen sowie den Möglichkeiten zur Verbesserungen der Erziehungsbedingungen in der Familie wird entweder im Rahmen professioneller Eltern- und Familienarbeit auf eine Rückführung hingearbeitet oder die Erziehung in einer anderen Familie vorbereitet. Es kann aber ebenso eine auf längere Dauer angelegte Lebensform geboten sowie die Verselbständigung vorbereitet werden.

Erziehung in einem Heim bzw. einer sonstigen betreuten Wohnform wird durch Fachkräfte mit einer formal abgeschlossenen Berufsqualifikation in sozialen / sozialpädagogischen / sozialarbeiterischen Ausbildungsgängen, die sie für das Handeln in Arbeitsbereichen der Jugendhilfe befähigen, durchgeführt. Fortbildung und Supervision werden als notwendiger und verbindlicher Bestandteil der Arbeit gesehen.

Auftragsgrundlage

<p>Ziele</p>	<ul style="list-style-type: none">- Unterstützung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit- Vermittlung lebenspraktischer Kompetenzen- Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen- Entwicklung und Stärkung schulischer Kompetenzen- Schutz und Versorgung- Rückführung des jungen Menschen, alternativ dazu Vorbereitung auf das Zusammenleben mit einer anderen Familie bzw. Angebot eines „Familienersatzes“- Aufhebung bzw. Reduzierung von Verhaltensproblemen und Entwicklungsschwierigkeiten- Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und –krisen- Verbesserung und Stabilisierung der Beziehungen zwischen Eltern und Kindern- Entwicklung und Stärkung erzieherischer Kompetenzen- Sicherung des Kindeswohls
<p>Zielgruppen</p>	<p>Heimerziehung bzw. Erziehung in einer sonstigen betreuten Wohnform sind Angebote für Kinder und Jugendliche, die aus den unterschiedlichsten Gründen heraus für einen kurzen oder auch längeren Zeitraum nicht in ihrer Familie leben können. Der Schwerpunkt der bestehenden Probleme kann sich in ungünstigen familiären Lebensbedingungen ebenso finden wie in erheblichem familiären Konfliktniveau und/oder Verhaltensauffälligkeiten des jungen Menschen.</p> <p>Eltern sind zur Kooperation mit dem Anbieter bereit. Sofern eine Rückführung anvisiert ist, wird die elterliche Kooperationsbereitschaft vorausgesetzt.</p>

1.06.03.01.08

Intensive sozialpädagogische Familienhilfe

Beschreibung

Die Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung ist als eigenständige ambulante Hilfeform in § 35 SGB VIII benannt und als nachhaltige Unterstützung für Jugendliche, die sozial nicht ausreichend integriert sind bzw. die ihr Leben nicht eigenverantwortlich führen können, gedacht. Es handelt sich hierbei um ein sehr offenes Angebot, welches weder an tradierte Formen bzw. Institutionen gebunden ist, in ambulanter Form geleistet oder mit einer Wohnhilfe verbunden werden kann, sich letztlich stark an den Bedürfnissen des Einzelfalls ausrichtet.

Die Hilfe wird durch pädagogische Fachkräfte mit einem abgeschlossenen Studium geleistet.

Auftragsgrundlage

Ziele

- altersgerechte Förderung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit
- (Wieder)Eingliederung in die Gesellschaft
- Stärkung der Selbsthilferessourcen
- Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen und Bezüge des jungen Menschen
- Klärung der bzw. Entwicklung und Stabilisierung einer positiven Beziehung zwischen Eltern/-teilen und jungem Menschen, Begleitung beim Ablöseprozess vom Elternhaus
- Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und –krisen, Aufarbeitung negativer oder traumatischer Erfahrungen
- Klärung von schulischen, beruflichen Probleme des jungen Menschen bzw. Vorbereitung auf das Berufsleben
- Verselbständigung älterer Minderjähriger

Zielgruppen

Die Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung ist ein Angebot, dass sich schwerpunktmäßig an

- Jugendliche und
- junge Volljährige

richtet. Diese fallen durch regelwidriges Verhalten in der Schule, am Arbeitsplatz, in der Öffentlichkeit und/oder ihrer Familie auf. Vielfach waren die jungen Menschen Gewalt und/oder Missbrauch ausgesetzt, stationär untergebracht, haben Drogen konsumiert, sich schulisch verweigert und/oder stehen ihrer Umwelt oft ablehnend gegenüber. Vor dem Hintergrund bereits gemachter Erfahrungen stehen diese jungen Menschen Hilfeleistungen oft skeptisch gegenüber.

1.06.03.01.09**Gemeinsame Wohnformen für (werdende) Mütter oder Väter und Kinder****Beschreibung**

„Gemeinsame Wohnformen“ für alleinstehende Schwangere bzw. alleinerziehende Elternteile und Kinder sind als eigenständige Hilfeleistung in § 19 SGB VIII beschrieben. Unter „Wohnformen“ ist eine Vielzahl an betreuten Wohnmodellen zu verstehen, die sich durch die Unterbringungsform und die Betreuungsintensität deutlich unterscheiden können, immer aber dem pädagogischen Setting eines Trägers zugeordnet sind. Diese Anbindung gewährleistet, dass der Elternteil die im Bedarfsfall notwendige Unterstützung zeitnah erhält.

Auftragsgrundlage**Ziele**

Die Hilfe zielt darauf ab, (werdende) Mütter und Väter, die tatsächlich allein für ein Kind bzw. mehrere Kinder, von denen zu Leistungsbeginn mindestens eins unter sechs Jahren alt ist, sorgen und ihrer elterlichen Verantwortung, also der Pflege, d.h. körperlichen und gesundheitlichen Versorgung sowie Ernährung, ebenso wie der Erziehung aufgrund ihrer eigenen Persönlichkeitsentwicklung ohne ergänzende pädagogische Hilfen noch nicht gerecht werden können, in die Lage zu versetzen, ihre Elternrolle autonom wahrnehmen und ihr Leben mit dem Kind selbständig führen zu können. Die (bevorstehende) Geburt eines Kindes ist häufig mit erheblichen persönlichen, familiären, sozialen, emotionalen bzw. finanziellen Problemen verbunden, die zu einer den alleinerziehenden Elternteil überfordernden Situation führen können. Elternteile werden im Rahmen der Hilfe unterstützt, eine schulische/berufliche Ausbildung zu beginnen und/oder fortzuführen. Der Antritt einer Bildungsmaßnahme bzw. Berufstätigkeit führt nicht zwangsläufig zur Einstellung der Hilfefewährung.

Die Hilfe beinhaltet die Sicherstellung notwendiger Unterhalts- und Krankenhilfeleistungen.

Zielgruppen

Gemeinsame Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder sind ein Angebot

- für Schwangere und Mütter bzw.
- Väter,

die für ein Kind unter 6 Jahren allein Sorge zu tragen haben (werden) oder tatsächlich allein sorgen und gleichzeitig aufgrund ihrer Persönlichkeitsentwicklung dieser Form der Unterstützung bei der Pflege und Erziehung ihrer Kinder bedürfen.

□ Kinder unter 6 Jahren, deren alleinerziehender Elternteil aufgrund eigener Persönlichkeitsentwicklungsbedarfe die zu einer gesunden körperlichen, seelischen und geistigen Kindesentwicklung erforderliche Elternverantwortung nicht tragen kann.

Geschwisterkinder, die über 6 Jahre alt sind, werden i.d.R. in die Hilfe miteinbezogen.

1.06.03.01.10**Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche****Beschreibung**

Die Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche ist als eigenständige Hilfeform in § 35a SGB VIII benannt. Mit der Hilfe soll einer drohenden seelischen Behinderung begegnet bzw. eine vorhandene seelische Behinderung beseitigt oder gemildert werden. Zudem soll eine drohende Ausgrenzung aus der Gesellschaft verhindert bzw. die Eingliederung in die Gesellschaft ermöglicht werden. Leistungen der Eingliederungshilfe stehen an der Schnittstelle verschiedener Hilfesysteme, z.B. Gesundheitswesen, Schule, Sozialhilfe. Bei der Feststellung des Unterstützungsbedarfs und im Verlauf der Hilfgewährung ist ein interdisziplinäres Zusammenwirken unverzichtbar. Bei der Umsetzung der Maßnahme bedarf es eines ganzheitlichen Hilfeansatzes. Das offene Leistungsspektrum der Eingliederungshilfe ermöglicht eine hohe Flexibilität bei der individuellen Ausgestaltung des Angebotes. Hilfen können in ambulanter, teilstationärer und stationärer Form geleistet werden.

Je nach individuellem Bedarf ergeben sich Kombinationen zwischen verschiedenen Maßnahmen, etwa Angeboten nach § 35a und §§ 28 bis 35, ebenso wie zwischen verschiedenen Trägern, z.B. dem Gesundheitswesen und der Jugendhilfe.

Auftragsgrundlage**Ziele**

Ziel der Eingliederungshilfe ist von seelischer Behinderung bedrohten bzw. seelisch behinderten jungen Menschen die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen bzw. zu verbessern.

Zielgruppen

Die Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche ist ein Angebot zur Unterstützung von

- Kindern und Jugendlichen
- in besonderen Fällen auch jungen Volljährigen,

deren seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit mehr als sechs Monate von ihrem alterstypischen Zustand abweicht und deren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben insofern beeinträchtigt ist bzw. mit hoher Wahrscheinlichkeit beeinträchtigt sein wird.

1.06.03.01.11**Flexible erzieherische Hilfe****Beschreibung**

Flexible erzieherische Hilfen sind § 27 Abs 2 SGB VIII zuzuordnen. Die damit verbundenen Maßnahmen umfassen alle Hilfen zur Erziehung, die explizit nicht über die §§ 19, 28 bis 35 sowie 35a SGB VIII zu definieren sind.

Flexible erzieherische Hilfen sind auf den konkreten Einzelfall passgenau zugeschnitten. Die Form und Inhalte der jeweiligen Maßnahmen können stark variieren und sind in jedem Fall nicht dem im SGB VIII benannten Standardkatalog erzieherischer Hilfen zuzuordnen.

Flexible erzieherische Hilfen umfassen etwa Maßnahmen, in denen mehrere etablierte Hilfen zur Erziehung nebeneinander gewährt werden bzw. in denen verschiedene Hilfearten ineinander übergehen. Darüber hinaus bietet die Flexibilität der Hilfe Möglichkeiten, neue, individuelle Hilfen, wie sie vielfach aufgrund eines besonderen erzieherischen Bedarfes erforderlich sind, zu entwickeln.

Die Hilfe kann sowohl durch Fachkräfte mit abgeschlossener erzieherischer oder (sozial)pädagogischer Ausbildung als auch geeignete, nicht ausdrücklich sozialpädagogisch ausgebildete, Personen geleistet werden.

Auftragsgrundlage**Ziele**

- Unterstützung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit
- Stärkung der Selbsthilferessourcen von Klienten
- Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen
- Entwicklung und Stärkung schulischer Kompetenzen
- Aufarbeitung bestehender Entwicklungsrückstände
- Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und –krisen
- Verbesserung und Stabilisierung der Beziehungen zwischen Eltern und Kindern
- Entwicklung und Stärkung erzieherischer Kompetenzen auf der Elternebene
- frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten
- Sicherung des Kindeswohls

Zielgruppen

Flexible erzieherisch Hilfe ist ein Angebot zur Unterstützung von

- Eltern oder Elternteilen, Schwangeren, alleinerziehenden Müttern oder Vätern sowie sonstigen Erziehungsberechtigten bzw. verantwortlich an der Erziehung beteiligten Personen und/oder Bezugspersonen mit Umgangsrecht, denen die elterliche Sorge nicht zusteht
- Kindern, Jugendlichen und jungen Volljährigen sowie deren Familien (einschließlich Pflegefamilien)

1.06.03.02

Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen

Beschreibung

In Eil- und Notfällen leitet das Jugendamt zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vorläufige Maßnahmen ein. Im Rahmen der Krisenintervention werden diagnostische wie prognostische Aufgaben seitens des Jugendamtes wahrgenommen.

Fällt der überwiegend betreuende Elternteil aufgrund gesundheitlicher bzw. anderer zwingender Gründe aus und tritt deshalb eine Notsituation bzgl. der Betreuung und Versorgung eines Kindes unter 14 Jahren auf, soll familienbegleitende Unterstützung gewährt werden. Voraussetzung ist, dass das Kindeswohl im familialen Umfeld gesichert ist. Es handelt sich hierbei um eine die elterliche Erziehungsverantwortung unterstützende, nicht ersetzende Leistung der Jugendhilfe.

Im Falle des Bekanntwerdens einer Gefährdungssituation ist im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte abzuwägen, wie ein wirksamer Schutz des Kindes sicherzustellen ist. Personensorgeberechtigte sollen soweit wie möglich einbezogen werden. ist das Familiengericht anzurufen.

Mit Trägern von Einrichtungen und Diensten, die Leistungen nach dem SGB VIII erbringen, sind Vereinbarungen zum Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung zu schließen.

Die Verpflichtung zur Inobhutnahme besteht, wenn das körperliche, geistige oder seelische Wohl des Minderjährigen akut gefährdet ist und die Eltern nicht gewillt bzw. in der Lage sind, die Gefahr abzuwenden. Es liegt eine Gefährdungssituation vor, deren Abwendung keinen Aufschub duldet. Bei der Inobhutnahme handelt es sich um eine hoheitliche Aufgabe. Das Jugendamt nimmt hier das verfassungsrechtlich verankerte Wächteramt wahr, um das Kindeswohl zu sichern.

Minderjährige, die sich in einer akuten Notlage sehen („Selbstmelder“), sind in Obhut zu nehmen. Gleiches gilt für unbegleitete minderjährige Migranten.

Auftragsgrundlage

§§ 8a, 20 und 42 SGB VIII

Ziele

- Umsetzung des staatlichen Wächteramtes zum Schutz von Kindern und Jugendlichen
- Sicherstellung des Kindeswohls, insbesondere der Betreuung, Versorgung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen
- Erhalt des familiären Lebensraumes und Vermeidung von Fremdunterbringungen
- Vermeidung oder Verhinderung von Kindeswohlgefährdung durch Unterstützung von bzw. erfolgreicher Kooperation mit Fachleuten aus anderen Tätigkeitsfeldern (Auf- und Ausbau flächendeckender, funktionierender Netzwerkarbeit)
- Koordination zur Sicherstellung der notwendigen Fachberatung zur Abschätzung eines Gefährdungsrisikos
- Abschluss von Vereinbarungen mit Trägern von Leistungen nach dem SGB VIII zur Sicherstellung des Schutzauftrages gem. § 8a SGB VIII
- Abbau von Hemmschwellen gegenüber der Institution Jugendamt (Öffentlichkeitsarbeit)
- verlässliche Kooperation zwischen Jugendhilfe und Polizei
- Ausbau und Qualifizierung von Bereitschaftspflegestellen
- Vorhalten zielgruppenspezifischer und geschlechtsspezifischer Angebote
- (Wieder)Herstellung positiver Lebensbedingungen für Kinder und Jugendliche bzw. zeitnahe Einleitung adäquater Hilfen
- Rückführung von Kindern und Jugendlichen, sofern das Kindeswohl sichergestellt ist

Zielgruppen

1.06.03.03

Beratungsangebote

Beschreibung

Kinder, Jugendliche, Erziehungsberechtigte und sonstige Bezugspersonen erhalten bei der Klärung und Bewältigung individueller, familiärer und sozialer Probleme konkrete Unterstützung in Form von Beratungsangeboten. Beratung ist ein präventives Angebot zur Stärkung der Erziehungskompetenz, zur Förderung der Persönlichkeitsentwicklung und Autonomie. Bei weitergehendem Bedarf kann in Anschlusshilfen vermittelt werden.

Beratung wird zudem für spezifische Bereiche vorgehalten und in diesem Zusammenhang auf bestimmte Zielgruppen ausgerichtet. Hierunter fallen beispielsweise Adoptionsbewerber, Pflegepersonen, Vormünder, Alleinerziehende, Väter (nichtehelicher) Kinder, Herkunftseltern.

Es besteht ein Rechtsanspruch auf Beratungsangebote. Beratung ist niederschwellig zu erreichen und wird kostenfrei vorgehalten.

Beratungsangebote richten sich auch an Fachkräfte, die mit und für Familien, Kinder und Jugendliche tätig sind. SGB VIII, insbesondere §§ 8, 17, 18, 23, 25, 28, 36, 37, 51, 52a, 53

Auftragsgrundlage

Ziele

- Verhinderung von Krisen bzw. Unterstützung bei der Krisenbewältigung
- Förderung von Partnerschaften und Familien
- Befähigung von getrennt lebenden/geschiedenen Eltern zur Ausübung der gemeinsamen elterlichen Sorge bzw. einvernehmlichen Regelung des Umgangs
- Vermeidung kostenintensiver erzieherischer Hilfen
- Ratsuchende sollen ihre eigenen Ressourcen besser wahrnehmen, umsetzen und weiterentwickeln lernen
- (Wieder)Herstellung der Fähigkeit Ratsuchender zur selbständigen Lösung von Konflikten
- Sicherstellen niederschwellig erreichbarer und kostenfreier Unterstützung
- Verbesserung der Fach- und Handlungskompetenzen von Fachkräften
- Ausbau bedürfnisorientierter, passgenauer Beratungsangebote
 - o Enge Vernetzung und Abstimmung aller im Sinne des SGB VIII tätigen beratenden Stellen
- Erfüllung des Rechtsanspruches auf Beratung (in spezifischen Lebenslagen)

Zielgruppen

Kinder und Jugendliche, junge Volljährige, Erziehungsberechtigte, sonstige Bezugspersonen, Fachkräfte, die mit und für junge Menschen und Familien tätig sind

1.06.03.04

Mitwirkung in gerichtlichen Verfahren

Beschreibung

Das Jugendamt wirkt in allen Verfahren vor dem Vormundschafts- und dem Familiengericht mit, die die Personensorge von Kindern und Jugendlichen betreffen. Des weiteren werden alle gerichtlichen Maßnahmen, die im Interesse des Kindeswohls vorgesehen bzw. getroffen werden können, unterstützt.

Im Rahmen der Annahme als Kind (Adoption) hat das Jugendamt auch die Belehrungspflicht bezogen auf einen Teil der Gründe, die zu einer Ersetzung der Einwilligung in die Adoption führen können.

Jugendliche und Heranwachsende bis zum 21. Lebensjahr, die wegen einer Straftat angeklagt werden, werden während des gesamten jugendstrafrechtlichen Verfahrens begleitet. Es ist frühzeitig zu prüfen, ob ein erzieherischer Handlungsbedarf besteht und damit die Inanspruchnahme von Jugendhilfeleistungen in Betracht zu ziehen ist.

Die Jugendgerichtshilfe bringt erzieherische und soziale Aspekte in das Verfahren ein. Benachteiligungen junger Menschen sollen verhindert bzw. abgebaut werden. Angeordnete Weisungen und Auflagen werden ggfl. eingeleitet bzw. begleitet.

Das Jugendamt wird als Träger eigener, sich aus dem SGB VIII ergebender Aufgaben tätig und hat dabei eine eigenständige Position gegenüber dem Gericht. Das Jugendamt übernimmt die soziale, nicht aber juristische Anwaltschaft zugunsten junger Menschen und ihrer Familien.

Auftragsgrundlage

§§ 8a, 18(3), 50 bis 52 SGB VIII; Bürgerliches Gesetzbuch (BGB); §§ 49 und 49a Gesetz über die Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit (FGG); Jugendgerichtsgesetz (JGG)

Ziele

- Schutz, Förderung und Unterstützung von jungen Menschen und Familien
- Förderung der Handlungskompetenz von Eltern, Kindern und Jugendlichen
- Steigerung einvernehmlicher von Sorge- und Umgangsregelungen
- fachliche Beratung und sachverständige Unterstützung des Familien-, Vormundschafts- bzw. Jugendgerichtes
- Auf- und Ausbau verlässlicher Kooperationen von Jugendhilfe und Justiz im Interesse gefährdeter und straffällig gewordener junger Menschen
- Ausbau und Optimierung präventiver, verfahrensbegleitender und nachgehender Leistungen unter Einbindung geeigneter Netzwerkpartner
- Ausbau wirksamer Leistungen der Jugendhilfe als Alternative zu strafrechtlichen Vergeltungsmaßnahmen / Steigerung der Diversion

Zielgruppen

Kinder und Jugendliche, junge Volljährige bis 21 Jahren, Personensorgeberechtigte

1.06.03.05

Unterhaltsvorschussleistungen, Amtspflegschaft und -vormundschaft

Beschreibung

Sofern Eltern zur Ausübung der elterlichen Sorge nicht in der Lage sind bzw. kein geeigneter Einzelvormund vorhanden ist, wird dem Jugendamt durch Beschluss des Vormundschaftsgerichtes die Ausübung der elterlichen Sorge bzw. Teilbereichen der Sorge übertragen. Das Vormundschaftswesen dient dem Schutz und der Förderung minderjähriger Kinder und Jugendlicher sowie der Wahrnehmung ihrer Rechte. Die gesetzliche Vertretung bzw. von Teilbereichen der gesetzlichen Vertretung wird vom Jugendamt übernommen und geführt. Dabei sind rechtliche und erzieherische Defizite im Verhältnis zwischen Kind und Eltern auszugleichen.

Auf Antrag eines sorgeberechtigten Elternteils wird das Jugendamt für einen bestimmten Wirkungskreis zum Beistand. Die Beistandschaft stellt eine konkrete Hilfe für die Geltendmachung bzw. die Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen dar. Der Beistand vertritt das Kind im Vaterschaftsfeststellungsverfahren. Die elterliche Sorge wird durch eine Beistandschaft nicht eingeschränkt. Der Beistand ist jedoch alleiniger Prozessvertreter für die beantragten Aufgabenbereiche.

Zur wirtschaftlichen Absicherung von Kindern, denen von einer unterhaltspflichtigen Person wegen mangelnder Zahlungsbereitschaft bzw. -fähigkeit kein Unterhalt zukommt, werden Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz gewährt.

Auftragsgrundlage

§§ 52a bis 60, 68, 87c, 87e SGB VIII; 1705 bis 1711 BGB

Ziele

- Der Schutz und die Förderung minderjähriger Kinder und Jugendlicher und die Wahrnehmung ihrer Rechte werden sichergestellt.
 - Die rechtliche Vertretung für Kinder und Jugendliche wird fach- und bedarfsgerecht wahrgenommen.
 - Rechtliche und erzieherische Defizite im Verhältnis zwischen Kind und Eltern werden ausgefüllt.
 - Unterstützung der wirtschaftlichen Absicherung von Kindern und Jugendlichen
 - Gerichtliche Verfahren werden durch Beurkundung und Beglaubigung von Willensbekundungen, etwa im Rahmen der Vaterschaftsfeststellung, vermieden.
 - Gewährleistung einer langfristigen und stetigen Beziehung zwischen gesetzlichem Vertreter und Mündel (keine anonyme Fallführung)
 - interne Übertragung (von Teilen) des Aufgabenbereiches auf Personen mit besonderen finanzwirtschaftlichen bzw. steuerrechtlichen Fachkenntnissen und damit Verbesserung der Einkommensüberprüfung Unterhaltsverpflichteter
 - Anwerben, Unterweisen und Begleiten geeigneter Personen, die als Beistand, Pfleger oder Vormund tätig werden wollen bzw. tätig sind
 - Stärkung der Erziehungsfähigkeit von Eltern, für deren Kinder eine Pflegschaft bzw. Vormundschaft besteht
 - Erweiterung des gesellschaftlichen Bewusstseins bzgl. der Wichtigkeit von Unterhaltsleistungen
- Kinder und Jugendliche, in besonderen Fällen auch junge Volljährige; Personensorgeberechtigte und/oder Unterhaltspflichtige in spezifischen Lebenslagen; Alleinerziehende, denen die alleinige elterliche Sorge für den Bereich zusteht, für den eine Beistandschaft erforderlich ist

Zielgruppen

Haushaltsplan 2013/2014

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien

Dezernat III



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-127.246	-102.000	-130.000	-130.000	-130.000	-130.000	-130.000
3	+ Sonstige Transfererträge	-2.182.418	-2.545.600	-3.070.000	-3.070.000	-3.070.000	-3.070.000	-3.070.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-713.159	-812.000	-813.735	-813.735	-813.735	-813.735	-813.735
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-200	-3.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
10	= Ordentliche Erträge	-3.023.023	-3.463.600	-4.015.735	-4.015.735	-4.015.735	-4.015.735	-4.015.735
11	- Personalaufwendungen	3.876.447	4.658.780	4.983.364	5.321.868	5.206.185	5.309.063	5.405.932
12	- Versorgungsaufwendungen			438.300	451.814	465.463	479.462	489.962
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.245.667	1.177.032	1.219.588	1.256.629	1.276.629	1.296.629	1.316.629
14	- Bilanzielle Abschreibungen	-1.444	18.678	17.732	21.332	24.887	28.456	30.270
15	- Transferaufwendungen	19.951.478	21.139.050	21.219.700	21.279.700	21.339.700	21.499.700	21.659.700
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	424.247	292.740	276.831	279.626	281.062	282.902	284.741
17	= Ordentliche Aufwendungen	25.496.395	27.286.280	28.155.515	28.610.969	28.593.926	28.896.210	29.187.234
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	22.473.372	23.822.680	24.139.780	24.595.234	24.578.191	24.880.475	25.171.499
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	535						
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	535						
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	22.473.907	23.822.680	24.139.780	24.595.234	24.578.191	24.880.475	25.171.499

Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	22.473.907	23.822.680	24.139.780	24.595.234	24.578.191	24.880.475	25.171.499
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-79.751	-105.145	-78.395	-80.419	-82.520	-84.460	-85.185
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	342.091	420.180	339.649	342.156	339.145	343.963	346.344
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	22.736.247	24.137.715	24.401.033	24.856.971	24.834.816	25.139.978	25.432.657

Planerläuterung Teilergebnisplan

Die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* beinhaltet die (TP 1.06.03.01.01, Kostenart 414300) Zuweisung des LVR zur Psychologischen Beratungsstelle (fachkraftbezogene Pauschale).

Unter der Kontengruppe *Sonstige Transfererträge* werden zu einem großen Teil Kostenbeiträge zu Hilfen innerhalb und außerhalb von Einrichtungen (Kostenart 421100 u. 422100) vereinnahmt. Darüber hinaus handelt es sich hierbei um Erstattungen der Unterhaltspflichtigen (Kostenart 421200), um die Rückzahlung zuviel gezahlter UVG Leistungen sowie um Erstattungen aus Vorjahren (Kostenart 429800) durch die Beendigung von Hilfefällen.

In der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* erfolgt die Verbuchung der Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für Adoptionsvermittlungsverfahren. Bei der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung /-umlage* werden überwiegend Kostenerstattungen durch andere öffentliche Träger der Jugendhilfe dargestellt (Kostenart 442300). Hinzu kommen die Erstattungen vom Land (Kostenart 442200) und periodenfremde Kostenerstattungen (Kostenart 449800). Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* dient der Vereinnahmung von Geldbußen (Kostenart 452110) nach dem Jugendgerichtsgesetz.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- / Dienstleistungen* werden überwiegend Erstattungen gegenüber anderen Trägern öffentlicher Jugendhilfe abgebildet. Die Durchführung therapeutischer Maßnahmen (Psychologische Beratungsstelle) sowie im UVG-Bereich anfallende Gerichts- und Anwaltskosten (Kostenart 528903) werden ebenfalls an dieser Stelle verausgabt. Die Kontengruppe *Transferaufwendungen* beinhaltet die folgenden Positionen (nach Kostenvolumen sortiert):

- Kosten der Heimerziehung, sonstige betreute Wohnformen
(TP 1.06.03.01.02 bis TP 1.06.03.01.05; TP 1.06.03.01.07; TP 1.06.03.01.11; PSP 1.06.03.02; Kostenart 533410, 533430, 533510, 533530)
- Kosten der Vollzeitpflege (TP 1.06.03.01.06, Kostenart 533400)
- Vollzug des Unterhaltsvorschussgesetzes (PSP 1.06.03.05, Kostenart 533910)
- Zuschuss zu den Personal- und Sachkostenkosten der Erziehungsberatungsstellen (TP 1.06.03.01.01, PSP 1.06.03.03, Kostenart 531900)
- Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche (TP 1.06.03.01.10, Kostenarten 533430 u. 533510)
- Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung (TP 1.06.03.01.08, Kostenart 533900)
- Kosten der Inobhutnahme (PSP 1.06.03.02, Kostenart 533510)
- Gemeinsame Unterbringung von Müttern oder Vätern mit Kindern (TP 1.06.03.01.09, Kostenart 533510)
- Abführung des Landesanteils an den Erstattungsleistungen der Unterhaltspflichtigen (46,67%) (PSP 1.06.03.05, Kostenart 539320)
- Betreuung und Versorgung von Kindern in Notsituationen (PSP 1.06.03.02, Kostenart 533490)
- Kosten sozialpädagogischer Lern- und Entwicklungsmaßnahmen (PSP 1.06.03.04, Kostenart 533490)
- Geschäftskostenzuschuss für den Verein „nina und nico“ (PSP 1.06.03.03, Kostenart 531900)

Unter den *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* wird sowohl der Mitgliedsbeitrag (Kostenart 544300) zur Landesarbeitsgemeinschaft als auch die vermischten Ausgaben u. Fortbildungskosten der Psychologischen Beratungsstelle geplant. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-127.246	-102.000	-130.000	-130.000		-130.000	-130.000	-130.000
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-2.235.108	-2.545.600	-3.070.000	-3.070.000		-3.070.000	-3.070.000	-3.070.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		-1.000	-1.000	-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-709.052	-812.000	-813.000	-813.000		-813.000	-813.000	-813.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-200	-3.000	-1.000	-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-3.071.607	-3.463.600	-4.015.000	-4.015.000		-4.015.000	-4.015.000	-4.015.000
10	- Personalauszahlungen	3.374.896	3.260.244	3.656.244	3.961.060		4.040.241	4.120.995	4.203.355
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	900.871	1.176.040	1.215.700	1.255.700		1.275.700	1.295.700	1.315.700
14	- Transferauszahlungen	20.316.101	21.139.050	21.219.700	21.279.700		21.339.700	21.499.700	21.659.700
15	- sonstige Auszahlungen	159.471	36.148	42.300	43.500		44.700	45.900	47.100
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	24.751.339	25.611.482	26.133.944	26.539.960		26.700.341	26.962.295	27.225.855
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	21.679.733	22.147.882	22.118.944	22.524.960		22.685.341	22.947.295	23.210.855
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	1.822	1.980	1.980	1.980		1.980	1.980	1.980
30	= Summe: (investive Auszahlungen)	1.822	1.980	1.980	1.980		1.980	1.980	1.980
31	= Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	1.822	1.980	1.980	1.980		1.980	1.980	1.980

Beschreibung

- Bearbeitung von Anträgen auf Elterngeld
- Beratung in Elternzeit- und Elterngeldangelegenheiten

Auftragsgrundlage

Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG)

Ziele

Rechtsfehlerfreie Bearbeitung des Elterngeldantrages innerhalb von 21 Kalendertagen nach Eingang

Zielgruppen

Im Oberbergischen Kreis lebende (werdende) Eltern

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.04 Leistungen nach dem BundeselterngeldG



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-74.713	-65.500	-68.000	-68.000	-68.000	-68.000	-68.000
10	= Ordentliche Erträge	-74.713	-65.500	-68.000	-68.000	-68.000	-68.000	-68.000
11	- Personalaufwendungen	97.124	111.699	106.101	106.858	97.963	99.863	101.401
12	- Versorgungsaufwendungen			21.529	22.443	23.121	23.816	24.338
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.653	9.420	10.320	10.320	10.320	10.320	10.320
17	= Ordentliche Aufwendungen	101.777	121.119	137.950	139.621	131.404	133.999	136.059
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	27.064	55.619	69.950	71.621	63.404	65.999	68.059
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	27.064	55.619	69.950	71.621	63.404	65.999	68.059
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	27.064	55.619	69.950	71.621	63.404	65.999	68.059
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	23.540	31.385	27.874	28.162	28.159	28.475	28.722
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	50.604	87.003	97.824	99.782	91.564	94.474	96.780

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Leistungen n. d. BundeselterngeldG

Die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* beinhaltet die Personal- und Sachkostenerstattung des Landes (Kostenart 443906 u. 443907) für die vom Oberbergischen Kreis bereitgestellte Leistung.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören die Sachaufwendungen der Produktgruppe Elterngeld sowie anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:
Kreisdirektor

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
1.06.04 Leistungen nach dem BundeselterngeldG



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-63.732	-65.500	-68.000	-68.000		-68.000	-68.000	-68.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-63.732	-65.500	-68.000	-68.000		-68.000	-68.000	-68.000
10	- Personalauszahlungen	68.692	68.433	70.713	73.149		74.612	76.104	77.626
15	- sonstige Auszahlungen	3.860	9.420	10.320	10.320		10.320	10.320	10.320
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	72.551	77.853	81.033	83.469		84.932	86.424	87.946
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	8.820	12.353	13.033	15.469		16.932	18.424	19.946

Haushaltsplan 2013/2014

1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

Dezernat III



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-69.652	-68.250	-70.250	-71.250	-72.250	-73.250	-74.250
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-236.718	-238.000	-240.000	-240.000	-240.000	-240.000	-240.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-3.871	-8.000	-4.000	-4.000	-4.000	-4.000	-4.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-149.557	-155.000	-159.144	-161.544	-164.144	-166.144	-169.444
7	+ Sonstige ordentliche Erträge		-600	-600	-600	-600	-600	-600
10	= Ordentliche Erträge	-459.797	-469.850	-473.994	-477.394	-480.994	-483.994	-488.294
11	- Personalaufwendungen	2.694.239	2.860.291	2.809.719	2.854.075	2.809.469	2.865.112	2.918.176
12	- Versorgungsaufwendungen			200.922	206.881	213.131	219.541	224.348
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	410.876	453.167	506.050	511.527	519.927	538.727	603.727
14	- Bilanzielle Abschreibungen	121	14.743	14.451	16.735	18.176	19.237	19.062
15	- Transferaufwendungen	1.292.621	1.372.610	1.463.410	1.489.110	1.515.410	1.542.410	1.569.710
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	151.274	178.059	167.582	168.815	169.857	170.630	171.323
17	= Ordentliche Aufwendungen	4.549.131	4.878.871	5.162.135	5.247.142	5.245.970	5.355.657	5.506.346
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	4.089.335	4.409.021	4.688.141	4.769.748	4.764.976	4.871.663	5.018.053
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	359						
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	359						
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	4.089.694	4.409.021	4.688.141	4.769.748	4.764.976	4.871.663	5.018.053

Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	4.089.694	4.409.021	4.688.141	4.769.748	4.764.976	4.871.663	5.018.053
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	274.624	397.294	348.324	354.055	357.525	366.194	374.249
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	4.364.317	4.806.315	5.036.465	5.123.803	5.122.502	5.237.857	5.392.302

Haushaltsplan 2013/2014

1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

Dezernat III



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-69.652	-68.250	-70.250	-71.250		-72.250	-73.250	-74.250
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-234.571	-238.000	-240.000	-240.000		-240.000	-240.000	-240.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-4.823	-8.000	-4.000	-4.000		-4.000	-4.000	-4.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-100.095	-155.000	-159.000	-161.400		-164.000	-166.000	-169.300
7	+ Sonstige Einzahlungen		-600	-600	-600		-600	-600	-600
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-409.141	-469.850	-473.850	-477.250		-480.850	-483.850	-488.150
10	- Personalauszahlungen	2.396.643	2.039.623	2.084.773	2.137.746		2.180.502	2.224.112	2.268.593
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	411.888	452.460	502.920	510.820		519.220	538.020	603.020
14	- Transferauszahlungen	1.274.694	1.372.610	1.463.410	1.489.110		1.515.410	1.542.410	1.569.710
15	- sonstige Auszahlungen	10.073	15.010	15.300	15.500		15.750	16.080	16.330
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	4.093.297	3.879.703	4.066.403	4.153.176		4.230.882	4.320.622	4.457.653
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	3.684.157	3.409.853	3.592.553	3.675.926		3.750.032	3.836.772	3.969.503
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	7.994	3.780	3.780	3.780		3.780	3.780	3.780
30	= Summe: (investive Auszahlungen)	7.994	3.780	3.780	3.780		3.780	3.780	3.780
31	= Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	7.994	3.780	3.780	3.780		3.780	3.780	3.780

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

1.07.01.01 Koordination, Planung und Berichterstattung im Gesundheitsbereich

1.07.01.02 Ärztliche/zahnärztliche Prävention und Gesundheitsförderung: Schwerpunkt Kinder und Jugendliche

1.07.01.02.01 Ambulante Sprachheilfürsorge

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.07.01.01

Koordination, Planung und Berichterstattung im Gesundheitsbereich

Beschreibung

Beratung gemeinsam interessierender Fragen der gesundheitlichen Versorgung auf kommunaler Ebene und Koordinierung von Maßnahmen zur Gewährleistung einer abgestimmten und bedarfsgerechten Weiterentwicklung der psychosozialen und gesundheitlichen Versorgung.

1. Bereitstellung von Informationen über die gesundheitliche Situation der Bevölkerung, über Gesundheitsrisiken und Versorgung mit Gesundheitsleistungen
2. Koordination der kommunalen Gesundheitsberichterstattungen, Erstellung von Gesundheitsberichten
3. Einrichtung der themenspezifischen Arbeitsgruppen
4. Festlegung von Schwerpunktthemen
5. Analyse regional wichtiger Einzelfragen der gesundheitlichen Versorgung und Erarbeitung und Umsetzung von Handlungsempfehlungen
6. Geschäftsführung der Gesundheitskonferenz und ihrer Arbeitsgruppen

Auftragsgrundlage

Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NW), Beschluss Kommunale Gesundheitskonferenz

Ziele

- Abstimmung und Zusammenarbeit aller an der Gesundheitsversorgung Beteiligten zur Schaffung gesunder Lebensverhältnisse
- Verringerung von Gesundheitsrisiken und Unterstützung bei der Bewältigung von Krankheit und Behinderung
- Erhöhung der Transparenz der Leistungsangebote
- Entwicklung bürgernaher, bedarfsgerechter Angebotsstrukturen
- Schließung von Versorgungslücken und Vermeidung überflüssiger Dienstleistungen

Zielgruppen

Einrichtungen der psychosozialen und psychiatrischen Versorgung (Angebotsträger), Leistungsträger, andere Behörden.

1.07.01.02**Ärztliche / zahnärztliche Prävention und Gesundheitsförderung:
Schwerpunkt Kinder und Jugendliche****Beschreibung**

Beratung der Sorgeberechtigten sowie Erzieher/innen und Lehrer/innen von Kindergarten- und Schulkindern.
Untersuchung der Kinder sowie Durchführung von Prophylaxemaßnahmen.

1. Hilfen für Kinder und Jugendliche (z.B. Frühförderung behinderter Kinder)
2. Untersuchung von Kindergartenkindern
3. betriebsmedizinische Aufgaben in Kindergärten und Schulen
4. Einschulungsuntersuchungen einschließlich Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs
5. Schulentlassuntersuchungen
6. Durchführung von Veranstaltungen (z.B. Ernährungsberatung)
7. Bereitstellung von Informationsmaterial
8. Reihenuntersuchungen in Kindergärten und Schulen zur Erkennung von Zahn-, Mund- und Kieferkrankheiten
9. Durchführung von Prophylaxemaßnahmen zur Vorbeugung gegen Zahn-, Mund- und Kieferkrankheiten

Auftragsgrundlage

Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NW), Gesetz für Tageseinrichtungen für Kinder, Schulverwaltungsgesetz, Allgemeine Schulordnung, Vereinbarung mit den Krankenkassen zur Förderung der Gruppenprophylaxe im Oberbergischen Kreis

Ziele

Förderung einer gesunden Entwicklung von Kindern und Jugendlichen

- Erkennung von Defiziten und Einleitung von Fördermaßnahmen
- Steigerung der Vorsorgeuntersuchungen
- Flächendeckende betriebsmedizinische Tätigkeit
- Flächendeckende zahnärztliche Betreuung der Einrichtungen einmal jährlich

Zielgruppen

Kinder und Jugendliche, Sorgeberechtigte, Erzieherinnen und Erzieher, Lehrer und Lehrerinnen, Behörden und Einrichtungen

Haushaltsplan 2013/2014

1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

1.07.01 Gesundheitsförderung

Dezernat III



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-132						
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-149.557	-155.000	-159.144	-161.544	-164.144	-166.144	-169.444
10	= Ordentliche Erträge	-149.689	-155.000	-159.144	-161.544	-164.144	-166.144	-169.444
11	- Personalaufwendungen	955.048	1.002.420	1.038.076	1.056.485	1.045.914	1.066.661	1.086.673
12	- Versorgungsaufwendungen			62.448	64.494	66.442	68.441	69.939
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	77.233	85.925	88.905	88.825	89.925	91.225	92.325
14	- Bilanzielle Abschreibungen		14.743	14.451	16.735	18.176	19.237	19.062
15	- Transferaufwendungen	659.550	721.000	786.400	802.700	818.800	835.400	852.100
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	55.236	64.875	61.138	61.585	61.995	62.275	62.495
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.747.067	1.888.964	2.051.417	2.090.824	2.101.253	2.143.240	2.182.595
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.597.378	1.733.964	1.892.273	1.929.281	1.937.110	1.977.096	2.013.151
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	359						
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	359						
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.597.737	1.733.964	1.892.273	1.929.281	1.937.110	1.977.096	2.013.151
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.597.737	1.733.964	1.892.273	1.929.281	1.937.110	1.977.096	2.013.151
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-128.932	-210.822	-179.751	-185.424	-191.519	-197.335	-202.267

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat III

1.07 Gesundheitsdienste

1.07.01 Gesundheitsförderung



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	228.644	348.200	300.817	307.324	313.381	321.126	328.418
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.697.449	1.871.342	2.013.339	2.051.181	2.058.971	2.100.888	2.139.303

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Gesundheitsförderung

Die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* beinhaltet die Kostenerstattung durch Krankenkassen (Kostenart 442500) für Gruppenprophylaxe.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* sind Kosten für die Unterhaltung (Kostenart 523600) und Neuanschaffung von ärztlichen Instrumenten, Sachkosten und Prophylaxematerial sowie Zahnarzthonorare für die Gruppenprophylaxe zusammengefasst. Darüber hinaus beinhaltet diese Summe Kosten der Gesundheitsförderung/Prävention (Kostenart 524900) und der Ernährungsberaterin (Kooperation mit Aggerenergie, Kostenart 529900) .

Die Kontengruppe *Transferaufwendungen* erfasst den Kostenzuschuss an den Verein Lebenshilfe zur Frühförderung behinderter Kinder und den Zuschuss an den Verein zur Förderung und Betreuung behinderter Kinder (Kostenart 531900). Außerdem werden hier die Kosten der ambulanten Sprachheilfürsorge (Kostenart 533900, TP 1.07.01.02.01) veranschlagt.

Über die Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die Kosten für Online-Verträge über die Nutzung medizinischer Datenbanken abgebildet (Kostenart 542900). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat III

1.07 Gesundheitsdienste

1.07.01 Gesundheitsförderung



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-132							
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-100.095	-155.000	-159.000	-161.400		-164.000	-166.000	-169.300
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-100.227	-155.000	-159.000	-161.400		-164.000	-166.000	-169.300
10	- Personalauszahlungen	861.053	728.584	777.011	796.989		812.929	829.187	845.770
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	78.535	85.860	87.960	88.760		89.860	91.160	92.260
14	- Transferauszahlungen	659.550	721.000	786.400	802.700		818.800	835.400	852.100
15	- sonstige Auszahlungen	9.664	14.530	14.820	15.020		15.270	15.600	15.850
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.608.802	1.549.974	1.666.191	1.703.469		1.736.859	1.771.347	1.805.980
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.508.575	1.394.974	1.507.191	1.542.069		1.572.859	1.605.347	1.636.680
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	7.994	3.780	3.780	3.780		3.780	3.780	3.780
30	= Summe: (investive Auszahlungen)	7.994	3.780	3.780	3.780		3.780	3.780	3.780
31	= Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	7.994	3.780	3.780	3.780		3.780	3.780	3.780

Beschreibung

Erstellung von medizinischen Gutachten, psychiatrischen Gutachten, ärztlichen Stellungnahmen, Gesundheitszeugnissen im Auftrag von Behörden, Arbeitgebern.

- Gutachten nach beamten- oder beihilferechtlichen Vorschriften
- Gutachten nach dem TVöD
- Gutachter nach dem SGB XII (Sozialhilfe)
- Begutachtungen nach Fahrerlaubnisverordnung
- Begutachtungen von Ausländern und Asylbewerbern
- Begutachtungen für Gerichte
- Unbedenklichkeitsbescheinigungen

Auftragsgrundlage

Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NW), Beamtengesetze und Verordnungen, Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO), Fahrerlaubnisverordnung, Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), Sozialgesetzbuch (SGB), Strafgesetzbuch (StGB) Verordnung über das Leichenwesen, u.a.

Ziele

- Erstellung transparenter, objektiver und nachvollziehbarer Entscheidungsgrundlagen mit dem Ziel, eine rechtmäßige Anwendung der gesetzlichen Vorschriften durch die beteiligten Stellen zu ermöglichen
- Hohe Fach- und Beratungskompetenz

Zielgruppen

Behörden, Institutionen, Bevölkerung des Kreisgebietes, Beamte und Beschäftigte des öffentlichen Dienstes

Haushaltsplan 2013/2014

1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

1.07.02 Gutachten und Stellungnahmen

Dezernat III



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-172.893	-180.000	-180.000	-180.000	-180.000	-180.000	-180.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-3.871	-8.000	-4.000	-4.000	-4.000	-4.000	-4.000
10	= Ordentliche Erträge	-176.764	-188.000	-184.000	-184.000	-184.000	-184.000	-184.000
11	- Personalaufwendungen	403.748	424.898	435.115	446.524	444.843	453.681	462.312
12	- Versorgungsaufwendungen			20.882	21.590	22.242	22.911	23.412
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	7.341	13.465	13.886	13.465	13.465	13.465	13.465
14	- Bilanzielle Abschreibungen	71						
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	26.088	30.738	28.900	29.114	29.286	29.421	29.550
17	= Ordentliche Aufwendungen	437.248	469.101	498.783	510.693	509.836	519.478	528.739
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	260.485	281.101	314.783	326.693	325.836	335.478	344.739
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	260.485	281.101	314.783	326.693	325.836	335.478	344.739
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	260.485	281.101	314.783	326.693	325.836	335.478	344.739
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	46.929	69.244	60.965	62.403	63.411	65.231	66.769
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	307.413	350.345	375.748	389.096	389.247	400.708	411.508

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Gutachten und Stellungnahmen

Die Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* erfasst die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für das Gesundheitsamt des Oberbergischen Kreises. Über die Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* werden Einnahmen aus Nebentätigkeit (Kostenart 441903) abgewickelt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* werden Kosten für die Unterhaltung (Kostenart 523600) und Neuanschaffung von ärztlichen Instrumenten sowie Wäsche- und Laborkosten (Kostenart 529100) abgebildet.

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat III

1.07 Gesundheitsdienste

1.07.02 Gutachten und Stellungnahmen



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-170.629	-180.000	-180.000	-180.000		-180.000	-180.000	-180.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-4.823	-8.000	-4.000	-4.000		-4.000	-4.000	-4.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-175.452	-188.000	-184.000	-184.000		-184.000	-184.000	-184.000
10	- Personalauszahlungen	378.123	313.688	328.730	339.505		346.295	353.220	360.284
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	7.353	13.290	13.290	13.290		13.290	13.290	13.290
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	385.476	326.978	342.020	352.795		359.585	366.510	373.574
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	210.025	138.978	158.020	168.795		175.585	182.510	189.574

Beschreibung

1. Koordination der Bereiche Sucht- und Drogenhilfe und Psychiatrie im Rahmen des Gemeindepsychiatrischen Verbundes (GPV)
2. Koordination der Fachstelle Sucht- und Drogenprävention
3. Ärztliche Untersuchungen zur Abklärung der Erkrankungen und der dadurch bedingten Hilfsbedürftigkeit
4. Entscheidungen über Zwangsmaßnahmen nach dem PsychKG
5. Gewährung von Zuschüssen an die freien Träger
6. Durchführung der HIV-Beratung
7. Sicherstellung der Schwangerschaftskonfliktberatung
8. Sicherstellung eines Beratungsangebotes für Schwangere und Mütter in sozialen und gesundheitlichen Problemlagen
9. Hilfe für alte und behinderte Menschen
10. Koordination im Rahmen der Fachberatungsstelle für Wohnungslose
11. Gewährung von Zuschüssen an die Träger der Fachberatungsstelle für Wohnungslose

Auftragsgrundlage

Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NW), Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Erkrankungen (PsychKG), Beschlüsse des Kreistages (Vereinbarung zum GPV)

Ziele

- Verbesserung der psychiatrischen Versorgung in der Bevölkerung
- Sicherstellung individueller Beratungs- und Hilfsangebote
 - o für psychisch kranke und abhängigkeitskranke Menschen
 - o für AIDS-Kranke
 - o für Schwangere
 - o für Wohnungslose

Zielgruppen

Besonders gefährdete Personengruppen, Psychisch Kranke, Abhängigkeitskranke, Schwangere und Mütter in sozialen und gesundheitlichen Problemlagen

Haushaltsplan 2013/2014

1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

1.07.03 Gesundheitshilfe

Dezernat III



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-64.502	-63.000	-65.000	-66.000	-67.000	-68.000	-69.000
10	= Ordentliche Erträge	-64.502	-63.000	-65.000	-66.000	-67.000	-68.000	-69.000
11	- Personalaufwendungen	513.266	559.060	483.582	485.960	465.015	474.151	482.356
12	- Versorgungsaufwendungen			60.731	62.387	64.272	66.205	67.655
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	294.549	303.028	358.209	364.928	372.228	389.728	453.628
15	- Transferaufwendungen	633.071	651.610	677.010	686.410	696.610	707.010	717.610
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	23.991	28.254	26.593	26.787	26.942	27.064	27.180
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.464.877	1.541.952	1.606.125	1.626.472	1.625.068	1.664.158	1.748.430
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.400.375	1.478.952	1.541.125	1.560.472	1.558.068	1.596.158	1.679.430
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.400.375	1.478.952	1.541.125	1.560.472	1.558.068	1.596.158	1.679.430
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.400.375	1.478.952	1.541.125	1.560.472	1.558.068	1.596.158	1.679.430
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	44.761	65.882	56.785	57.937	58.762	60.437	61.852
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.445.136	1.544.834	1.597.910	1.618.409	1.616.829	1.656.594	1.741.282

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Gesundheitshilfe

Die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* beinhaltet den Landeszuschuss (Kostenart 414200) für die Beratungsstelle Schwangerenkonfliktberatung.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Unter der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* sind die Kosten der Gesundheitsförderung/Prävention (Kostenart 524900) sowie die Erstattungen der Personal- und Sachkosten an den Gemeindepsychiatrischen Verbund und für die Geschäftsführung der Diözese Münster ausgewiesen (Kostenart 525900).

In der Kontengruppe *Transferaufwendungen* sind die Zuschüsse für den Bereich Suchtkrankenarbeit, der Zuschuss zur Weiterführung der sozialpsychiatrischen Kontaktstellen, der Zuschuss an das DRK, der Zuschuss zur Betreuung von Menschen in sozialer Not und der Zuschuss für die Beratungsstellen (Schwangerenkonfliktberatung) zusammengefasst (Kostenart 531900).

Über die Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* werden Mitgliedsbeiträge (Kostenart 544900) abgebildet. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

1.07.03 Gesundheitshilfe

Dezernat III



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-64.502	-63.000	-65.000	-66.000		-67.000	-68.000	-69.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-64.502	-63.000	-65.000	-66.000		-67.000	-68.000	-69.000
10	- Personalauszahlungen	412.020	371.969	343.783	351.260		358.286	365.452	372.761
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	294.408	302.870	357.670	364.770		372.070	389.570	453.470
14	- Transferauszahlungen	615.144	651.610	677.010	686.410		696.610	707.010	717.610
15	- sonstige Auszahlungen	406	480	480	480		480	480	480
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.321.979	1.326.929	1.378.943	1.402.920		1.427.446	1.462.512	1.544.321
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.257.477	1.263.929	1.313.943	1.336.920		1.360.446	1.394.512	1.475.321

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

1.07.04.01 Infektions- und umweltbezogener Gesundheitsschutz

1.07.04.02 Medizinalaufsicht

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.07.04.01

Infektions- und umweltbezogener Gesundheitsschutz

Beschreibung

Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Erkrankungen beim Menschen, Durchführung von Impfungen, Überwachung im Rahmen des Infektionsschutzes, Hygieneüberwachung, Gesundheitliche Bewertung von Umwelteinflüssen aller Art, Beratungen und Stellungnahmen.

1. Impfberatung und Durchführung von Schutzimpfungen
2. Belehrung nach § 43 Infektionsschutzgesetz
3. Tätigkeiten im Zusammenhang mit meldepflichtigen Krankheiten
4. Tuberkuloseüberwachung
5. Stellungnahmen im Rahmen der Orts-, Siedlungs- und Wohnhygiene sowie zu Industrie und Gewerbeanlagen
6. Trink- und Badewasserüberwachung
7. Hygieneüberwachung nach § 17 ÖGDG

Auftragsgrundlage

Infektionsschutzgesetz (IfSG), Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NW), Krankenhausgestaltungsgesetz (KHGG NRW), Heimgesetz, Krankenhausbauverordnung, Hygieneverordnung, Landeswassergesetz, Trinkwasserverordnung, Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG), u.a.

Ziele

- Verhütung und Bekämpfung (übertragbarer) Krankheiten
- Aufdeckung von Infektionsketten und deren Unterbrechung
- Verbesserung der Durchimpfungsraten in der Bevölkerung
- Schutz der Bevölkerung vor umweltbedingten Gesundheitsgefahren
- Vermeidung von Gesundheitsgefahren durch die Mitwirkungen an Planungen

Zielgruppen

Erkrankte Personen, Kontaktpersonen, Gemeinschaftseinrichtungen, Träger von Krankenhäusern und Heimen, Behörden, Institutionen, Firmen etc.

1.07.04.02

Medizinalaufsicht

Beschreibung

Erfassung und Überwachung der Berufe und Einrichtungen des Gesundheitswesens sowie Arzneimittelüberwachung, Apothekenaufsicht.

1. Erfassung und Überwachung der Berufe des Gesundheitswesens
2. Durchführung von Prüfungen in nichtärztlichen Heilberufen und Erteilung der Erlaubnisse
3. Leichen- und Bestattungswesen
4. Erlaubnisse über Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse
5. Erlaubnisse zur Führung der Berufsbezeichnung nichtärztlicher Heilberufe
6. Erteilung von Konzessionen für Privatkrankenhäuser
7. Apothekenaufsicht
8. Arzneimittelüberwachung

Auftragsgrundlage

Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NW), Verordnung zur Durchführung des Feuerbestattungsgesetzes, Ordnungsbehördliche Verordnung über das Leichenwesen, Krankenpflegegesetz und weitere Spezialgesetze der nichtärztlichen Heilberufe, Arzneimittelgesetz, Apothekengesetz, Betäubungsmittelgesetz, Heilmittelwerbegesetz, Chemikaliengesetz u.a.

Ziele

Zu 1.: Erfassung sämtlicher Personen, die in Berufen des Gesundheitswesens tätig sind.

Zu 5.: Verhinderung des Einsatzes nicht ausreichend qualifizierter Personen in nichtärztlichen Heilberufen.

Zu 7. und 8.: Einhaltung der Bestimmungen über den Umgang mit Arzneimitteln.

Zielgruppen

Personen mit Berufen des Gesundheitswesens, Bestattungsinstitute, Privatkrankenhäuser, Apotheken

Haushaltsplan 2013/2014

1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

1.07.04 Gesundheitsschutz

Dezernat III



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-5.150	-5.250	-5.250	-5.250	-5.250	-5.250	-5.250
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-63.692	-58.000	-60.000	-60.000	-60.000	-60.000	-60.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge		-600	-600	-600	-600	-600	-600
10	= Ordentliche Erträge	-68.842	-63.850	-65.850	-65.850	-65.850	-65.850	-65.850
11	- Personalaufwendungen	822.176	873.913	852.946	865.105	853.697	870.619	886.835
12	- Versorgungsaufwendungen			56.862	58.409	60.174	61.984	63.341
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	31.754	50.748	45.051	44.308	44.308	44.308	44.308
14	- Bilanzielle Abschreibungen	50						
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	45.959	54.192	50.952	51.330	51.633	51.870	52.098
17	= Ordentliche Aufwendungen	899.939	978.854	1.005.811	1.019.152	1.009.813	1.028.781	1.046.582
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	831.097	915.004	939.961	953.302	943.963	962.931	980.732
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	831.097	915.004	939.961	953.302	943.963	962.931	980.732
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	831.097	915.004	939.961	953.302	943.963	962.931	980.732
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	83.222	124.791	109.508	111.814	113.491	116.735	119.477
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	914.319	1.039.795	1.049.469	1.065.117	1.057.455	1.079.666	1.100.209

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Gesundheitsschutz

Die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* beinhaltet den Landeszuschuss (Kostenart 414200) zu den Impfstoffkosten und den Landeszuschuss zu den Personal- und Sachkosten zu den Prüfungen nichtärztlicher Heilberufe. In der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für das Gesundheitsamt und die Verwaltungsgebühren für das Sachgebiet Infektionsschutz und Umwelthygiene zusammengefasst. Die *Sonstigen ordentlichen Erträge* weisen Verwarnungsgelder und Zwangsgelder aus (Kostenart 452130 und 452120).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* erfasst alle Impfkosten/Kosten für Impfstoffe (Kostenart 526600) sowie Röntgenkosten bzw. die Kosten für bakteriologische und serologische Untersuchungen und Untersuchungen nach dem Infektionsschutzgesetz (Kostenart 529100). In der Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die Erstattungen an Prüfungsausschussmitglieder (Kostenart 542800) erfasst. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

1.07.04 Gesundheitsschutz

Dezernat III



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-5.150	-5.250	-5.250	-5.250		-5.250	-5.250	-5.250
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-63.810	-58.000	-60.000	-60.000		-60.000	-60.000	-60.000
7	+ Sonstige Einzahlungen		-600	-600	-600		-600	-600	-600
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-68.960	-63.850	-65.850	-65.850		-65.850	-65.850	-65.850
10	- Personalauszahlungen	745.447	625.382	635.249	649.992		662.992	676.253	689.778
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	31.591	50.440	44.000	44.000		44.000	44.000	44.000
15	- sonstige Auszahlungen	3							
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	777.041	675.822	679.249	693.992		706.992	720.253	733.778
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	708.080	611.972	613.399	628.142		641.142	654.403	667.928

Haushaltsplan 2013/2014

1.08 Sportförderung

verantwortlich:

Dezernat III



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.350	-1.900	-1.900	-1.900	-1.900	-1.900	-1.900
10	= Ordentliche Erträge	-1.350	-1.900	-1.900	-1.900	-1.900	-1.900	-1.900
11	- Personalaufwendungen	32.399	37.376	14.479	14.453	13.448	13.709	13.929
12	- Versorgungsaufwendungen			2.558	2.631	2.711	2.792	2.853
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	43	31	95	34	34	34	34
15	- Transferaufwendungen	205.618	209.516	207.516	209.516	207.516	209.516	207.516
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.753	6.012	5.671	5.729	5.759	5.798	5.836
17	= Ordentliche Aufwendungen	242.813	252.935	230.319	232.363	229.467	231.848	230.168
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	241.463	251.035	228.419	230.463	227.567	229.948	228.268
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	241.463	251.035	228.419	230.463	227.567	229.948	228.268
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	241.463	251.035	228.419	230.463	227.567	229.948	228.268
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	34.459	111.909	58.114	58.470	58.854	59.224	59.547
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	275.922	362.944	286.533	288.933	286.421	289.173	287.815

Haushaltsplan 2013/2014

1.08 Sportförderung

verantwortlich:

Dezernat III



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.350	-1.900	-1.900	-1.900		-1.900	-1.900	-1.900
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.350	-1.900	-1.900	-1.900		-1.900	-1.900	-1.900
10	- Personalauszahlungen	23.307	23.088	9.868	10.083		10.284	10.489	10.699
14	- Transferauszahlungen	205.618	209.516	207.516	209.516		207.516	209.516	207.516
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	228.925	232.604	217.384	219.599		217.800	220.005	218.215
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	227.575	230.704	215.484	217.699		215.900	218.105	216.315

Beschreibung

Förderung des Sports in Sportvereinen und –verbänden durch finanzielle Unterstützung.
Zusammenarbeit mit Vereinen und deren Fachverbänden.
Förderung durch Bereitstellung von Sportstätten für den außerschulischen Sport.

- Förderung des Sports in Vereinen und Verbänden
- Förderung des Schulsports
- Außerschulische Vergabe von Turn- und Sporthallen

Auftragsgrundlage

Kreistagsbeschluss

Ziele

Förderung des Breitensports

- jugendpflegerische Betätigung in der Breitensportarbeit in den Vereinen
- Gestaltung des Vereinslebens für Kinder und Jugendliche mit Sport, Spiel und Geselligkeit.

Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Schul- und Vereinssport durch die Übertragung der Aufgaben der Geschäftsführung im „Ausschuss für den Schulsport“

Zielgruppen

Geschäftsführung „Ausschuss für den Schulsport“, Vereine/Verbände, sonstiger organisierter Sport

Haushaltsplan 2013/2014

1.08 Sportförderung

verantwortlich:

1.08.01 Sportförderung

Dezernat III



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.350	-1.900	-1.900	-1.900	-1.900	-1.900	-1.900
10	= Ordentliche Erträge	-1.350	-1.900	-1.900	-1.900	-1.900	-1.900	-1.900
11	- Personalaufwendungen	32.399	37.376	14.479	14.453	13.448	13.709	13.929
12	- Versorgungsaufwendungen			2.558	2.631	2.711	2.792	2.853
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	43	31	95	34	34	34	34
15	- Transferaufwendungen	205.618	209.516	207.516	209.516	207.516	209.516	207.516
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.753	6.012	5.671	5.729	5.759	5.798	5.836
17	= Ordentliche Aufwendungen	242.813	252.935	230.319	232.363	229.467	231.848	230.168
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	241.463	251.035	228.419	230.463	227.567	229.948	228.268
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	241.463	251.035	228.419	230.463	227.567	229.948	228.268
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	241.463	251.035	228.419	230.463	227.567	229.948	228.268
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	34.459	111.909	58.114	58.470	58.854	59.224	59.547
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	275.922	362.944	286.533	288.933	286.421	289.173	287.815

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Sportförderung

Über die Kontengruppe *Öffentlich–Rechtliche Leistungsentgelte* werden die Gebühren für die Inanspruchnahme von Sporthallen vereinnahmt (Kostenart 432100).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Transferaufwendungen* dient hauptsächlich der Abwicklung von Maßnahmen zur Förderung der Jugendarbeit in Sportvereinen. Darüber hinaus wird hier der Zuschuss für Behindertensportveranstaltungen bzw. Sportjugendtage sowie die pauschale Kostenerstattung an den Kreissportbund veranschlagt (Kostenart 531900). Zu den *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Bei der *Internen Leistungsverrechnung* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat III

1.08 Sportförderung

1.08.01 Sportförderung



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.350	-1.900	-1.900	-1.900		-1.900	-1.900	-1.900
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.350	-1.900	-1.900	-1.900		-1.900	-1.900	-1.900
10	- Personalauszahlungen	23.307	23.088	9.868	10.083		10.284	10.489	10.699
14	- Transferauszahlungen	205.618	209.516	207.516	209.516		207.516	209.516	207.516
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	228.925	232.604	217.384	219.599		217.800	220.005	218.215
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	227.575	230.704	215.484	217.699		215.900	218.105	216.315

Haushaltsplan 2013/2014

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

verantwortlich:

Dezernat IV



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-80.000						
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-650.543	-602.100	-645.100	-655.100	-659.600	-663.100	-666.600
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-326	-300					
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-2.345.135	-134.804	-366.607	-41.607	-46.607	-48.607	-41.607
10	= Ordentliche Erträge	-3.076.004	-737.204	-1.011.707	-696.707	-706.207	-711.707	-708.207
11	- Personalaufwendungen	4.476.242	4.790.355	4.752.221	4.828.647	4.758.722	4.852.952	4.943.026
12	- Versorgungsaufwendungen			329.732	338.640	348.870	359.362	367.231
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.760.060	745.386	741.152	437.685	385.985	392.785	406.282
14	- Bilanzielle Abschreibungen	863	9.363	13.438	14.752	20.602	24.595	26.193
15	- Transferaufwendungen			65.500	131.000	131.000	131.000	131.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	435.847	502.107	453.458	459.364	463.708	492.124	495.567
17	= Ordentliche Aufwendungen	7.673.011	6.047.211	6.355.501	6.210.088	6.108.888	6.252.819	6.369.299
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	4.597.007	5.310.007	5.343.794	5.513.381	5.402.681	5.541.112	5.661.092
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	679						
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	679						
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	4.597.686	5.310.007	5.343.794	5.513.381	5.402.681	5.541.112	5.661.092

Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	4.597.686	5.310.007	5.343.794	5.513.381	5.402.681	5.541.112	5.661.092
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-5.440	-13.791	-14.261	-14.850	-15.682	-16.406	-16.581
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	606.729	397.891	348.450	349.653	347.230	352.474	356.073
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	5.198.975	5.694.107	5.677.983	5.848.184	5.734.228	5.877.180	6.000.584

Haushaltsplan 2013/2014

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

verantwortlich:

Dezernat IV



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-80.000							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-634.035	-602.100	-645.100	-655.100		-659.600	-663.100	-666.600
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-685	-300						
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-2.347.394	-131.000	-362.500	-37.500		-42.500	-44.500	-37.500
7	+ Sonstige Einzahlungen	-9.339							
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-3.071.452	-733.400	-1.007.600	-692.600		-702.100	-707.600	-704.100
10	- Personalauszahlungen	4.077.600	3.449.522	3.551.284	3.642.044		3.714.886	3.789.182	3.864.963
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.872.935	776.850	760.300	457.650		406.200	413.000	426.500
14	- Transferauszahlungen			65.500	131.000		131.000	131.000	131.000
15	- sonstige Auszahlungen	99.860	122.630	103.090	103.240		108.840	134.990	136.090
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	7.050.395	4.349.002	4.480.174	4.333.934		4.360.926	4.468.172	4.558.553
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	3.978.943	3.615.602	3.472.574	3.641.334		3.658.826	3.760.572	3.854.453
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	6.960	5.400	32.600	32.800		51.000	7.000	7.000
29	- sonstige Investitionsauszahlungen	21.569	4.000	4.000	4.000		4.000	5.000	5.000
30	= Summe: (investive Auszahlungen)	28.528	9.400	36.600	36.800		55.000	12.000	12.000
31	= Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	28.528	9.400	36.600	36.800		55.000	12.000	12.000

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

1.09.01.01 Kreisentwicklungsplanung, Raum- und Umweltinformation

1.09.01.02 Beutreuung von Verfahren externer Planungsträger

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.09.01.01

Kreisentwicklungsplanung, Raum- und Umweltinformation

Beschreibung

- Koordination zur Herstellung eines regionalen Konsenses bei übergeordneten Planungen / Erarbeitung von kreisbezogenen Beiträgen und Antragsteilen
- Grundlagenerarbeitung von bedarfs- und strukturorientierten Beiträgen zur Kreisentwicklung insbesondere bei übergeordneten Rahmenplanungen und Basiserhebung sowie zur Gewerbe-, Siedlungs- und Verkehrsentwicklung des Oberbergischen Kreises
- Sicherstellung der dörflichen Entwicklung im Oberbergischen Kreis / Durchführung des Kreiswettbewerbes (Unser Dorf hat Zukunft) sowie Beteiligung an Landes- und Bundeswettbewerben
- Unterstützung und Anpassungsnotwendigkeiten für den Strukturwandel in Gewerbe, Wirtschaft, Siedlung und Verkehr verbunden mit der Erarbeitung von Beiträgen zur Neustrukturierung und Schwerpunktausrichtung von querschnittsorientierten Handlungsfeldern im Rahmen der Kreisentwicklung (z.B. Anpassung an den demographischen Wandel, Flexibilisierung von Siedlungs- und Gewerbestrukturen, etc.)
- Grundlagenerarbeitung von EU- und nationalorientierten Förderanträgen zur Kreisentwicklung, aktive Teilnahme an Wettbewerbsprozessen
- kulturlandschaftliche Entwicklungsplanung
- Entwicklungsplanungen zur Freiraum- und Erholungsnutzung
- Erfassung und Fortführung von fachbezogenen Geodaten aus dem Bau-, Planungs- und Umweltbereich
- Planungsunterstützung von Investitionsvorhaben, Genehmigungsabläufen, Planfeststellungserfordernissen und sonstigen zur Beschleunigung von Realisierungsvorhaben notwendigen Schritten
- Erstellung von Plänen und kartographischen Auswertungen
- Führen der Fachgeodaten aus dem Bau-, Planungs- und Umweltbereich im Rauminformationssystem Oberberg - RIO

Auftragsgrundlage

EU-, Bundes- und Landesvorgaben; EU-, Bundes und Landesförderprogramme; Beschlüsse der politischen Gremien

Ziele

Der Oberbergische Kreis erfüllt interkommunale Aufgaben zur Gewerbe-, Siedlungs- und Verkehrsentwicklung sowie zur Freiraum- und Erholungssicherung gegenüber der Bezirksregierung Köln und dem Land NRW. Den Interessen des Oberbergischen Kreises und seiner 13 angehörigen Kommunen ist dabei in überregionalen Planungsverfahren zur Ausweisung neuer Vorrangstandorte entsprechend Gehör und Akzeptanz zu verschaffen. Dafür sind Basisgrundlagen zu erarbeiten, Zielvorstellungen zu formulieren und interkommunal für die Region des OBK abzustimmen. Veränderungen und Entwicklungsprozesse in allen Bereichen der raumbedeutsamen Daseinsvorsorge sind dabei zu beachten, so dass die Zielformulierung ständig aktualisiert werden muss. Belange der Wirtschaft, aktuelle Entwicklungen im Bereich des Siedlungsbestandes und der Siedlungsplanung sowie Entwicklung im Bereich der Verkehrsbedarfe führen zu Bedarfsänderungen von Infrastruktur und Flächennutzung, so dass regionale Entwicklungsziele einem ständigen Anpassungsprozess unterliegen. Auch die Veränderung der Altersstruktur sowie der Wanderung im Oberbergischen Kreis führen zu einer sich ständig wandelnden Neuorientierung für private und öffentliche Träger in der regionalen Entwicklung des Oberbergischen Kreises. Ziel ist, diese Anpassung kreisförderlich zu gestalten. Planungsrelevante Daten sind mit allen Veränderungen zu erfassen und für Planungs- und Genehmigungsvorhaben mit dem Ziel der Beschleunigung von Bearbeitungsprozessen bereit zu halten.

Zielgruppen

Politik, Behörden, Wirtschaft, Institutionen, Verbände, Vereine, Touristik, Gesellschaft

1.09.01.02

Betreuung von Verfahren externer Planungsträger

Beschreibung

- Federführung bei städtebaulichen, regionalplanerischen und raumordnerischen Stellungnahmen des Oberbergischen Kreises als Träger öffentlicher Belange
 - o im Rahmen der Bauleitplanung kreisangehöriger Kommunen und benachbarter Gebietskörperschaften
 - o bei Innen- und Außenbereichssatzungen
 - o bei der Beteiligung von Planungen des Bundes und des Landes (LEPro, Landes- und Regionalpläne, Raumordnungsverfahren)
 - o bei Planfeststellungsverfahren
- Stellungnahmen bei fachlichen Einzelplanungen und –nutzungen mit raumbedeutsamen Wirkungen (z.B. Flurbereinigung, agrarstrukturelle und forstliche Rahmenplanungen)
- Koordinierung bzgl. der Ämterbeteiligung innerhalb der Kreisverwaltung bei städtebaulichen, regionalplanerischen und raumordnerischen Planungen
- Wahrnehmung von externen Terminen im Rahmen oben genannter Planungen
- Planungsaufsicht zur Einhaltung von Zielen der Raumordnung und Landesplanung
- Vertretung der Interessen des Oberbergischen Kreises bei landes- und regionalplanerischen Anhörungsverfahren
- landschaftspflegerische Beurteilung von Planungen und Maßnahmen sowie Vollzugskontrolle im Rahmen der gesetzlichen bauleitplanerischen Eingriffs- / Ausgleichsregelung
- wasser-, boden- und artenschutzrechtliche Beurteilung von Planungen und Maßnahmen u.a. im Rahmen der Bauleitplanung

Auftragsgrundlage

Raumordnungsgesetz, Landesplanungsgesetz, LEPro NRW, Baugesetzbuch, Bundesnaturschutzgesetz, Fernstraßengesetz, Straßen- und Wegegesetz, Eisenbahngesetz, Wasserhaushaltsgesetz, Bundesbodenschutzgesetz, Landschaftsgesetz NRW, EU-Verordnungen und -Richtlinien

Ziele

- positive Steuerung der Raumentwicklung im Sinne einer wirtschaftsförderlichen Entwicklung
- Einhaltung der Zeitvorgaben der Planungsträger
- Optimierung von Verwaltungsabläufen
- kommunale Planungen mit den Zielen der Raumordnung und Landschaftsplanung in Übereinstimmung zu bringen
- Einbringung der Kreisinteressen bei Planungen in Abstimmung mit seinen Aufgaben als Träger öffentlicher Belange

Zielgruppen

Landesplanungsbehörden, Bezirksregierung Köln, Kommunen des Oberbergischen Kreises, benachbarte Gebietskörperschaften, Bezirksregierungen, Straßen NRW

Haushaltsplan 2013/2014

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

verantwortlich:

1.09.01 Räumliche Planung

Dezernat IV



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-2.326.183	-99.804	-323.887	-3.887	-3.887	-3.887	-3.887
10	= Ordentliche Erträge	-2.326.183	-99.804	-323.887	-3.887	-3.887	-3.887	-3.887
11	- Personalaufwendungen	628.171	823.855	600.565	603.929	574.947	586.179	596.145
12	- Versorgungsaufwendungen			81.015	83.439	85.959	88.545	90.483
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.489.722	456.329	498.895	178.829	117.329	117.329	128.829
14	- Bilanzielle Abschreibungen		4.266	4.095	4.936	5.763	6.595	6.943
15	- Transferaufwendungen			65.500	131.000	131.000	131.000	131.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	30.622	46.159	43.626	43.667	43.628	43.719	43.810
17	= Ordentliche Aufwendungen	3.148.516	1.330.609	1.293.697	1.045.800	958.627	973.367	997.210
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	822.333	1.230.805	969.810	1.041.914	954.740	969.480	993.324
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	157						
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	157						
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	822.490	1.230.805	969.810	1.041.914	954.740	969.480	993.324
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	822.490	1.230.805	969.810	1.041.914	954.740	969.480	993.324
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	865	-2.949	-5.407	-6.000	-6.576	-7.153	-7.187
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	373.207	65.633	52.733	53.141	53.074	53.965	54.153
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.196.562	1.293.489	1.017.137	1.089.055	1.001.239	1.016.292	1.040.290

Teilergebnisplan	Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
28)							

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Räumliche Planung

Die Produktgruppe „1.09.01 Räumliche Planung“ beinhaltet die Produkte „1.09.01.01 Kreisentwicklungsplanung, Raum- und Umweltinformationen“ und „1.09.01.02 Betreuung von Verfahren externer Planungsträger“.

Über die Kontengruppe *Kostenerstattungen* werden neben den Zuschüssen für verschiedene Projekte (s.u., Kostenart 444905) auch Erstattungen für den Bundesfreiwilligendienst (BFD) (Kostenart 444903) vereinnahmt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen sowie die anteiligen Kosten des BFD.

In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* sind die Aufwendungen für Regionale Entwicklung u. Demographie (Kostenart 529914), die Umsetzung des Maßnahmeplans Energieregion Oberberg und die Kosten des Wettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“ (Kostenart 529915) veranschlagt.

In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die anfallenden Kosten für die Unterstützung von Regionalmessen und Veranstaltungen, der Aufbau und die Unterhaltung des Kompensationsflächenkatasters nach dem Landschaftsgesetz NRW und die Beschaffung von Planungsunterlagen verausgabt (Kostenart 543900). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Die Produktgruppe „1.09.01 Räumliche Planung“ beinhaltet weiter die Kosten von Projekten im Rahmen der Regionale 2010 (Projekt Kulturlandschaft Homburger Ländchen, Projekt Wasserquintett, Projekt Rad Region (Infrastruktur), Projekt Mühlen u. Hämmer, Steuerungskosten bzw. Umsetzung/Qualifizierung d Projekte Regionale 2010).

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

1.09.01 Räumliche Planung



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-2.328.638	-96.000	-320.000					
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.328.638	-96.000	-320.000					
10	- Personalauszahlungen	504.616	554.595	421.888	431.917		440.555	449.366	458.352
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.600.823	480.450	513.200	193.700		132.200	132.200	143.700
14	- Transferauszahlungen			65.500	131.000		131.000	131.000	131.000
15	- sonstige Auszahlungen	6.551	20.580	20.840	20.840		20.840	20.840	20.840
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	3.111.990	1.055.625	1.021.428	777.457		724.595	733.406	753.892
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	783.352	959.625	701.428	777.457		724.595	733.406	753.892

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.09.02.01 Geodätischer Raumbezug

1.09.02.02 Liegenschafts- und Ingenieurvermessung

1.09.02.02.01 Vermessungstätigkeit für Dritte

1.09.02.02.02 Verwaltungsinterne Vermessungstätigkeit

1.09.02.03 Führung der Liegenschaften Flurstücke und Gebäude

1.09.02.03.01 Übernahme beigebrachter Vermessungsschriften

1.09.02.03.02 Übernahme eigener Vermessungsschriften

1.09.02.03.03 Durchsetzung von Vermessungspflichten

1.09.02.04 Erhebung und Führung der Nutzung, Topografie und Bodenschätzung

1.09.02.05 Führung der Personen- und Bestandsdaten

1.09.02.06 Erneuerung des Liegenschaftskatasters

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.09.02.01

Geodätischer Raumbezug

Beschreibung

Ohne geodätischen Raumbezug (Lagebezugssystem ETRS89) können keine Koordinaten, Flächen, Höhen u.a. zuverlässig ermittelt werden. Der Raumbezug wird durch Vermessung und Berechnung im Innen- und Außendienst gebührenfrei als Grundlagendienst bereitgestellt. Hierbei ist die kontinuierliche Führung und Pflege des Anschlusspunktfeldes die Hauptaufgabe.

Auftragsgrundlage

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung

Ziele

Die Gewährleistung des geodätischen Raumbezugs ist umfassend durch fachliche Vorgaben geregelt; die verbleibenden Ermessensspielräume werden genutzt. Die Einhaltung der Vorgaben vorausgesetzt sollten quantitative Ziele angestrebt werden.

Die flächendeckende, hochgenaue Verfügbarkeit des geodätischen Lagebezugs ist Hauptziel.

Wirtschaftlich steht eine Kostenreduzierung, gemessen am Hauptverursacher, dem einzelnen Grundstück bzw. Flurstück, im Vordergrund.

Zielgruppen

Freie und gewerbliche Unternehmen sowie öffentliche Stellen, deren örtliche Erhebungen Raumbezug benötigen

1.09.02.02**Liegenschafts- und Ingenieurvermessung****Beschreibung**

Liegenschaftsvermessungen sind Teilungs-, Grenz- und Gebäudevermessungen, die auf Antrag gebührenpflichtig oder von Amts wegen gebührenfrei erbracht werden.

Von Amts wegen werden die Einmessungen der vor August 1972 errichteten Gebäude und alle Vermessungen zur Katastererneuerung (Produkt 1.09.02.06) durchgeführt.

Ingenieurvermessungen werden nur in Einzelfällen für interne Zwecke der Kreisverwaltung durchgeführt.

Auftragsgrundlage

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, Vermessungs- und Wertermittlungsgebührenordnung

Ziele

Die Ausführung von Liegenschaftsvermessungen ist umfassend durch fachliche Vorgaben geregelt; die verbleibenden Ermessensspielräume werden genutzt. Die Einhaltung der Vorgaben vorausgesetzt sollten quantitative Ziele angestrebt werden.

Mittelfristig stellt die Ausführung von Gebäudeeinmessungen die umfangreichste Aufgabe dar. Es ist eine größtmögliche Zahl anzustreben, um die vorhandenen Einmessungsdefizite der Altbauten baldmöglichst aufzuarbeiten.

Wirtschaftlich steht die Kostenreduzierung im Vordergrund. Bei gleichzeitiger Steigerung der Fallzahlen müssen sich die Kosten am Einzelvorgang orientieren.

Zielgruppen

Grundstückseigentümer als Antragsteller oder Beteiligte im Verfahren

1.09.02.03**Führung der Liegenschaften Flurstücke und Gebäude****Beschreibung**

Alle auf bzw. an Grundstücken vorgenommenen Veränderungen wie zum Beispiel die Errichtung eines Gebäudes, die Teilung eines Grundstücks oder der Umbau einer Straße haben Liegenschaftsvermessungen zur Folge. Diese von befugten Stellen durchgeführten Vermessungen müssen der Katasterbehörde eingereicht werden. Die sich anschließende Prüfung und Übernahme dieser Vermessungsergebnisse stellt die zentrale Pflichtaufgabe der Katasterführung dar.

Gebührenpflichtig erfolgt die Bildung von Flurstücken; gebührenfrei sind die Bearbeitung von Grenz- und Gebäudeeinmessungen sowie die Verschmelzung von Flurstücken.

Auftragsgrundlage

Darüber hinaus überwacht die Katasterbehörde die Gebäudeeinmessungspflicht und setzt diese im Einzelfall durch.

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, Vermessungs- und Wertermittlungsgebührenordnung, Kreisgebührensatzung

Ziele

Prüfung und Übernahme der Vermessungsergebnisse sind umfassend durch fachliche Vorgaben geregelt; die verbleibenden Ermessensspielräume werden genutzt. Die Einhaltung der Vorgaben vorausgesetzt sollten quantitative Ziele angestrebt werden.

Für die Wirtschaftsförderung ist im Besonderen eine zügige Bearbeitung von Flurstücksbildungen vorrangig. Auf der Kostenseite ist der erforderliche Personalaufwand an den erzielbaren Gebühreneinnahmen zu messen. Trotz schwieriger Voraussetzungen (Niedrige Bodenwerte, teilweise problematische Katasterqualität, gebührenfreie Vorgänge u.a.) soll die Kostendeckung langfristiges Ziel sein.

Für eine umfängliche, belastbare Nutzung des Liegenschaftskatasters ist mittelfristig die qualifizierte Vollständigkeit des Gebäudenachweises zu erreichen.

Zielgruppen

Befugte Vermessungsstellen (Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure, privilegierte Behörden), Grundstückseigentümer als Einmessungsverpflichtete bzw. Auftraggeber und als Antragsteller bei Vereinigungen

1.09.02.04

Erhebung und Führung der Nutzung, Topografie und Bodenschätzung

Beschreibung

Im Liegenschaftskataster sind in Ergänzung der Flurstücks- und Gebäudedaten flächendeckend und aktuell zu beschreiben:

- die tatsächlichen Flächennutzungen,
- die charakteristischen Geländeformen, baulichen Anlagen und wesentlichen Landschaftselemente (Topografie) sowie die von der Finanzbehörde durchgeführten Bodenschätzungen als Grundlage zur Besteuerung der landwirtschaftlichen Flächen.

Nutzung und Topographie werden im Innen- und Außendienst erfasst und ebenso wie die vom Finanzamt durchgeführte Bodenschätzung gebührenfrei als Grundlagendienst bereitgestellt.

Auftragsgrundlage

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, Grundsteuer-, Bewertungs- und Bodenschätzungsgesetz

Ziele

Die Laufendhaltung von Flächennutzung und Topografie ist umfassend durch fachliche Vorgaben geregelt; die verbleibenden Ermessensspielräume werden genutzt. Die Einhaltung der Vorgaben vorausgesetzt sollten quantitative Ziele angestrebt werden.

Die flächendeckende Aktualität stellt für die Nutzer den maßgeblichen Mehrwert der Geobasisdaten dar. Da ab 2013 neben der Laufendhaltung zusätzlich die Nutzung und Topografie von der Deutschen Grundkarte 1:5.000 in das Amtliche Liegenschaftskataster Informationssystem (ALKIS) überführt und dort als Amtliche Basiskarte neu herausgegeben werden muss, kann der erreichte Aktualitätsstand mittelfristig nur gehalten werden.

Wirtschaftlich steht die Kostenreduzierung, gemessen am Hauptverursacher, der zu bearbeitenden Fläche, im Vordergrund.

Zielgruppen

Aufgabenträger aus der Planung und Statistik, Unternehmen der Energieversorgung, Bauwillige, Ordnungsbehörden, Bewertungssachverständige, Finanz- und Steuerämter u.a. private / öffentliche Nutzer des Liegenschaftskatasters

1.09.02.05

Führung der Personen- und Bestandsdaten

Beschreibung

Das Liegenschaftskataster ist das amtliche Verzeichnis der Grundstücke im Sinne der Grundbuchordnung. Die Übereinstimmung zwischen Liegenschaftskataster und Grundbuch ist demnach zwingend zeitnah zu wahren. Die Amtsgerichte als Grundbuchämter teilen der Katasterbehörde die Eigentumsveränderungen überwiegend in digitaler Form mit. Diese müssen geprüft und gebührenfrei in das Liegenschaftskataster als Grundlagendienst übernommen werden.

Ergänzend werden weitere Personendaten, d.h. Informationen des Katasters zur Person, Anschrift, Verwaltung, Vertretung und Hinweise auf Baulasten geführt.

Auftragsgrundlage

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, Grundbuchordnung §2, Abs.2

Ziele

Die Laufendhaltung der Personen- und Bestandsdaten ist umfassend durch fachliche Vorgaben und programmtechnische Bedingungen geregelt. Deren Einhaltung vorausgesetzt sollten quantitative Ziele angestrebt werden.

Die flächendeckende Aktualität, d.h. die zeitnahe Übereinstimmung mit dem Grundbuch, stellt für die Nutzer den maßgeblichen Mehrwert der Eigentümerdaten dar. Eine Aktualitätsdifferenz von wenigen Tagen soll erreicht werden. Wirtschaftlich steht die Kostenreduzierung, gemessen am Hauptverursacher ‚Eigentümer‘, dessen Handeln Veränderungen der Personen- und Bestandsdaten zur Folge hat, im Vordergrund.

Zielgruppen

Alle Nutzer des Liegenschaftskatasters, die berechtigt sind, Eigentümerdaten einzusehen (Eigentümer und Berechtigte an Grundstücken, eine Vielzahl an Behörden, Energieversorgern, Banken, Architekten, Planern, Maklern u.v.a.m.)

1.09.02.06

Erneuerung des Liegenschaftskatasters

Beschreibung

Um den stetig steigenden Anforderungen der Nutzer zu genügen, ist das Liegenschaftskataster (LK) durch verschiedene Maßnahmen¹⁾ von Amts wegen zu erneuern, die sich in 3 Kategorien aufgliedern:

- E1: Umstellung der Karten, Pläne, Bücher, Listen, Skizzen, Urkunden und der historischen Unterlagen auf digitale Führung
- E2: Geometrische Verbesserung der Liegenschaftskarte durch Aufbau eines spannungsfreien Koordinatenkatasters
- E3: Umfassende Qualifizierung des LK durch Übernahme von Bodenordnungsverfahren (Flurbereinigungen, Umlegungen¹⁾) und durch eigene Maßnahmen.

¹⁾ Nur im Zusammenhang mit der Übernahme von Umlegungen sowie ggf. durch Zahlung von Landeszuschüssen im Rahmen besonderer Erneuerungsmaßnahmen können Erträge anfallen.

Auftragsgrundlage

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung

Ziele

Das langfristige Ziel aller Erneuerungsmaßnahmen muss deren Abschluss unter Beachtung der fachlichen Vorgaben sein. Die Reihenfolge der Kategorien stellt gleichzeitig eine Priorisierung dar.

Wirtschaftlich steht die Kostenreduzierung, gemessen an der Zahl der zu erneuernden Katasterfälle, d.h. der Flurstücke, im Vordergrund.

Zielgruppen

Alle privaten und öffentlichen Nutzer des Liegenschaftskatasters

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

1.09.02 Vermessung u. Führung v. Geobasisdaten



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-80.000						
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-438.879	-385.400	-410.400	-410.400	-410.400	-410.400	-410.400
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-12.196	-13.500	-20.220	-15.220	-20.220	-22.220	-15.220
10	= Ordentliche Erträge	-531.075	-398.900	-430.620	-425.620	-430.620	-432.620	-425.620
11	- Personalaufwendungen	2.663.188	2.735.100	2.751.805	2.789.168	2.746.340	2.800.737	2.852.642
12	- Versorgungsaufwendungen			196.213	200.628	206.689	212.905	217.567
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	215.027	199.826	164.327	177.920	184.220	191.720	192.699
14	- Bilanzielle Abschreibungen	750	5.097	9.343	9.816	14.839	18.000	19.250
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	268.482	305.392	267.134	271.147	275.289	301.405	303.015
17	= Ordentliche Aufwendungen	3.147.447	3.245.415	3.388.822	3.448.680	3.427.377	3.524.767	3.585.172
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	2.616.372	2.846.515	2.958.201	3.023.059	2.996.756	3.092.147	3.159.552
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	522						
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	522						
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	2.616.894	2.846.515	2.958.201	3.023.059	2.996.756	3.092.147	3.159.552
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	2.616.894	2.846.515	2.958.201	3.023.059	2.996.756	3.092.147	3.159.552
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-44.133	-75.892	-61.981	-61.946	-63.745	-64.770	-65.755

Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	210.630	297.713	256.992	258.226	257.989	261.587	264.372
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	2.783.392	3.068.336	3.153.212	3.219.340	3.191.000	3.288.964	3.358.169

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Vermessung und Führung von Geobasisdaten

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für die Ausführung von Vermessungen und die Übernahme von Vermessungsschriften gesammelt. Die einzelnen Gebühren können über Produkte/Teilprodukte noch weiter differenziert werden. Bei den *Kostenerstattungen und Kostenumlagen* handelt es sich um Kostenbeteiligungen z.B. durch Kommunen.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* umfasst die Kosten für die Arbeiten zur Erneuerung des Liegenschaftskatasters und die Ausgaben für Bildflüge (Kostenart 529100).

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

1.09.02 Vermessung u. Führung v. Geobasisdaten



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-80.000							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-410.887	-385.400	-410.400	-410.400		-410.400	-410.400	-410.400
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-12.000	-13.500	-20.000	-15.000		-20.000	-22.000	-15.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-7.266							
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-510.153	-398.900	-430.400	-425.400		-430.400	-432.400	-425.400
10	- Personalauszahlungen	2.559.536	2.070.059	2.190.823	2.242.651		2.287.506	2.333.256	2.379.920
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	237.666	252.400	199.400	214.750		222.800	230.300	231.300
15	- sonstige Auszahlungen	69.700	81.550	62.750	62.900		68.000	93.150	93.250
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.866.902	2.404.009	2.452.973	2.520.301		2.578.306	2.656.706	2.704.470
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	2.356.749	2.005.109	2.022.573	2.094.901		2.147.906	2.224.306	2.279.070
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	6.960	5.400	32.600	32.800		51.000	7.000	7.000
29	- sonstige Investitionsauszahlungen	21.569	4.000	4.000	4.000		4.000	5.000	5.000
30	= Summe: (investive Auszahlungen)	28.528	9.400	36.600	36.800		55.000	12.000	12.000
31	= Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	28.528	9.400	36.600	36.800		55.000	12.000	12.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante Investitionen/Ersatzbeschaffung von **geringwertigen Wirtschaftsgütern** (kurz GWG) und von **Betriebs- und Geschäftsausstattung** (kurz BGA) aus dem Bereich **Katasterverwaltung**. Der Ansatz ist für vermessungstechnische Geräte bzw. IT-Geräte bestimmt, welche nicht angemietet werden. Betriebs- und Geschäftsausstattung ist ein Begriff der kaufmännischen Buchführung. Darunter fallen Gegenstände (über 410 Euro netto), die der langfristigen Betriebsbereitschaft eines Unternehmens dienen. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird im ersten Teil des Inventars als Vermögensposten geführt. In der Bilanz wird sie den Sachanlagen zugeordnet und ist damit ein Teil des Anlagevermögens. BGAs werden über den Zeitraum ihrer Nutzungsdauer abgeschrieben, über Kostenstellen werden die Beschaffungen verursachungsgerecht den Ämtern/Produkten zugeordnet. Geringwertige Wirtschaftsgüter können, im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, im Jahr der Anschaffung oder Herstellung voll als Betriebsausgabe abgesetzt werden. Voraussetzungen für ein geringwertiges Wirtschaftsgut: es muss eigenständig nutzbar sein, es muss beweglich sein, es muss länger als ein Jahr dem Betrieb dienen und die Anschaffungs- oder Herstellungskosten liegen zwischen 60,- und 410,- Euro (netto).

Die o. g. Investitionen werden über die *Finanzstelle 5.620001* (BGA, Technische Geräte, Anlagevermögen > 410 Euro netto) bzw. bzw. über die *Finanzstelle 5.620002* (GWG, Technische Geräte, Anlagevermögen < 410 Euro netto) abgewickelt.

In den Jahren 2013 und 2014 werden Investitionen von jeweils 27.000 Euro, sowie in 2015 45.000 € für neue Messfahrzeuge eingeplant (PSP-I 5.620003.710).

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

- 1.09.03.01 Bereitstellung von Geodaten und kartografischen Produkten
 - 1.09.03.01.01 Nutzung von Abrufverfahren
 - 1.09.03.01.02 Betrieb von Abrufverfahren
 - 1.09.03.01.03 Zugriff auf Abrufverfahren

- 1.09.03.02 Abgabe von Geodaten und kartografischen Produkten
 - 1.09.03.02.01 Abgabe von digitalen Geobasisdaten
 - 1.09.03.02.02 Abgabe von analogen Geobasisdaten
 - 1.09.03.02.03 Abgabe von digitalen kommunalen Geodaten
 - 1.09.03.02.04 Abgabe von analogen kommunalen Geodaten
 - 1.09.03.02.05 Interne Ausdrücke und digitale Vervielfältigungen
 - 1.09.03.02.06 Ausdrücke und digitale Vervielfältigungen
 - 1.09.03.02.07 Bescheinigungen
 - 1.09.03.02.08 Unschädlichkeitszeugnisse
 - 1.09.03.02.09 Einnahmen für Dritte (Land)

- 1.09.03.03 Abgabe von Geobasisdaten des Vermessungszahlenwerks
 - 1.09.03.03.01 Vermessungsunterlagen ohne MwSt
 - 1.09.03.03.02 Vermessungsunterlagen mit MwSt

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.09.03.01**Bereitstellung von Geodaten und kartografischen Produkten****Beschreibung**

Um den Nutzern aus Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft eine hochwertige Grundlage für anstehende Entscheidungen zu geben, werden die verfügbaren Geodaten aufbereitet und aktuell mittels Web-basierter Geodienste bereitgestellt. Hierdurch entstehen bei den Nutzern Mehrwerte in Form von Zeitersparnissen und nachhaltiger Belastbarkeit der Informationen, was durch deren Flächendeckung, Aktualität, Zuverlässigkeit, Standardisierung, Transparenz, Verknüpfbarkeit u.a. begründet ist.

Die Kreisverwaltung setzt hierzu freie und Quellcode-offene Programme im Geodienst *Rauminformation Oberberg (RIO)* ein. Neben frei zugänglichen Diensten sind auch kostenpflichtige Erweiterungen des Geodienstes vereinbar.

Auftragsgrundlage

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, Geodatenzugangsgesetz (GeoZG NRW), Vermessungs- und Wertermittlungsgebührenordnung

Ziele

Die Einhaltung der informationstechnischen Sicherheitsvorgaben und der geltenden Kostenordnungen wird vorausgesetzt.

Inhalt, Aktualität und Verfügbarkeit des Web-basierten Geodienstes sind ausschlaggebende Parameter für dessen Nutzung. Da die bei den Nutzern entstehenden Mehrwerte quantitativ nicht erfassbar sind, sollte die Steigerung der Datenzugriffe und der Zahl der vertraglich gebundenen Nutzer angestrebt werden.

Zur Erfassung von Zugriffszahlen sind die programmtechnischen Voraussetzungen zu schaffen.

Wirtschaftlich steht eine Kosten-Nutzen-Bilanzierung im Vordergrund. Aufgrund der erheblichen Streuung der Nutzer sind die Kosten an der Einwohnerzahl zu messen.

Zielgruppen

Nutzer von Geoinformationen aus Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft

1.09.03.02

Abgabe von Geodaten und kartografischen Produkten

Beschreibung

Die Geobasisdaten des amtlichen Vermessungswesens und kommunale Geodaten können digital und analog erworben werden. Es werden zudem Bescheinigungen und Unschädlichkeitszeugnisse ausgestellt sowie Vermessungs- und Vereinigungsanträge entgegengenommen. Sonderdienstleistungen für Scanarbeiten, spezielle Daten- oder Druckausgaben werden angeboten.

Regelmäßig sind in diesem Zusammenhang beratende und klärende Gespräche zu führen.

Darüber hinaus sind die sonstigen befugten Behörden (zurzeit alle kreisangehörigen Gemeinden) in ihrer Vertriebstätigkeit zu unterstützen.

Auftragsgrundlage

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, Vermessungs- und Wertermittlungsgebührenordnung, Unschädlichkeitsgesetz, Kreisgebührensatzung

Ziele

Die Einhaltung der geltenden Kostenordnungen und -vorgaben wird vorausgesetzt. Die beratenden Tätigkeiten sind nachhaltig und qualifiziert wahrzunehmen.

Für die Wirtschaftsförderung ist im Besonderen eine zügige Bearbeitung der Anträge vorrangig.

Auf der Kostenseite ist der erforderliche Personalaufwand an den erzielbaren Gebühreneinnahmen zu messen. Trotz schwieriger Voraussetzungen (Parallelvertrieb durch die kreisangehörigen Gemeinden, nicht gebührende bzw. gebührenfreie Vorgänge usw.) soll eine Kostendeckung langfristiges Ziel sein.

Zielgruppen

Auskunftssuchende und Antragssteller aus Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft

1.09.03.03

Abgabe von Geobasisdaten des Vermessungszahlenwerks

Beschreibung

Zur Vorbereitung und Durchführung aller grundstücksbezogenen Vermessungsarbeiten werden für private und hoheitlich tätige Vermessungsstellen die notwendigen Unterlagen bereitgestellt und überwiegend gebührenfrei abgegeben.

Auftragsgrundlage

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, Vermessungs- und Wertermittlungsgebührenordnung

Ziele

Die Einhaltung der geltenden Gebührenordnung und die Vollständigkeit der Datenabgaben bzw. der Vermessungsunterlagen werden vorausgesetzt. Für die Wirtschaftsförderung ist eine zügige Bearbeitung der Anträge vorrangig. Ab 2014 sollen die Geobasisdaten des Vermessungszahlenwerkes umfassend mit Web-basierten Geodiensten bereitgestellt werden.

Zielgruppen

Freie und gewerbliche Vermessungsbüros sowie sonstige gewerbliche Antragsteller

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

1.09.03 Geoinformationsdienste, Geodatenmanag.

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-205.173	-182.700	-197.200	-207.200	-209.700	-211.200	-212.700
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-326	-300					
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-4.925	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000
10	= Ordentliche Erträge	-210.425	-203.000	-217.200	-227.200	-229.700	-231.200	-232.700
11	- Personalaufwendungen	726.778	755.427	888.609	913.046	914.395	932.591	950.538
12	- Versorgungsaufwendungen			33.166	34.404	35.443	36.509	37.308
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	31.306	64.153	62.853	65.357	68.357	67.657	68.669
14	- Bilanzielle Abschreibungen	113						
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	78.056	86.705	82.134	83.368	83.197	84.002	84.497
17	= Ordentliche Aufwendungen	836.252	906.286	1.066.762	1.096.175	1.101.392	1.120.758	1.141.012
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	625.828	703.286	849.562	868.975	871.692	889.558	908.312
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	625.828	703.286	849.562	868.975	871.692	889.558	908.312
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	625.828	703.286	849.562	868.975	871.692	889.558	908.312
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	40.496	64.573	60.003	59.753	59.434	60.500	61.461
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	666.324	767.859	909.565	928.728	931.126	950.058	969.772

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Geoinformationsdienste

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für die Nutzung von Abrufverfahren, die Abgabe von Geobasisdaten sowie für kartentechnische Auftragsarbeiten und Bescheinigungen veranschlagt.

Bei der Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte (Kontenart 441) / Kostenerstattungen (Kontenart 442)* werden die Einnahmen aus dem Verkauf von Geobasisdaten sowie die Kostenerstattungen für den Betrieb von Abrufverfahren und für die Abgabe von Geobasisdaten durch das Land angesetzt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* sind die anteilmäßigen Kosten für die Unterhaltung der Datenverarbeitungseinrichtungen (Wartung, Dienstleistungen für IT), Ausgaben für die zum Weiterverkauf (Kostenart 526600) bestimmten, fertigen Produkte und auch die Erstattungen an das Land (Kostenart 525200) aus dem Verkauf von Landesdaten enthalten.

Unter der Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die Leasingaufwendungen (Kostenart 542200) für IT-Bedarf gebucht. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

1.09.03 Geoinformationsdienste, Geodatenmanag.



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-216.542	-182.700	-197.200	-207.200		-209.700	-211.200	-212.700
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-685	-300						
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-4.925	-20.000	-20.000	-20.000		-20.000	-20.000	-20.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-2.016							
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-224.168	-203.000	-217.200	-227.200		-229.700	-231.200	-232.700
10	- Personalauszahlungen	616.104	501.210	591.825	611.470		623.699	636.172	648.895
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	14.255	34.000	42.700	44.200		46.200	45.500	46.500
15	- sonstige Auszahlungen	2.720							
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	633.078	535.210	634.525	655.670		669.899	681.672	695.395
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	408.910	332.210	417.325	428.470		440.199	450.472	462.695

Beschreibung

Der Gutachterausschuss für Grundstückswerte ist ein mit Bewertungssachverständigen besetztes, neutrales und von Weisungen unabhängiges Kollegialgremium. Zur Aufgabenerfüllung ist eine Geschäftsstelle bei der Kreisverwaltung vorzuhalten. Pflichtaufgaben sind:

- *[kostenfrei als Grundlagendienst zu erbringen:]*
Führung der Kaufpreissammlung, Festsetzung und Beauskunftung der Bodenrichtwerte, Ableitung von für die Wertermittlung erforderlichen Daten (z.B. Liegenschaftszinssätze, Marktfaktoren), Erstellung von Marktberichten u.a.m.
- *[gebührenpflichtig auf Antrag zu erbringen:]*
Gutachten, Wertauskünfte, Stellungnahmen über Grundstückswerte, Auswertungen aus der Kaufpreissammlung, Datenvertrieb
- *[kostenfrei auf Antrag zu erbringen:]*
Wertermittlungen in Sozial- und Arbeitslosenangelegenheiten

Auftragsgrundlage

Baugesetzbuch §§ 192ff i.V.m. der Gutachterausschussverordnung NRW, Vermessungs- und Wertermittlungsgebührenordnung, Justizvergütungs- und Entschädigungsgesetz

Ziele

Die Tätigkeiten des Gutachterausschusses und seiner Geschäftsstelle sind vielfältig. Es handelt sich sowohl um Grundlagendienste als auch um antragsbezogene Dienstleistungen. Während z.B. die Führung der Kaufpreissammlung auf der einen Seite klaren Vorgaben unterliegt, ist die Grundstücksbewertung andererseits geprägt durch eine Vielzahl von Ermessensspielräumen. Dieses heterogene Aufgabenspektrum führt dazu, dass ein umfassendes, den gesamten Arbeitsbereich abdeckendes Ziel nicht festzulegen ist.

Für die Grundlagendienste sollen zeitnahe und termingerechte Bearbeitung sowie die Nutzerakzeptanz der Produkte im Vordergrund stehen.

Die Wirtschaftlichkeit des Gutachterausschusses und im Besonderen der antragsbezogenen Dienstleistungen soll sich am Hauptverursacher ‚Eigentümer‘, dessen Handeln den Grundstücksmarkt prägt, und an einem gebietstypischen Parameter, der Zahl der Bodenrichtwerte, orientieren.

Zielgruppen

Eigentümer und sonstige Berechtigte an Grundstücken, Banken, Versicherungen, Steuerberater, Immobilienmakler, Sachverständige, Finanz-, Arbeits-, Sozial-, Bodenordnungs-, Planungs-, Bau- und Liegenschaftsbehörden, Gerichte u.a.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

1.09.04 Grundstückswertermittlung

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-6.492	-34.000	-37.500	-37.500	-39.500	-41.500	-43.500
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-1.830	-1.500	-2.500	-2.500	-2.500	-2.500	-2.500
10	= Ordentliche Erträge	-8.322	-35.500	-40.000	-40.000	-42.000	-44.000	-46.000
11	- Personalaufwendungen	458.104	475.973	511.242	522.504	523.040	533.446	543.701
12	- Versorgungsaufwendungen			19.337	20.169	20.779	21.404	21.873
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	24.004	25.077	15.077	15.579	16.079	16.079	16.085
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	58.687	63.851	60.564	61.181	61.594	62.998	64.245
17	= Ordentliche Aufwendungen	540.796	564.901	606.220	619.433	621.492	633.927	645.905
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	532.474	529.401	566.220	579.433	579.492	589.927	599.905
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	532.474	529.401	566.220	579.433	579.492	589.927	599.905
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	532.474	529.401	566.220	579.433	579.492	589.927	599.905
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	20.223	35.022	31.849	31.629	31.371	31.939	32.448
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	552.697	564.423	598.069	611.062	610.863	621.866	632.353

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Grundstückswertermittlung

In der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für Auskünfte, Auswertungen, Marktberichte, Bodenrichtwerte, Gutachten und Wertermittlungen für kommunale Zwecke veranschlagt. Unter der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* sind Erstattungen vom Land (Kostenart 442200) aus deren Einnahmen aus der Abgabe von Bodenrichtwerten und Marktberichten kalkuliert.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Unter die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* (Kostenart 529100) fallen die Ausgaben für die Vergabe von Wertermittlungen in Sozial- und Arbeitslosenangelegenheiten.

Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* (Kostenart 542800) umfasst die Aufwendungen für die Entschädigung der Mitglieder des Gutachterausschusses. Zu den *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

1.09.04 Grundstückswertermittlung



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-6.606	-34.000	-37.500	-37.500		-39.500	-41.500	-43.500
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-1.830	-1.500	-2.500	-2.500		-2.500	-2.500	-2.500
7	+ Sonstige Einzahlungen	-57							
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-8.493	-35.500	-40.000	-40.000		-42.000	-44.000	-46.000
10	- Personalauszahlungen	397.344	323.658	346.748	356.006		363.126	370.388	377.796
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	20.191	10.000	5.000	5.000		5.000	5.000	5.000
15	- sonstige Auszahlungen	20.889	20.500	19.500	19.500		20.000	21.000	22.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	438.424	354.158	371.248	380.506		388.126	396.388	404.796
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	429.931	318.658	331.248	340.506		346.126	352.388	358.796

Haushaltsplan 2013/2014

1.10 Bauen und Wohnen

verantwortlich:

KD, Dez. III, Dez. IV



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-991.459	-594.000	-715.000	-715.000	-715.000	-715.000	-715.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-9.360	-255.000	-13.203	-13.203	-13.203	-13.203	-13.203
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-7.750	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000
10	= Ordentliche Erträge	-1.008.569	-856.000	-735.203	-735.203	-735.203	-735.203	-735.203
11	- Personalaufwendungen	2.313.611	2.578.272	2.618.180	2.667.631	2.610.609	2.662.227	2.710.871
12	- Versorgungsaufwendungen			217.240	224.551	231.334	238.292	243.510
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	19.925	251.529	53.427	71.629	71.629	71.629	71.629
14	- Bilanzielle Abschreibungen	2.123	6.452	6.201	7.445	8.670	9.901	10.415
15	- Transferaufwendungen		3.400	3.400	3.400	3.400	3.400	3.400
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	133.496	159.980	153.023	153.798	154.047	154.436	154.824
17	= Ordentliche Aufwendungen	2.469.155	2.999.633	3.051.472	3.128.453	3.079.689	3.139.884	3.194.649
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.460.586	2.143.633	2.316.269	2.393.250	2.344.486	2.404.681	2.459.446
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	228						
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	228						
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.460.814	2.143.633	2.316.269	2.393.250	2.344.486	2.404.681	2.459.446
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.460.814	2.143.633	2.316.269	2.393.250	2.344.486	2.404.681	2.459.446
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	187.079	266.148	232.841	234.071	233.208	236.407	238.054

Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.647.893	2.409.781	2.549.110	2.627.322	2.577.694	2.641.087	2.697.500

Haushaltsplan 2013/2014

1.10 Bauen und Wohnen

verantwortlich:

KD, Dez. III, Dez. IV



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.013.857	-594.000	-715.000	-715.000		-715.000	-715.000	-715.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-9.167	-255.000	-13.000	-13.000		-13.000	-13.000	-13.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-1.525	-7.000	-7.000	-7.000		-7.000	-7.000	-7.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.024.549	-856.000	-735.000	-735.000		-735.000	-735.000	-735.000
10	- Personalauszahlungen	2.039.481	1.811.688	1.925.404	1.983.480		2.023.149	2.063.611	2.104.882
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	14.662	250.880	50.980	70.980		70.980	70.980	70.980
14	- Transferauszahlungen		3.400	3.400	3.400		3.400	3.400	3.400
15	- sonstige Auszahlungen	25.056	34.980	35.980	35.980		35.980	35.980	35.980
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.079.200	2.100.948	2.015.764	2.093.840		2.133.509	2.173.971	2.215.242
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.054.651	1.244.948	1.280.764	1.358.840		1.398.509	1.438.971	1.480.242

Beschreibung

Diese Produktgruppe fasst folgende Produkte zusammen:

1.10.01.01 Untere Bauaufsicht

1.10.01.02 Bauordnungsbehördliche Verfahren

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.10.01.01

Untere Bauaufsicht

Beschreibung

- Bearbeitung von und Entscheidung über Bauanträge und Anträge auf Vorbescheid auf der Grundlage der BauO NRW, einschließlich Abweichungen und Befreiungen nach BauGB
- Baurechtliche Prüfung von Anträgen nach anderen Rechtsvorschriften, wie z.B. dem Bundesimmissionsschutzgesetz
- Bauberatung außerhalb von Verfahren
- Bauzustandsbesichtigungen
- Wiederkehrende Prüfungen von Sonderbauten
- Abnahmen von Fahrgeschäften und Zelten

Auftragsgrundlage

Bauordnung des Landes NRW, Baugesetzbuch

Ziele

- Sicherstellung der Qualitätsmerkmale des Gütesiegels als mittelstandsfreundliche Verwaltung, insbesondere der Servicezusage einer Baugenehmigung innerhalb von 40 Werktagen nach Antragseingang für gewerbliche Vorhaben
- Zeitnahe Entscheidungen aller übrigen Bauanträge
- Rechtssichere Entscheidungen: Quote von mind. 90% für den Kreis erfolgreich abgeschlossener verwaltungsrechtlicher Streitverfahren

Zielgruppen

Bauherren und Architekten, Eigentümer und Nutzer baulicher Anlagen

1.10.01.02

Bauordnungsbehördliche Verfahren

Beschreibung

- Abwicklung von ordnungsbehördlichen Verfahren zur Beseitigung baurechtswidriger Zustände
- Prüfung und Bearbeitung von Teilungsanträgen und Anträgen auf Abgeschlossenheitsbescheinigung
- Durchführung von örtlichen Überprüfungen und Baukontrollen im Rahmen von ordnungsbehördlichen Verfahren und Abnahmen im Baugenehmigungsverfahren
- Vorbereitung und Eintragung /löschung von Baulasten
- Führung des Baulastenverzeichnisses
- Erteilung von Baulastauskünften
- Ablehnungen von Bauanträgen und Bauvorbescheiden
- Abwicklung von Schriftverkehr mit der oberen und obersten Bauaufsichtsbehörde (Eingaben, Petitionen)
- Fachliche Begleitung der beim Rechtsamt abzuwickelnden Klageverfahren in baurechtlichen Angelegenheiten

Auftragsgrundlage

Bauordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (BauO NRW), Baugesetzbuch (BauGB); Allgemeine Verwaltungsgebührenordnung NRW (AVerwGebO NRW)

Ziele

- Zeitnahe und rechtssichere Abwicklung der ordnungsbehördlichen Verfahren:
Aufnahme des Verfahrens innerhalb einer Woche nach Eingang der Meldung §8 BauO NRW)
Quote von mindestens 90% für den Kreis erfolgreich abgeschlossener Klageverfahren
- Rechtssichere und zeitnahe Erteilung der beantragten Teilungsgenehmigungen innerhalb eines Monats:
Quote von mindestens 90% für den Kreis erfolgreich abgeschlossener Klageverfahren
Entscheidung innerhalb eines Monats
- Zeitnahe Erteilung der Abgeschlossenheitsbescheinigungen, Baulasteintragungen und Baulastauskünften sowie Ablehnungen der Bauanträge und Bauvorbescheide

Zielgruppen

Bauherren und Grundstückseigentümer und Nutzer baulicher Anlagen im Zuständigkeitsbereich der Bauaufsicht des Oberbergischen Kreises

Haushaltsplan 2013/2014

1.10 Bauen und Wohnen

verantwortlich:

1.10.01 Maßnahmen der Bauaufsicht

Dezernat IV



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-950.900	-555.000	-685.000	-685.000	-685.000	-685.000	-685.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-349	-248.000	-6.203	-6.203	-6.203	-6.203	-6.203
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-7.750	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000
10	= Ordentliche Erträge	-958.999	-810.000	-698.203	-698.203	-698.203	-698.203	-698.203
11	- Personalaufwendungen	1.774.894	1.984.548	2.088.568	2.133.888	2.092.357	2.133.751	2.172.917
12	- Versorgungsaufwendungen			165.497	171.318	176.493	181.801	185.782
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	19.728	251.393	52.958	71.493	71.493	71.493	71.493
14	- Bilanzielle Abschreibungen	1.863	6.452	6.201	7.445	8.670	9.901	10.415
15	- Transferaufwendungen		3.400	3.400	3.400	3.400	3.400	3.400
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	108.008	129.062	124.752	125.367	125.692	125.951	126.210
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.904.492	2.374.855	2.441.377	2.512.910	2.478.105	2.526.296	2.570.217
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	945.494	1.564.855	1.743.174	1.814.707	1.779.902	1.828.093	1.872.014
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	228						
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	228						
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	945.722	1.564.855	1.743.174	1.814.707	1.779.902	1.828.093	1.872.014
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	945.722	1.564.855	1.743.174	1.814.707	1.779.902	1.828.093	1.872.014
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-4.838	-7.926	-6.397	-6.534	-6.712	-6.834	-6.898

Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	134.826	198.491	172.904	173.765	172.895	175.104	176.729
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.075.710	1.755.421	1.909.680	1.981.938	1.946.084	1.996.363	2.041.844

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Maßnahmen der Bauaufsicht

In der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind bauaufsichtliche Genehmigungsgebühren sowie Gebühren für Teilungsgenehmigungen, für die Ablehnung bauaufsichtlicher Verfahren, für die Eintragung von Baulasten, für Abgeschlossenheitsbescheinigungen nach dem Wohnungseigentumsgesetz und für ordnungsrechtliche Maßnahmen zusammengefasst (Kostenart 431100). Die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* beinhaltet die Erstattung der Kosten für die Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Kostenart 442900). Bei den *Sonstigen ordentlichen Erträgen* handelt es sich um Zwangsgelder (Kostenart 452120).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* erfasst die Kosten der Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Kostenart 524902) sowie anfallende Kosten für Katasterunterlagen bzw. Katastermaterial (Kostenart 529100). Über die Kontengruppe *Transferaufwendungen* werden Erstattungen von Verwaltungsgebühren und die Rückzahlung von Zwangsgeldern a.V. abgebildet (Kostenart 539300). Zu den *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Bei der *Internen Leistungsverrechnung* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat IV

1.10 Bauen und Wohnen

1.10.01 Maßnahmen der Bauaufsicht



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-955.459	-555.000	-685.000	-685.000		-685.000	-685.000	-685.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-156	-248.000	-6.000	-6.000		-6.000	-6.000	-6.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-1.525	-7.000	-7.000	-7.000		-7.000	-7.000	-7.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-957.140	-810.000	-698.000	-698.000		-698.000	-698.000	-698.000
10	- Personalauszahlungen	1.582.397	1.405.370	1.540.411	1.590.515		1.622.325	1.654.771	1.687.866
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	14.662	250.880	50.980	70.980		70.980	70.980	70.980
14	- Transferauszahlungen		3.400	3.400	3.400		3.400	3.400	3.400
15	- sonstige Auszahlungen	25.056	34.980	35.980	35.980		35.980	35.980	35.980
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.622.116	1.694.630	1.630.771	1.700.875		1.732.685	1.765.131	1.798.226
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	664.977	884.630	932.771	1.002.875		1.034.685	1.067.131	1.100.226

Beschreibung

Fachaufsicht über die Unteren Denkmalbehörden im Oberbergischen Kreis durch

- Beratung und Information der Unteren Denkmalbehörden
- Durchführung von Geschäftsprüfungen
- Bearbeitung von Eingaben, Beschwerden und Petitionen
- Erteilung von Grabungserlaubnissen

Auftragsgrundlage

Genehmigung von Denkmalbereichssatzungen
DSchG NRW, VwVfG, GO

Ziele

- Sinnvolle Erhaltung und Nutzung von erhaltenswerter Bausubstanz, Einhaltung der Vorschriften des DSchG NRW,
- Effiziente, zeitnahe und rechtssichere Beratung und Unterstützung der Unteren Denkmalbehörden
Terminangebot für Beratungen von Kommunen innerhalb einer Woche
- Effiziente Fachaufsicht:
Genehmigung von Denkmalbereichssatzungen innerhalb von 4 Wochen
mind. eine Geschäftsprüfung pro Untere Denkmalbehörde alle 5 Jahre, d.h. 2-3 pro Jahr

Zielgruppen

Untere Denkmalbehörden im Oberbergischen Kreis, Einsender von Eingaben, Beschwerden und Petitionen,
Denkmaleigentümer, Rheinisches Amt für Denkmalpflege

Haushaltsplan 2013/2014

1.10 Bauen und Wohnen

verantwortlich:

1.10.02 Denkmalschutz u. Denkmalpflege

Dezernat IV



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
11	- Personalaufwendungen	36.591	41.887	37.485	37.526	35.289	35.978	36.573
12	- Versorgungsaufwendungen			5.909	6.079	6.263	6.451	6.592
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	23	13	42	13	13	13	13
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.041	2.360	2.275	2.287	2.294	2.299	2.304
17	= Ordentliche Aufwendungen	38.655	44.261	45.711	45.905	43.858	44.741	45.482
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	38.655	44.261	45.711	45.905	43.858	44.741	45.482
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	38.655	44.261	45.711	45.905	43.858	44.741	45.482
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	38.655	44.261	45.711	45.905	43.858	44.741	45.482
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.933	3.873	3.254	3.285	3.298	3.360	3.399
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	41.588	48.134	48.965	49.190	47.156	48.101	48.881

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Denkmalschutz und Denkmalpflege

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat IV

1.10 Bauen und Wohnen

1.10.02 Denkmalschutz u. Denkmalpflege



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
10	- Personalauszahlungen	27.709	26.991	25.958	26.533		27.064	27.605	28.157
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	27.709	26.991	25.958	26.533		27.064	27.605	28.157
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	27.709	26.991	25.958	26.533		27.064	27.605	28.157

Beschreibung

- Gefördert wird durch zinsgünstige Darlehen der NRW.BANK.
Im Bereich der Förderung von selbstgenutztem Wohneigentum
- Entscheidung über Anträge auf
 - o Förderung des Neubaus und des Erwerbs von selbstgenutztem Wohneigentum
 - o Reduzierung von Barrieren im Bestand
 - o Energetische Sanierung
 - Förderzusagen, Abstimmung mit der NRW.BANK
 - Bau- und Finanzierungsberatung, Ortstermine
 - Bauzustandsbesichtigungen
- Im Bereich der Förderung von Mietwohnungen
- Entscheidung über Anträge auf
 - o Förderung des Neubaus von Mietwohnungen
 - o Reduzierung von Barrieren und energetische Sanierung im Bestand
 - Förderzusagen, Abstimmung mit der NRW.BANK
 - Bau- und Finanzierungsberatung, Ortstermine
 - Bauzustandsbesichtigungen

Auftragsgrundlage

Gesetz zur Förderung und Nutzung von Wohnraum (WFNG NRW), RL BestandsInvest i.V.m. dem jeweils aktuellen Wohnraumförderungsprogramm WoFP des Landes NRW

Ziele

- Nachhaltige Versorgung mit preiswertem Wohnraum, insbesondere für Haushalte mit Kindern und für Menschen mit Behinderungen
- Schaffung von selbstgenutztem Wohneigentum
- Anpassung von Wohnraum an geänderte Wohnbedürfnisse durch energetische Sanierung und barrierefreien Umbau

Zielgruppen

Haushalte, die sich am Markt nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können und auf Unterstützung angewiesen sind. Investoren, Eigentümer/innen von bestehendem Wohnraum

Haushaltsplan 2013/2014

1.10 Bauen und Wohnen

verantwortlich:

1.10.03 Wohnungsbauförderung

Kreisdirektor



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-30.894	-30.000	-21.000	-21.000	-21.000	-21.000	-21.000
10	= Ordentliche Erträge	-30.894	-30.000	-21.000	-21.000	-21.000	-21.000	-21.000
11	- Personalaufwendungen	296.028	322.506	272.702	275.196	270.300	275.651	280.730
12	- Versorgungsaufwendungen			20.566	21.158	21.797	22.452	22.944
17	= Ordentliche Aufwendungen	296.028	322.506	293.268	296.354	292.097	298.103	303.674
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	265.134	292.506	272.268	275.354	271.097	277.103	282.674
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	265.134	292.506	272.268	275.354	271.097	277.103	282.674
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	265.134	292.506	272.268	275.354	271.097	277.103	282.674
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	33.427	39.086	35.788	35.877	35.720	36.217	35.921
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	298.561	331.592	308.056	311.231	306.817	313.320	318.596

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Wohnungsbauförderung

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für Entscheidungen im sozialen Wohnungsbau ausgewiesen.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.10 Bauen und Wohnen

1.10.03 Wohnungsbauförderung



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-49.008	-30.000	-21.000	-21.000		-21.000	-21.000	-21.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-49.008	-30.000	-21.000	-21.000		-21.000	-21.000	-21.000
10	- Personalauszahlungen	256.614	223.807	201.729	205.559		209.670	213.864	218.141
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	256.614	223.807	201.729	205.559		209.670	213.864	218.141
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	207.606	193.807	180.729	184.559		188.670	192.864	197.141

Beschreibung

Erfassung, Kontrolle und Überwachung von Sozialwohnungen

- Erteilung von Nutzungsgenehmigungen
- Mietangelegenheiten

Auftragsgrundlage

Wohnungsbindungsgesetz (WoBindG), Wohnraumförderungsgesetz (WoFG)

Ziele

Zielgruppen

Vermieter und Eigentümer, Wohnungsinhaber und Wohnungssuchende

Haushaltsplan 2013/2014

1.10 Bauen und Wohnen

verantwortlich:

1.10.04 Wohnraumsicherung und -versorgung

Dezernat III



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-9.665	-9.000	-9.000	-9.000	-9.000	-9.000	-9.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-9.012	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000
10	= Ordentliche Erträge	-18.677	-16.000	-16.000	-16.000	-16.000	-16.000	-16.000
11	- Personalaufwendungen	134.780	144.358	146.570	148.367	145.292	148.165	150.876
12	- Versorgungsaufwendungen			11.950	12.294	12.665	13.046	13.332
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	145	99	351	99	99	99	99
14	- Bilanzielle Abschreibungen	260						
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	20.025	24.383	21.973	22.098	22.005	22.120	22.236
17	= Ordentliche Aufwendungen	155.210	168.840	180.843	182.859	180.061	183.430	186.543
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	136.534	152.840	164.843	166.859	164.061	167.430	170.543
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	136.534	152.840	164.843	166.859	164.061	167.430	170.543
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	136.534	152.840	164.843	166.859	164.061	167.430	170.543
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	16.096	25.569	21.411	21.745	22.057	22.497	22.771
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	152.629	178.409	186.255	188.604	186.118	189.928	193.314

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Wohnraumsicherung und -versorgung

Bei der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* handelt es sich um Gebühren (Kostenart 431100) für Entscheidungen nach dem WoBindG. Unter der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* werden die Verwaltungskostenbeiträge (Kostenart 442200) der Wohnungsbauförderungsanstalt vereinnahmt. Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* weist Geldleistungen nach § 25 WoBindG aus (Kostenart 452100).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Bei der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* handelt es sich um die Weiterleitung der Geldleistung (Kostenart 549900) nach §25 WoBindG an die WFA. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat III

1.10 Bauen und Wohnen

1.10.04 Wohnraumsicherung und -versorgung



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-9.390	-9.000	-9.000	-9.000		-9.000	-9.000	-9.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-9.012	-7.000	-7.000	-7.000		-7.000	-7.000	-7.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-18.402	-16.000	-16.000	-16.000		-16.000	-16.000	-16.000
10	- Personalauszahlungen	120.693	102.342	107.909	110.408		112.616	114.868	117.165
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	120.693	102.342	107.909	110.408		112.616	114.868	117.165
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	102.291	86.342	91.909	94.408		96.616	98.868	101.165

Beschreibung

Fachaufsicht über die Unteren Bauaufsichtsbehörden im Oberbergischen Kreis durch

- Beratung und Information der Unteren Bauaufsichtsbehörden
- Durchführung von Geschäftsprüfungen
- Bearbeitung von Eingaben, Beschwerden und Petitionen

Auftragsgrundlage

Beratung von Bürgern in Bauangelegenheiten

BauGB, BauO NRW, Baunebenrecht, VwVfG, VwGO

Ziele

- Einhaltung bauordnungs- und bauplanungsrechtlicher Vorschriften im Wege der Fachaufsicht:
- Reaktion auf Eingaben innerhalb einer Woche
- Geschäftsprüfungen der Unteren Bauaufsichtsbehörden alle 5 Jahre
- effiziente, zeitnahe und rechtssichere Beratung und Unterstützung der Unteren Bauaufsichtsbehörden
- Beantwortung von Beratungsanfragen innerhalb einer Woche
- Angebot zu einem Beratungstermin innerhalb einer Woche

Zielgruppen

Untere Bauaufsichtsbehörden im Oberbergischen Kreis, Einsender von Eingaben, Beschwerden und Petitionen, am Bau beteiligte, Bezirksregierung, Ministerium für Bauen und Verkehr

Haushaltsplan 2013/2014

1.10 Bauen und Wohnen

verantwortlich:

1.10.05 Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht

Dezernat IV



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
11	- Personalaufwendungen	71.319	84.973	72.855	72.655	67.372	68.682	69.775
12	- Versorgungsaufwendungen			13.320	13.703	14.117	14.541	14.860
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	30	23	75	24	24	24	24
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.422	4.175	4.024	4.045	4.057	4.066	4.075
17	= Ordentliche Aufwendungen	74.770	89.171	90.274	90.426	85.569	87.313	88.733
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	74.770	89.171	90.274	90.426	85.569	87.313	88.733
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	74.770	89.171	90.274	90.426	85.569	87.313	88.733
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	74.770	89.171	90.274	90.426	85.569	87.313	88.733
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	4.635	7.054	5.881	5.933	5.949	6.062	6.132
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	79.405	96.225	96.155	96.359	91.518	93.375	94.865

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Bauaufsicht i. R. d. Fachaufsicht

Über die Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden anfallende Widerspruchsgebühren (Kostenart 431100) vereinnahmt. Es handelt sich um auslaufende Verfahren, die in ihrer Entstehung vor Verabschiedung des Bürokratieabbaugesetzes anzusiedeln sind.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat IV

1.10 Bauen und Wohnen

1.10.05 Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
10	- Personalauszahlungen	52.067	53.178	49.397	50.465		51.474	52.503	53.553
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	52.067	53.178	49.397	50.465		51.474	52.503	53.553
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	52.067	53.178	49.397	50.465		51.474	52.503	53.553

Haushaltsplan 2013/2014

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

Dezernat IV



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-2.577.064	-4.018.035	-3.990.949	-4.009.087	-4.035.442	-4.051.727	-4.082.210
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-2.780	-100	-100	-100	-100	-100	-100
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-66.850	-2.500	-2.515	-2.515	-2.515	-2.515	-2.515
10	= Ordentliche Erträge	-2.646.694	-4.020.635	-3.993.564	-4.011.702	-4.038.057	-4.054.342	-4.084.825
11	- Personalaufwendungen	550.397	589.063	687.438	704.796	709.161	723.285	737.337
12	- Versorgungsaufwendungen			19.035	19.779	20.377	20.990	21.450
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.043.993	2.602.958	2.461.412	2.490.851	2.564.351	2.580.851	2.595.851
14	- Bilanzielle Abschreibungen		3.906.864	3.854.154	3.888.315	3.931.660	3.953.158	3.921.318
15	- Transferaufwendungen	1.765.258	4.663.306	5.441.640	5.886.640	6.326.640	6.326.640	6.326.640
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	92.749	105.556	71.096	71.684	72.002	74.237	74.471
17	= Ordentliche Aufwendungen	4.452.397	11.867.748	12.534.775	13.062.066	13.624.191	13.679.161	13.677.067
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.805.703	7.847.113	8.541.212	9.050.364	9.586.134	9.624.820	9.592.242
19	+ Finanzerträge	-266.365						
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	72	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	-266.293	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.539.410	7.848.113	8.542.212	9.051.364	9.587.134	9.625.820	9.593.242
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.539.410	7.848.113	8.542.212	9.051.364	9.587.134	9.625.820	9.593.242

Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	106.522	71.297	44.157	44.398	62.389	63.273	63.983
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.645.932	7.919.410	8.586.368	9.095.762	9.649.523	9.689.093	9.657.225

Haushaltsplan 2013/2014

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

Dezernat IV



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-2.577.064	-3.066.100	-3.066.639	-3.066.639		-3.066.639	-3.066.639	-3.066.639
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-2.780	-100	-100	-100		-100	-100	-100
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-90.005	-2.500	-2.500	-2.500		-2.500	-2.500	-2.500
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-266.365							
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.936.214	-3.068.700	-3.069.239	-3.069.239		-3.069.239	-3.069.239	-3.069.239
10	- Personalauszahlungen	537.026	452.271	527.050	542.247		553.092	564.155	575.438
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.996.634	2.602.794	2.460.687	2.490.687		2.564.187	2.580.687	2.595.687
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen		1.000	1.000	1.000		1.000	1.000	1.000
14	- Transferauszahlungen	1.774.393	4.663.306	5.441.640	5.886.640		6.326.640	6.326.640	6.326.640
15	- sonstige Auszahlungen	309.530	60.200	28.300	28.400		28.500	30.600	30.700
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	4.617.583	7.779.571	8.458.677	8.948.974		9.473.419	9.503.082	9.529.465
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.681.369	4.710.871	5.389.438	5.879.735		6.404.180	6.433.843	6.460.226
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-834.658	-577.000	-832.000	-765.000		-662.000	-782.000	-1.832.000
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-739	-2.500	-2.500	-2.500		-2.500	-2.500	-2.500
23	= Summe: (investive Einzahlungen)	-835.397	-579.500	-834.500	-767.500		-664.500	-784.500	-1.834.500
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	244.247	163.000	98.000	106.000	443.000	124.000	145.000	68.000
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.957.094	1.500.000	1.349.000	1.676.000	7.036.000	1.200.000	1.350.000	2.810.000

Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
30	= Summe: (investive Auszahlungen)	2.201.341	1.663.000	1.447.000	1.782.000	7.479.000	1.324.000	1.495.000	2.878.000
31	= Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- /J. Auszahlung)	1.365.944	1.083.500	612.500	1.014.500	7.479.000	659.500	710.500	1.043.500

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

- 1.12.01.01 Neu-, Um- und Ausbau von Kreisstraßen
- 1.12.01.02 Erhaltung und Betrieb der Kreisstraßen

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.12.01.01**Neu-, Um- und Ausbau von Kreisstraßen****Beschreibung**

Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Baumaßnahmen, die der Erstellung und Umgestaltung von Kreisstraßen innerhalb des 212,3 km langen Gesamtnetzes (Stand 01.01.2009) einschließlich der begleitenden Geh- und Radwege und der Ingenieurbauwerke dienen. Dazu gehören

- Planung und Bürgerbeteiligung / Planfeststellung
- Grunderwerb und Vermessung
- Zuschussbearbeitung
- Durchführungsvereinbarungen mit Beteiligten
- Ausschreibung und Vergabe
- Bauleitung
- Abrechnung
- Erfüllung landschaftsrechtlicher Ausgleichsverpflichtungen

Auftragsgrundlage

Straßen- und Wegegesetz NRW (StrWG NRW), Fernstraßengesetz und dazu erlassene Richtlinien, Beschlüsse des Kreistages, Förderrichtlinien Stadtverkehr (vormals Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz), Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI), Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB), Straßenverkehrsgesetz / -ordnung

Ziele

Stetige und nachhaltige Verbesserung der Verkehrssicherheit und der Leistungsfähigkeit der Kreisstraßen unter Nutzung möglicher Landesförderungen durch Baumaßnahmen, mittels derer auch bei zunehmender Verkehrsstärke

- die durchschnittliche Unfallhäufigkeit im Gesamtnetz in der mittelfristigen Betrachtung stetig abnimmt
- die prozentuale Überschreitung der zulässigen Höchstgeschwindigkeiten stetig abnimmt
- die Gesamtlänge der Geh- und Radwege / begehbaren Bankette bis 2015 um mind. 5 km erhöht wird
- bis 2020 mind. 85 % der Kreisstraßenlänge eine Fahrbahnbreite von mind. 4,75 m haben, durch die ein gefahrloser Begegnungsverkehr ermöglicht wird (2008: 74 %)
- schädigende Einflüsse auf Anliegergrundstücke durch Wassereintrag oder dergl. so kurzfristig beseitigt werden, dass keine Haftungsansprüche entstehen

Zielgruppen

motorisierte und nicht motorisierte Verkehrsteilnehmer, Straßenanlieger, ÖPNV-Nutzer, Kommunen, Bauunternehmen

1.12.01.02**Erhaltung und Betrieb der Kreisstraßen****Beschreibung**

Tätigkeiten zur Wahrnehmung der Verkehrssicherungspflicht, zur Substanzerhaltung oder –wiederherstellung, zur Bestandsverwaltung und zur Regelung der Nutzungsbedürfnisse Dritter auf und an den insgesamt 212,3 km langen Kreisstraßen (Stand 01.01.2009) durch

- Straßenunterhaltung einschl. Winterdienst (wird vertraglich vom Landesbetrieb Straßen NRW und den Städten Gummersbach und Hückeswagen eigenverantwortlich wahrgenommen; dem OBK obliegen Kontrollfunktionen)
- Ausschreibung, Vergabe, Bauleitung und Abrechnung von Instandsetzungsarbeiten
- Widmungen, Einziehungen, Umstufungen, Ortsdurchfahrtenfestsetzungen nach Vorgabe des StrWG NRW sowie sonstige straßen-, wasser- und abfallrechtliche Regelungen
- Grundstücks- und Straßenbestandserfassung, -bewertung und –bereinigung
- straßenfachliche Begleitung von Bauleitplanungen, baulichen Anlagen an Kreisstraßen, besonderen Veranstaltungen und Großraum-/Schwertransporten
- Genehmigung und Überwachung von Versorgeraufbrüchen

Auftragsgrundlage

Straßen- und Wegegesetz NRW (StrWG NRW), Straßenverkehrsordnung, Beschlüsse des Kreistages, Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB), Telekommunikationsgesetz, Rahmen- und Gestattungsverträge mit Versorgern

Ziele

Erhaltung der Substanz und damit dem Vermögens- und Gebrauchswert des Gesamtnetzes durch Unterhaltungs-, Instandsetzungs- und Überwachungsleistungen in einem Zustand, der mindestens der Durchschnittsnote des Vorjahres entspricht

Zielgruppen

Verkehrsteilnehmer, Straßenanlieger, Kommunen, Versorgungsträger, Bau- und Transportunternehmen

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen		-951.935	-924.310	-942.448	-968.803	-985.088	-1.015.571
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-2.780	-100	-100	-100	-100	-100	-100
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-8.441	-2.500	-2.515	-2.515	-2.515	-2.515	-2.515
10	= Ordentliche Erträge	-11.221	-954.535	-926.925	-945.063	-971.418	-987.703	-1.018.186
11	- Personalaufwendungen	519.298	536.358	526.561	541.680	550.565	561.566	572.717
12	- Versorgungsaufwendungen			3.853	3.963	4.083	4.206	4.298
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.035.770	2.174.123	2.146.083	2.175.623	2.249.123	2.265.623	2.280.623
14	- Bilanzielle Abschreibungen		3.906.864	3.854.154	3.888.315	3.931.660	3.953.158	3.921.318
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	57.280	68.941	64.935	65.516	65.841	68.059	68.277
17	= Ordentliche Aufwendungen	2.612.348	6.686.286	6.595.586	6.675.097	6.801.271	6.852.613	6.847.233
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	2.601.127	5.731.751	5.668.662	5.730.035	5.829.854	5.864.910	5.829.048
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	72	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	72	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	2.601.199	5.732.751	5.669.662	5.731.035	5.830.854	5.865.910	5.830.048
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	2.601.199	5.732.751	5.669.662	5.731.035	5.830.854	5.865.910	5.830.048
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	41.240	62.433	34.136	34.278	52.317	52.966	53.562

Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	2.642.439	5.795.185	5.703.798	5.765.312	5.883.171	5.918.877	5.883.610

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Öffentliche Verkehrsflächen

In der Kontengruppe *Zuwendungen und allg. Umlagen* sind die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuschüssen des Landes abgebildet. Diese Position ist die "Gegenposition" zu den Abschreibungen.

Die Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* beinhaltet Entgelte für Ausschreibungsunterlagen (Kostenart 441100) sowie die Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung (Kostenart 441200).

Über die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* werden die Erstattungen von Gemeinden (Kostenart 442300) vereinnahmt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Bei der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* werden die Kosten der nachfolgend aufgeführten Maßnahmen verbucht:

- Instandsetzungsmaßnahmen zur Straßenerhaltung (Kostenart 523140)
- Erhaltung der Straßenausstattung (Kostenart 523140)
- Kosten der Grundstücksbewirtschaftung (Kostenart 524908)
- Kosten für Ausrüstungsgegenstände zur Bestandsverwaltung (Kostenart 529100)

Darüber hinaus werden an dieser Stelle die Entschädigungen an den Landesbetrieb Straßen NRW sowie an Kommunen für die Unterhaltung der Kreisstraßen verausgabt (Kostenart 523200).

In der Zeile *Bilanzielle Abschreibungen* sind die Aufwendungen für Abschreibungen (AfA für Brücken u. Tunnel, Straßen, Wege, Plätze, etc.) abgebildet.

Bei der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* handelt es sich um die Kosten von Bodenuntersuchungen und Prüfungen im Straßenbestand (Kostenart 542919) sowie die an Wasserverbände zu zahlenden Gewässerunterhaltungsbeiträge (Kostenart 544900). Darüber hinaus werden hier Kosten für die Anpachtung von Grundstücken (Kostenart 542100) und für Bekanntmachungen bei Straßenrechtsverfahren u. Ausschreibungen (Kostenart 543600) veranschlagt. Zu den

Sonstigen ordentlichen Aufwendungen gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, Ausrüstungsgegenstände zur Bestandsverwaltung, Kosten für Bodenuntersuchungen und Prüfung im Straßenbestand, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Die Kontengruppe *Zinsen und ähnliche Aufwendungen* erfasst Zinsaufwendungen, die für überzahlte Landeszuweisungen anfallen.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet. Weitere Belastungen erfährt die Produktgruppe „Öffentliche Verkehrsflächen“ durch die Verrechnung der Abschreibungen für Straßen sowie für Bauwerke an Straßen, vermindert um die entsprechenden Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen o.ä. kostenmindernden Erlösen. Hierbei finden sowohl Altanlagen als auch Neuinvestitionen Berücksichtigung.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-2.780	-100	-100	-100		-100	-100	-100
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-31.596	-2.500	-2.500	-2.500		-2.500	-2.500	-2.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-34.376	-2.600	-2.600	-2.600		-2.600	-2.600	-2.600
10	- Personalauszahlungen	521.023	418.105	410.127	422.273		430.718	439.333	448.120
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.992.447	2.174.000	2.145.500	2.175.500		2.249.000	2.265.500	2.280.500
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen		1.000	1.000	1.000		1.000	1.000	1.000
15	- sonstige Auszahlungen	279.530	30.200	28.300	28.400		28.500	30.600	30.700
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.793.000	2.623.305	2.584.927	2.627.173		2.709.218	2.736.433	2.760.320
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	2.758.624	2.620.705	2.582.327	2.624.573		2.706.618	2.733.833	2.757.720
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-834.658	-577.000	-832.000	-765.000		-662.000	-782.000	-1.832.000
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-739	-2.500	-2.500	-2.500		-2.500	-2.500	-2.500
23	= Summe: (investive Einzahlungen)	-835.397	-579.500	-834.500	-767.500		-664.500	-784.500	-1.834.500
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	244.247	163.000	98.000	106.000	443.000	124.000	145.000	68.000
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.957.094	1.500.000	1.349.000	1.676.000	7.036.000	1.200.000	1.350.000	2.810.000
30	= Summe: (investive Auszahlungen)	2.201.341	1.663.000	1.447.000	1.782.000	7.479.000	1.324.000	1.495.000	2.878.000
31	= Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	1.365.944	1.083.500	612.500	1.014.500	7.479.000	659.500	710.500	1.043.500

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5660002 Planung der Kreisstraßenprojekte											
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	99.514	130.000							424.674	424.674
13	= Summe Auszahlungen	99.514	130.000							424.674	424.674
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	99.514	130.000							424.674	424.674

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Die bisher hier gebündelt geplanten Investitionen werden im Interesse der bilanziellen Abgrenzung künftig den einzelnen Projekten zugeordnet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlung / -auszahlungen
5660003 Eigenfinanz. Straßenbaumaßnahmen											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-8.558	-2.000	-2.000	-2.000		-2.000	-2.000	-2.000	-10.698	-20.698
6	= Summe Einzahlungen	-8.558	-2.000	-2.000	-2.000		-2.000	-2.000	-2.000	-10.698	-20.698
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden	12.265	25.000	25.000	25.000	100.000	25.000	25.000	25.000	78.954	203.954
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	36.299	230.000	280.000	300.000	1.200.000	300.000	300.000	300.000	1.156.460	2.636.460
13	= Summe Auszahlungen	48.564	255.000	305.000	325.000	1.300.000	325.000	325.000	325.000	1.235.414	2.840.414
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	40.007	253.000	303.000	323.000	1.300.000	323.000	323.000	323.000	1.224.716	2.819.716

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine **eigenfinanzierte Bauinvestitionen an Kreisstraßen**.

Die Maßnahmen werden von der Abteilung Tiefbau betreut.

Die o. g. Investitionen werden über die *Finanzstelle 5.660003* abgewickelt.

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5660004 Straßenbegleit. Radwege											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-46.800	-275.000	-115.000						-321.800	-436.800
6	= Summe Einzahlungen	-46.800	-275.000	-115.000						-321.800	-436.800
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden		18.000	5.000						19.216	24.216
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	69.013	650.000							719.013	719.013
13	= Summe Auszahlungen	69.013	668.000	5.000						738.229	743.229
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	22.213	393.000	-110.000						416.429	306.429

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um die **Anlage kreisstraßenbegleitender Radwege**.

Die Maßnahmen werden von der Abteilung Tiefbau betreut.

Die o. g. Investitionen werden über die *Finanzstelle 5.660004* abgewickelt.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5660005 Umbau Bushaltestellen Kreisstrassen											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen				-60.000		-160.000	-60.000			-280.000
6	= Summe Einzahlungen				-60.000		-160.000	-60.000			-280.000
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden				10.000	20.000	5.000	5.000			20.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			20.000	100.000	380.000	250.000	30.000			400.000
13	= Summe Auszahlungen			20.000	110.000	400.000	255.000	35.000			420.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			20.000	50.000	400.000	95.000	-25.000			140.000
Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5660501 Umbau K5 Bevertalsperre											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen						-130.000	-165.000	-75.000		-370.000
6	= Summe Einzahlungen						-130.000	-165.000	-75.000		-370.000
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden				7.000	30.000		20.000	3.000		30.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			4.000	16.000	646.000	220.000	400.000	10.000		650.000
13	= Summe Auszahlungen			4.000	23.000	676.000	220.000	420.000	13.000		680.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			4.000	23.000	676.000	90.000	255.000	-62.000		310.000

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5661702 Umbau K17 Nümbrecht-Oberbreidenbach											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen				-150.000		-35.000				-185.000
6	= Summe Einzahlungen				-150.000		-35.000				-185.000
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden			3.000		2.000	2.000				5.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			15.000	300.000	310.000	10.000				325.000
13	= Summe Auszahlungen			18.000	300.000	312.000	12.000				330.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			18.000	150.000	312.000	-23.000				145.000
Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5661801 Ausbau K18/39 Dohrgaul											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-22.000								-575.500	-575.500
6	= Summe Einzahlungen	-22.000								-575.500	-575.500
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden	3.704								53.235	53.235
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	34.193								828.590	828.590
13	= Summe Auszahlungen	37.898								881.825	881.825
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	15.898								306.325	306.325

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5662302 Knoten K23/Bahnstr.											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		-130.000	-75.000	-68.000					-130.000	-273.000
6	= Summe Einzahlungen		-130.000	-75.000	-68.000					-130.000	-273.000
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden			20.000	5.000	5.000					25.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen		250.000	60.000						250.000	310.000
13	= Summe Auszahlungen		250.000	80.000	5.000	5.000				250.000	335.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		120.000	5.000	-63.000	5.000				120.000	62.000

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5662303 Knoten K23/B55											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-93.100	-90.000	-30.000						-449.600	-479.600
6	= Summe Einzahlungen	-93.100	-90.000	-30.000						-449.600	-479.600
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden	220.000								220.000	220.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	326.800	90.000	50.000						579.150	629.150
13	= Summe Auszahlungen	546.800	90.000	50.000						799.150	849.150
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	453.700		20.000						349.550	369.550

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen


 OBERBERGISCHER KREIS
 DER LANDRAT

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5662801 Verlängerung K28											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen							-520.000	-1.700.000		-2.220.000
6	= Summe Einzahlungen							-520.000	-1.700.000		-2.220.000
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden					200.000	80.000	80.000	40.000		200.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen				80.000	3.200.000	20.000	600.000	2.500.000		3.200.000
13	= Summe Auszahlungen				80.000	3.400.000	100.000	680.000	2.540.000		3.400.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)				80.000	3.400.000	100.000	160.000	840.000		1.180.000
Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5662901 Umbau K29/Unterommer											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen			-15.000	-230.000		-65.000				-310.000
6	= Summe Einzahlungen			-15.000	-230.000		-65.000				-310.000
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden			10.000	14.000	16.000	2.000				26.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			30.000	500.000	500.000					530.000
13	= Summe Auszahlungen			40.000	514.000	516.000	2.000				556.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			25.000	284.000	516.000	-63.000				246.000

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen


 OBERBERGISCHER KREIS
 DER LANDRAT

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5664201 Ausbau K42 Wasserfuhr											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		-30.000	-255.000	-75.000					-30.000	-360.000
6	= Summe Einzahlungen		-30.000	-255.000	-75.000					-30.000	-360.000
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden	7.667		20.000	5.000	5.000				7.667	32.667
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen		30.000	550.000						30.000	580.000
13	= Summe Auszahlungen	7.667	30.000	570.000	5.000	5.000				37.667	612.667
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	7.667		315.000	-70.000	5.000				7.667	252.667

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5664501 Ausbau K45/L306											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-664.200	-50.000	-180.000						-1.014.200	-1.194.200
6	= Summe Einzahlungen	-664.200	-50.000	-180.000						-1.014.200	-1.194.200
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden	610	100.000							232.887	232.887
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.391.275	120.000							1.738.742	1.738.742
13	= Summe Auszahlungen	1.391.885	220.000							1.971.630	1.971.630
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	727.685	170.000	-180.000						957.430	777.430

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen


 OBERBERGISCHER KREIS
 DER LANDRAT

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5665203 Umbau K52 Weiershagen											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen			-160.000	-180.000		-90.000				-430.000
6	= Summe Einzahlungen			-160.000	-180.000		-90.000				-430.000
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden		20.000	15.000	20.000	25.000	5.000			20.000	60.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			320.000	370.000	370.000					690.000
13	= Summe Auszahlungen		20.000	335.000	390.000	395.000	5.000			20.000	750.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		20.000	175.000	210.000	395.000	-85.000			20.000	320.000
Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5665301 Umbau K53 Wildberg											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen						-180.000	-35.000	-55.000		-270.000
6	= Summe Einzahlungen						-180.000	-35.000	-55.000		-270.000
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden				20.000	40.000	5.000	15.000			40.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			20.000	10.000	430.000	400.000	20.000			450.000
13	= Summe Auszahlungen			20.000	30.000	470.000	405.000	35.000			490.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			20.000	30.000	470.000	225.000		-55.000		220.000

Beschreibung

- Planung, Ausgestaltung und Organisation des ÖPNV im Oberbergischen Kreis: Aufstellung und Fortschreibung des Nahverkehrsplanes für den Oberbergischen Kreis. Der Plan beinhaltet Ziele und Rahmenvorgaben für das betriebliche Leistungsangebot und seine Finanzierung sowie die Investitionsplanung. Benachbarte ÖPNV-Aufgabenträger haben sich bei der Aufstellung ihrer Nahverkehrspläne abzustimmen
- Nahverkehrsförderung: Investitionsförderung (Busse / sonst. ÖPNV-Investitionen) und Vorhaltekostenförderung (Betriebskostenzuschüsse)
- Auferlegung oder Vereinbarung gemeinwirtschaftlicher Verkehrsleistungen: Der Oberbergische Kreis ist zuständige Behörde für die Auferlegung oder Vereinbarung gemeinwirtschaftlicher Verkehrsleistungen über öffentliche Personenverkehrsdienste
- Zweckverband Nahverkehr Rheinland und Zweckverband VRS: Mitwirkung und Mitfinanzierung

Auftragsgrundlage

ÖPNV-Gesetz NRW, Personenbeförderungsgesetz, EU-Verordnungen und -Richtlinien

Ziele

Sicherstellung eines leistungsfähigen, kundenorientierten und wirtschaftlich tragbaren ÖPNV-Angebotes im Oberbergischen Kreis

Zielgruppen

Fahrgäste von Bus und Bahn, im ÖPNV tätige Verkehrsunternehmen im Oberbergischen Kreis

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.02 ÖPNV

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-2.577.064	-3.066.100	-3.066.639	-3.066.639	-3.066.639	-3.066.639	-3.066.639
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-58.409						
10	= Ordentliche Erträge	-2.635.473	-3.066.100	-3.066.639	-3.066.639	-3.066.639	-3.066.639	-3.066.639
11	- Personalaufwendungen	31.099	52.705	160.876	163.116	158.597	161.719	164.620
12	- Versorgungsaufwendungen			15.182	15.816	16.294	16.784	17.151
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	8.223	428.835	315.330	315.228	315.228	315.228	315.228
15	- Transferaufwendungen	1.765.258	4.663.306	5.441.640	5.886.640	6.326.640	6.326.640	6.326.640
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	35.469	36.615	6.161	6.168	6.161	6.177	6.194
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.840.049	5.181.462	5.939.189	6.386.968	6.822.920	6.826.548	6.829.834
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-795.424	2.115.362	2.872.550	3.320.329	3.756.281	3.759.909	3.763.195
19	+ Finanzerträge	-266.365						
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	-266.365						
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-1.061.788	2.115.362	2.872.550	3.320.329	3.756.281	3.759.909	3.763.195
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-1.061.788	2.115.362	2.872.550	3.320.329	3.756.281	3.759.909	3.763.195
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	65.282	8.864	10.021	10.121	10.072	10.307	10.421
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-996.507	2.124.226	2.882.570	3.330.450	3.766.353	3.770.216	3.773.615

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.02 ÖPNV



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-2.577.064	-3.066.100	-3.066.639	-3.066.639		-3.066.639	-3.066.639	-3.066.639
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-58.409							
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-266.365							
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.901.838	-3.066.100	-3.066.639	-3.066.639		-3.066.639	-3.066.639	-3.066.639
10	- Personalauszahlungen	16.003	34.166	116.923	119.974		122.374	124.822	127.318
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	4.187	428.794	315.187	315.187		315.187	315.187	315.187
14	- Transferauszahlungen	1.774.393	4.663.306	5.441.640	5.886.640		6.326.640	6.326.640	6.326.640
15	- sonstige Auszahlungen	30.000	30.000						
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.824.583	5.156.266	5.873.750	6.321.801		6.764.201	6.766.649	6.769.145
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-1.077.254	2.090.166	2.807.111	3.255.162		3.697.562	3.700.010	3.702.506

Haushaltsplan 2013/2014

1.13 Natur- und Landschaftspflege



verantwortlich:

Dez. I, Dez. II, Dez. IV

Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-61.876	-99.000	-75.400	-75.400	-75.400	-75.400	-75.400
3	+ Sonstige Transfererträge		-250	-250	-250	-250	-250	-250
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-8.501	-8.750	-13.750	-13.750	-13.750	-13.750	-13.750
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-756.056	-493.000	-598.000	-543.000	-493.000	-493.000	-493.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-888	-2.700	-2.700	-2.700	-2.700	-2.700	-2.700
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-14.144	-23.000	-23.000	-23.000	-23.000	-23.000	-23.000
10	= Ordentliche Erträge	-841.464	-626.700	-713.100	-658.100	-608.100	-608.100	-608.100
11	- Personalaufwendungen	682.751	758.332	764.811	769.524	729.748	744.014	756.565
12	- Versorgungsaufwendungen			108.760	112.168	115.556	119.032	121.639
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	344.401	453.890	468.463	414.370	414.370	233.907	233.907
14	- Bilanzielle Abschreibungen		417	663	1.494	2.327	2.499	2.500
15	- Transferaufwendungen	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	136.372	175.915	180.567	180.702	180.742	167.695	167.821
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.166.024	1.391.054	1.525.764	1.480.757	1.445.244	1.269.647	1.284.931
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	324.560	764.354	812.664	822.657	837.144	661.547	676.831
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	324.560	764.354	812.664	822.657	837.144	661.547	676.831
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	324.560	764.354	812.664	822.657	837.144	661.547	676.831

Haushaltsplan 2013/2014

1.13 Natur- und Landschaftspflege



verantwortlich:

Dez. I, Dez. II, Dez. IV

Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	207.660	59.335	54.573	55.163	52.761	53.954	54.563
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	532.220	823.689	867.238	877.820	889.905	715.500	731.394

Haushaltsplan 2013/2014

1.13 Natur- und Landschaftspflege

verantwortlich:

Dez. I, Dez. II, Dez. IV



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-61.876	-99.000	-75.400	-75.400		-75.400	-75.400	-75.400
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen		-250	-250	-250		-250	-250	-250
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-8.139	-8.750	-13.750	-13.750		-13.750	-13.750	-13.750
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-782.406	-493.000	-598.000	-543.000		-493.000	-493.000	-493.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-888	-2.700	-2.700	-2.700		-2.700	-2.700	-2.700
7	+ Sonstige Einzahlungen	-20.920	-23.000	-23.000	-23.000		-23.000	-23.000	-23.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-874.228	-626.700	-713.100	-658.100		-608.100	-608.100	-608.100
10	- Personalauszahlungen	546.915	499.125	535.101	548.650		559.624	570.817	582.234
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	336.418	453.630	467.650	414.110		414.110	233.650	233.650
14	- Transferauszahlungen	2.500	2.500	2.500	2.500		2.500	2.500	2.500
15	- sonstige Auszahlungen	111.030	136.200	143.843	143.853		143.863	131.683	131.693
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	996.864	1.091.455	1.149.094	1.109.113		1.120.097	938.650	950.077
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	122.636	464.755	435.994	451.013		511.997	330.550	341.977
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-20.545							
23	= Summe: (investive Einzahlungen)	-20.545							
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	840	80.000	80.000	80.000		80.000	55.000	55.000
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	1.017	5.000	5.000	5.000		5.000		
30	= Summe: (investive Auszahlungen)	1.857	85.000	85.000	85.000		85.000	55.000	55.000

verantwortlich:

Dez. I, Dez. II, Dez. IV

Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
31	= Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- /J. Auszahlung)	-18.688	85.000	85.000	85.000		85.000	55.000	55.000

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.13.01.01 Landschaftsschutz, Landschaftspflege

1.13.01.02 Landschaftsplanung, Landschaftsentwicklung

1.13.01.02.01 Landschaftspflegemaßnahmen

1.13.01.02.02 Landschaftsplanung

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.13.01.01

Landschaftsschutz, Landschaftspflege

Beschreibung

- Ordnungsrechtliche Verfahren nach Landschaftsrecht
- Erteilung von Befreiungen und Ausnahmegenehmigungen nach dem Landschaftsgesetz, Landschaftsplänen und ordnungsbehördlichen Verordnungen
- Stellungnahmen und ggf. Genehmigungen zu Reitregelungen, Wanderwegen, Veranstaltungen, Leitungstrassen, forstlichen Wegbau, wasserrechtlichen und baulichen Verfahren u.a. Maßnahmen,
- Ausgabe von Reitkennzeichen
- Betreuung des Landschaftsbeirates und der Landschaftswacht
- Betreuung, Pflege, Erhaltung und Verkehrssicherung von Naturdenkmälern (Bäumen), - Aufbau und Pflege eines Naturdenkmalkatasters
- Ausgleichs- u. Ersatzmaßnahmen (u.a. Festsetzung von Ersatzgeldzahlungen gem. Landschaftsgesetz)
- Förderung der Oberbergischen Naturschutzvereine
- Landschaftspflegerische Maßnahmen, - Vergabe von Gestaltungs- und Pflegearbeiten

Auftragsgrundlage

Bundesnaturschutzgesetz, Landschaftsgesetz, Landschaftspläne, ordnungsbehördliche Verordnungen

Ziele

Zielgruppen

Ordnungspflichtige, andere Ämter der Kreisverwaltung, Landschaftsbeirat, Landschaftswacht, Oberbergische Naturschutzvereine, Grundstückseigentümer, Städte u. Gemeinden

1.13.01.02

Landschaftsplanung, Landschaftsentwicklung

Beschreibung

- Durchführung von Aufstellungs- und Änderungsverfahren bei Landschaftsplänen
- Durchführung von Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen in Zusammenarbeit mit der Biologischen Station Oberberg e.V. (BSO)
- Abwicklung des Vertragsnaturschutzes
- Durchführung von Unterschutzstellungsverfahren und Mitwirkung bei Unterschutzstellung außerhalb der Landschaftsplanung
- Prüfung und ggf. Ausübung des gesetzlichen Vorkaufsrechtes
- Stellungnahmen zu Verfahren anderer Träger der Landschaftsplanung
- Abgrenzung und Betreuung gesetzlich geschützter Biotope
- Führung von Bestandsverzeichnissen (Kompensation, Schutzflächen und –objekte)
- Mitarbeit bei der Erstellung und Überwachung von Flächenpools / Ökokonten
- Verwaltung und Verwendung der im Rahmen von Eingriffen in Natur und Landschaft eingemommener Ersatzgelder
- Koordinierungstätigkeiten bei der Organisation und Betreuung des BSO und der Bergischen Agentur für Kulturlandschaft gGmbH (BAK)
- Koordination und Betreuung von jährlich zwei FÖJ-Stellen (Freiwilliges ökologisches Jahr)
- Vollzug des Artenschutzes

Auftragsgrundlage

Bundesnaturschutzgesetz, Landschaftsgesetz NRW, Durchführungsverordnung zum Landschaftsgesetz NRW, Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung, Bundesartenschutzverordnung, Gesetz zur Förderung eines freiwilligen ökologischen Jahres, diverse EU-Verordnungen und –Richtlinien, Beschlüsse der politischen Gremien

Ziele

Strategische Ziele:

Schutz, Pflege und Entwicklung der Kulturlandschaft für die naturbezogenen Erholung sowie zur Erhaltung und Förderung gefährdeter Lebensräume, Tiere und Pflanzen unter größtmöglichem Interessensausgleich zwischen privaten und öffentlichen Belangen

Operative Ziele:

- Erarbeitung und Umsetzung einer flächendeckenden Landschaftsplanung bei gleichzeitig kontinuierlicher Reduzierung der Sachkosten durch Nutzung neuer automatischer Verfahren
- Optimierung des Vertragsnaturschutzes durch maximale Ausschöpfung der Finanzausweisungen der EU und des Landes zur Honorierung und Förderung einer naturverträglichen Landwirtschaft
- Vorläufiger Abschluss der kreisweiten Abgrenzung gesetzlich geschützter Biotop

Zielgruppen

Bürgerinnen und Bürger, Kommunen, Fachbehörden, Biologische Station Oberberg, Planungsträger, Land- und Forstwirte, Naturschutzverbände, sonstige Träger öffentlicher Belange

Haushaltsplan 2013/2014

1.13 Natur- und Landschaftspflege

verantwortlich:

1.13.01 Natur und Landschaft

Dez. II, Dez. IV



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-61.876	-99.000	-75.400	-75.400	-75.400	-75.400	-75.400
3	+ Sonstige Transfererträge		-250	-250	-250	-250	-250	-250
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-8.501	-8.750	-13.750	-13.750	-13.750	-13.750	-13.750
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-15						
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-888	-2.700	-2.700	-2.700	-2.700	-2.700	-2.700
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-14.144	-23.000	-23.000	-23.000	-23.000	-23.000	-23.000
10	= Ordentliche Erträge	-85.423	-133.700	-115.100	-115.100	-115.100	-115.100	-115.100
11	- Personalaufwendungen	533.092	614.221	617.130	618.492	576.610	587.819	597.284
12	- Versorgungsaufwendungen			106.958	110.306	113.638	117.056	119.620
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	152.106	268.386	224.310	223.866	223.866	223.866	223.866
15	- Transferaufwendungen	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	114.688	149.114	155.018	155.072	155.120	155.192	155.264
17	= Ordentliche Aufwendungen	802.386	1.034.221	1.105.916	1.110.235	1.071.734	1.086.433	1.098.532
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	716.963	900.521	990.816	995.135	956.634	971.333	983.432
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	716.963	900.521	990.816	995.135	956.634	971.333	983.432
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	716.963	900.521	990.816	995.135	956.634	971.333	983.432
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	200.691	48.935	44.460	44.958	43.063	44.023	44.475

Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	917.654	949.457	1.035.276	1.040.094	999.697	1.015.355	1.027.907

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Natur und Landschaftsschutz

Die Produktgruppe „1.13.01 Natur und Landschaft“ beinhaltet das Produkt „1.13.01.01 Landschaftsschutz, Landschaftspflege“ (Amt 67) und das Produkt „1.13.01.02 Landschaftsplanung, Landschaftsentwicklung“ (Amt 61).

Bei der Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* handelt es sich um Zuweisungen vom Land (Kostenart 414200) für landschaftspflegerische Maßnahmen innerhalb und außerhalb von Landschaftsplänen sowie Landeszuschüsse zu den Kosten von Landschaftsplänen (Amt 61). In der Kontengruppe *Sonstige Transfererträge* werden die Rückzahlungen (Kostenart 429200) von nichtverbrauchten Mitteln (Rückzahlungen von Zuweisungen) vereinnahmt (Amt 61). In der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für die Kennzeichnung von Reitpferden verbucht (Amt 67). Unter die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung* fallen alle Erstattungen von übrigen Bereichen (Kostenart 442900) sowie andere sonstige Kostenerstattungen (Kostenart 443900). Kostenerstattungen sind im Rahmen der Kennzeichnungspflicht von Reitpferden und bei Ersatzvornamen vorgesehen (Amt 67). Als *sonstige ordentlichen Erträge* werden ordnungsrechtlichen Erträge (Kostenart 452100) wie Zwangs- u. Verwarnungsgelder (Amt 67) sowie Ersatzgeldzahlungen (Kostenart 452410) nach dem Landschaftsgesetz NRW (Amt 61, Amt 67) vereinnahmt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

In die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* werden Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen und andere Sach- und Dienstleistungen (Kostenart 529900) gebucht, beispielsweise die Kosten im Rahmen der Kennzeichnungspflicht von Reitpferden, Kosten für den Aufbau und die Pflege des Naturdenkmalkatasters sowie die Sachkosten für den Landschaftsbeirat und die Landschaftswacht (Amt 67). Weitere Aufwendungen entstehen für die Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Kostenart 524902) und sonstige Maßnahmen des Natur- und Landschaftsschutzes sowie Verkehrssicherheitsmaßnahmen (Kostenart 524906) an Naturdenkmälern (Amt 67). Des Weiteren werden in der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* Kosten für die Umsetzung der FFH – u. Vogelschutzrichtlinien verausgabt, die Kosten des Kreiskulturlandschaftsprogramms (Kostenart 529917),

die Kostenbeteiligung an der EDV-Koordinierungsstelle der BSO, Kosten für die Beschaffung von Planungsunterlagen, Kosten für Landschaftspflegemaßnahmen (Kostenart 529918), die Verwendung von Ersatzgeldzahlungen (Kostenart 529919) sowie Sachkosten im Rahmen des Artenschutzes (Kostenart 529920, Amt 61).

In der Kontengruppe *Transferaufwendungen* fallen die Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche (Kostenart 531900), z. B. Oberbergischen Naturschutzvereine, (Amt 67). Zur Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören: Kosten für Dienst- u. Schutzkleidung (Kostenart 541600), die Erstellung von Gutachten, die Pflege des Bestandsverzeichnisses nach dem Landschaftsgesetz, der Eigenanteil zur Unterhaltung der Biologische Station (Kostenart 542912), Werkverträge (Kostenart 542913) im Rahmen der Umsetzung Vertragsnaturschutz, Aufklärungsmaßnahmen/Drucksachen (Kostenart 543200, Amt 61/67) sowie Kosten der Landschaftsplanung (Kostenart 543908, Amt 61). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dez. II, Dez. IV

1.13 Natur- und Landschaftspflege

1.13.01 Natur und Landschaft



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-61.876	-99.000	-75.400	-75.400		-75.400	-75.400	-75.400
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen		-250	-250	-250		-250	-250	-250
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-8.139	-8.750	-13.750	-13.750		-13.750	-13.750	-13.750
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-15							
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-888	-2.700	-2.700	-2.700		-2.700	-2.700	-2.700
7	+ Sonstige Einzahlungen	-18.869	-23.000	-23.000	-23.000		-23.000	-23.000	-23.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-89.786	-133.700	-115.100	-115.100		-115.100	-115.100	-115.100
10	- Personalauszahlungen	399.093	388.142	420.490	431.266		439.892	448.691	457.665
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	170.676	268.170	223.650	223.650		223.650	223.650	223.650
14	- Transferauszahlungen	2.500	2.500	2.500	2.500		2.500	2.500	2.500
15	- sonstige Auszahlungen	98.266	119.640	127.640	127.640		127.640	127.640	127.640
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	670.534	778.452	774.280	785.056		793.682	802.481	811.455
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	580.748	644.752	659.180	669.956		678.582	687.381	696.355
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	654	55.000	55.000	55.000		55.000	55.000	55.000
30	= Summe: (investive Auszahlungen)	654	55.000	55.000	55.000		55.000	55.000	55.000
31	= Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	654	55.000	55.000	55.000		55.000	55.000	55.000

Planerläuterung Teilfinanzplan

Erläuterung zu Zeile 24: Bei dem Ansatz handelt es sich um eine Reihe von **Investition** aus dem Bereich des **Umweltschutz (Natur und Landschaft)**. Bei der Summe der investiven Einzahlungen sind Landeszuschüsse zum Grunderwerb zur Durchführung von Maßnahmen innerhalb und außerhalb von Landschaftsplänen (1200.3610 u. 1200.3611) sowie Ersatzgeldzahlungen nach dem Landschaftsgesetz (1200.3620) veranschlagt. In der Zeile *investive Auszahlungen* sind Grunderwerbskosten zur Durchführung von Maßnahmen innerhalb und außerhalb von Landschaftsplänen (1200.9320 u. 1200.9321) sowie Kosten zur Durchführung von Ersatzmaßnahmen für Dritte (Grunderwerb) veranschlagt. Die Abwicklung der Investitionen wird von Amt 61 begleitet.

Die o. g. Zuschüsse bzw. Investition werden über folgende *Finanzstellen (PSP-I)* abgewickelt:

5.610000.605	LZ Maßnahmen innerh./außerh. LP
5.610000.700	Grunderw. Maßn. innerh./außerh. LP
5.610010.605	Ersatzgeldzahlungen (Einn.)
5.610010.700	Durchf. Ersatzmaßn. (Grunderw.)

Beschreibung

Optimierung der Forstwirtschaft im ökologischen und ökonomischen Sinn
Erhaltung von gesunden und stabilen Wäldern
Verkauf von Rohholz aus Laub- und Nadelholz in allen anfallenden Sortimenten (d.h. Papierholz, Industrieholz, Palettenholz, Zaunholz etc.).

Auftragsgrundlage

Landesforstgesetz, Bundeswaldgesetz, Landschaftsgesetz

Ziele

- Erhöhung des Laubholzanteils auf 50 % der Betriebsfläche (auf Laubholz geeigneten Standflächen)
- Positives Betriebsergebnis zur Unterstützung des Kreishaushaltes

Zielgruppen

Bürger im Naherholungsgebiet Oberbergischer Kreis

Haushaltsplan 2013/2014

1.13 Natur- und Landschaftspflege

verantwortlich:

1.13.02 Wald, Forst- und Landwirtschaft

Dezernat I



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-756.041	-493.000	-598.000	-543.000	-493.000	-493.000	-493.000
10	= Ordentliche Erträge	-756.041	-493.000	-598.000	-543.000	-493.000	-493.000	-493.000
11	- Personalaufwendungen	149.659	144.111	147.681	151.032	153.138	156.195	159.281
12	- Versorgungsaufwendungen			1.802	1.862	1.918	1.976	2.019
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	192.296	185.504	244.154	190.504	190.504	10.041	10.041
14	- Bilanzielle Abschreibungen		417	663	1.494	2.327	2.499	2.500
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	21.684	26.800	25.549	25.630	25.623	12.504	12.557
17	= Ordentliche Aufwendungen	363.638	356.833	419.848	370.522	373.510	183.214	186.398
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-392.403	-136.167	-178.152	-172.478	-119.490	-309.786	-306.602
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-392.403	-136.167	-178.152	-172.478	-119.490	-309.786	-306.602
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-392.403	-136.167	-178.152	-172.478	-119.490	-309.786	-306.602
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	6.969	10.399	10.113	10.205	9.698	9.931	10.088
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-385.434	-125.768	-168.038	-162.274	-109.792	-299.855	-296.513

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Wald, Forst- und Landwirtschaft

Die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* beinhaltet die Landeszuweisung (Kostenart 414200) zu waldbaulichen Maßnahmen. In der Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* sind die Einnahmen aus Holzverkäufen und Kleinholzverkauf, aus dem Verkauf von Öko-Punkten sowie Erlöse aus

dem Verkauf von Grundvermögen (Kostenart 441100) zusammengefasst. Darüber hinaus sind in dieser Summe Einnahmen aus Pachten und Nutzungsentschädigungen (Kostenart 441200) enthalten.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* erfasst die Kosten der Unterhaltung und Instandsetzung der Waldarbeiterhütte (Kostenart 523100), der Unterhaltung der Holzabfuhrwege (Kostenart 523200), der Unterhaltung/Neuanschaffung von Geräten und Schutzkleidung (Kostenart 523600) sowie die Kosten für Unternehmereinsatz (Kostenart 523100). Des weiteren werden an dieser Stelle Kosten für Neuanpflanzungen (Kostenart 523700), Kosten für die Erstellung des Wirtschaftsplans und Kosten für Katasterunterlagen bzw. Kartenmaterial (Kostenart 529100) veranschlagt. Über die Kontengruppe *Transferaufwendungen* wird der Zuschuss für Maßnahmen im Privatwald (Kostenart 531900) abgebildet.

In der Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die allgemeinen Geschäftsausgaben und die vermischten Ausgaben, aber auch die Umlage Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft (Unfallversicherung, Kostenart 544120) und Abgaben erfasst. Darüber hinaus wird an dieser Stelle der Mitgliedsbeitrag zur Forstbetriebsgemeinschaft Gummersbach (Kostenart 544300) und die anfallende Grundsteuer für Forstgrundstücke (Kostenart 547100) veranschlagt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsausgaben (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat I

1.13 Natur- und Landschaftspflege

1.13.02 Wald, Forst- und Landwirtschaft



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-782.391	-493.000	-598.000	-543.000		-493.000	-493.000	-493.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-2.051							
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-784.442	-493.000	-598.000	-543.000		-493.000	-493.000	-493.000
10	- Personalauszahlungen	147.822	110.983	114.611	117.384		119.732	122.126	124.569
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	165.743	185.460	244.000	190.460		190.460	10.000	10.000
15	- sonstige Auszahlungen	12.764	16.560	16.203	16.213		16.223	4.043	4.053
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	326.329	313.003	374.814	324.057		326.415	136.169	138.622
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-458.113	-179.997	-223.186	-218.943		-166.585	-356.831	-354.378
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-20.545							
23	= Summe: (investive Einzahlungen)	-20.545							
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	186	25.000	25.000	25.000		25.000		
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	1.017	5.000	5.000	5.000		5.000		
30	= Summe: (investive Auszahlungen)	1.203	30.000	30.000	30.000		30.000		
31	= Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	-19.342	30.000	30.000	30.000		30.000		

Haushaltsplan 2013/2014

1.14 Umweltschutz

verantwortlich:

Dezernat II



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	148.231	-80.000	-80.000	-80.000	-80.000	-80.000	-80.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-126.966	-165.500	-165.500	-165.500	-165.500	-165.500	-165.500
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-244.063	-339.226	-332.876	-332.876	-332.876	-332.876	-332.876
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-1.500	-21.250	-21.250	-21.250	-21.250	-21.250	-21.250
10	= Ordentliche Erträge	-224.297	-605.976	-599.626	-599.626	-599.626	-599.626	-599.626
11	- Personalaufwendungen	1.816.018	2.117.679	2.008.658	2.022.157	1.926.943	1.964.676	1.998.244
12	- Versorgungsaufwendungen			267.796	275.832	284.164	292.711	299.121
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	7.070	128.223	128.302	126.993	126.993	126.993	126.993
14	- Bilanzielle Abschreibungen	-15.639	5.884	5.918	7.095	8.254	9.419	9.993
15	- Transferaufwendungen	45.039						
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	301.619	354.944	387.264	387.543	388.121	388.336	388.551
17	= Ordentliche Aufwendungen	2.154.108	2.606.730	2.797.938	2.819.619	2.734.476	2.782.136	2.822.902
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.929.810	2.000.754	2.198.312	2.219.993	2.134.850	2.182.510	2.223.277
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	222						
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	222						
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.930.032	2.000.754	2.198.312	2.219.993	2.134.850	2.182.510	2.223.277
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.930.032	2.000.754	2.198.312	2.219.993	2.134.850	2.182.510	2.223.277

Haushaltsplan 2013/2014

1.14 Umweltschutz

verantwortlich:

Dezernat II



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-6.924	-12.576	-12.588	-12.854	-11.268	-11.495	-11.570
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	117.915	169.579	168.644	169.133	150.089	152.085	153.048
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	2.041.023	2.157.757	2.354.369	2.376.272	2.273.671	2.323.100	2.364.755

Haushaltsplan 2013/2014

1.14 Umweltschutz

verantwortlich:

Dezernat II



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	201.842	-80.000	-80.000	-80.000		-80.000	-80.000	-80.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-129.871	-165.500	-165.500	-165.500		-165.500	-165.500	-165.500
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-191.402	-335.422	-328.980	-328.980		-328.980	-328.980	-328.980
7	+ Sonstige Einzahlungen	-820	-21.250	-21.250	-21.250		-21.250	-21.250	-21.250
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-120.251	-602.172	-595.730	-595.730		-595.730	-595.730	-595.730
10	- Personalauszahlungen	1.443.794	1.403.122	1.415.995	1.450.994		1.480.015	1.509.616	1.539.809
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	6.454	127.890	126.660	126.660		126.660	126.660	126.660
14	- Transferauszahlungen	67.816							
15	- sonstige Auszahlungen	263.001	275.470	314.570	314.570		314.570	314.570	314.570
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.781.065	1.806.482	1.857.225	1.892.224		1.921.245	1.950.846	1.981.039
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.660.815	1.204.310	1.261.495	1.296.494		1.325.515	1.355.116	1.385.309

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

1.14.01.01 Bodenschutz und Altlasten

1.14.01.02 Abfall

1.14.01.03 Immissionsschutz

1.14.01.04 Gewässerschutz, Gewässerbewirtschaftung, Abgrabungen

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.14.01.01

Bodenschutz und Altlasten

Beschreibung

- Erfassung und Erstbewertung von Altlastenverdachtsflächen, Maßnahmen zur Gefahrenermittlung (Amtsermittlung), Ordnungsrechtliche Verfahren zur Gefahrenermittlung, Ahndung, Durchführung / Anordnung von Sanierungs- und Sicherungsmaßnahmen
- Baubetreuung und -überwachung (Bauleitung)
- Ausschreibung und Vergabeverfahren, Förderverfahren
- Kontrollen und Überwachung, Deponienachsorge
- Stellungnahmen zu Plan- u. Genehmigungsverfahren, TÖB
- Durchführung von Maßnahmen des vorsorgenden Bodenschutzes, Verfahren von Ausweisung von Bodenschutzgebieten
- Erfassen und Pflege von boden- u. abfallrelevanten Umweltdaten

Auftragsgrundlage

Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG), Landesbodenschutzgesetz NW (LBodSchG), Bundesbodenschutz- u. Altlastenverordnung (BbodSchV)

Ziele

Zielgruppen

Bürger, Industrie- u. Gewerbebetriebe, Kommunen, Planungsträger, Investoren

1.14.01.02

Abfall

Beschreibung

- Ordnungsbehördliche und OWI-Verfahren zur Beseitigung und Ahndung illegaler Abfallablagerungen
- Abfallrechtliche Maßnahmen bei Schadensereignissen
- Überwachung der Entsorgung gefährlicher (Sonder-) Abfälle aus Kleingewerbe und Industrie (Betriebsbesuche, Betriebserfassung) sowie Überwachungsmaßnahmen nach diversen Verordnungen
- Mitwirkung / Stellungnahmen / Ortsbesichtigungen in Verfahren Dritter (Abbruchverfahren, BImSchG-Anlagen, Baugenehmigungen, Strafverfahren, Altlastensanierungen)
- Genehmigung und Überwachung von Erddeponien
- Abfallüberwachungssystem (ASYS): Datenerfassung und -pflege im Landesprogramm

Auftragsgrundlage

Kreislaufwirtschafts- u. Abfallgesetz , Landesabfallgesetz NW und diverse untergesetzliche Regelwerke

Ziele

Zielgruppen

Gewerbliche und private Abfallerzeuger, -besitzer im Kreisgebiet, andere Behörden

1.14.01.03

Immissionsschutz

Beschreibung

- Genehmigung der Errichtung und des Betriebs von Anlagen (Betriebsstätten, Maschinen, Geräte, Lagerflächen etc.) mit potenziell schädlichen Umwelteinwirkungen
- Kontrolle und Überwachung des ordnungsgemäßen Betriebs von gewerblichen Anlagen, einschließlich Anpassung der Anlagen an den Stand der Technik
- Anlassbezogene Überwachung der Anlagen bei Anhaltspunkten für von der Anlage ausgehende schädliche Umwelteinwirkungen
- Beratung bei Errichtung und Betrieb von Anlagen, die keiner Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz bedürfen
- Mitwirkung / fachtechnische Stellungnahmen / Ortsbesichtigungen in Verfahren Dritter (Baugenehmigungen, bauplanungsrechtliche Verfahren, Zulassungen nach der Betriebssicherheitsverordnung)
- Ausnahmegenehmigungen für Tätigkeiten während der Nachtzeit sowie an Sonn- und Feiertagen
- Durchführung ordnungsrechtlicher Verfahren
- Klärung grundsätzlicher Fragen im Immissionsschutzrecht

Auftragsgrundlage

Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG), Verordnungen zur Durchführung des BImSchG (z.Zt. 38 VOs), Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG), Landesimmissionsschutzgesetz (LImSchG), Technische Richtlinien (TA-Luft, TA-Lärm, Geruchsimmisions-Richtlinie), Baunutzungsverordnung (BauNVO)

Ziele

Zielgruppen

Betreiber von Anlagen aus Industrie und Gewerbe, Kommunen und kommunale Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger

1.14.01.04**Gewässerschutz, Gewässerbewirtschaftung, Abgrabungen****Beschreibung**

- Wasserrechtliche Zulassungen (Genehmigung, Bewilligung, Erlaubnis, Befreiung, Eignungsfeststellung) von Abwasserbehandlungsanlagen, Gewässer-benutzungen in Grundwasser u. oberirdische Gewässer, Indirekteinleitungen, von Anlagen zum Umgang mit wgf. Stoffen u. im Rahmen des Ausbaus und Unterhaltung von Gewässern sowie der Wassergewinnung einschließlich Wasserschutzgebieten
- Abgrabungsrechtliche Zulassungen von Abgrabungen und deren Rekultivierungen
- Ordnungsrechtliche Verfahren zur gewässerverträglichen Gestaltung und Unterhaltung der vg. Anlagen und Benutzungen sowie zur Sicherstellung ordnungsgemäßer Abgrabungen
- Kontrolle und Überwachung der vg. Anlagen und Benutzungen
- Mitwirkung / fachtechnische Stellungnahmen / Ortsbesichtigungen in Verfahren Dritter (BlmSchG-Anlagen, Baugenehmigungen, Strafverfahren, Altlastensanierungen, Abfallrechtlichen Verfahren usw.)
- Durchführung von WISTO / RAL – Verfahren
- Maßnahmen des vorbeugenden Gewässerschutzes
- Maßnahmen zur Gefahrenerkundung und -abwehr bei Gewässerverunreinigungen u. -gefährdungen, einschließlich einer Rufbereitschaft für Schadensfälle
- Durchführung von wasserrechtlichen Zwangsrechtsverfahren
- Klärung grundsätzlicher Fragen im Wasserrecht und Abgrabungsrecht
- AkoPro / UIS (Umweltinformationssystem): Aufbau, Pflege und Fortschreibung, Informationspflicht gegenüber übergeordneter Behörden, Statistik, Beratung

Auftragsgrundlage

Wasserhaushaltsgesetz, Landeswassergesetz NW Abgrabungsgesetz, sowie dazugehörige Erlasse, Verordnungen und Richtlinien

Ziele

Serviceversprechen für garantierte Bearbeitungszeiten für Genehmigungs- u. Erlaubnis-anträge mit Ausnahme formgebundener Verfahren:

Die Untere Wasserbehörde entscheidet in 80 % der Fälle innerhalb von 40 Arbeitstagen nach Vorlage vollständiger und prüffähiger Antragsunterlagen über die Erteilung der beantragten Genehmigungen / Erlaubnisse

Zielgruppen

Bürgerinnen und Bürger, Industrie und Gewerbe, Land- und Forstwirtschaft, Kommunen und kommunale Unternehmen, Wasserverbände und andere Körperschaften des öffentlichen Rechts, Wasserversorgungsunternehmen, Straßenbaulastträger Träger öffentlicher Belange

Haushaltsplan 2013/2014

1.14 Umweltschutz

verantwortlich:

1.14.01 Umweltschutzmaßnahmen

Dezernat II



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	148.231	-80.000	-80.000	-80.000	-80.000	-80.000	-80.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-126.966	-165.500	-165.500	-165.500	-165.500	-165.500	-165.500
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-244.063	-339.226	-332.876	-332.876	-332.876	-332.876	-332.876
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-1.500	-21.250	-21.250	-21.250	-21.250	-21.250	-21.250
10	= Ordentliche Erträge	-224.297	-605.976	-599.626	-599.626	-599.626	-599.626	-599.626
11	- Personalaufwendungen	1.816.018	2.117.679	2.008.658	2.022.157	1.926.943	1.964.676	1.998.244
12	- Versorgungsaufwendungen			267.796	275.832	284.164	292.711	299.121
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	7.070	128.223	128.302	126.993	126.993	126.993	126.993
14	- Bilanzielle Abschreibungen	-15.639	5.884	5.918	7.095	8.254	9.419	9.993
15	- Transferaufwendungen	45.039						
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	301.619	354.944	387.264	387.543	388.121	388.336	388.551
17	= Ordentliche Aufwendungen	2.154.108	2.606.730	2.797.938	2.819.619	2.734.476	2.782.136	2.822.902
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.929.810	2.000.754	2.198.312	2.219.993	2.134.850	2.182.510	2.223.277
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	222						
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	222						
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.930.032	2.000.754	2.198.312	2.219.993	2.134.850	2.182.510	2.223.277
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.930.032	2.000.754	2.198.312	2.219.993	2.134.850	2.182.510	2.223.277

Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-6.924	-12.576	-12.588	-12.854	-11.268	-11.495	-11.570
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	117.915	169.579	168.644	169.133	150.089	152.085	153.048
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	2.041.023	2.157.757	2.354.369	2.376.272	2.273.671	2.323.100	2.364.755

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Umweltschutzmaßnahmen

Unter der Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* werden Landeszuschüsse (Kostenart 414200) für Maßnahmen im Bereich der Altlasten bzw. für den Bereich des Bodenschutzes (Produkt Bodenschutz und Altlasten) vereinnahmt. Für Maßnahmen der Gefährdungsabschätzung und Sanierung von Altlasten sowie für Maßnahmen des Bodenschutzes können Landeszuschüsse in Höhe bis zu 80 % der tatsächlichen Gesamtausgaben beantragt werden.

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für Auskünfte aus dem Altflächenkataster (Produkt Bodenschutz und Altlasten), Verwaltungsgebühren für Wasserrechtssachen (Produkt Gewässerschutz, -bewirt., Abgrabungen) und weitere allgemeine Verwaltungsgebühren (Produkt Abfall und Produkt Immissionsschutz) veranschlagt.

Bei der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* werden die Erstattungen des Zweckverbandes BAV (Mitgliedsbeitrag AAV, Kostenart 442400) und andere sonstige Kostenerstattungen (Produkt Bodenschutz und Altlasten) angesetzt. Hierzu gehört auch die Kostenerstattung i. R. d. Gefahrenabwehr. Unter andere sonstige Kostenerstattungen fällt die Erstattung von Kosten zur Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Produkt Abfall). Die Erstattungen vom Land teilen sich in Personalkosten- und Sachkostenerstattung (Kostenart 443906 u. 443907) auf. Erstattungen aller übrigen Bereiche (Kostenart 442900) umfassen die Erstattung von Kosten für Vollstreckungs- und Zwangsmaßnahmen (Produkt Immissionsschutz).

Bei den *sonstigen ordentlichen Erträgen* werden alle Erträge, die nicht einer anderen Kontengruppe zuzuordnen sind, verbucht: beispielsweise die Zwangsgelder (Kostenart 452120) zur Durchführung ordnungsbehördlicher Anordnungen (Produkt Bodenschutz und Altlasten), die Zwangsgeldeinnahmen bei den Produkten Gewässerschutz, -bewirtschaftung, Abgrabungen und Abfall.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

In die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* werden die Aufwendungen für den Unterhalt der Betriebs- und Geschäftsausstattung und die anderen sonstigen Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen gebucht. Hierzu gehört die Beschaffung von Katastermaterial, die Beschaffung von Geräten oder Materialien oder die Kosten der Digitalisierung des Altlasten-Verdachtsflächen-Katasters (Produkt Bodenschutz und Altlasten).

Über der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die Aufwendungen für Maßnahmen des Bodenschutzes und der Gefährdungsabschätzung (Kostenart 543903) sowie die Sanierung von Altlasten (Produkt Bodenschutz und Altlasten, Kostenart 543904) und der Mitgliedsbeitrag AAV (gesetzliche Verpflichtung n. d. AAV-Gesetz, Kostenart 544300) verausgabt. Zu den *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* gehören auch die Kosten für Wasser und Abwasserproben (Kostenart 542914), andere sonstige Geschäftsaufwendungen für Grundlagenermittlung sowie Dienst- und Schutzkleidung und die Beiträge zu Wirtschaftsverbänden, Berufsvertretungen und Vereinen (Produkt Gewässerschutz, -bewirt., Abgrabungen). Unter Prüfung, Beratung, Rechtsschutz sind die Kosten für Untersuchungen u. Gutachten im Abfallbereich gefasst (Produkt Abfall). Sachverständigen- und Gutachterkosten (Produkt Immissionsschutz) werden auch als sonstiger ordentlicher Aufwand verstanden. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat II

1.14 Umweltschutz

1.14.01 Umweltschutzmaßnahmen



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	201.842	-80.000	-80.000	-80.000		-80.000	-80.000	-80.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-129.871	-165.500	-165.500	-165.500		-165.500	-165.500	-165.500
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-191.402	-335.422	-328.980	-328.980		-328.980	-328.980	-328.980
7	+ Sonstige Einzahlungen	-820	-21.250	-21.250	-21.250		-21.250	-21.250	-21.250
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-120.251	-602.172	-595.730	-595.730		-595.730	-595.730	-595.730
10	- Personalauszahlungen	1.443.794	1.403.122	1.415.995	1.450.994		1.480.015	1.509.616	1.539.809
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	6.454	127.890	126.660	126.660		126.660	126.660	126.660
14	- Transferauszahlungen	67.816							
15	- sonstige Auszahlungen	263.001	275.470	314.570	314.570		314.570	314.570	314.570
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.781.065	1.806.482	1.857.225	1.892.224		1.921.245	1.950.846	1.981.039
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.660.815	1.204.310	1.261.495	1.296.494		1.325.515	1.355.116	1.385.309

Haushaltsplan 2013/2014

1.15 Wirtschaft und Tourismus

verantwortlich:

Kreisdirektor



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-23.876	-750	-4.900	-4.900	-4.900	-4.900	-4.900
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-33.922	-136.500	-93.910	-93.910	-93.910	-93.910	-93.910
10	= Ordentliche Erträge	-57.798	-137.250	-98.810	-98.810	-98.810	-98.810	-98.810
11	- Personalaufwendungen	626.115	683.973	746.721	769.001	763.394	778.549	793.247
12	- Versorgungsaufwendungen			41.435	42.693	43.982	45.305	46.297
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	227.569	141.437	54.822	54.237	55.237	55.237	55.237
14	- Bilanzielle Abschreibungen		2.354	2.259	2.729	3.193	3.658	3.888
15	- Transferaufwendungen	127.750	82.500	146.175	216.618	217.068	217.518	217.918
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	202.670	214.944	223.737	193.061	192.811	193.031	193.250
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.184.103	1.125.208	1.215.149	1.278.339	1.275.686	1.293.299	1.309.838
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.126.305	987.958	1.116.339	1.179.529	1.176.876	1.194.489	1.211.028
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	104						
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	104						
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.126.409	987.958	1.116.339	1.179.529	1.176.876	1.194.489	1.211.028
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.126.409	987.958	1.116.339	1.179.529	1.176.876	1.194.489	1.211.028
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-25.092	-30.705	-28.460	-28.712	-28.952	-29.307	-28.895

Haushaltsplan 2013/2014

1.15 Wirtschaft und Tourismus

verantwortlich:

Kreisdirektor



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	461.643	82.774	65.143	65.664	65.422	66.225	65.054
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.562.960	1.040.027	1.153.021	1.216.480	1.213.346	1.231.407	1.247.187

Haushaltsplan 2013/2014

1.15 Wirtschaft und Tourismus

verantwortlich:

Kreisdirektor



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-23.876	-750	-4.900	-4.900		-4.900	-4.900	-4.900
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-3.160	-136.500	-93.800	-93.800		-93.800	-93.800	-93.800
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-27.036	-137.250	-98.700	-98.700		-98.700	-98.700	-98.700
10	- Personalauszahlungen	580.681	448.395	512.291	532.245		542.889	553.747	564.822
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	205.857	102.700	15.500	15.500		15.500	15.500	15.500
14	- Transferauszahlungen	130.250	82.500	146.175	216.618		217.068	217.518	217.918
15	- sonstige Auszahlungen	154.751	159.035	170.915	139.780		139.780	139.780	139.780
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.071.539	792.630	844.881	904.143		915.237	926.545	938.020
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.044.503	655.380	746.181	805.443		816.537	827.845	839.320
27	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	10.000							
30	= Summe: (investive Auszahlungen)	10.000							
31	= Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	10.000							

Beschreibung

Eine erfolgreiche mittelständische Wirtschaft kennzeichnet den Oberbergischen Kreis gleichermaßen wie dessen reizvolle Hügellandschaft und Waldreichtum. Der Oberbergische Kreis und dessen Wirtschaftsförderung unterstützen die in seinem Zuständigkeitsbereich ansässigen Betriebe durch eine mittelstandsorientierte Ausrichtung und zielgruppengerechte Angebote. In Kooperation mit den Städten und Gemeinden und wirtschaftspolitisch bedeutsamen Akteuren, wie der IHK Köln, der Fachhochschule Köln, Campus Gummersbach, u.a. wird der Wirtschaftsstandort Oberberg auf diese Weise weiterentwickelt und nach Innen und Außen beworben. Darüber hinaus unterstützt der Oberbergische Kreis ansiedlungsbereite Unternehmen und Gründerinnen und Gründer durch Information, Beratung und die Vermittlung von Förderprogrammen.

Auftragsgrundlage

Vorgaben des Kreistags und des Landrates, Gesetze, Förderrichtlinien, Ausschreibungen in Wettbewerbsverfahren, Gütekriterien der RAL-Gütegemeinschaft „Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung“ und anderer Stellen; Startercentervereinbarung

Ziele

- Ausbau/Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und Rahmenbedingungen sowie der Arbeitsmarktsituation im OBK durch kurzfristig und langfristig angelegte Maßnahmen und Projekte, z.B. in den Bereichen „Mittelstandsorientierte Verwaltung“, „Cluster-Entwicklung“, „Frau und Beruf“ etc.
- Unterstützung von Unternehmen im OBK durch Beratung, Durchführung von Informationsveranstaltungen und Messen, Vermittlung von Förderprogrammen sowie durch aktive Cluster- und Netzwerkarbeit
- Kompetente und zeitnahe Informationen zu gründungsspezifischen Fragen
- Informationen zu Gewerbeimmobilien im OBK durch individuelle Beratung und Präsentation
- Bewerbung des Wirtschaftsstandortes Oberberg auf Messen und in den Medien

Zielgruppen

Kleine, mittlere und große Unternehmen im Oberbergischen Kreis, Gründerinnen und Gründer, Beschäftigte und Arbeitssuchende, Fachämter der Kreisverwaltung, Verbände und Institutionen

Haushaltsplan 2013/2014

1.15 Wirtschaft und Tourismus

verantwortlich:

1.15.01 Wirtschaftsförderung

Kreisdirektor



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-23.876	-750	-4.900	-4.900	-4.900	-4.900	-4.900
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-3.245	-105.800	-63.210	-63.210	-63.210	-63.210	-63.210
10	= Ordentliche Erträge	-27.121	-106.550	-68.110	-68.110	-68.110	-68.110	-68.110
11	- Personalaufwendungen	413.445	462.769	521.606	535.839	525.569	535.968	545.814
12	- Versorgungsaufwendungen			41.435	42.693	43.982	45.305	46.297
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	157.569	141.437	54.822	54.237	55.237	55.237	55.237
14	- Bilanzielle Abschreibungen		2.354	2.259	2.729	3.193	3.658	3.888
15	- Transferaufwendungen	27.500	27.500	27.500	27.500	27.500	27.500	27.500
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	184.470	191.744	200.537	169.861	169.611	169.831	170.050
17	= Ordentliche Aufwendungen	782.984	825.805	848.158	832.859	825.093	837.500	848.787
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	755.862	719.255	780.049	764.749	756.983	769.390	780.677
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	104						
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	104						
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	755.967	719.255	780.049	764.749	756.983	769.390	780.677
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	755.967	719.255	780.049	764.749	756.983	769.390	780.677
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-46.604	-55.860	-52.822	-53.282	-53.688	-54.355	-53.469

Haushaltsplan 2013/2014**1.15 Wirtschaft und Tourismus**

verantwortlich:

1.15.01 Wirtschaftsförderung

Kreisdirektor



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	411.337	69.488	55.548	56.081	56.043	56.809	55.507
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.120.701	732.883	782.775	767.548	759.339	771.844	782.715

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Wirtschaftsförderung

Unter der Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* sind die Finanzierungsbeiträge der Oberbergischen Sparkassen zum „Gütezeichen Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung“ (Erträge bis 2011) (Kostenart 414700) ausgewiesen. Die Position *Erträge aus Kostenerstattungen* umfasst die Erstattungen vom Land (Kostenart 442200) für den Bildungsscheck.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* ist die Kostenerstattung an die Regionalagentur (Kostenart 528904) sowie verschiedene Projektkosten veranschlagt: Rad Region (Marketing), CheK.NRW (bis 2012, siehe Teilprodukte). Nachrichtlich: Die Kosten für Kreismarketing (Kostenart 529934) sind im Produkt 1.01.02.01 veranschlagt.

Die Kontengruppe *Transferaufwendungen* beinhaltet Zuwendungen/Zuschüsse (Kostenart 531900) an folgende Bereiche: Aufbau regionale EFRE Struktur, Beteiligung an Kosten GO MIT.

Die *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* umfassen die Beiträge zum Verein „Region Köln/Bonn e.V.“ sowie den Mitgliedsbeitrag „Gütegemeinschaft“ (Kostenart 544300), die Defizitübernahme „GTC Gummersbach“ (Kostenart 545300), die Kosten für das „Gütezeichen Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung (RAL-Gütezeichen)“ (bis 2013; Kostenart 543901, bis 2012) sowie weitere sonstige Geschäftsaufwendungen (Inanspruchnahme von Informationsdiensten, Beschaffung von Material, Herausgabe von Schriften und sonstige Kosten der Wirtschaftsförderung). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet. Die Aufwendungen für das „Bündnis für Familie“ (Kostenart 543902) sind im Produktbereich 1.01.02 abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.15 Wirtschaft und Tourismus

1.15.01 Wirtschaftsförderung



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-23.876	-750	-4.900	-4.900		-4.900	-4.900	-4.900
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-3.160	-105.800	-63.100	-63.100		-63.100	-63.100	-63.100
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-27.036	-106.550	-68.000	-68.000		-68.000	-68.000	-68.000
10	- Personalauszahlungen	369.778	276.456	336.007	349.681		356.674	363.808	371.084
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	135.857	102.700	15.500	15.500		15.500	15.500	15.500
14	- Transferauszahlungen	30.000	27.500	27.500	27.500		27.500	27.500	27.500
15	- sonstige Auszahlungen	141.551	145.835	157.715	126.580		126.580	126.580	126.580
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	677.185	552.491	536.722	519.261		526.254	533.388	540.664
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	650.150	445.941	468.722	451.261		458.254	465.388	472.664

Beschreibung

Mit Blick auf seine landschaftliche Schönheit, die geprägt ist durch eine sanfte Hügellandschaft, Waldreichtum und zahlreiche Talsperren, sowie mit Blick auf ein großes Marktpotential im direkten Umland stellt der Oberbergische Kreis ein attraktives Tourismusziel, insbesondere für den Tages- und Wochenendtourismus, dar. Der heimischen Bevölkerung bieten Natur und Landschaft ein hohes Maß an Lebensqualität. Mit der Beteiligung an der Naturarena Bergisches Land GmbH und durch die Mitgliedschaft im Naturpark Bergisches Land und im Touristik-Verband Oberbergisches Land fördert der Oberbergische Kreis den Tourismus in den Bereichen „Infrastruktur“ und „Marketing“. Eine - mit Blick auf die Gesellschafterstrukturen begrenzte - Einflussnahmemöglichkeit besteht für den OBK insbesondere im Hinblick auf die regelmäßig stattfindenden Gremiensitzungen.

Auftragsgrundlage

Beschlüsse des Kreistages (freiwillige Aufgabe); ggf. Förderbestimmungen

Ziele

- Verbesserung der touristischen Infrastruktur sowie Steigerung des Bekanntheits-grades und des positiven Images des Oberbergischen Kreises als Tourismusregion. Steigerung der Gäste- und Besucherzahlen
- Öffentlichkeitsarbeit durch Herausgabe von Informationsmaterial und Teilnahme an Messen sowie an ausgewählten touristischen Veranstaltungen
- Steigerung der Lebensqualität der einheimischen Bevölkerung

Zielgruppen

Wirtschaft, Einwohner, Touristen, Kulturschaffende

Haushaltsplan 2013/2014

1.15 Wirtschaft und Tourismus

verantwortlich:

1.15.02 Tourismus

Kreisdirektor



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-30.677	-30.700	-30.700	-30.700	-30.700	-30.700	-30.700
10	= Ordentliche Erträge	-30.677	-30.700	-30.700	-30.700	-30.700	-30.700	-30.700
11	- Personalaufwendungen	212.670	221.204	225.115	233.162	237.825	242.581	247.433
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	70.000						
15	- Transferaufwendungen	100.250	55.000	118.675	189.118	189.568	190.018	190.418
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	18.200	23.200	23.200	23.200	23.200	23.200	23.200
17	= Ordentliche Aufwendungen	401.120	299.404	366.990	445.480	450.593	455.799	461.051
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	370.443	268.704	336.290	414.780	419.893	425.099	430.351
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	370.443	268.704	336.290	414.780	419.893	425.099	430.351
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	370.443	268.704	336.290	414.780	419.893	425.099	430.351
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	71.817	38.440	33.956	34.153	34.113	34.465	34.120
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	442.259	307.144	370.247	448.933	454.006	459.564	464.471

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Tourismus

Unter *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* ist die Personalkostenerstattung des Zweckverbandes Naturpark Bergisches Land (Kostenart 442400) veranschlagt. Dem Oberbergischen Kreis obliegt die Geschäftsführung für diesen Zweckverband.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* beinhalten die Kosten zum Projekt "Wege durch die Zeit" (Kostenart 529933; entfällt ab 2012).

Die *Transferaufwendungen* enthalten den Betriebskostenzuschuss (Kostenart 531600) zur Gesellschaft „Naturarena Bergisches Land GmbH“. Der Kreistag hat in seiner Sitzung vom 10.03.2005 beschlossen, dass sich der Oberbergische Kreis an dieser Gesellschaft beteiligt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner der Beitrag zum ZV Naturpark sowie anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.15 Wirtschaft und Tourismus

1.15.02 Tourismus



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen		-30.700	-30.700	-30.700		-30.700	-30.700	-30.700
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit		-30.700	-30.700	-30.700		-30.700	-30.700	-30.700
10	- Personalauszahlungen	210.903	171.939	176.284	182.564		186.215	189.939	193.738
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	70.000							
14	- Transferauszahlungen	100.250	55.000	118.675	189.118		189.568	190.018	190.418
15	- sonstige Auszahlungen	13.200	13.200	13.200	13.200		13.200	13.200	13.200
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	394.353	240.139	308.159	384.882		388.983	393.157	397.356
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	394.353	209.439	277.459	354.182		358.283	362.457	366.656
27	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	10.000							
30	= Summe: (investive Auszahlungen)	10.000							
31	= Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung)	10.000							

Haushaltsplan 2013/2014

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft

verantwortlich:

Dezernat I



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-138.297	-86.740					
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-196.481.654	-207.828.623	-212.610.390	-217.457.681	-220.766.713	-224.242.058	-226.858.542
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-561.901	-653.918	-577.880	-496.531	-414.139	-304.524	-222.404
10	= Ordentliche Erträge	-197.181.852	-208.569.281	-213.188.270	-217.954.212	-221.180.852	-224.546.582	-227.080.946
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			225.000	225.000	225.000	225.000	225.000
14	- Bilanzielle Abschreibungen	2.149						
15	- Transferaufwendungen	50.481.970	54.241.141	56.439.221	58.727.379	61.589.004	63.436.674	65.339.775
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	296.501	843.319	754.983	675.449	589.510	476.769	391.792
17	= Ordentliche Aufwendungen	50.780.621	55.084.460	57.419.204	59.627.828	62.403.514	64.138.443	65.956.567
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-146.401.231	-153.484.821	-155.769.066	-158.326.384	-158.777.338	-160.408.139	-161.124.379
19	+ Finanzerträge	-784.909	-454.000	-828.937	-798.937	-808.937	-748.937	-678.937
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	3.178.060	3.498.353	3.430.974	3.681.547	3.762.483	3.827.445	3.850.096
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	2.393.151	3.044.353	2.602.037	2.882.610	2.953.546	3.078.508	3.171.159
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-144.008.080	-150.440.468	-153.167.029	-155.443.774	-155.823.792	-157.329.631	-157.953.220
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-144.008.080	-150.440.468	-153.167.029	-155.443.774	-155.823.792	-157.329.631	-157.953.220
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-144.008.080	-150.440.468	-153.167.029	-155.443.774	-155.823.792	-157.329.631	-157.953.220

Haushaltsplan 2013/2014

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft

verantwortlich:

Dezernat I



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-135.145	-86.740						
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-196.481.653	-207.820.436	-212.590.236	-217.415.774		-220.701.490	-224.151.826	-226.742.597
7	+ Sonstige Einzahlungen	-5.209.740		-6.455	-6.555		-6.655	-6.755	-6.855
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-893.255	-454.000	-828.937	-798.937		-808.937	-748.937	-678.937
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-202.719.793	-208.361.176	-213.425.628	-218.221.266		-221.517.082	-224.907.518	-227.428.389
10	- Personalauszahlungen	-206.429							
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.226		225.000	225.000		225.000	225.000	225.000
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	3.188.882	3.498.353	2.976.974	3.227.547		3.308.483	3.373.445	3.396.096
14	- Transferauszahlungen	50.481.970	54.241.141	56.439.221	58.727.379		61.589.004	63.436.674	65.339.775
15	- sonstige Auszahlungen	68.184							
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	53.534.833	57.739.494	59.641.195	62.179.926		65.122.487	67.035.119	68.960.871
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-149.184.959	-150.621.682	-153.784.433	-156.041.340		-156.394.595	-157.872.399	-158.467.518
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen		-735.600	-783.689	-824.441		-860.716	-898.588	-898.588
22	+ sonstige Investitionseinzahlungen	-109							
23	= Summe: (investive Einzahlungen)	-109	-735.600	-783.689	-824.441		-860.716	-898.588	-898.588
27	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	4.120.000		6.336.094	5.836.575		3.432.516	3.522.813	3.522.813
30	= Summe: (investive Auszahlungen)	4.120.000		6.336.094	5.836.575		3.432.516	3.522.813	3.522.813

Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
31	= Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- /J. Auszahlung)	4.119.891	-735.600	5.552.405	5.012.134		2.571.800	2.624.225	2.624.225

Beschreibung

Die „Allgemeine Finanzwirtschaft“ stellt kein eigenständiges Produkt im engeren Sinne dar, sondern stellt die Finanzmittel dar, die dem Kreishaushalt produktunabhängig zufließen oder die der Haushalt produktunabhängig zu leisten hat. Aus Transparenzgründen werden hier nur die Finanzmittel und nicht die eigentliche Aufgabenwahrnehmung dargestellt:

Im Ergebnisplan:

- Jagdsteuer
- Schlüsselzuweisungen
- Kreisumlage
- Differenzierte Umlagen: Kreisvolkshochschule, Berufsschulen, Jugendamt
- Umlage an den Landschaftsverband

Auftragsgrundlage

Kreisordnung (KrO), Gemeindeordnung (GO), Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO), Kommunalabgabengesetz (KAG), Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG), jährliche Haushaltssatzung

Ziele

Senkung bzw. mind. Konstanthalten des Kreisumlagehebesatzes

Zielgruppen

Haushaltsplan 2013/2014

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft

verantwortlich:

1.16.01 Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen

Dezernat I



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-138.297	-86.740					
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-196.481.654	-207.820.436	-212.590.236	-217.415.774	-220.701.490	-224.151.826	-226.742.597
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-557.713						
10	= Ordentliche Erträge	-197.177.664	-207.907.176	-212.590.236	-217.415.774	-220.701.490	-224.151.826	-226.742.597
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			225.000	225.000	225.000	225.000	225.000
14	- Bilanzielle Abschreibungen	2.149						
15	- Transferaufwendungen	50.481.970	54.241.141	56.439.221	58.727.379	61.589.004	63.436.674	65.339.775
17	= Ordentliche Aufwendungen	50.484.119	54.241.141	56.664.221	58.952.379	61.814.004	63.661.674	65.564.775
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-146.693.545	-153.666.035	-155.926.015	-158.463.395	-158.887.486	-160.490.152	-161.177.822
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-146.693.545	-153.666.035	-155.926.015	-158.463.395	-158.887.486	-160.490.152	-161.177.822
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-146.693.545	-153.666.035	-155.926.015	-158.463.395	-158.887.486	-160.490.152	-161.177.822
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-146.693.545	-153.666.035	-155.926.015	-158.463.395	-158.887.486	-160.490.152	-161.177.822

Planerläuterung Teilergebnisplan

Die Kontengruppe *Steuern und ähnliche Abgaben* beinhaltet die Erträge aus der Jagdsteuer (Kostenart 403400). Diese Einnahme entfällt ab dem Jahr 2013.

Bei den *Zuwendungen und allgemeinen Umlagen* handelt es sich zum überwiegenden Teil um die Kreisumlage (Kostenart 417210). Darüber hinaus werden in dieser Kontengruppe die Schlüsselzuweisungen vom Land (Kostenart 411100) sowie die Umlagen aus den Mehrbelastungen Jugendamt (Kostenart 417220), Berufsschulwesen (Kostenart 417240) und Kreisvolkshochschule (Kostenart 417250) verbucht. In der Kontengruppe *Transferaufwendungen* wird der Aufwand für die Landschaftsumlage (Kostenart 537240) erfasst. Nähere Erläuterungen können dem Vorbericht entnommen werden.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat I

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft
1.16.01 Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen


Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-135.145	-86.740						
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-196.481.653	-207.820.436	-212.590.236	-217.415.774		-220.701.490	-224.151.826	-226.742.597
7	+ Sonstige Einzahlungen	-557.713							
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-197.174.511	-207.907.176	-212.590.236	-217.415.774		-220.701.490	-224.151.826	-226.742.597
10	- Personalauszahlungen	45.208							
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			225.000	225.000		225.000	225.000	225.000
14	- Transferauszahlungen	50.481.970	54.241.141	56.439.221	58.727.379		61.589.004	63.436.674	65.339.775
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	50.527.178	54.241.141	56.664.221	58.952.379		61.814.004	63.661.674	65.564.775
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-146.647.333	-153.666.035	-155.926.015	-158.463.395		-158.887.486	-160.490.152	-161.177.822

Beschreibung

Die „Allgemeine Finanzwirtschaft“ stellt kein eigenständiges Produkt im engeren Sinne dar, sondern stellt die Finanzmittel dar, die dem Kreishaushalt produktunabhängig zufließen oder die der Haushalt produktunabhängig zu leisten hat.

Aus Transparenzgründen werden hier nur die Finanzmittel und nicht die eigentliche Aufgabenwahrnehmung dargestellt:

Im Ergebnisplan:

- Zinserträge
- Zinsaufwendungen

Im Finanzplan:

Einzahlungen und Auszahlungen aus der Tilgung von vergebenen und aufgenommenen Krediten

Auftragsgrundlage

Kreisordnung (KrO), Gemeindeordnung (GO), Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO), jährliche Haushaltssatzung

Ziele

Einhaltung des Tilgungsvolumens laut Haushaltsplan

Zielgruppen

Haushaltsplan 2013/2014

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft

verantwortlich:

1.16.02 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Dezernat I



Teilergebnisplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen		-8.187	-20.154	-41.907	-65.223	-90.232	-115.945
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-4.188	-653.918	-577.880	-496.531	-414.139	-304.524	-222.404
10	= Ordentliche Erträge	-4.188	-662.105	-598.034	-538.438	-479.362	-394.756	-338.349
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	296.501	843.319	754.983	675.449	589.510	476.769	391.792
17	= Ordentliche Aufwendungen	296.501	843.319	754.983	675.449	589.510	476.769	391.792
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	292.313	181.214	156.949	137.011	110.148	82.013	53.443
19	+ Finanzerträge	-784.909	-454.000	-828.937	-798.937	-808.937	-748.937	-678.937
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	3.178.060	3.498.353	3.430.974	3.681.547	3.762.483	3.827.445	3.850.096
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	2.393.151	3.044.353	2.602.037	2.882.610	2.953.546	3.078.508	3.171.159
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	2.685.465	3.225.567	2.758.986	3.019.621	3.063.694	3.160.521	3.224.602
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	2.685.465	3.225.567	2.758.986	3.019.621	3.063.694	3.160.521	3.224.602
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	2.685.465	3.225.567	2.758.986	3.019.621	3.063.694	3.160.521	3.224.602

Planerläuterung Teilergebnisplan

Bei den *Finanzerträgen* werden die Erträge aus Zinsen von Kreditinstituten (Kostenart 461800) vereinnahmt.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen sind einerseits an das Land zu leistende Zinsen (Kostenart 551200) aus Kreditverbindlichkeiten, andererseits an Kreditinstitute zu leistende Zinsen für langfristige Verbindlichkeiten (Kostenart 551500) und für Kassenkredite (Kostenart 551810).

Die anfallenden Auszahlungen für die Tilgung von Krediten sowie zu erwartende Einzahlungen aus Kreditaufnahmen werden ausschließlich im Gesamtfinanzplan in den Zeilen 33 und 34 abgebildet.

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat I

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft

1.16.02 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft



Teilfinanzplan		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
7	+ Sonstige Einzahlungen	-4.652.027		-6.455	-6.555		-6.655	-6.755	-6.855
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-893.255	-454.000	-828.937	-798.937		-808.937	-748.937	-678.937
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-5.545.282	-454.000	-835.392	-805.492		-815.592	-755.692	-685.792
10	- Personalauszahlungen	-251.636							
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.226							
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	3.188.882	3.498.353	2.976.974	3.227.547		3.308.483	3.373.445	3.396.096
15	- sonstige Auszahlungen	68.184							
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	3.007.655	3.498.353	2.976.974	3.227.547		3.308.483	3.373.445	3.396.096
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-2.537.626	3.044.353	2.141.582	2.422.055		2.492.891	2.617.753	2.710.304
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen		-735.600	-783.689	-824.441		-860.716	-898.588	-898.588
22	+ sonstige Investitionseinzahlungen	-109							
23	= Summe: (investive Einzahlungen)	-109	-735.600	-783.689	-824.441		-860.716	-898.588	-898.588
27	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	4.120.000		6.336.094	5.836.575		3.432.516	3.522.813	3.522.813
30	= Summe: (investive Auszahlungen)	4.120.000		6.336.094	5.836.575		3.432.516	3.522.813	3.522.813
31	= Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- /J. Auszahlung)	4.119.891	-735.600	5.552.405	5.012.134		2.571.800	2.624.225	2.624.225

Haushaltsplan 2013/2014

verantwortlich:

Dezernat I

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft
1.16.02 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft


Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamteinzahlungen / -auszahlungen
5200000 Investitionspauschale											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		-735.600	-783.689	-824.441		-860.716	-898.588	-898.588	-735.600	-5.001.622
6	= Summe Einzahlungen		-735.600	-783.689	-824.441		-860.716	-898.588	-898.588	-735.600	-5.001.622
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		-735.600	-783.689	-824.441		-860.716	-898.588	-898.588	-735.600	-5.001.622

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um die sog. **Investitionspauschale** nach dem **GFG**. Die erhaltene Zuwendung wird zunächst zentral vereinnahmt. Im Rahmen des Jahresabschlusses wird die erhaltene Zuwendung einem quasi bezuschussten Vermögensgegenstand zugeordnet. Die Zuwendung erscheint später in der Bilanz als **Sonderposten** auf der Passivseite zwischen dem Eigenkapital und den Rückstellungen. Die Auflösung des Sonderpostens erfolgt entsprechend der Abnutzung des bezuschussten Vermögensgegenstandes.

Die o. g. Investition/Einnahme wird über die **Finanzstelle 5.200000 (SK 681200)** abgewickelt.

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahl en / - auszahl en
5206398 Kapitalstock Pensionsrückstellung											
10	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	4.120.000		6.336.094	5.836.575		3.432.516	3.522.813	3.522.813	8.146.557	30.797.368
13	= Summe Auszahlungen	4.120.000		6.336.094	5.836.575		3.432.516	3.522.813	3.522.813	8.146.557	30.797.368
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	4.120.000		6.336.094	5.836.575		3.432.516	3.522.813	3.522.813	8.146.557	30.797.368

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine Investitionsmaßnahme, hier: Erwerb von Finanzanlagen zum Aufbau einer Pensionsrücklage. Der Investitionsbetrag entspricht der Höhe der zu bildenden Pensionsrückstellung.

Die Investition wird über die *Finanzstelle Kapitalstock Pensionsrückstellungen (5.206398)* abgewickelt.

Stellenplan 2013

Stellenplan 2013

Oberbergischer Kreis



© Oberbergischer Kreis

Stellenplan - Teil A: Beamte

Wahlbeamte und Laufbahngruppen	Besoldungsgruppe	Zahl der Stellen 2013	Zahl der Stellen 2012	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2012	Vermerke, Erläuterungen
Wahlbeamte	B 7	1	1	1	
	B 4	1	1	1	
Höherer Dienst	B 2	1	1	1	
	A 16	4	3	3	
	A 15	11	12	12	
	A 14	17	14,5	13,5	
	A 13	9	11	11	
Gehobener Dienst	A 13	14,5	16,5	15,5	
	A 12	48,5	49,5	48	
	A 11	85,75	85,5	82,5	
	A 10	42,5	46,5	41	
	A 9	19,5	20	19	
Mittlerer Dienst	A 9	38	33	33	
	A 8	36,25	39,5	37	
	A 7	0	3	3	
	A 6	2	1	1	
G e s a m t :		331	338	322,5	

Stellenplan - Teil B: Tariflich Beschäftigte

Entgeltgruppe / Sondertarif		Zahl der Stellen 2013	Zahl der Stellen 2012	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2012	Vermerke, Erläuterungen
Entgeltgruppe	15 TVöD	6,5	5,5	5,5	
	14 TVöD	9	9,5	8,5	
	13 TVöD	8	7	7	
	12 TVöD	18,5	17,5	16,5	
	11 TVöD	52,75	49,25	49,25	
	10 TVöD	32	31	29	
	9 TVöD	131,25	133	119,5	
	8 TVöD	73	65	62	
	7 TVöD	1	1	1	
	6 TVöD	130,5	129,5	108	
	5 TVöD	130,5	135	91	
	4 TVöD	2,5	2,5	2,5	
	3 TVöD	22,75	13,5	12,5	
	2 TVöD	8	8,5	8	
	1 TVöD	0	0	0	
	Sondertarif	58	44	43	
Gesamt:		684,25	651,75	563,25	

Stellenübersicht - Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung - BEAMTE -

Produktgruppe	Bezeichnung	Wahlbeamte		Höherer Dienst				Gehobener Dienst					Mittlerer Dienst				Gesamt
		B 7	B 4	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9	A 8	A 7	
01.01	Politische Gremien								0,5								0,5
01.02	Verwaltungsführung	1	1	1	3			2									8
01.03	Gleichstellung von Frau und Mann							0,5									0,5
01.04	Beschäftigtenvertretung								1	0,75							1,75
01.05	Rechnungsprüfung					1			2,5	2	1						6,5
01.06	Zentrale Dienste				0,5			0,5	0,5			0,5	1			1	4
01.07	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit							1									1
01.08	Personalmanagement						1		2	3	1	2	2	1,5			12,5
01.09	Finanzmanagement u. Rechnungswesen					0,5	1		2	2	2	3	3,5	6		1	21
01.10	Organisationsangelegenh. u. technikunterstützte Informationsverarbeitung				0,5			0,5	2	4	2						9
01.11	Recht					1	3	0,5									4,5
01.12	Grundstücks- und Gebäudemanagement					0,5			1		0,5		1				3
01.13	Technisches Immobilienmanagement					0,5	1				0,5						2
01.14	Kommunalaufsicht					0,5				2	1,5						4
01.15	Kreispolizeibehörde						1			2		1,5	1	1	1		7,5
02.01	Ordnungsbedürftige Tätigkeiten					0,5				1	1	1		0,5	1		5
02.02	Verbraucherschutz					0,5		1			0,5						2
02.03	Tiergesundheit					0,5		1			1						2,5
02.04	Verkehrsangelegenheiten						0,5		1	0,5		1	0,5	2	6,5		12
02.05	Fahr- und Beförderungserlaubnisse														1,5		1,5

Stellenübersicht - Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung -BEAMTE -

Produktgruppe	Bezeichnung	Wahlbeamte		Höherer Dienst				Gehobener Dienst					Mittlerer Dienst				Gesamt	
		B 7	B 4	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9	A 8	A 7		A 6
02.06	Kfz-Angelegenheiten						0,5								2,5			3
02.07	Personenbezogene Aufenthalts- und Statusfragen					0,5			1		2,5	2	3		3,25			12,25
02.09	Wahlen									0,5								0,5
02.10	Bevölkerungsschutz								1	2	1	1		8	2,5			15,5
02.11	Rettungsdienst										1		1	8	3			13
03.01	Förderschulen						0,5					0,5						1
03.02	Berufskollegs						0,5				1	0,5			0,5			2,5
03.04	Sonstige schulische Aufgaben						1			2	1,5	1		1,5				7
04.01	Kommunale Veranstaltungen / Kulturförderung									0,5								0,5
04.02	Volkshochschule						3	1		1		1		0,5				6,5
04.03	Museum									0,5								0,5
05.01	Unterstützung von Senioren								0,5	0,5	3,5							4,5
05.02	Hilfen z. Gesundheit, bei Behinderung, bei Pflegebedürftigkeit u. in anderen Lebenslagen					1			0,5	2	8	4	2	2	2,5			22
05.03	Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen						0,5			2,5	2	2	0,5	3				10,5
05.04	Betreuungsleistungen									1	4							5
06.01	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege								0,5	1	1		1	0,5				4
06.02	Jugendarbeit und Familienförderung					0,5			0,5	0,5	1							2,5
06.03	Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien					0,5	1,5		1	2	10	11,5	2	0,5	3			32
06.04	Leistungen nach dem Bundeselterngeldgesetz											0,5			1			1,5
07.01	Gesundheitsförderung									0,5								4,5

Stellenübersicht - Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung -BEAMTE -

Produktgruppe	Bezeichnung	Wahlbeamte		Höherer Dienst				Gehobener Dienst					Mittlerer Dienst				Gesamt	
		B 7	B 4	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9	A 8	A 7		A 6
07.02	Gutachten und Stellungnahmen						0,5											0,5
07.03	Gesundheitshilfe						0,5	0,5		0,5	4							5,5
07.04	Gesundheitsschutz									1	1		1					3
09.01	Räumliche Planung					1				3	1,5							5,5
09.02	Vermessung, Erhebung und Führung von Geobasisdaten					0,5		1	1	3	5	2						12,5
09.03	Geoinformationsdienste, Geodatenmanagement									1	1							2
09.04	Grundstückswertermittlung					0,5					1							1,5
10.01	Maßnahmen der Bauaufsicht								1	1,5	4,5	2,5	2		0,5			12
10.03	Wohnungsbauförderung										1		1					2
10.04	Wohnraumsicherung und -versorgung													1				1
10.05	Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht									0,5	0,5							1
12.02	ÖPNV											0,5						0,5
13.01	Natur und Landschaft									1	4	1,5						6,5
14.01	Bodenschutz, Altlasten, Abfall, Immissionen und Wasser					1		1	1	4	8,5	1		1				17,5
15.01	Wirtschaftsförderung									1,5	1							2,5

Stellenübersicht - Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung - TARIFLICH BESCHÄFTIGTE -

Produktgruppe	Bezeichnung	Entgeltgruppen - TVöD															Sonder-tarif	Gesamt	
		15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1			
01.01	Politische Gremien										0,5								0,5
01.02	Verwaltungsführung							2	5										7
01.04	Beschäftigtenvertretung						1		1										2
01.05	Rechnungsprüfung				1							1							2
01.06	Zentrale Dienste					1		0,5	2,5	1	8	3	1						17
01.07	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit					1													1
01.08	Personalmanagement							0,5			1	1,5							3
01.09	Finanzmanagement u. Rechnungswesen							1	4,5		0,5	1							7
01.10	Organisationsangelegenh. u. technikunterstützte Informationsverarbeitung				3,5	1	0,5	2	0,5		0,5								8
01.11	Recht											1							1
01.12	Grundstücks- und Gebäudemanagement									3	10					8			21
01.13	Technisches Immobilienmanagement					4,5	1				0,5								6
01.15	Kreispolizeibehörde					1				1,5	1,5								4
02.01	Ordnungsbedürftige Tätigkeiten									0,5	0,5	0,5							1,5
02.02	Verbraucherschutz							4,75	1		0,5								6,25
02.03	Tiergesundheit		3			1		1	2										7
02.04	Verkehrsangelegenheiten							1	3		4	3							11
02.05	Fahr- und Beförderungserlaubnisse					1		1	3,5		1								6,5
02.06	Kfz-Angelegenheiten					1				11	4	3							19
02.07	Personenbezogene Aufenthalts- und Statusfragen							3	1		0,5	0,5		0,75					5,75

Stellenübersicht - Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung - TARIFLICH BESCHÄFTIGTE -

Produktgruppe	Bezeichnung	Entgeltgruppen - TVöD															Sonder-tarif	Gesamt	
		15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1			
02.10	Bevölkerungsschutz						1	3			2	0,5							6,5
02.11	Rettungsdienst	1				2			10,5		35	101		18				8	175,5
03.01	Förderschulen								1		6,5		1,5	1,5				4	14,5
03.02	Berufskollegs								2		11								13
03.04	Sonstige schulische Aufgaben		1		1	2			0,5		4,5			0,5					9,5
04.01	Kommunale Veranstaltungen / Kulturförderung	0,5						1						0,5					2
04.02	Volkshochschule		1	2		5,75	1		1,5		1,5	1							13,75
04.03	Museum	0,5				1,5		1				1							4
04.04	Heimatbildstelle							0,5											0,5
05.01	Unterstützung von Senioren					0,5													0,5
05.02	Hilfen z. Gesundheit, bei Behinderung, bei Pflegebedürftigkeit u. in anderen Lebenslagen					0,5	2	2	1,5		1	1		0,5					8,5
05.03	Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen / ARGE	1	0,5		3	2	12	75	1,5										95
05.04	Betreuungsleistungen					1					1								2
06.01	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege										0,5								0,5
06.02	Jugendarbeit und Familienförderung										0,5						0,5		1
06.03	Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien			3,5	1		1	3			4	2,5					45,5		60,5
07.01	Gesundheitsförderung	0,5	2,5						2,5		5	1							11,5
07.02	Gutachten und Stellungnahmen	1,5	1					0,5			3	0,5							6,5
07.03	Gesundheitshilfe	0,5					1		0,5		1								3
07.04	Gesundheitsschutz			0,5		1		5	3		1								10,5

Stellenübersicht - Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung - TARIFLICH BESCHÄFTIGTE -

Produktgruppe	Bezeichnung	Entgeltgruppen - TVöD														Sonder-tarif	Gesamt	
		15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2			1
09.01	Räumliche Planung				0,5	1					1							2,5
09.02	Vermessung, Erhebung und Führung von Geobasisdaten				2,5	4	2	10,5	4		7	2,5						32,5
09.03	Geoinformationsdienste, Geodatenmanagement				1	1	4,5	2,5	1,5		1							11,5
09.04	Grundstückswertermittlung				1	2	1				2							6
10.01	Maßnahmen der Bauaufsicht	1				9		5	1		1,5	2		1				20,5
10.03	Wohnungsbauförderung					1	1					0,5						2,5
10.04	Wohnraumsicherung und -versorgung								1			1						2
12.01	Öffentliche Verkehrsflächen				1	3	1	2	1		0,5							8,5
12.02	ÖPNV				1,5													1,5
13.01	Natur und Landschaft										2							2
13.02	Wald, Forst- und Landwirtschaft					1					1,5							2,5
14.01	Bodenschutz, Altlasten, Abfall, Immissionen und Wasser			1	0,5	2	2	3,5			3,5	0,5						13
15.01	Wirtschaftsförderung			1	1							1						3
15.02	Tourismus					1												1

Stellenübersicht - Teil B: Dienstkräfte in Ausbildung

Nachwuchskräfte und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte

Bezeichnung	Art der Vergütung	Zahl 2013	Zahl 2012	Zahl am 01.10.2012	Vermerke, Erläuterungen
Kreisinspektoranwärter/in	Anwärterbezüge	16	17	16	
Kreissekretäranwärter/in	Anwärterbezüge	3	6	6	
Kreisbauoberinspektoranwärter/in	Anwärterbezüge	0	1	0	
Kauffrau/mann für Bürokommunikation	Ausbildungsvergütung	11	13	13	
Informatikkaufmann/frau	Ausbildungsvergütung	1	1	1	
Vermessungstechniker/in	Ausbildungsvergütung	2	3	3	
Forstwirt	Ausbildungsvergütung	2	2	2	
Lebensmittelkontrolleur/in	Ausbildungsvergütung	0	1	0	
Praktikanten	Pauschale	3	3	3	
Gesamt :		38	47	44	

Stellenplan 2014

Stellenplan 2014

Oberbergischer Kreis



© Oberbergischer Kreis

Stellenplan - Teil A: Beamte

Wahlbeamte und Laufbahngruppen	Besoldungsgruppe	Zahl der Stellen 2014	Zahl der Stellen 2013	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2012	Vermerke, Erläuterungen
Wahlbeamte	B 7	1	1	1	
	B 4	1	1	1	
Höherer Dienst	B 2	1	1	1	
	A 16	4	4	3	
	A 15	11	11	12	
	A 14	17	17	13,5	
	A 13	9	9	11	
Gehobener Dienst	A 13	14,5	14,5	15,5	
	A 12	48,5	49,5	48	
	A 11	85,75	86,25	82,5	
	A 10	42,5	43,25	41	
	A 9	19,5	18,5	19	
Mittlerer Dienst	A 9	38	37,5	33	
	A 8	36,25	37,25	37	
	A 7	0	0	3	
	A 6	2	2	1	
G e s a m t :		331	332,75	322,5	

Stellenplan - Teil B: Tariflich Beschäftigte

Entgeltgruppe / Sondertarif		Zahl der Stellen 2014	Zahl der Stellen 2013	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2012	Vermerke, Erläuterungen
Entgeltgruppe	15 TVöD	6,5	6,5	5,5	
	14 TVöD	9	9	8,5	
	13 TVöD	8	7	7	
	12 TVöD	18,5	18,5	16,5	
	11 TVöD	52,75	53,25	49,25	
	10 TVöD	32	30	29	
	9 TVöD	131,25	134	119,5	
	8 TVöD	74	70	62	
	7 TVöD	1	1	1	
	6 TVöD	130,5	131,5	108	
	5 TVöD	133,5	130,5	91	
	4 TVöD	2,5	2,5	2,5	
	3 TVöD	26,75	23,75	12,5	
	2 TVöD	8	8	8	
	1 TVöD	0	0	0	
	Sondertarif	63	57	43	
Gesamt:		697,25	682,5	563,25	

Stellenübersicht - Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung - BEAMTE -

Produktgruppe	Bezeichnung	Wahlbeamte		Höherer Dienst				Gehobener Dienst					Mittlerer Dienst				Gesamt	
		B 7	B 4	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9	A 8	A 7		A 6
01.01	Politische Gremien								0,5									0,5
01.02	Verwaltungsführung	1	1	1	3			2										8
01.03	Gleichstellung von Frau und Mann							0,5										0,5
01.04	Beschäftigtenvertretung								1	0,75								1,75
01.05	Rechnungsprüfung					1			2,5	2	1							6,5
01.06	Zentrale Dienste				0,5			0,5	0,5			0,5	1			1		4
01.07	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit							1										1
01.08	Personalmanagement						1		2	3	1	2	2	1,5				12,5
01.09	Finanzmanagement u. Rechnungswesen					0,5	1		2	2	2	3	3,5	6		1		21
01.10	Organisationsangelegenh. u. technikunterstützte Informationsverarbeitung				0,5			0,5	2	4	2							9
01.11	Recht					1	3	0,5										4,5
01.12	Grundstücks- und Gebäudemanagement					0,5			1			0,5	1					3
01.13	Technisches Immobilienmanagement					0,5	1				0,5							2
01.14	Kommunalaufsicht					0,5				2	1,5							4
01.15	Kreispolizeibehörde						1			2		1,5	1	1	1			7,5
02.01	Ordnungsbedürftige Tätigkeiten					0,5				1	1	1		0,5	1			5
02.02	Verbraucherschutz					0,5		1			0,5							2
02.03	Tiergesundheit					0,5		1			1							2,5
02.04	Verkehrsangelegenheiten						0,5		1	0,5		1	0,5	2	6,5			12
02.05	Fahr- und Beförderungserlaubnisse														1,5			1,5

Stellenübersicht - Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung - BEAMTE -

Produktgruppe	Bezeichnung	Wahlbeamte		Höherer Dienst				Gehobener Dienst					Mittlerer Dienst				Gesamt	
		B 7	B 4	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9	A 8	A 7		A 6
02.06	Kfz-Angelegenheiten						0,5								2,5			3
02.07	Personenbezogene Aufenthalts- und Statusfragen					0,5			1		2,5	2	3		3,25			12,25
02.09	Wahlen									0,5								0,5
02.10	Bevölkerungsschutz								1	2	1	1		8	2,5			15,5
02.11	Rettungsdienst										1		1	8	3			13
03.01	Förderschulen						0,5					0,5						1
03.02	Berufskollegs						0,5				1	0,5			0,5			2,5
03.04	Sonstige schulische Aufgaben						1			2	1,5	1		1,5				7
04.01	Kommunale Veranstaltungen / Kulturförderung									0,5								0,5
04.02	Volkshochschule						3	1		1		1		0,5				6,5
04.03	Museum									0,5								0,5
05.01	Unterstützung von Senioren								0,5	0,5	3,5							4,5
05.02	Hilfen z. Gesundheit, bei Behinderung, bei Pflegebedürftigkeit u. in anderen Lebenslagen					1			0,5	2	8	4	2	2	2,5			22
05.03	Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen						0,5			2,5	2	2	0,5	3				10,5
05.04	Betreuungsleistungen									1	4							5
06.01	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege								0,5	1	1		1	0,5				4
06.02	Jugendarbeit und Familienförderung					0,5			0,5	0,5	1							2,5
06.03	Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien					0,5	1,5		1	2	10	11,5	2	0,5	3			32
06.04	Leistungen nach dem Bundeselterngeldgesetz											0,5			1			1,5
07.01	Gesundheitsförderung									0,5								4,5

Stellenübersicht - Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung -BEAMTE -

Produktgruppe	Bezeichnung	Wahlbeamte		Höherer Dienst				Gehobener Dienst					Mittlerer Dienst				Gesamt	
		B 7	B 4	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9	A 8	A 7		A 6
07.02	Gutachten und Stellungnahmen						0,5											0,5
07.03	Gesundheitshilfe						0,5	0,5		0,5	4							5,5
07.04	Gesundheitsschutz									1	1		1					3
09.01	Räumliche Planung					1				3	1,5							5,5
09.02	Vermessung, Erhebung und Führung von Geobasisdaten					0,5		1	1	3	5	2						12,5
09.03	Geoinformationsdienste, Geodatenmanagement									1	1							2
09.04	Grundstückswertermittlung					0,5					1							1,5
10.01	Maßnahmen der Bauaufsicht								1	1,5	4,5	2,5	2		0,5			12
10.03	Wohnungsbauförderung										1		1					2
10.04	Wohnraumsicherung und -versorgung													1				1
10.05	Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht									0,5	0,5							1
12.02	ÖPNV											0,5						0,5
13.01	Natur und Landschaft									1	4	1,5						6,5
14.01	Bodenschutz, Altlasten, Abfall, Immissionen und Wasser					1		1	1	4	8,5	1		1				17,5
15.01	Wirtschaftsförderung									1,5	1							2,5

Stellenübersicht - Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung - TARIFLICH BESCHÄFTIGTE -

Produktgruppe	Bezeichnung	Entgeltgruppen - TVöD															Sonder-tarif	Gesamt	
		15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1			
01.01	Politische Gremien										0,5								0,5
01.02	Verwaltungsführung							2	5										7
01.04	Beschäftigtenvertretung						1		1										2
01.05	Rechnungsprüfung				1							1							2
01.06	Zentrale Dienste					1		0,5	2,5	1	8	3	1						17
01.07	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit					1													1
01.08	Personalmanagement							0,5			1	1,5							3
01.09	Finanzmanagement u. Rechnungswesen							1	4,5		0,5	1							7
01.10	Organisationsangelegenh. u. technikunterstützte Informationsverarbeitung				3,5	1	0,5	2	0,5		0,5								8
01.11	Recht											1							1
01.12	Grundstücks- und Gebäudemanagement									3	10					8			21
01.13	Technisches Immobilienmanagement					4,5	1				0,5								6
01.15	Kreispolizeibehörde					1				1,5	1,5								4
02.01	Ordnungsbedürftige Tätigkeiten									0,5	0,5	0,5							1,5
02.02	Verbraucherschutz							4,75	1		0,5								6,25
02.03	Tiergesundheit		3			1		1	2										7
02.04	Verkehrsangelegenheiten							1	3		4	3							11
02.05	Fahr- und Beförderungserlaubnisse					1		1	3,5		1								6,5
02.06	Kfz-Angelegenheiten					1				11	4	3							19
02.07	Personenbezogene Aufenthalts- und Statusfragen							3	1		0,5	0,5		0,75					5,75

Stellenübersicht - Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung - TARIFLICH BESCHÄFTIGTE -

Produktgruppe	Bezeichnung	Entgeltgruppen - TVöD															Sonder-tarif	Gesamt	
		15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1			
02.10	Bevölkerungsschutz						1	3			2	0,5							6,5
02.11	Rettungsdienst	1				2			11,5		35	104		22				8	183,5
03.01	Förderschulen								1		6,5		1,5	1,5				4	14,5
03.02	Berufskollegs								2		11								13
03.04	Sonstige schulische Aufgaben		1		1	2			0,5		4,5			0,5					9,5
04.01	Kommunale Veranstaltungen / Kulturförderung	0,5						1						0,5					2
04.02	Volkshochschule		1	2		5,75	1		1,5		1,5	1							13,75
04.03	Museum	0,5				1,5		1				1							4
04.04	Heimatbildstelle							0,5											0,5
05.01	Unterstützung von Senioren					0,5													0,5
05.02	Hilfen z. Gesundheit, bei Behinderung, bei Pflegebedürftigkeit u. in anderen Lebenslagen					0,5	2	2	1,5		1	1		0,5					8,5
05.03	Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen / ARGE	1	0,5		3	2	12	75	1,5										95
05.04	Betreuungsleistungen					1					1								2
06.01	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege										0,5								0,5
06.02	Jugendarbeit und Familienförderung										0,5						0,5		1
06.03	Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien			3,5	1		1	3			4	2,5					50,5		65,5
07.01	Gesundheitsförderung	0,5	2,5						2,5		5	1							11,5
07.02	Gutachten und Stellungnahmen	1,5	1					0,5			3	0,5							6,5
07.03	Gesundheitshilfe	0,5					1		0,5		1								3
07.04	Gesundheitsschutz			0,5		1		5	3		1								10,5

Stellenübersicht - Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung - TARIFLICH BESCHÄFTIGTE -

Produktgruppe	Bezeichnung	Entgeltgruppen - TVöD														Sonder-tarif	Gesamt	
		15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2			1
09.01	Räumliche Planung				0,5	1					1							2,5
09.02	Vermessung, Erhebung und Führung von Geobasisdaten				2,5	4	2	10,5	4		7	2,5						32,5
09.03	Geoinformationsdienste, Geodatenmanagement				1	1	4,5	2,5	1,5		1							11,5
09.04	Grundstückswertermittlung				1	2	1				2							6
10.01	Maßnahmen der Bauaufsicht	1				9		5	1		1,5	2		1				20,5
10.03	Wohnungsbauförderung					1	1					0,5						2,5
10.04	Wohnraumsicherung und -versorgung								1			1						2
12.01	Öffentliche Verkehrsflächen				1	3	1	2	1		0,5							8,5
12.02	ÖPNV				1,5													1,5
13.01	Natur und Landschaft										2							2
13.02	Wald, Forst- und Landwirtschaft					1					1,5							2,5
14.01	Bodenschutz, Altlasten, Abfall, Immissionen und Wasser			1	0,5	2	2	3,5			3,5	0,5						13
15.01	Wirtschaftsförderung			1	1							1						3
15.02	Tourismus					1												1

Übersichten

Übersicht über die Bürgschaften

Bürgschaft gewährt für	Betrag	Bank	Art
<i>Elterninitiative "Kleine Freunde" e.v. Hemmerholzer Weg 18, 51597 Morsbach</i>	51.129 €	KSK Köln	Ausfallbürgschaft
<i>Neubau des Kindergartens Engelskirchen-Schnellenbach</i>	Der OBK übernimmt als zuständiger örtlicher Träger der öffentl. Jugendhilfe für die Mietzahlungen aus dem Mietvertrag zw. der Bauunternehmung und der Johanniter Unfallhilfe e.V. die Bürgschaft. (siehe KT-Beschluss v. 18.03.2004)		
<i>Neubau des Kindergartens Engelskirchen-Osberghausen</i>	Der OBK übernimmt als zuständiger örtlicher Träger der öffentl. Jugendhilfe für die Mietzahlungen aus dem Mietvertrag zw. der Bauunternehmung und der Johanniter gGmbH die Bürgschaft. (siehe KT-Beschluss v. 22.09.2005)		
<i>Übernahme von Ausfallbürgschaften Kreiskrankenhaus Waldbröl</i>	Der OBK übernimmt als Gesellschafter des <i>Klinkums Oberberg</i> entsprechend seinem Gesellschafteranteil gem. § 18 des Gesellschaftsvertrages in Höhe v. 95,7 % (= 3.349.500 €) eine Ausfallbürgschaft für den von der Kreissparkasse Köln zur Verfügung gestellten Darlehensrahmen. Die Bürgschaft gilt zeitlich begrenzt für die Dauer bis zum 30.06.2025 (siehe KT-Beschluss v. 25.09.2008). Die Übernahme einer weiteren Ausfallbürgschaft für den von der Kreissparkasse Köln zur Verfügung gestellten Darlehensrahmen zur Sicherung des Gesamtanierungsbedarfs des Bettenhauses in Höhe von 17.274.600 € hat der Kreistag am 13.10.2011 beschlossen.		
<i>Gemeinnützige Gesellschaft "Das Bergische gGmbH" Eichenhofstr. 31, 51789 Lindlar</i>	Der Rheinisch-Bergische Kreis, der Oberbergische Kreis und der Zweckverband Naturpark Bergisches Land übernehmen eine modifizierte Ausfallbürgschaft in Höhe von maximal 1.744.404 € für die durch das Land NRW gewährten Fördermittel (Projekt Wege durch die Zeit).		

Übersicht über den Stand von Sonderabgaben

Sonderabgaben sind einmalige oder laufende öffentlich-rechtliche Geldleistungen, die im Gegensatz zu Steuern nicht der allgemeinen Mittelbeschaffung sondern der Finanzierung eines bestimmten Sachzwecks dienen. Im Gegensatz zu Gebühren und Beiträgen stellen sie keine Entgelte für eine empfangene oder bevorzugt angebotene Leistung des öffentlich-rechtlichen Gemeinwesens dar. Zu den Sonderabgaben zählen auch Leistungen, bei denen an Stelle der Finanzierungsfunktion die Antriebs- und Ausgleichsfunktion im Vordergrund steht.

Bei den nach § 5 des Landschaftsgesetzes NW erhobenen Ersatzgeldern handelt es sich um Sonderabgaben, die zweckgebunden für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu verwenden sind. Ersatzgelder werden erhoben, wenn bei einem Eingriff in Natur und Landschaft der erforderliche Ausgleich vom Verursacher nicht durch Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen durchgeführt werden kann.

Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17.07.2003 (BverfG 2 BvL 1/99) sind die Länder verpflichtet, dem Haushalt als Anlage eine Übersicht über den Bestand und die Entwicklung von Sonderabgaben beizufügen. Analog zu dieser Regelung ist nachfolgend der Bestand und die Entwicklung der Ersatzgelder nach Landschaftsgesetz aufgeführt (Stand: März 2013):

Übersicht über den Stand und die Entwicklung der Ersatzgelder gemäß § 5 Landschaftsgesetz:

Produktgruppe 1.13.01 Natur und Landschaft	Anfangsbestand 2012	Einnahmen 2012	Ausgaben 2012	Endbestand 2012 (=Anfangsbestand 2013)
Pflegemaßnahmen und Investitionen	267.354,61 €	26.833,63 €	166.507,67 €	127.680,57€

**Übersicht über die
Verpflichtungsermächtigungen
im Haushaltsplan 2011, 2012 und 2013/2014**

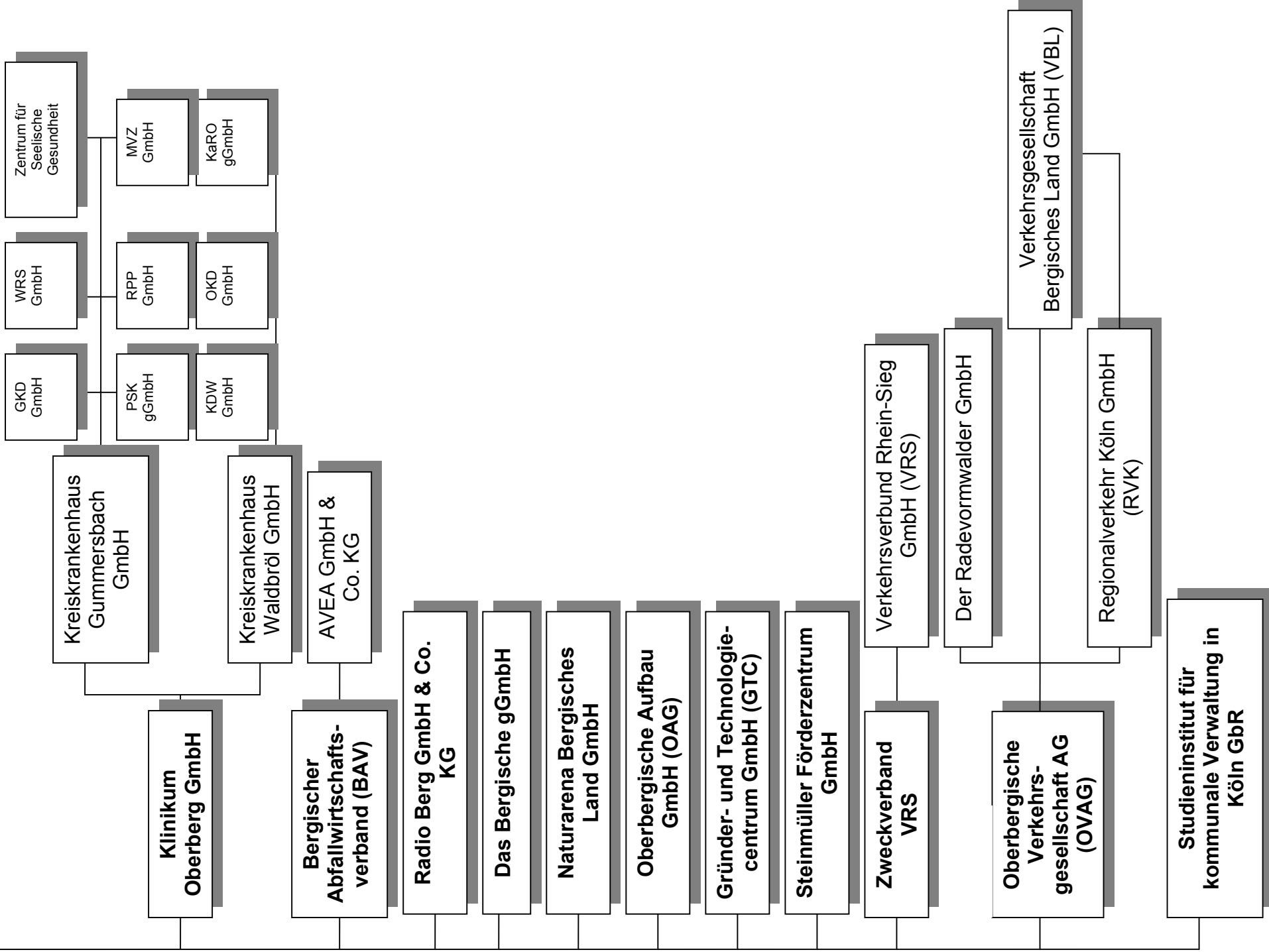
Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsplan des Jahres	Voraussichtlich fällige Ausgaben					
	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
2011	3.985.000 €	2.900.000 €	1.610.000 €			
2012		3.000.000 €	1.350.000 €	2.130.000 €		
2013-2014			2.412.000 €	2.124.000 €	1.495.000 €	2.878.000 €
Summe	3.985.000 €	5.900.000 €	5.372.000 €	4.254.000 €	1.495.000 €	2.878.000 €

**Übersicht über den
Stand der Kreditverbindlichkeiten**

Art der Verbindlichkeit	Stand am Ende des Haushaltsjahres 2010 31.12.2010 Tsd. Euro	Stand am Ende des Haushaltsjahres 2011 31.12.2011 Tsd. Euro	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres 2013 01.01.2013 Tsd. Euro	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres 2014 01.01.2014 Tsd. Euro
1. Anleihen				
2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen				
2.1 von verbundenen Unternehmen				
2.2 von Beteiligungen				
2.3 von Sondervermögen				
2.4 vom öffentlichen Bereich				
2.4.1 vom Bund				
2.4.2 vom Land	1.628 T€	1.626 T€	1.530 T€	1.435 T€
2.4.3 von Gemeinden (GV)				
2.4.4 von Zweckverbänden				
2.4.5 vom sonstigen öffentlichen Bereich	52.031 T€	53.934 T€	50.547 T€	66.734 T€
2.4.6 von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen				
2.5 vom privaten Kreditmarkt				
2.5.1 von Banken und Kreditinstituten				
2.5.2 von übrigen Kreditgebern				
3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung				
3.1 vom öffentlichen Bereich	29.650 T€	29.180 T€	28.191 T€	
3.2 vom privaten Kreditmarkt				
4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen				
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen				
6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen				
7. Sonstige Verbindlichkeiten				
8. Summe aller Verbindlichkeiten	83.309 T€	84.740 T€	80.268 T€	68.169 T€
Nachrichtlich anzugeben: Haftungsverhältnis aus der Bestellung von Sicherheiten: z.B. Bürgschaften u.a.	Siehe Anlage			

Beteiligungen

Oberbergischer Kreis



Übersichten gem. § 1 Abs. 2 Ziffer 8 GemHVO

Informationen zu **Beteiligungen** an Unternehmen in privater Rechtsform können dem Beteiligungsbericht entnommen werden, welcher jährlich fortgeschrieben wird.

Erfolgspläne/Wirtschaftspläne

gem. § 2 Abs. 2 Ziffer 8 GemHVO

Mittelfristige Finanzplanung

	Erlöse- / Kostenarten	2011		2012		2013		2014		2015		2016		Abw.		Abw. %	
		Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Prognose	Prognose	Prognose	Prognose	Prognose	2013 - 2012	2013 - 2012	2013 - 2012	2013 - 2012		
65	Lebensmittel	80.157	73.500	78.500	80.872	82.087	5.000	6,80%									
66	Med.Bedarf	486.726	502.000	492.000	506.870	514.475	-10.000	-1,99%									
67	Energie	204.254	220.000	240.000	247.254	250.963	20.000	9,09%									
68	Wirtschaftsbedarf	701.603	680.000	707.000	728.369	739.294	27.000	3,97%									
69	Verwaltungsbedarf	275.805	310.500	308.500	317.824	322.595	-2.000	-0,64%									
70	Personalgestellung	569.322	275.000	200.000	206.045	209.136	-75.000	-27,27%									
72	Instandhaltung	251.137	350.000	350.000	370.000	370.000	0	0,00%									
73	Steuern , Abgaben	54.825	60.000	67.000	69.024	70.061	7.000	11,67%									
74	Zinsen	8.324	7.000	5.500	5.666	5.751	-1.500	-21,43%									
78	Sonstige ordentliche Aufwendungen	264.297	262.500	257.500	265.283	269.263	-5.000	-1,90%									
79	Ausserordentliche Aufwendungen	104.151	209.000	122.000	125.686	127.573	-87.000	-41,63%									
	Gesamtkosten:	7.854.477	8.017.720	8.156.898	8.439.762	8.560.820	139.178	1,74%									
	Gesamterlöse:	8.397.425	8.459.664	8.543.282	8.828.797	8.946.227	83.618	0,99%									
	Investitionsergebnis:	-281.137	-286.760	-260.235	-237.445	-224.622	26.525	-9,25%									
	Gesamtergebnis:	261.811	155.184	126.149	151.590	160.785	-29.035	-18,71%									

Zuwendungen an die Kreistagsfraktionen

gem. § 40 Abs. 3 KrO

Zuwendungen an Fraktionen - Teil A: Geldleistungen

Nr.	Fraktion	Haushaltsansatz		Ergebnis der	Ergebnis der	Erläuterungen
		2014 EUR	2013 EUR	2012 EUR	2011 EUR	
1	2	3	4	5	6	7
1	CDU - Kreistagsfraktion	38.420	38.420	38.420	38.420	<p>Nach § 40 KrO i.V.m. § 12 der Hauptsatzung für den Oberbergischen Kreis gewährt der Kreis den Fraktionen folgende Zuwendungen zu den sächlichen und personellen Aufwendungen für die Geschäftsführung:</p> <p>1. Grundbetrag je Fraktion 9.040,00 Euro jährlich</p> <p>2. Betrag je Fraktionsmitglied 1.130,00 Euro jährlich</p> <p>Für 2013 und 2014 ergibt sich jeweils ein Gesamt-Zuwendungsbetrag von 117.520€. Geldwerte Leistungen werden nicht gewährt.</p> <p>Durch Austritt eines Fraktionsmitglieds der Grünen zum 01.04.2012 hat sich die Zuwendung entsprechend reduziert.</p> <p>(Die UWG-Fraktion hat nur ca. 2 Monate bestanden, anschließend, am 24.05.2011, erfolgte die Gründung der DU/FWO-Fraktion. Die UWG hat nicht verausgabte Zuwendungen wieder zurück erstattet.)</p>
2	SPD - Kreistagsfraktion	25.990	25.990	25.990	25.990	
3	FDP - Kreistagsfraktion	15.820	15.820	15.820	15.820	
4	Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	14.690	14.690	14.973	15.820	
5	Kreistagsfraktion DIE LINKE	11.300	11.300	11.300	11.300	
6	UWG - Kreistagsfraktion	./.	./.	./.	1.400	
7	DU/FWO-Kreistagsfraktion	11.300	11.300	11.300	6.835	
*						

*** Neben den Fraktionen erhält auch ein fraktionsloses Kreistagsmitglied eine Zuwendung in Höhe von 1.875 €/Jahr. Das bei der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ausgetretene Kreistagsmitglied hat ausdrücklich auf diese Zuwendung verzichtet.**

Zuwendungen an Fraktionen - Teil B: Geldwerte Leistungen

Fraktion: CDU-Kreistagsfraktion, SPD-Kreistagsfraktion, Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP-Kreistagsfraktion, DU/FWO-Kreistagsfraktion und Kreistagsfraktion DIE LINKE				
Zweckbestimmung	Geldwert			Erläuterungen
	2014	2013	mehr (+) weniger (-)	
	EUR	EUR	EUR	
1	2	3	4	5
1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit	0	0		
1.1 für die Sicherung des Informationsaustauschs, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb)				
1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten)				
1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen				
2. Bereitstellung von Fahrzeugen	0	0		
3. Bereitstellung von Räumen	0	0		
3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle				
3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen				
4. Bereitstellung einer Büroausstattung	0	0		
4.1 Büromöbel und -maschinen				
4.2 sonstiges Büromaterial				
5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für	0	0		
5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung)				
5.2 Fachliteratur und -zeitschriften				
5.3 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen				
5.4 Rechnerzeiten auf zentraler ADV-Anlage				
6. Sonstiges	0	0		

Finanzstellen (PSP-I)

Investitionselemente / Finanzstellen

Auch im doppischen Haushaltsrecht kann auf eine Planung der Einzahlungen und Auszahlungen, insbesondere für Investitionen, nicht verzichtet werden. Der Oberbergische Kreis erlässt für jedes Haushaltsjahr eine Haushaltssatzung. Diese nennt neben Summen der Aufwendungen und Erträge auch die Summen der Einzahlungen und Auszahlungen für Investitionen. Die Ein- und Auszahlungen, bei denen auch künftig zwischen „laufenden“ Ausgaben und Investitionsausgaben unterschieden wird sowie der erforderliche Kreditbedarf, werden im Finanzplan und in der Finanzrechnung ausgewiesen. Zudem werden die Investitionsmaßnahmen im Einzelnen separat im Haushaltsplan neben dem Ergebnis- und Finanzplan ausgewiesen, dabei wird nochmals zwischen Investitionsmaßnahmen oberhalb bzw. unterhalb der Wertgrenze unterschieden, vgl. § 7 der Haushaltssatzung. Baumaßnahmen im Bereich Hoch- oder Tiefbau sowie einzelne Investitionen (oberhalb der Wertgrenze) werden einzeln ausgewiesen. Typische Ersatzbeschaffungen (Mobiliar, ADV-Ausstattung, Laborgeräte, etc.) werden dagegen häufig zusammengefasst. Die Planansätze (Einzahlungen/Auszahlungen) für die Investitionsmaßnahmen werden auf sog. *PSP-Investitionselementen* (alternative Bezeichnung: Finanzstellen) geführt, die Investitionselemente besitzen damit eine strukturierende Funktion und bilden gewissermaßen das Investitionsprogramm für das aktuelle Haushaltsjahr. Für die Zuordnung von Einzahlungen und Auszahlungen zur Investitionstätigkeit kommt es darauf an, ob die Zahlungsströme vermögenswirksam sind. Wird dagegen kein neues Sachvermögen geschaffen, sind die erbrachten Leistungen vielmehr als „Erhaltungsaufwand bzw. als Unterhaltungsaufwand“ zu qualifizieren. Die Auszahlungen dafür dürfen dann nicht mit Krediten für Investitionen finanziert werden, sondern stellen Aufwendungen dar, die im Ergebnisplan zu veranschlagen sind (vgl. auch Ausführungen im Vorbericht zum Thema Kreisstraßen). Auf den folgenden Seiten werden die Planungselemente nachrichtlich aufgelistet. Der Ressourcenverbrauch, der durch die Abnutzung von beweglichen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens entsteht, wird über die planmäßigen Abschreibungen erfasst (vgl. § 35 GemHVO NRW). Diese planmäßigen Abschreibungen (= Aufwand, keine Auszahlung) sind unter den entsprechenden Haushaltsposition im Ergebnisplan zu veranschlagen. Die Abschreibungssimulation für den Haushaltsplan berücksichtigt aber nicht nur die geplanten Anlagen, sondern auch die Auswirkungen der Alt-Anlagen aus der Eröffnungsbilanz (Gebäude, Straßen, etc.) bzw. der Investitionen der vergangenen Jahre.

Finanzstelle	PSP-Element	Bezeichnung	Amt
5.101002	5.101002.710	Einrichtung Telearbeitsplätze	Amt 10
5.101003	5.101003.720	Einrichtung Telearbeitsplätze GWG	Amt 10
5.101010	5.101010.720	GWG, Inventar, Bewegl. Vermögen	Amt 10
5.101020	5.101020.710	Verwaltungsvermögen (über 410 EUR)	Amt 10
5.103010	5.103010.720	GwG Hard-/Software	Amt 10
5.200010	5.200010.620	Rückzahlung Geschäftsanteile (Beteilig.)	Amt 20
5.206398	5.206398.730	Kapitalstock Pensionsrückstellung	Amt 20
5.208550	5.208550.710	Ersatzbeschaffung, Geräte (Forsten)	Amt 20
5.208560	5.208560.720	GWG Ersatzbeschaffungen Geräte (Forsten)	Amt 20
5.208570	5.208570.700	Erwerb Grundstücke/Forsten	Amt 20
5.230001	5.230001.700	Anbau Kreishaus BHKW	Amt 23
5.230002	5.230002.700	Notstromaggregat Kreishaus	Amt 23
5.230003	5.230003.700	Blockheizkraftwerk Kreishaus	Amt 23
5.230010	5.230010.700	Parkplatz Lochwiese	Amt 23
5.230350	5.230350.710	Ersatzbeschaffung, Geräte (ZIM)	Amt 23
5.230352	5.230352.720	GWG Geräte (ZIM)	Amt 23
5.231300	5.231300.700	Baumaßnahmen Brandschutzzentrum	Amt 23
5.231300	5.231300.605	Konjunkturpaket II	Amt 23
5.231300	5.231300.720	Ausstattung GWG Brandschutzzentrum	Amt 38
5.231300	5.231300.710	Ausstattung BGA Brandschutzzentrum	Amt 38
5.231300	5.231300.600	Investitionspauschale (anteilig)	Amt 23
5.232400	5.232400.710	Ersatzbeschaffung, Geräte (ZIM-BK)	Amt 23
5.232410	5.232410.700	Fassadensanierung BK-Dieringhausen	Amt 23
5.232410	5.232410.605	Investitionspauschale (anteilig)	Amt 23
5.232414	5.232414.700	Erweiterung BK-Wipperfürth	Amt 23
5.232415	5.232415.700	Fahrradparkplatz BKO Wipperfürth	Amt 23
5.232415	5.232415.605	Einnahmen/LZ	Amt 23
5.232450	5.232450.700	Erweiterung BK Waldbröl	Amt 23
5.232770	5.232770.700	Ausbau FS f. emotionale u. soziale Entw.	Amt 23
5.233211	5.233211.700	Erweiterung Schloss Homburg	Amt 23
5.233211	5.233211.605	Erweit.Schl.Hom. (Zuschuss)	Amt 23
5.234601	5.234601.710	Erwerb Sanitärcontainer Jgd.-zeltplatz	Amt 23
5.238550	5.238550.620	Vermögensveräuß. Iw.Nutzfl., Grundstücke	Amt 23
5.238550	5.238550.700	Erwerb Iw. Nutzfläche, Grundstück	Amt 23
5.238560	5.238560.700	Erwerb Grundstücke/Freiflächen	Amt 23
5.238800	5.238800.620	Vermögensveräuß. Gesundheitsamt W'fürth	Amt 23
5.300010	5.300010.710	Digitaltechnik	Amt 30
5.300020	5.300020.710	Erwerb KFZ Geschwindigkeitsüberwachung	Amt 30
5.321001	5.321001.710	Jagd Waffen i. R. d. Jägerprüfung	Amt 32
5.323001	5.323001.605	LZ zur Förderung des Feuerschutzes	Amt 38
5.323001	5.323001.710	Ersatzbeschaffung, Geräte (BSZ)	Amt 38
5.323002	5.323002.720	GWG, Geräte, Inventar (BSZ)	Amt 38
5.323003	5.323003.710	Ausstattung Katastrophenschutz	Amt 38
5.323004	5.323004.710	Ausstattung Kreisleitstelle	Amt 38
5.323005	5.323005.710	Atemschutzreserve	Amt 38
5.323006	5.323006.710	Ausstattung Großschadensereign.	Amt 38
5.323006	5.323006.600	LZ Hilfe bei Großschadensereign.	Amt 38
5.323007	5.323007.720	GWG - Ausstattung Katastrophenschutz	Amt 38
5.323008	5.323008.710	Ausstattung der Rettungswachen	Amt 38
5.323008	5.323008.620	Veräußerungserlöse	Amt 38
5.323008	5.323008.605	Investitionskostenzuschuss	Amt 38
5.323014	5.323014.720	GWG - Ausstattung Kreisleitstelle	Amt 38
5.323018	5.323018.720	GWG - Ausstattung der Rettungswachen	Amt 38
5.323020	5.323020.710	Digitalfunk BOS	Amt 38
5.323022	5.323022.710	Gerätewagen Messtechnik	Amt 38
5.323030	5.323030.700	Baumaßnahmen Rettungswachen	Amt 38

Finanzstelle	PSP-Element	Bezeichnung	Amt
5.323035	5.323035.710	Beschaffung Kfz f.d. RD	Amt 38
5.323040	5.323040.710	Medizinische Geräte RD	Amt 38
5.323045	5.323045.710	Dekontaminationsschleuse	Amt 38
5.323050	5.323050.700	Investition RW Wipperfürth	Amt 38
5.323050	5.323050.605	Zuwendung RW Wipperfürth	Amt 38
5.323060	5.323060.700	Investition RW Reichshof-Sinspert	Amt 38
5.323060	5.323060.605	Zuwendung RW Reichshof-Sinspert	Amt 38
5.323060	5.323060.620	Vermögensveräußerung / Rückzahl.v.Zuwend	Amt 38
5.360001	5.360001.710	Verkehrssicherung, Geräte etc.	Amt 36
5.360010	5.360010.710	Kassensystem SVA	Amt 36
5.380010	5.380010.710	Digitalfunk KFZ Rettungsdienst	Amt 38
5.390001	5.390001.710	BGA / Mediz.Geräte/Laborgeräte (Amt 39)	Amt 39
5.390002	5.390002.720	GWG / Mediz.Geräte/Laborgeräte (Amt 39)	Amt 39
5.390003	5.390003.710	Erwerb Tierseuchencontainer Amt 39	Amt 39
5.390004	5.390004.730	Anteile Untersuchungsinstitut Rheinland	Amt 39
5.400010	5.400010.710	BuG - BK Dieringhausen (über 410 EUR)	Amt 40
5.400020	5.400020.720	GwG - BK Dieringhausen	Amt 40
5.400030	5.400030.710	BuG - BK Gummersbach (über 410 EUR)	Amt 40
5.400040	5.400040.720	GwG - BK Gummersbach	Amt 40
5.400050	5.400050.710	BuG - BK Wipperfuertth (über 410 EUR)	Amt 40
5.400060	5.400060.720	GwG - BK Wipperfürth	Amt 40
5.400110	5.400110.710	BuG - Helen-Keller-Schule (Wiehl)	Amt 40
5.400120	5.400120.720	GwG - Helen-Keller-Schule (Wiehl)	Amt 40
5.400130	5.400130.710	BuG - Anne-Frank-Schule (W'fürth)	Amt 40
5.400140	5.400140.720	GwG - Anne-Frank-Schule (W'fürth)	Amt 40
5.400150	5.400150.710	BuG - FS Sprache (Oberwiehl)	Amt 40
5.400160	5.400160.720	GwG - FS Sprache (Oberwiehl)	Amt 40
5.400170	5.400170.710	BuG - Schule f. Kranke (Windhagen)	Amt 40
5.400180	5.400180.720	GwG - Schule f. Kranke (Windhagen)	Amt 40
5.400190	5.400190.710	BuG - FS Emot. Entwickl. (Vollmerh.)	Amt 40
5.400200	5.400200.720	GwG - FS Emot. Entwickl. (Vollmerh.)	Amt 40
5.402931	5.402931.710	BGA - Schulpsychologischer Dienst	Amt 40
5.402932	5.402932.720	GWG - Schulpsychologischer Dienst	Amt 40
5.402933	5.402933.710	BGA - Bildungsnetzwerk	Amt 40
5.402934	5.402934.720	GWG - Bildungsnetzwerk	Amt 40
5.402935	5.402935.710	BGA - Heimatbildstelle	Amt 40
5.402936	5.402936.720	GWG - Heimatbildstelle	Amt 40
5.402950	5.402950.715	Immat. VG, Lizenzen (Medienzentrum)	Amt 40
5.410000	5.410000.710	Museumsgut u. Exponate	Amt 41
5.410010	5.410010.710	BuG - Inventar über 410 (Museum)	Amt 41
5.410020	5.410020.720	GwG - Inventar unter 410 (Museum)	Amt 41
5.410030	5.410030.710	BuG - Kulturgeschichtl. Dauerausst.	Amt 41
5.410040	5.410040.720	GwG - Kulturgeschichtl. Dauerausst.	Amt 41
5.410050	5.410050.710	Erwerb KFZ Schloss Homburg	Amt 41
5.430001	5.430001.710	BGA, Lehr-/Lernmittel, KVHS	Amt 43
5.430002	5.430002.720	GWG, Lehr-/Lernmittel (KVHS)	Amt 43
5.430011	5.430011.710	BGA, Lehr-/Lernmittel (Altenpfl.seminar)	Amt 43
5.430012	5.430012.720	GWG, Lehr-/Lernmittel (Altenpfl.seminar)	Amt 43
5.510030	5.510030.700	Investitionsförderung KiTa	Amt 51
5.510030	5.510030.605	Investitionsförderung (LZ)	Amt 51
5.510040	5.510040.710	Aufenthaltswagen für Kinder	Amt 51
5.515701	5.515701.710	BGA / Therap./Psych.Testverfahren (PBS)	Amt 51
5.515702	5.515702.720	GWG / Therap./Psych.Testverfahren (PBS)	Amt 51
5.530000	5.530000.710	Geräte f. schul-/ärztl. Bereich	Amt 53
5.530002	5.530002.720	GWG / Mediz.Geräte/Laborgeräte (Amt 53)	Amt 53
5.610000	5.610000.700	Grunderw. Maßn. innerh./außerh. LP	Amt 61

Finanzstelle	PSP-Element	Bezeichnung	Amt
5.610000	5.610000.605	LZ/SoPo Maßnahmen innerh./außerh. LP	Amt 61
5.610010	5.610010.700	Durchf. Ersatzmaßn. (Grunderw.)	Amt 61
5.610010	5.610010.605	Ersatzgeldzahlungen / Einnahme / SoPo	Amt 61
5.610040	5.610040.700	KVHS Akademie für Pflegeberufe	Amt 61
5.610040	5.610040.605	LZ Konjunkturpaket II (anteilig)	Amt 20
5.620001	5.620001.710	BGA / Techn.Geräte (Katasteramt)	Amt 62
5.620002	5.620002.720	GWG / Techn.Geräte (Katasteramt)	Amt 62
5.620003	5.620003.710	Kfz vermessungstechnischer AD	Amt 62
5.660001	5.660001.620	Grundstücksveräußerungen	Amt 61/3
5.660002	5.660002.700	Planung der Kreisstraßenprojekte	Amt 61/3
5.660003	5.660003.700	Eigenfinanz. Straßenbaumaßnahmen (Ausg.)	Amt 61/3
5.660003	5.660003.605	Eigenfi.Straßenbaum. (Einn./Erstattung)	Amt 61/3
5.660004	5.660004.700	Straßenbegleit. Radwege	Amt 61/3
5.660005	5.660005.700	Umbau Bushaltestellen Kreisstrassen	Amt 61/3
5.660040	5.660040.700	Ergänzung der Straßenausstattung	Amt 61/3
5.660060	5.660060.700	Beteiligungen an Baumaßn. Dritter	Amt 61/3
5.660070	5.660070.600	Einnahmen aus Maßnahmenabwicklung	Amt 61/3
5.660501	5.660501.700	Umbau K5 Bevertalsperre	Amt 61/3
5.661701	5.661701.700	Verk.sich. K17 Rölefeld	Amt 61/3
5.661801	5.661801.700	Ausbau K18/39 Dohrgaul	Amt 61/3
5.662301	5.662301.700	Verk.sich. K23 Belmicke	Amt 61/3
5.662302	5.662302.700	Knoten K23/Bahnstr.	Amt 61/3
5.662401	5.662401.700	Umbau K24 Schmitzhöhe	Amt 61/3
5.662801	5.662801.700	Verlängerung K28	Amt 61/3
5.662901	5.662901.700	Umbau K29/Unterommer	Amt 61/3
5.663001	5.663001.700	Umbau K30 Kreuzberg	Amt 61/3
5.664201	5.664201.700	Ausbau K42 Wasserfuhr	Amt 61/3
5.664501	5.664501.700	Ausbau K45/L306	Amt 61/3
5.665201	5.665201.700	Kreisverkehrsplatz K52	Amt 61/3
5.665202	5.665202.700	Umbau K52 Weiershagen	Amt 61/3
5.665203	5.665203.700	Umbau K52 Weiershagen	Amt 61/3
5.665301	5.665301.700	Umbau K53 Wildberg	Amt 61/3
5.670030	5.670030.710	BGA Immissionsschutz	Amt 67
5.800010	5.800010.730	Erwerb Geschäftsanteile "Das Bergische"	Amt 80
5.800011	5.800011.730	Erwerb Geschäftsanteile "Nutscheid"	Amt 80

Kosten- und Leistungsrechnung

Kosten- und Leistungsrechnung

Die **Kosten- und Leistungsrechnung** (KLR) ist ein Bestandteil des neuen Haushaltsrechts. Sie dient in erster Linie der internen Steuerung. Die *Ergebnis- und Finanzrechnung* im Haushaltsplandruck ist dagegen eine allgemeine Darstellung der Kosten, weil durch sie die sachzielbezogenen Kosten der Fachämter, aber auch die Aufwendungen der Querschnittsämter oder Gemeinkosten, zu Kostenartengruppen (z. B. *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Transferaufwendungen, sonstige ordentliche Kosten*) zusammengefasst werden. Der Detaillierungsgrad der Planungskosten geht durch die Vorgaben des Gesetzgebers zur Darstellung der Haushaltsdaten unterteilt nach vorgegebenen Ertrags- und Aufwandsarten verloren. Die intern orientierte Kosten- und Leistungsrechnung dagegen liefert Informationen zu speziellen Kostenarten (welche Art von Kosten), zu den Kostenstellen (wo entstehen die Kosten) und zu den Kostenträgern (für welche Produkte entstehen Kosten). Beispiel: Die Gebäudekosten des Kreishauses (Sanierung, Energie, Versicherung, Abschreibungen, usw.) werden zentral über eine Kostenstelle abgewickelt. Diese Querschnittskosten oder Gemeinkosten werden im Rahmen der KLR bzw. im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung auf die Produkte nach bestimmten Schlüsseln verrechnet. Im Haushaltsplandruck erscheinen die Positionen der KLR damit nicht, sie dient, wie oben bereits erwähnt, primär der internen Steuerung.

Jede Gemeinde in NRW soll entsprechend **§ 18 GemHVO NRW** eine **Kosten- und Leistungsrechnung** zur Unterstützung der Verwaltungssteuerung und für die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit nach den örtlichen Bedürfnissen führen. Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister regelt die Grundsätze über Art und Umfang der Kosten- und Leistungsrechnung und legt sie dem Rat zur Kenntnis vor.

Die Kostenrechnung dient damit der Planung, Steuerung und Kontrolle des wirtschaftlichen Geschehens, gleichzeitig sollen alle Planungskosten bzw. später Ist-Kosten *verursachungsgerecht* auf die einzelnen Produktbereiche verteilt werden. Die Regelung gibt den Gemeinden die Befugnis, die Kosten- und Leistungsrechnung nach ihren Bedürfnissen zu führen. Die Gemeinde entscheidet danach eigenverantwortlich über den Umfang und die weitere Ausgestaltung der

Kosten- und Leistungsrechnung und hat insoweit einen großen Entscheidungsspielraum. Die konkrete Ausgestaltung ist nach den örtlichen Erfordernissen auszurichten. Die örtlichen Bestimmungen zur Kosten- und Leistungsrechnung werden im Folgenden vorgestellt.

Als Kostenstelle bezeichnet man in der Literatur häufig eine organisatorische Einheit, die den Ort der Kostenentstehung darstellt. Orte der Kostenentstehung sind beispielsweise Organisationseinheiten (Ämterkostenstellen), Immobilien (Gebäudekostenstellen) oder technische Einrichtungen/Geräte bzw. Fahrzeuge (Objektkostenstellen). Hilfskostenstellen hingegen sind reine Kostensammler. Meist handelt es sich dabei um Gemeinkosten (z.B. Haftpflichtversicherung), die in ihrer Entstehung keinem Produkt eindeutig zugeordnet werden können.

Die Differenzierung der Kosten- und Leistungsrechnung erfolgte unter Berücksichtigung der örtlichen Erfordernisse bzw. die Kostenstellenbildung orientiert sich an den vorhandenen Strukturen. So wurden zunächst drei Kostenstellengruppen für die spätere Gliederung der Kostenstellen eingerichtet:

- Hilfskostenstellen, z. B. für Kosten der Beihilfe, Kosten für Fortbildungen, etc.
- Objektkostenstellen für Gebäude, Fahrzeuge, AfA-Kostenstellen
- Fachkostenstellen, z. B. für Organisationseinheiten

Die Hilfskostenstellen werden in der Regel im Rahmen einer *Verteilung* verrechnet, im Haushaltsplandruck werden diese üblicherweise in den Zeilen 11 bis 16 ausgewiesen. Gemeinkosten (z. B. Gebäudekosten) werden dagegen üblicherweise im Rahmen einer *Umlage* verrechnet, diese Kosten werden in den Zeilen 27 bis 28 im Haushaltsplandruck ausgewiesen.

Um das Thema zu veranschaulichen, werden beispielhaft einige Kostenstellen genannt. Hilfskostenstellen bestehen immer aus einer 4-stelligen Ziffernfolge, z. B. Kostenstelle 1016 für die Abwicklung der Dienstreisen. Auch alle Arten von Versicherungen (Haftpflicht-, Elektronikversicherung oder die Unfallversicherung für Kreistagsmitglieder, usw.) werden über Hilfskostenstellen abgewickelt. Weitere typische Beispiele für Hilfskostenstellen sind Kosten der Beihilfe, Beiträge zur Sozialversicherung oder zur Versorgungskasse, Kosten der Aktenvernichtung, Kosten für Datenleitungen

oder Kosten für zeitlich befristete Projekte (z. B. Zensus 2011). Objektkostenstellen wurden insbesondere für die Abwicklung der Gebäudekosten oder die Kosten des Fuhrparks (Kfz-Kostenstellen) eingerichtet, diese bestehen immer aus einer 5-stelligen Ziffernfolge, z. B. Kostenstelle 12020 für die Abwicklung des Gebäudes Berufskolleg Gummersbach. Auf dieser Gebäudekostenstellen werden unterschiedliche Planungskonten (= Kostenarten) berücksichtigt: z. B. Strom, Fernwärme, Wasser, Sanierungsmaßnahmen, Abfallentsorgung, Gebäudereinigung, Gebäudeversicherung oder die Grundsteuer. Die Fachkostenstellen werden in der Regel für die Abrechnung von Büromaterial, Zeitungen und Fachliteratur oder sonstigen Sach- und Dienstleistungen genutzt. Die Organisationskostenstellen bestehen aus einer 6-stelligen Ziffernfolge, z. B. Kostenstelle 100310 für die Kosten der Polizeibehörde.

Neben der Einrichtung der Kostenstellenstruktur besteht die Hauptaufgabe darin, ein *geeignetes Verrechnungsverfahren* bzw. geeignete Verrechnungsschlüssel auszuwählen. Die Definition von "geeigneten" Bezugsgrößen oder Verrechnungsschlüsseln ist unter Berücksichtigung örtlicher Strukturen und Erfordernisse in das Ermessen der Gemeinde gestellt.

Die Kosten des Gebäudes Kreishaus werden beispielsweise anhand einer statistischen Kennziffer *Belegungsfläche Kreishaus* (Einheit: m²) auf die verschiedenen Organisationskostenstellen verrechnet. In einem zweiten Verrechnungsschritt werden diese Kosten weiter auf die Produkte verteilt. Andere Gebäudekosten können in Summe zu 100 Prozent unmittelbar verrechnet werden. So werden die Gebäudekosten des Berufskollegs Gummersbach direkt auf das Produkt Berufskolleg Gummersbach im Produktbereich Berufsschulen verrechnet. Für Kosten der Beihilfe werden als Bezugsbasis dagegen die Plankosten der Beamtenbesoldung berücksichtigt, d. h. die Beihilfe wird per Dreisatz im Verhältnis der geplanten Beamtenbesoldung verrechnet. Für die spätere Abrechnung der Ist-Kosten müssen selbstverständlich die Ist-Kosten der Beamtenbesoldung als Bezugsbasis berücksichtigt werden. Andere Kosten wie die der Fortbildung werden dagegen nach festen Prozentsätzen nach Erfahrungswerten verteilt. Im Rahmen der Haushaltsplanung können nur Erfahrungswerte berücksichtigt werden, im Rahmen des Jahresabschlusses könnten dagegen die Kosten anhand der tatsächlichen Inanspruchnahme auf die Fachkostenstellen verteilt werden.

Bei der Suche nach einer *verursachungsgerechten* Bezugsgröße oder Verteilungsschlüssel stößt man früher oder später auf folgendes Problem: **Gerechte Verteilungsschlüssel können zu ungerechten Ergebnissen führen und umgekehrt.** Organisationseinheiten (bzw. Produktbereiche) die in einem sanierungsbedürftigen Gebäude untergebracht sind, bekommen im Verhältnis relativ mehr Gebäudekosten für Energie und Sanierung zugeordnet als andere Organisationseinheiten. Da die Organisationseinheiten sich in der Regel ihren Arbeitsort nicht aussuchen können, kann diese Art der Verrechnung als *ungerecht* bewertet werden. Dagegen ist es aber rational begründet, die Gebäudekosten möglichst sachgerecht den einzelnen Fachämtern zuzuordnen. Ein anderes Beispiel ist die Beihilfe. Folgende Frage soll diskutiert werden: Sollen Beihilfekosten personenbezogen verrechnet werden oder pauschal im Wege einer Kopfpauschale? Bei einer personenbezogenen Verrechnung werden die Organisationseinheiten benachteiligt, deren Altersdurchschnitt über dem Gesamtdurchschnitt liegt (es wird hier angenommen, dass es eine Korrelation zwischen Alter der Beschäftigten und Kosten der Beihilfe gibt). Die Kosten der Beihilfe wären dann aber hochgradig genau zugeordnet. Das könnte aber mit Blick auf das Produkt dazu verleiten, möglichst junge Kollegen bei internen Stellenbesetzungen zu bevorzugen, da diese weniger Beihilfekosten "produzieren" und damit ein Produkt im Vergleich weniger belasten. Dagegen werden bei einer pauschalen Verteilung von Kosten der Beihilfe besonders Abteilungen mit einem jugendlichen Altersdurchschnitt benachteiligt, obwohl dieser Personenkreis unter Umständen gar keine Beihilfekosten verursacht. Die Frage, was ist *verursachungsgerecht*, lässt sich somit nicht immer eindeutig beantworten.

Neben diesen Grundregeln sowie der Unterscheidung in Ist-Kosten- und Plankosten-Rechnung wurden bei der Ausgestaltung insbesondere folgende Grundsätze berücksichtigt:

- Objektivität,
- Rationalität
- Klarheit,
- formelle Ordnungsmäßigkeit sowie
- Wirtschaftlichkeit.

Der Oberbergische Kreis hat rd. 770 Kostenstellen (Stand: November 2011) eingerichtet. Über die kostenartengenaue Planung ergibt sich ein hoher Detaillierungsgrad. Die im SAP-System im Hintergrund ausgeführte Kostenrechnung könnte man zusätzlich auch in Papierform vorlegen, allerdings ist der Detaillierungsgrad durch die iterative Verrechnung im SAP-System so umfangreich, dass es für einen Ausdruck aller Kostenrechnungsschritte mit allen Kleinstbeträgen für einen Haushaltsplanungszeitraum von vier Jahren ca. 10.000 Blatt Papier bedürfte, um das vollständige Verrechnungsmodell mit allen Senderregeln und den Definitionen der Segmente zu dokumentieren.

Da jede Verwaltung ihr Verrechnungsmodell eigenverantwortlich mit dem gegebenen Entscheidungsspielraum aufstellt, ist eine **Vergleichbarkeit** von Produkten von verschiedenen Verwaltungen prinzipiell **nicht** möglich. So kann Kommune A die Kosten der Beihilfe zentral im Produkt Personalbetreuung verbucht haben, Kommune B verteilt dagegen die Kosten nach einer Kopfpauschale auf alle Produkte und Kommune C wiederum hinterlegt eine individuelle Bezugsgröße. Die Frage nach einem sachgerechten Verteilungsprozess bzw. einem gerechtem Verteilungsergebnis liegt im Auge des Betrachters und kann rational ganz unterschiedlich begründet werden. Insofern wird es zum Thema KLR immer Widersprüche und andere Meinungen geben. Anders ausgedrückt könnte man auch sagen, dass es **die eine optimale Verrechnungsstrategie nicht gibt**. In einer derartigen Situation wird man vielmehr feststellen, dass nebeneinander gleichwertige Verrechnungsmodelle existieren.

Allerdings verursachen der Entscheidungsprozess und die Ausgestaltung der Kosten- und Leistungsrechnung sowie die anschließende Pflege des Verrechnungsmodells selber **Kosten**. Je aufwendiger ein Verrechnungsmodell ausgestaltet wird, umso höher sind die Kosten der Informationsbeschaffung sowie der laufenden Pflege und Anpassung. Vor diesem Hintergrund muss die Frage gestellt werden, welchen Nutzen der Bürger oder die Politik davon haben, wenn die Kosten für Fortbildung und Dienstreisen mit zwei Nachkommastellen genau auf die Produktbereiche verrechnet werden (müssen). In einer solchen Kostensituation kann der Nutzen eines Modells mit unvollständigen Informationen und einfachen Verrechnungsschlüsseln genau so überzeugend und rational sein wie eine "teure" Lösung mit vollständigen Informationen.

Produktübersicht

PSP-Element	Bezeichnung	Produktgruppenverantwortlich	Produktverantwortlich
1.01	Innere Verwaltung		
1.01.01	Politische Gremien	KD	
1.01.01.01	Kreistag, Ausschüsse, Frakt., sonst. Sitzun.		Amt 10
1.01.02	Verwaltungsführung	KD	
1.01.02.01	Entwicklung v. Konzepten u. Rahmenregel.		Amt 10
1.01.02.01.01	Projekt KOMM-IN		Amt 10
1.01.03	Gleichstellung von Frau und Mann	KD	
1.01.03.01	Gleichstellung von Frau und Mann		Amt 19
1.01.04	Beschäftigtenvertretung	PR	
1.01.04.01	Personalrat		PR
1.01.05	Rechnungsprüfung	Dez. II	
1.01.05.01	Rechnungsprüfung und Beratung		Amt 14
1.01.05.02	Prüfungen für Dritte		Amt 14
1.01.06	Zentrale Dienste	KD, Dez. II	
1.01.06.01	Druckerei		Amt 10
1.01.06.02	Poststelle		Amt 10
1.01.06.03	Bürgerservice		Amt 10
1.01.06.04	Fuhrpark		Amt 10
1.01.06.05	Sonstige zentrale Dienste		Amt 10
1.01.06.06	Zentrale Bußgeldstelle		Amt 30
1.01.06.06.01	Bußgelder Abfallwirtschaft		Amt 30
1.01.06.06.02	Bußgelder Bauordnung		Amt 30
1.01.06.06.03	Bußgelder Gewässerschutz		Amt 30
1.01.06.06.04	Bußgelder Ordnungsamt		Amt 30
1.01.06.06.05	Bußgelder Sonstige Ordnungswidrigkeiten		Amt 30
1.01.06.06.06	Bußgelder Veterinäraufsicht		Amt 30
1.01.06.06.07	Bußgelder Verkehrsrechtl. Genehmigungen		Amt 30
1.01.06.07	Submission, Datenschutz, AGG, sonst.		Amt 14
1.01.07	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	KD	
1.01.07.01	Medien		Amt 10
1.01.08	Personalmanagement	KD	
1.01.08.01	Personalsteuerung und -entwicklung		Amt 10
1.01.08.02	Personalausbildung und -qualifizierung		Amt 10
1.01.08.03	Personalbetreuung		Amt 10
1.01.08.04	Arbeitssicherheit / Gesundheitsschutz		Amt 10
1.01.09	Finanzmanagement und Rechnungswesen	Dez. I	
1.01.09.01	Haushaltssteuerung		Amt 20
1.01.09.01.01	Beteiligungen (allg.)		Amt 20
1.01.09.01.02	KSK - Kreissparkasse Köln (Gewinnbet.)		Amt 20
1.01.09.01.03	Radio Berg GmbH & Co.KG		Amt 20
1.01.09.01.04	Rhein. Studieninstitut Köln		Amt 20
1.01.09.01.05	BAV - Berg. Abfallwirtschaftsverband		Amt 20
1.01.09.02	Kasse und Vollstreckung		Amt 20
1.01.09.02.01	Zahlungsabwicklung		Amt 20
1.01.09.02.02	Vollstreckung		Amt 20
1.01.10	Organisationsangelegenheiten und TuI	KD, Dez. III, Dez. IV	
1.01.10.01	Informationstechnische Infrastruktur		Amt 10
1.01.10.01.01	Amt 10		Amt 10
1.01.10.01.02	Amt 40		Amt 40
1.01.10.01.03	Amt 62		Amt 62
1.01.10.02	Organisationsangelegenheiten		Amt 10
1.01.11	Recht	Dez. II	
1.01.11.01	Rechtsangelegenheiten		Amt 30
1.01.12	Grundstücks- und Gebäudemanagement	Dez. IV	
1.01.12.01	Grundstücks- und Gebäudemanagement		Amt 23
1.01.13	Technisches Immobilienmanagement	Dez. IV	
1.01.13.01	Unterhaltungen und Baumaßnahmen		Amt 23
1.01.14	Kommunalaufsicht	Dez. I	
1.01.14.01	Kommunalaufsicht		Amt 20
1.01.15	Kreispolizeibehörde	KD	
1.01.15.01	Kreispolizeibehörde		Amt 31
1.01.15.01.01	Polizeiliche Erlaubnisse		Amt 31
1.01.15.01.02	Polizeil. Begleitung v. Schwertransporten		Amt 31
1.01.15.01.03	Falschalarme		Amt 31
1.01.15.01.04	Sonstige Verwaltungsgebühren		Amt 31

PSP-Element	Bezeichnung	Produktgruppenverantwortlich	Produktverantwortlich
1.02	Sicherheit und Ordnung		
1.02.01	Ordnungsbedürftige Tätigkeiten	Dez. I	
1.02.01.01	Allgemeine Gefahrenabwehr		Amt 32
1.02.01.01.01	Jagd und Fischerei		Amt 32
1.02.01.02	Gewerbe und Handwerk		Amt 32
1.02.01.02.01	Schornsteinfegeraufsicht		Amt 32
1.02.02	Verbraucherschutz	Dez. II	
1.02.02.01	Verbraucherschutz		Amt 39
1.02.02.01.01	Lebensmittelüberwachung		Amt 39
1.02.02.01.02	Schlacht tier- und Fleischuntersuchung		Amt 39
1.02.03	Tiergesundheit	Dez. II	
1.02.03.01	Tiergesundheit		Amt 39
1.02.03.01.01	Betriebskosten Wild-Annahme-Container		Amt 39
1.02.04	Verkehrsangelegenheiten	Dez. II	
1.02.04.01	Verkehrsregelung und -lenkung		Amt 36
1.02.04.02	Überwachung des fließenden Verkehrs		Amt 30
1.02.04.02.01	Polizeiliche Geschwindigkeitsanzeigen		Amt 30
1.02.04.02.02	Geschwindigkeitsüberwachung		Amt 30
1.02.04.03	Verkehrsrechtliche Genehmigungen		Amt 36
1.02.04.04	Verkehrserziehung und -aufklärung		Amt 36
1.02.04.04.01	Verkehrsinformationsbus		Amt 36
1.02.05	Fahr- und Beförderungserlaubnisse	Dez. II	
1.02.05.01	Fahr- u. Beförderungserlaubnisse		Amt 36
1.02.06	Kfz-Angelegenheiten		
1.02.06.01	Zulassung		Amt 36
1.02.06.02	Überwachung der Halterhaftung		Amt 36
1.02.07	Personenbez. Aufenthalts-/Statusfragen	Dez. I	
1.02.07.01	Einwohnerangelegenheiten		Amt 32
1.02.07.01.01	Einbürgerungen		Amt 32
1.02.07.02	Regelung des Aufenthalts von Ausländern		Amt 32
1.02.07.02.01	Humanitäre Aufenthalte		Amt 32
1.02.08	Statistik	Dez. IV	
1.02.08.01	Statistik		Amt 61
1.02.09	Wahlen	KD	
1.02.09.01	Wahlen und Abstimmungen		Amt 10
1.02.10	Bevölkerungsschutz	Dez. I	
1.02.10.01	Brandschutz		Amt 38
1.02.10.01.01	Werkstatt für Feuerwehrausrüstung		Amt 38
1.02.10.01.02	Vorbeugender Brandschutz		Amt 38
1.02.10.01.03	Brandschau Kommunen		Amt 38
1.02.10.01.04	Kreisausbildung Freiwillige Feuerwehren		Amt 38
1.02.10.02	Katastrophenschutz		Amt 38
1.02.10.02.01	Sachausstattung Einsatzkräfte		Amt 38
1.02.10.02.02	Zuschüsse Einsatzorganisationen		Amt 38
1.02.11	Rettungsdienst	Dez. I	
1.02.11.01	Rettungsdienst		Amt 38
1.02.11.01.01	Kosten des Luftrettungsdienstes		Amt 38
1.03	Schulträgeraufgaben		
1.03.01	Förderschulen	Dez. III	
1.03.01.01	Helen-Keller-Schule		Amt 40
1.03.01.01.01	Schulpauschale (anteilig)		Amt 20
1.03.01.02	Anne-Frank-Schule		Amt 40
1.03.01.02.01	Schulpauschale (anteilig)		Amt 20
1.03.01.03	Förderschule Sprache (Wiehl)		Amt 40
1.03.01.03.01	Schulpauschale (anteilig)		Amt 20
1.03.01.04	Schule für Kranke (Anna-Freud-Schule)		Amt 40
1.03.01.04.01	Schulpauschale (anteilig)		Amt 20
1.03.01.05	Förderschule emotionale u. soziale Entw.		Amt 40
1.03.01.05.01	Schulpauschale (anteilig)		Amt 20
1.03.02	Berufskollegs	Dez. III	
1.03.02.01	Berufskolleg Gummersbach und Waldbröl		Amt 40
1.03.02.01.01	Schulpauschale (anteilig)		Amt 20
1.03.02.02	Berufskolleg Gummersbach-Dieringhausen		Amt 40
1.03.02.02.01	Schulpauschale (anteilig)		Amt 20
1.03.02.03	Berufskolleg Wipperfürth		Amt 40
1.03.02.03.01	Schulpauschale (anteilig)		Amt 20

PSP-Element	Bezeichnung	Produktgruppenverantwortlich	Produktverantwortlich
1.03.03	Schülerbeförderung	Dez. III	
1.03.03.01	Schülerbeförderung Förderschulen		Amt 40
1.03.03.02	Schülerbeförderung Berufskollegs		Amt 40
1.03.04	Sonstige schulische Aufgaben	Dez. III	
1.03.04.01	Schulpsychologie		Amt 40
1.03.04.02	Medienzentrum		Amt 40
1.03.04.03	Schulaufsicht		Amt 40
1.03.04.04	Bildungsnetzwerk Oberberg		Amt 40
1.03.04.05	Übergangmanagement Schule - Beruf		Amt 40
1.04	Kultur und Wissenschaft		
1.04.01	Komm. Veranstaltungen/ Kulturförderung	Dez. I	
1.04.01.01	Veranstal./Kulturförd./Sonst.Kultureinr.		Amt 41
1.04.01.01.01	Sonderausstellungen		Amt 41
1.04.01.01.02	Kreis- und Stadtbücherei		Amt 41
1.04.01.01.03	Kunstsammlung Oberberg		Amt 41
1.04.01.01.04	Musikpflege		Amt 20
1.04.02	Weiterbildung und Studium	Dez. I	
1.04.02.01	Volkshochschule		Amt 43
1.04.02.01.01	Abendgymnasium		Amt 43
1.04.02.02	Akademie für Gesundheitswesen (AGewiS)		Amt 43
1.04.02.02.01	Grundausbildung		Amt 43
1.04.02.02.02	Weiterbildung		Amt 43
1.04.02.02.03	Modellprojekt Altenpflegehilfe		Amt 43
1.04.02.99	Volkshochschule (KST)		Amt 43
1.04.03	Museum	Dez. I	
1.04.03.01	Museum Schloss Homburg		Amt 41
1.04.03.01.01	Schloss Homburg		Amt 41
1.04.03.01.02	Haus Dahl		Amt 41
1.04.04	Heimatbildstelle	Dez. III	
1.04.04.01	Heimatbildstelle		Amt 40
1.05	Soziale Leistungen		
1.05.01	Unterstützung von Senioren	Dez. III	
1.05.01.01	Seniorenarbeit		Amt 50
1.05.01.02	Heimaufsicht		Amt 50
1.05.02	Hilfen z.Gesundh.,b.Beh.,Pflegebed. u.s.	Dez. III	
1.05.02.01	Hilfen Gesundh.,Behind. u. anderen Lagen		Amt 50
1.05.02.01.01	Eingliederungsh. f. behinderte Menschen		Amt 50
1.05.02.01.02	Hilfen zur Gesundheit		Amt 50
1.05.02.01.03	Hilfe in anderen Lebenslagen		Amt 50
1.05.02.02	Hilfe zur Pflege		Amt 50
1.05.02.02.01	Hilfe z. Pfl. ambulant u. vollstationär		Amt 50
1.05.02.02.02	Hilfe zur Pflege teilstationär		Amt 50
1.05.02.03	Pflegewohngeld und Aufwendungszuschüsse		Amt 50
1.05.02.04	Förd. von Trägern der Wohlfahrtspflege		Amt 50
1.05.02.05	Leistungen für Schwerbehinderte		Amt 50
1.05.02.06	Ausgleichsabgabe n. SchwerbehindertenG		Amt 50
1.05.03	Hilfen b.Einkommensdefiz./Unterst.leist.	Dez. III	
1.05.03.01	Grundsich. f. Arbeitssuchende (SGB II)		Amt 50
1.05.03.01.01	Schulsozialarbeit Bildung und Teilhabe		Amt 50
1.05.03.02	H.z.Lebensunt.,Grunds.i.A.;EM (SGB XII)		Amt 50
1.05.03.02.01	Hilfe zum Lebensunterhalt		Amt 50
1.05.03.02.02	Grundsicherung i. Alter,bei Erwerbsmind.		Amt 50
1.05.03.03	Leistungen nach BAföG		Amt 50
1.05.03.04	Lastenausgleich		Amt 50
1.05.03.99	Kst. 1.05.03 Budgetvernüpfung (KST)		Amt 23
1.05.03.05	Leistungen nach Bundeskindergeldgesetz		Amt 50
1.05.04	Betreuungsleistungen	Dez. III	
1.05.04.01	Rechtl. Vertr. Volljähriger - Betreuung		Amt 51

PSP-Element	Bezeichnung	Produktgruppenverantwortlich	Produktverantwortlich
1.06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe		
1.06.01	Kinder in Tageseinricht./Tagespflege	Dez. III	
1.06.01.01	Tageseinrichtungen f. Kinder/Tagespflege		Amt 51
1.06.01.01.01	LZ Sprachförderung, Familienzentren		Amt 51
1.06.01.01.02	LZ Ausbau U3		Amt 51
1.06.01.99	Kst. 1.06.01 Budgetverknüpfung (KST)		Amt 51
1.06.02	Jugendarbeit und Familienförderung	Dez. III	
1.06.02.01	Förd. v. Angeboten Kinder- und Jugendarb.		Amt 51
1.06.02.01.01	LZ Förd. offene Kinder- u. Jugendarbeit		Amt 51
1.06.02.02	Jugendsozialarbeit		Amt 51
1.06.02.03	Allg. Förd. d. Erziehung in der Familie		Amt 51
1.06.02.04	Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz		Amt 51
1.06.03	Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien	Dez. III	
1.06.03.01	Hilfen zur Erziehung und sonst. Hilfen		Amt 51
1.06.03.01.01	Institutionelle Erziehungsberatung		Amt 51
1.06.03.01.02	Soziale Gruppenarbeit		Amt 51
1.06.03.01.03	Erziehungsbeistandschaft		Amt 51
1.06.03.01.04	Sozialpädagogische Familienhilfe		Amt 51
1.06.03.01.05	Erziehung in einer Tagesgruppe		Amt 51
1.06.03.01.06	Vollzeitpflege		Amt 51
1.06.03.01.07	Unterbringung in Heimen		Amt 51
1.06.03.01.08	Int. sozialpädagogische Einzelbetreuung		Amt 51
1.06.03.01.09	Gemeins. Wohnformen Mütter/Väter/Kinder		Amt 51
1.06.03.01.10	Eingliederungshilfe f. seel. beh. Kinder		Amt 51
1.06.03.01.11	Flexible erzieherische Hilfe		Amt 51
1.06.03.02	Maßn. z. Schutz v. Kindern u. Jugendl.		Amt 51
1.06.03.03	Beratungsangebote		Amt 51
1.06.03.04	Mitwirkung in gerichtlichen Verfahren		Amt 51
1.06.03.05	Unterhaltsvorschussleist., Pflegschaft		Amt 51
1.06.04	Leistungen nach dem BundeselterngeldG	KD	
1.06.04.01	Elterngeld		Amt 10
1.07	Gesundheitsdienste		
1.07.01	Gesundheitsförderung	Dez. III	
1.07.01.01	Koordination, Planung, Berichterstattung		Amt 53
1.07.01.02	Ärztl. Prävention, Gesundheitsförderung		Amt 53
1.07.01.02.01	Ambulante Sprachheilfürsorge		Amt 50
1.07.02	Gutachten und Stellungnahmen	Dez. III	
1.07.02.01	Ärztliche Gutachten		Amt 53
1.07.03	Gesundheitshilfe	Dez. III	
1.07.03.01	Psych.Hilfen,H. bei Krankheiten,sonst.H.		Amt 53
1.07.03.01.01	Sucht		Amt 53
1.07.03.01.02	Psychiatrie		Amt 53
1.07.04	Gesundheitsschutz	Dez. III	
1.07.04.01	Infektions-/umweltbez. Gesundheitsschutz		Amt 53
1.07.04.02	Medizinalaufsicht		Amt 53
1.08	Sportförderung		
1.08.01	Sportförderung	Dez. III	
1.08.01.01	Sportförderung		Amt 51
1.09	Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation		
1.09.01	Räumliche Planung	Dez. IV	
1.09.01.01	Kreisentw.planung, Raum- u. Umweltinfo.		Amt 61
1.09.01.02	Betreuung v. Verf. ext. Planungsträger		Amt 61
1.09.02	Vermessung u. Führung v. Geobasisdaten	Dez. IV	
1.09.02.01	Geodätischer Raumbezug		Amt 62
1.09.02.02	Liegenschafts- und Ingenieurvermessung		Amt 62
1.09.02.02.01	Vermessungstätigkeit für Dritte		Amt 62
1.09.02.02.02	Verwaltungsinterne Vermessungstätigkeit		Amt 62
1.09.02.03	Führ. d. Liegenschaft.,Flurstck.,Gebäude		Amt 62
1.09.02.03.01	Übern.beigebrachter Vermessungsschriften		Amt 62
1.09.02.03.02	Übernahme eigener Vermessungsschriften		Amt 62
1.09.02.03.03	Durchsetzung v. Vermessungspflichten		Amt 62
1.09.02.04	Erh./Führ. d. Nutzung,Topogr.,Bodensch.		Amt 62
1.09.02.05	Führung der Personen- und Bestandsdaten		Amt 62
1.09.02.06	Erneuerung des Liegenschaftskatasters		Amt 62

PSP-Element	Bezeichnung	Produktgruppenverantwortlich	Produktverantwortlich
1.09.03	Geoinformationsdienste, Geodatenmanag.	Dez. IV	
1.09.03.01	Bereitst.v.Geodaten/kartograf. Produkten		Amt 62
1.09.03.01.01	Nutzung von Abrufverfahren		Amt 62
1.09.03.01.02	Betrieb von Abrufverfahren		Amt 62
1.09.03.02	Abgabe v. Geodaten,kartograf. Produkten		Amt 62
1.09.03.02.01	Abgabe von Geobasisdaten digital (Geb.)		Amt 62
1.09.03.02.02	Abgabe von Geobasisdaten analog (Geb.)		Amt 62
1.09.03.02.03	Abgabe v.Geobasisdaten digital (Entgelt)		Amt 62
1.09.03.02.04	Abgabe v. Geobasisdaten analog (Entgelt)		Amt 62
1.09.03.02.05	Kartentechn. Auftragsarbeiten intern		Amt 62
1.09.03.02.06	Kartentechn. Auftragsarbeiten für Dritte		Amt 62
1.09.03.02.07	Bescheinigungen		Amt 62
1.09.03.02.08	Unschädlichkeitszeugnisse		Amt 62
1.09.03.02.09	Einnahmen für Dritte (Entgelte für Land)		Amt 62
1.09.03.03	Abg.v.Geodaten d.Vermessungszahlenwerks		Amt 62
1.09.03.03.01	Vermessungsunterlagen auf Antrag		Amt 62
1.09.03.03.02	Vermessungsunterlagen intern, + MwSt.		Amt 62
1.09.04	Grundstückswertermittlung	Dez. IV	
1.09.04.01	Gutachterausschuss für Grundstückswerte		Amt 62
1.09.04.01.01	Gutachten		Amt 62
1.09.04.01.02	Auskünfte, Auswertungen		Amt 62
1.09.04.01.03	Wertermittlungen für kommunale Zwecke		Amt 62
1.09.04.01.04	Marktberichte		Amt 62
1.09.04.01.05	Bodenrichtwerte		Amt 62
1.10	Bauen und Wohnen		
1.10.01	Maßnahmen der Bauaufsicht	Dez. IV	
1.10.01.01	Untere Bauaufsicht		Amt 65
1.10.01.02	Bauordnungsbehördliche Verfahren		Amt 65
1.10.02	Denkmalschutz u. Denkmalpflege	Dez. IV	
1.10.02.01	Denkmalschutz/-pflege (Fachaufsicht)		Amt 65
1.10.03	Wohnungsbauförderung	KD	
1.10.03.01	Wohnungsbauförderung		Amt 80
1.10.04	Wohnraumsicherung und -versorgung	Dez. III	
1.10.04.01	Bestandsverwaltung geförderten Wohnraums		Amt 50
1.10.05	Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht	Dez. IV	
1.10.05.01	Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht		Amt 65
1.11	Ver- und Entsorgung		
1.12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV		
1.12.01	Öffentliche Verkehrsflächen	Dez. IV	
1.12.01.01	Neu-, Um- und Ausbau von Kreisstraßen		Amt 61/3
1.12.01.02	Erhaltung und Betrieb der Kreisstraßen		Amt 61/3
1.12.02	ÖPNV	Dez. IV	
1.12.02.01	ÖPNV		Amt 61
1.12.02.01.01	Förderung Verkehrsuntern.		Amt 61
1.12.02.01.02	OVAG Verkehrsunternehmen		Amt 61
1.12.02.01.03	VRS Zweckverband/GmbH		Amt 61
1.12.02.01.04	Ausbildungsverkehrspauschale		Amt 61

PSP-Element	Bezeichnung	Produktgruppen- verantwortlich	Produkt- verantwortlich
1.13	Natur- und Landschaftspflege		
1.13.01	Natur und Landschaft	Dez. II, Dez. IV	
1.13.01.01	Landschaftsschutz, Landschaftspflege		Amt 67
1.13.01.02	Landschaftsplanung, -entwicklung		Amt 61
1.13.01.02.01	Landschaftspflegemaßnahmen		Amt 61
1.13.01.02.02	Landschaftsplanung		Amt 61
1.13.02	Wald, Forst- und Landwirtschaft	Dez. I	
1.13.02.01	Wald und Forstwirtschaft		Amt 20
1.13.02.01.01	Fischteiche Kaltenbach		Amt 23
1.14	Umweltschutz		
1.14.01	Umweltschutzmaßnahmen	Dez. II	
1.14.01.01	Bodenschutz und Altlasten		Amt 67
1.14.01.02	Abfall		Amt 67
1.14.01.03	Immissionsschutz		Amt 67
1.14.01.04	Gewässerschutz, -bewirt., Abgrabungen		Amt 67
1.14.01.04.01	Ersatzgelder n. § 113 LWG		Amt 67
1.15	Wirtschaft und Tourismus		
1.15.01	Wirtschaftsförderung	KD	
1.15.01.01	Bestandspflege u.-entw.,Ansiedl.,Gründg.		Amt 80
1.15.01.01.01	RAL-Gütezeichen		Amt 80
1.15.01.01.02	REGIONALE 2010		Amt 80
1.15.01.01.03	Umsetzung/Qualif. Projekte Region. 2010		Amt 10
1.15.01.01.04	Maßn. z. Berufsorientierung u. Vorber.		Amt 80
1.15.01.01.05	Aufbau regionale EFRE Struktur		Amt 80
1.15.01.01.06	Beteiligung Kosten GO Mit		Amt 80
1.15.01.01.07	Verein Köln/Bonn e.V.		Amt 80
1.15.01.01.08	GTC Gummersbach		Amt 80
1.15.01.01.09	Breitband Konzept Oberberg		Amt 61
1.15.02	Tourismus	KD	
1.15.02.01	Tourismus		Amt 80
1.15.02.01.01	Zweckverband Naturpark		Amt 80
1.15.02.01.02	Naturarena Berg. Land GmbH		Amt 80
1.15.02.01.03	Projekte		Amt 80
1.15.02.01.04	leer		Amt 23
1.16	Allgemeine Finanzwirtschaft		
1.16.01	Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen	Dez. I	
1.16.01.01	Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen		Amt 20
1.16.02	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	Dez. I	
1.16.02.01	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft		Amt 20